

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Verlag Olga Benario und Herbert Baum  
Postfach 10 20 51  
D-63020 Offenbach

1. Auflage 2009

ISBN 978-3-932636-074-0

# Dokumente zum Kampf gegen Bürokratismus und Revisionismus in der KPdSU(B) 1937–39

- ★ **J. W. Stalin:** Über die Mängel der Parteiarbeit (1937)
- ★ **A. A. Shdanow:** Abänderungen am Statut der KPdSU(B) (1939)

## **Außerdem:**

- ★ A. A. Shdanow: Vorbereitung der Parteiorganisation zu den Wahlen zum Obersten Sowjet der UdSSR nach dem neuen Wahlsystem und die entsprechende Umstellung der Partei- und politischen Arbeit (1937)
- ★ Resolution des Plenums des ZK der KPdSU(B) zum Bericht des Genossen Shdanow (1937)
- ★ Über die Fehler der Parteiorganisationen beim Ausschluss vom Kommunisten aus der Partei (Beschluss des ZK der KPdSU(B), 1938)
- ★ Statut der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki) (1939)



## Zur Edition

Als Einführung in die nachfolgend abgedruckten Dokumente haben wir ein Vorwort in drei Teilen vorangestellt:

Zunächst einen Abschnitt aus Kapitel X des Buches „*J. W. Stalin – ein kurzer Abriss seines Lebens und Wirkens*“, das in unserem Verlag im Jahre 2003 herausgegeben wurde. Im Mittelpunkt des zweiten und dritten Teils steht der Bericht A. A. Shdanows, den er auf dem XVIII. Parteitag der KPdSU(B) 1939 im Zusammenhang mit dem neuen Statut der KPdSU(B) gehalten hat. Dort wird aber auch auf die nachfolgenden Dokumente eingegangen:

- Shdanows Referat auf dem ZK-Plenum der KPdSU(B) am 26. Februar 1937,
- Resolution des Plenums des ZK der KPdSU(B) zum Bericht des Genossen Shdanow vom 27. Februar 1937,
- Beschluss des ZK der KPdSU(B) vom Januar 1938 „Über die Fehler der Parteiorganisationen beim Ausschluss von Kommunisten aus der Partei“,
- Statut der KPdSU(B), verabschiedet auf dem XVIII. Parteitag der KPdSU(B) 1939.

Nicht ohne Schwierigkeiten war die Feststellungen der Quellen der veröffentlichten Texte:

Zum ersten Mal wurde Stalins Referat und Schlusswort auf dem Plenum des ZK der KPdSU(B) am 3. und 5. März 1937: „**Über die Mängel der Parteiarbeit und die Maßnahmen zur Liquidierung der trotzkistischen und sonstigen Doppelzüngler**“ in der Zeitschrift „Die Kommunistische Internationale, XVIII. Jahrgang, 1937, S. 298, veröffentlicht; in den Stalin Werken Band 14 wiedergegeben nach: Verlag Das Neue Wort, Stuttgart 1952.

**Nicht finden konnten wir die Resolution vom 5. März 1937 zu Stalins Referat.**

Das Referat und Schlusswort von A. A. Shdanow auf dem Plenum des ZK der KPdSU(B) am 26. und 27. Februar 1937 „**Vorbereitung der Parteiorganisationen zu den Wahlen zum Obersten Sowjet der UdSSR nach dem neuen Wahlsystem und die entsprechende Umstellung der Partei- und politischen Arbeit**“ entstammt der deutschen Ausgabe von „Freie Schweiz“, Zürich 1937.

Die „**Resolution des Plenums des ZK der KPdSU(B) zum Bericht des Genossen Shdanow**“ vom 27. Februar 1937 wurde nach der in unserem Verlag veröffentlichten Dokumentensammlung „Die KPdSU in Resolutionen und Beschlüssen“, Teil 5, S. 112–115 wiedergegeben, die Erstveröffentlichung erfolgte in der „Prawda“ Nr. 64, 6. März 1937, außerdem gibt es noch eine deutsche Veröffentlichung in der Zeitschrift „Freie Schweiz“, Zürich 1937.

Der Beschluss des ZK der KPdSU(B) vom Januar 1938 „**Über die Fehler der Parteiorganisation beim Ausschluss von Kommunisten aus der Partei**“ wurde in der „Kommunistischen Internationale“ 1938, S. 368–374 veröffentlicht.

A. A. Shdanows Bericht auf dem XVIII. Parteitag der KPdSU(B) vom 18. März 1939 „**Abänderungen am Statut der KPdSU(B)**“ liegt vor als Reprint des Dietz-Verlages – leider ist das Veröffentlichungsdatum auf Deutsch nicht erkennbar; außerdem konnten wir nicht feststellen, wann der Bericht in Russisch veröffentlicht wurde.

Schließlich ist das „**Statut der KPdSU(B)**“ vom XVIII. Parteitag der KPdSU(B) wiedergegeben nach der Verlagsveröffentlichung „Die KPdSU in Resolutionen und Beschlüssen“ Teil 5, S. 187–197.

## Teil I

### **Zu Stalins Schrift „Über die Mängel der Parteiarbeit und die Maßnahmen zur Liquidierung der trotzkistischen und sonstigen Doppelzüngler“ (1937)**

Angesichts der Erfolge des sozialistischen Aufbaus und der Beseitigung der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse nahm der Widerstand der konterrevolutionären Kräfte zunehmend wütendere Formen an. Schon der Prozess gegen das sogenannte „Leningrader Zentrum“ nach dem Mord an dem Leningrader Parteisekretär und Mitglied des Zentralkomitees S. M. Kirow 1934 hatte aufgedeckt, dass hinter dem Täter eine im Untergrund agierende Gruppe stand, die weitere Anschläge auf Führer der Kommunistischen Partei geplant hatte und Verbindungen mit Agenten aus kapitalistischen Staaten unterhielt. Kurz darauf konnte die konterrevolutionäre Tätigkeit des sogenannten „Moskauer Zentrums“ enthüllt werden, das sich ebenfalls die Ermordung wichtiger Parteifunktionäre zum Ziel gesetzt hatte. Es handelte sich bei dieser Verschwörergruppe um Anhänger Sinowjews und Kamenews, deren führende Rolle bei den konterrevolutionären Aktivitäten nach und nach zu Tage trat. Das ganze Ausmaß der Konspiration, die Querverbindungen zu den Bucharinleuten und die Kontakte mit Trotzki, insbesondere auch die Spionagetätigkeit für die faschistischen Staaten, blieben jedoch zunächst verborgen.

Nachdem die direkte Verstrickung von Sinowjew und Kamenew in den Mord an Kirow und in weitere Mordpläne aufgedeckt werden konnte, wurde ihnen und ihren Komplizen 1936 in Moskau

der Prozess gemacht. Es erwies sich, dass diese trotzkistischen Verschwörer teils direkt, teils indirekt im Dienst der deutschen und japanischen Faschisten handelten und auf die Niederlage der Sowjetunion im Falle eines imperialistischen Angriffs hingearbeitet hatten.

Im folgenden zeigte sich, dass die Organisatoren dieser umfangreichen Sabotage- und Spionagetätigkeit nicht nur in führenden Gremien der Kommunistischen Partei saßen, sondern auch im Generalstab der Roten Armee. Es gelang der sowjetischen Aufklärung noch rechtzeitig, die Putschvorbereitungen des Stellvertretenden Kriegskommissars Marschall Tuchatschewski aufzudecken. Im Juni 1937 wurden er und sieben weitere Generäle vor Gericht gestellt und wie die anderen konterrevolutionären Verräter, deren Verbrechen beweiskräftig belegt waren, zum Tode verurteilt. Auch in den Prozessen gegen die Gruppen um Radek und Bucharin wurde offenkundig, dass diese Führer der rechten Opposition sich in verbrecherische Konspiratoren verwandelt hatten, denen jedes Mittel recht war, die Sowjetmacht zu schädigen und schließlich zu stürzen.

Die internationale Bourgeoisie veranstaltete ein großes Geschrei um diese sogenannten „Schauprozesse“ und beschuldigte Stalin und die Führung der KPdSU(B), oppositionelle Meinungen durch Erschießungskommandos auszuschalten. Sinowjew, Radek, Bucharin

und ihre Komplizen standen jedoch nicht wegen abweichender ideologischer Auffassungen vor Gericht, sondern weil sie Verbrechen wie Mord, Sabotage und Landesverrat begangen hatten.

Niemand von den Angeklagten bestritt, dass ihr Ziel im Sturz der Diktatur des Proletariats bestanden hätte. Sie gestanden weitgehend die ihnen vorgeworfenen Taten. In den öffentlich stattfindenden Prozessen, zu denen auch Vertreter ausländischer Staaten, Diplomaten usw. Zutritt hatten, wurden weitere Dokumente und Beweise vorgelegt. Die stenographischen Wortprotokolle der Verhandlungen gegen die Sinowjew-, die Radek- und die Bucharigruppe wurden 1936 bis 1938 durch das Volkskommissariat für das Justizwesen der UdSSR veröffentlicht. Die Sowjetregierung stellte somit sicher, dass die Prozesse vor der werktätigen Öffentlichkeit im Land wie international durchgeführt wurden und ihr Verlauf und die Urteile nachvollziehbar waren.

### **Verschärfter Klassenkampf gegen Konterrevolutionäre**

Die umfangreichen und gefährlichen Aktivitäten der Konterrevolution hatten wiederholt deutlich gemacht, dass politische Sorglosigkeit und fehlende Wachsamkeit gegenüber dem Klassenfeind ein ernsthaftes Problem in der Partei darstellten. In seinem Referat auf dem Plenum des Zentralkomitees der KPdSU(B) im März 1937 warf Stalin die Frage nach den Ursachen dieser Mängel auf und konstatierte, dass die bereits in der Vergangenheit erfolgten Warnungen des Zentralkomitees vor politischer Vertrauensseligkeit von den

Parteiorganisationen vielfach in den Wind geschlagen worden waren. So hieß es im Rundschreiben des Zentralkomitees vom 18. Januar 1935 nach dem Mord an dem Genossen Kirow:

**„Es gilt, mit der opportunistischen Vertrauensseligkeit Schluss zu machen, die von der falschen Annahme ausgeht, als ob der Feind in dem Maße, wie unsere Kräfte wachsen, immer zahmer und harmloser werde. Eine solche Annahme ist grundfalsch. Das ist eine Nachwirkung der rechten Abweichung, deren Vertreter aller Welt weiszumachen suchten, dass die Feinde allmählich, in den Sozialismus hineinkriechen, dass sie zu guter Letzt richtige Sozialisten werden würden. Es ist nicht Sache der Bolschewiki, auf ihren Lorbeeren auszuruhen und Maulaffen feilzuhalten. Nicht Vertrauensseligkeit brauchen wir, sondern Wachsamkeit, wirkliche bolschewistische revolutionäre Wachsamkeit.“**

(Zitiert nach Stalin: „Über die Mängel der Parteiarbeit und die Maßnahmen zur Liquidierung der trotzkistischen und sonstigen Doppeltzüngler“, Referat und Schlusswort auf dem Plenum des ZK der KPdSU(B), 3. und 5. März 1937, Werke Band 14, S. 121)

Hingerissen von den Erfolgen des wirtschaftlichen Aufbaus, selbstzufrieden und überheblich geworden, verloren nicht wenige Parteifunktionäre so grundlegende Tatsachen wie die kapitalistische Umkreisung und die veränderte Physiognomie der inneren Konterrevolution aus den Augen.

Bis etwa 1930 war der Trotzkismus noch eine politische Strömung in der Arbeiterklasse, wenn auch eine grundfalsche, opportunistische. Zwischenzeit-



lich hatten die Trotzlisten und ihre Parteigänger jedoch eine gravierende Wandlung durchgemacht, wie Stalin hervorhob:

**„Unsere Parteigenossen haben nicht bemerkt, dass der Trotzismus aufgehört hat, eine politische Strömung in der Arbeiterklasse darzustellen, dass der Trotzismus sich aus einer politischen Strömung in der Arbeiterklasse, die er vor 7–8 Jahren war, in eine hemmungslose und prinzipienlose Bande von Schädlingen, Diversanten, Spionen und Mördern verwandelt hat, die im Auftrage von Spionageorganen ausländischer Staaten handeln.“**

(Ebenda, S. 125)

Leute wie Sinowjew, Kamenew oder Radek agierten nicht mehr offen auf einer politischen Plattform. Ihr Programm war der Sturz der Sowjetmacht und das Bündnis mit den faschistischen Staaten, das sie nur unterirdisch in konterrevolutionären Geheimorganisationen verfolgen konnten. Folglich mussten sie sich verstellen, beteuerten ihre Parteitreu und taten sich in Lobhudeleien auf das ZK hervor, während sie ihren Machenschaften nachgingen.

Trotzki und Sinowjew wurden bereits im November 1927 aus der Partei ausgeschlossen. Der XV. Parteitag der KPdSU(B) im Dezember 1927 bestätigte diesen Beschluss des Zentralkomitees und der Zentralen Kontrollkommission und beschloss, alle aktiven Teilnehmer des trotzistisch-sinowjewistischen Blocks wie Radek, Preobraschenski, Pjatakow und andere aus der Partei auszuschließen. Nach dem XV. Parteitag distanzieren sich die aus der Partei ausgeschlossenen Antileninisten vom Trotz-

kismus, gaben Erklärungen über ihren Bruch mit dem Trotzismus ab und stellten Anträge auf Wiederaufnahme in die Partei. Die Partei nahm die Wiederaufnahmeanträge unter strengen Forderungen an die Wiederaufgenommenen an.<sup>1</sup> Doch die Erklärungen und die Annahme der Bedingungen seitens der opportunistischen Opposition waren schon zu diesem Zeitpunkt nicht ehrlich, sondern entsprangen kalkulierter Doppelzüngerei. Dies setzte sich auf dem XII. Parteitag der KPdSU(B) im Januar 1934 fort, als die Führer der opportunistischen Opposition wie Bucharin, Sinowjew und Kamenew Loblieder auf die Partei sangen und sich wegen ihrer Fehler selbst geißelten. Doch auch diese Reden waren unaufrichtig und von Doppelzüngerei geprägt, wie sich später herausstellte.<sup>2</sup>

Die Doppelzüngerei zu durchschauen und das wahre Wesen der Diversanten zu erkennen, war nicht einfach, da sie sich geschickt zu tarnen vermochten und ihre Mitgliedschaft in der Partei als Deckung benutzten:

**„Ihre Stärke besteht im Parteimitgliedsbuch, im Besitz des Parteimitgliedsbuchs. Ihre Stärke besteht darin, dass ihnen das Parteimitgliedsbuch politisches Vertrauen verschafft und ihnen den Zutritt zu allen unseren Institutionen und Organisationen erschließt.“**

(Ebenda, S. 129)

Die früheren Saboteure wie die Schachtyleute waren größtenteils ehemalige Fabrikbesitzer und alte bürgerli-

<sup>1</sup> Siehe: „Geschichte der KPdSU(B) – Kurzer Lehrgang“, 1938, Berlin 1949, S. 261 f.

<sup>2</sup> Ebenda, S. 405 f.

che Spezialisten, denen man im allgemeinen ein gewisses Misstrauen entgegenbrachte und die unter Beobachtung standen. Zur Entlarvung der innerhalb der Kommunistischen Partei, der Roten Armee und in den Staatsorganen sitzenden Konterrevolutionäre war ein bedeutend höheres Maß an Wachsamkeit vonnöten. Um so schädlicher war die betäubende Atmosphäre der Überheblichkeit und Selbstzufriedenheit, der Paradekundgebungen und des Eigenlobs, die Stalin eindringlich anprangerte.

Er lenkte die Aufmerksamkeit darauf, dass der Klassenkampf nicht nur fortgeführt, sondern gegen den wachsenden Widerstand der Ausbeuter und der Konterrevolution vertieft und verstärkt werden muss, die von der internationalen Bourgeoisie unterstützt werden:

**„Es ist notwendig, die faule Theorie zu zerschlagen und beiseite zu werfen, dass der Klassenkampf bei uns mit jedem Schritt unseres Vormarsches mehr und mehr erlöschen müsse, dass der Klassenfeind in dem Maße, wie wir Erfolge erzielen, immer zahmer werde.**

**Das ist nicht nur eine faule Theorie, sondern auch eine gefährliche Theorie, denn sie schläfert unsere Leute ein, lockt sie in die Falle, während sie dem Klassenfeind die Möglichkeit gibt, für den Kampf gegen die Sowjetmacht Kräfte zu sammeln.**

**Im Gegenteil, je weiter wir vorwärtsschreiten, je mehr Erfolge wir erzielen werden, um so größer wird die Wut der Überreste der zerschlagenen Ausbeuterklassen werden, um so eher werden sie zu schärferen Kampfformen übergehen, um so mehr Nieder-**

**trächtigkeiten werden sie gegen den Sowjetstaat begehen, um so mehr werden sie zu den verzweifeltsten Kampfmitteln greifen, als den letzten Mitteln zum Untergang Verurteilter.**

**Man muss im Auge behalten, dass die Reste der zerschlagenen Klassen in der UdSSR nicht allein dastehen. Sie genießen die direkte Unterstützung unserer Feinde jenseits der Grenzen der UdSSR. Es wäre ein Irrtum anzunehmen, dass die Sphäre des Klassenkampfes sich auf das Gebiet der UdSSR beschränke. Spielt sich der Klassenkampf mit einem Ende innerhalb der UdSSR ab, so reicht das andere Ende in das Gebiet der uns umgebenden bürgerlichen Staaten.“**  
(Ebenda, S. 136)

Stalin betonte hier erneut, dass auch nach Errichtung sozialistischer Produktionsverhältnisse, nach der Liquidierung der Ausbeuterklassen der Klassenkampf fortgesetzt und verschärft werden musste gegen die noch existierenden Überreste der als Klasse vernichteten Bourgeoisie. Aber nicht nur gegen die Überreste der Ausbeuterklassen war der Klassenkampf zu führen, sondern vor allem auch gegen jene konterrevolutionären Elemente, die sich mit dem Parteimitgliedsbuch tarnten und mitten in der Partei saßen und von dort aus die Diktatur des Proletariats stürzen und eine Restauration des Kapitalismus herbeiführen wollten. Dabei galt es zu beachten, dass die noch vorhandenen Klassenfeinde im Innern untrennbar mit dem internationalen Klassenfeind verbunden waren und der Klassenkampf im Innern Teil des weltweiten Kampfes zum Sturz des Imperialismus war.

Sehr wichtig ist auch die Feststellung Stalins, dass die Verschärfung des Klassenkampfes vor allem aufgrund des Vormarschs des Proletariats erfolgen musste. Das heißt, die Arbeiterklasse muss ihren Klassenkampf bewusst, planmäßig und auf wissenschaftlicher Grundlage mit dem Ziel führen, durch die immer breitere Mobilisierung der Kräfte der Arbeiterklasse und der anderen werktätigen Massen die Bourgeoisie auf jedem Gebiet vollständig zu vernichten. Dieser Vormarsch der Arbeiterklasse ist die Grundlage dafür, warum die konterrevolutionären Kräfte ihrerseits den Klassenkampf verschärfen, Attacken starten, wo immer sich die Gelegenheit bietet, und jede Schwäche und jedes Versäumnis der Arbeiterklasse ausnutzen, um die Diktatur des Proletariats zu stürzen oder diesem Ziel näherzukommen. Dabei konzentrieren sich die konterrevolutionären Elemente auf die Zerschlagung beziehungsweise bürgerlich-revisionistische Zersetzung der bis zum Kommunismus notwendigen Kommunistischen Partei, weil sie genau wissen, dass die Beseitigung des revolutionären Charakters der Kommunistischen Partei der entscheidende Hebel für die Restauration des Kapitalismus ist.

Um dieses Ziel der konterrevolutionären Elemente zunichte zu machen, das stellte Stalin in seinem Referat klar, mussten die Mängel der Parteiarbeit beseitigt und vor allem das ideologische Niveau der führenden Kader gehoben, die politische Schulung und die ideologische Erziehung der Kader verbessert und die Heranbildung revolutionärer Nachfolger aus den Reihen der jungen Kader verstärkt angepackt werden.

## **Richtlinien für die Kadererziehung**

In seinem Schlusswort an das Plenum des Zentralkomitees ging Stalin auf die sich nach der Diskussion seines Referats bereits abzeichnende Gefahr einer pauschalen Vorgehensweise bei der Umsetzung der Resolution zur Bekämpfung des Trotzismus ein und hob hervor:

**„In dieser Frage ist, wie auch in allen anderen Fragen, ein individuelles, differenziertes Herangehen an die Menschen erforderlich. Man darf nicht alle über einen Kamm scheren. So ein summarisches Verfahren kann der Sache des Kampfes gegen die wirklichen trotzkistischen Schädlinge und Spione nur schaden.“**

(Ebenda, S. 146)

Nicht nur, dass sich die wirklichen Schädlinge verstecken können, wenn ganze Parteiorganisationen pauschalierend unter „Verdacht“ gestellt werden; ein solches Vorgehen bringt die Partei um wertvolle Mitglieder und ermöglicht den feindlichen Elementen, Misstrauen zu säen und Unruhe zu stiften.

Ein solches formales und herzlos-bürokratisches Verhalten mancher Funktionäre, für die der Ausschluss von Tausenden oder Zehntausenden aus der Partei eine Lappalie darstellte, wurde von Stalin als ernster Mangel in der Parteiarbeit aufgedeckt:

**„... sie sind nicht bemüht, die Parteimitglieder kennenzulernen, sie wissen nicht, was sie bewegt und wie sie sich entwickeln, sie kennen die Mitarbeiter überhaupt nicht. Darum gehen sie**

**nicht individuell an die Parteimitglieder, an die Parteifunktionäre heran.“**  
(Ebenda, S. 157)

Nur wenn die Partei ihre Kader kennt, kann sie diese auf die richtigen Posten stellen wie auch in Fragen des Ausschlusses oder der Wiederaufnahme individuell angemessen entscheiden.

Ein weiterer eklatanter Verstoß gegen die Parteilinie in Kaderfragen war die verbreitete Praxis, Parteiarbeiter nach subjektiven und persönlichen Gesichtspunkten auszuwählen und nicht nach ihrer politischen und fachlichen Eignung. Solche Formen der Günstlingswirtschaft stellten einen Nährboden für gefährliche Fehlentwicklungen dar:

**„Es ist klar, dass auf diese Weise statt einer führenden Gruppe verantwortlicher Funktionäre eine Sippschaft einander nahestehender Leute, eine Innung herauskommt, deren Mitglieder darauf bedacht sind, in Frieden zu leben, einander nicht weh zu tun, nicht aus der Schule zu plaudern, einander zu lobpreisen und der Zentrale von Zeit zu Zeit völlig nichtssagende und Übelkeit erregende Berichte über Erfolge einzusenden.**

**Es ist nicht schwer zu begreifen, dass es bei einer solchen Sippenwirtschaft weder für Kritik an den Mängeln der Arbeit noch für Selbstkritik der Leiter der Arbeit Platz geben kann.**

**Es ist klar, dass eine solche Sippenwirtschaft einen günstigen Boden abgibt für die Züchtung von Speichelleckern, von Leuten, die jeglichen Gefühls eigener Würde bar sind und deshalb mit dem Bolschewismus nichts gemein haben.“**  
(Ebenda, S. 147 f.)

Die Gegenmittel zur Bekämpfung dieser ungesunden Erscheinungen waren bekannt. Ihre Anwendung musste jedoch organisiert und gegen Widerstände durchgesetzt werden. Es galt, nicht nur die Kontrolle der Durchführung von oben zu praktizieren, wie Stalin betonte, sondern diese durch die Überprüfung der Leiter und ihrer Arbeitsergebnisse durch die werktätigen Massen zu ergänzen. Gegen die mangelnde Bereitwilligkeit vieler Parteigenossen, sich der Kritik auszusetzen und ihre Fehler offen zuzugeben, war die Schaffung einer Atmosphäre der freimütigen und ehrlichen Kritik und Selbstkritik erforderlich, wie Stalin feststellte:

**„... Bolschewiki, wenn sie wirklich Bolschewiki sein wollen, müssen den Mut aufbringen, ihre Fehler offen zuzugeben, müssen deren Ursachen aufdecken, Wege zu ihrer Behebung aufzeigen und damit der Partei helfen, den Kadern eine richtige Schulung und eine richtige politische Erziehung zuteil werden zu lassen.“**  
(Ebenda, S. 150 f.)

Es war weiter notwendig, auf die Stimmen der „einfachen“ Parteimitglieder zu hören, wie Stalin anhand des Falles der Genossin Nikolajenko vor Augen führte. Diese gab hartnäckig Berichte über die Auswüchse der Vetternwirtschaft in der Kiewer Parteiorganisation an die Parteiführung in Moskau weiter und wurde als lästige „Störenfriedin“ ausgeschlossen. Die schließliche Untersuchung der Zustände in der Kiewer Parteiorganisation ergab, dass die einfache Parteiarbeiterin völlig im Recht war. Daher war die Festigung der Beziehungen zwischen der Parteiführung und den Massen innerhalb wie außerhalb der

Partei der Schlüssel für den Sieg der proletarischen Sache, wie Stalin abschließend betonte.

Wie heftig die innerparteilichen Kämpfe zu dieser Zeit in der Kommunistischen Partei geführt wurden und auch welches Ausmaß die von Stalin in seinem Referat angeprangerten Missstände im Parteileben auch weiterhin hatten, verdeutlichen Parteidokumente und Beiträge führender Kader der KPdSU(B). Im Beschluss des Plenums des ZK der KPdSU(B) vom Januar 1938 „Über Fehler der Parteiorganisationen beim Ausschluss von Kommunisten aus der Partei, über das formalistisch-bürokratische Verhalten zu den Berufungen von aus der KPdSU(B) Ausgeschlossenen, und über Maßnahmen zur Beseitigung dieser Mängel“ wird ausführlich dargelegt, dass bei der notwendigen Arbeit zur Säuberung der Reihen der KPdSU(B) von feindlichen Kräften ernste Fehler und Entstellungen begangen wurden, Ursachen dieser Fehler und

unbedingt nötige Maßnahmen zur Korrektur der Fehler werden festgestellt. Der 1939 von Shdanow auf dem XVIII. Parteitag erstattete Bericht über die Abänderungen am Statut der KPdSU(B) schilderte anhand konkreter Beispiele, wie die Rechte von Parteimitgliedern bei Massenausschlüssen verletzt wurden und Denunziantentum zu unberechtigten Verhaftungen führte. Solche Handlungen zeigten, welche Kraft der Bürokratismus in der Partei nach wie vor hatte und dass parteifeindliche Elemente und Diversanten nach wie vor verantwortliche Positionen besetzt hielten. Der Bericht Shdanows, der diese Fehlentwicklungen ungeschminkt vor dem Parteitag und damit öffentlich aussprach, stellt jedoch auch unter Beweis, dass die innerparteiliche Demokratie, Kritik und Selbstkritik in der Partei damals im Kern funktionierten und dass diese – anders als im Zuge der revisionistischen Entwicklung nach Stalins Tod – die Stärke hatte, ihren Fehlern wirksam den Kampf anzusagen.

(Aus: Autorenkollektiv, „J. W. Stalin – Ein kurzer Abriss seines Lebens und Wirkens“, Verlag Olga Benario und Herbert Baum, Offenbach 2003, S. 256–265)

## Teil II

### Zum Referat von A.A.Shdanow auf dem 18. Parteitag der KPdSU(B) 1939, der Bedeutung von Statutänderungen und zu den Massenreinigungen in der KPdSU(B) in den Jahren 1933-1937

Dieser Bericht des Genossen Shdanow stellt ein großartiges Zeugnis über den innerparteilichen Kampf in der KPdSU(B) dar, ist ein Zeugnis für die lebendige Selbstkritik - hart, oft bissig und doch optimistisch, Zuversicht verbreitend. Im Bericht wird in beeindruckender Schärfe das Ausmaß der Fehler von Parteifunktionären oder von Fehlern innerhalb vieler Parteiorganisationen deutlich und Shdanows Kritik zeigt die Gefahr bei einer Kultivierung dieser Fehler für die gesamte Partei, ja für die Existenz der Diktatur des Proletariats auf:

- in der Zeit der wirtschaftlichen ERFOLGE entstand eine SORGLOSIGKEIT gegenüber der Bedeutung des Kampfs gegen den internationalen Klassenfeind, der ideologischen Erziehung, der Hebung des Niveaus der Masse und der leitenden Kader

- diese Sorglosigkeit ist nicht zu trennen von einer praktizierten LIBERALISIERUNG bei der Parteiaufnahme (siehe Abschnitt "Exkurs" in diesem Artikel)

Im Kampf gegen die Parteifeinde war von entscheidender Bedeutung, die z.T. stumpf gewordene Waffe - das Statut - wieder zu einer scharfen Waffe zu ma-

chen. Seine Schärfe hatte es zur Zeit der großen Reinigung der Partei nach dem Mord am Genossen Kirow mehr und mehr verloren. Hauptsächlich durch die DOPPELZÜNGELEI, durch das Mittel der ÜBERTREIBUNG in der Anwendung an sich richtiger Maßnahmen - war es den Trotzlisten, Bürokraten, Revisionisten u.a. Parteifeinden in der Partei gelungen sich einzunisten:

'MIT DEM STATUT GEGEN DAS STATUT' zu Kämpfen war die konterrevolutionäre Devise. Diese Entwicklung forderte eine Änderung des Statuts, den neuen Bedingungen des Kampfes angepaßt.

Und die neue Verfassung, die die Ausweitung demokratischer Rechte verankert hatte, verlangte von der Partei auch in der Praxis mit gutem Beispiel voranzugehen, durch die überzeugende Praktizierung der innerparteilichen Demokratie. Dies stellt der "Kurze Lehrgang" anhand des ZK-Plenums von Februar/März 1937 vor den Wahren zum Obersten Sowjet bereits heraus, schon lange vor dem 18. Parteitag. Shdanows Referat legt Rechenschaft über den Zustand der Innerparteilichen Demokratie ab: Es zeigt all die Fehler und Schwä-

chen in einer ganzen Reihe von Parteiorganisationen ungeschminkt auf und entwickelt daraus die notwendigen Änderungen für das Statut, zur Gewährleistung der selbstverständlichen Rechte der Parteimitglieder und der Parteiorganisationen, zur Gewährleistung von Kritik und Selbstkritik in der Praxis des Parteiens Lebens und des Parteikampfs. Shdanow stellt heraus, daß die Parteiorganisationen sich die bewährte Praxis des ZK zum Vorbild nehmen sollen.

Wesentlich und prinzipiell im Kampf gegen die Restaurationsgefahr gelten die folgenden Gesichtspunkte im Referat Shdanows:

- Das Niveau der Kader systematisch heben, "das Aufblühen der theoretischen Arbeit sichern und unsere Partei ideologisch mehr wappnen". Diesem kommt eine entscheidende Bedeutung für die Führung des Klassenkampfes zu, in einer Zeit als in der Sowjetunion die letzte Ausbeuterklasse liquidiert worden ist und nunmehr 9/10 der Bewältigung der Aufgaben der Diktatur des Proletariats von der Arbeit der KP, von der politischen Schulung und Stählung der Kader abhängt

Shdanow wendet sich in der Debatte gegen Anträge, die die Bedingungen für die Parteaufnahme herabsetzen wollen, wendet sich gegen eine Verwischung der Grenze zwischen Mitglied und Nichtmitglied der bolschewistischen Partei.

Shdanow betont, daß auch im Sozialismus an dem grundlegenden Leitsatz festgehalten wird, daß die Kommunistische Partei

" die einzige Partei in der Welt (ist), die nicht auf die Vergrößerung ihrer Mitgliederzahl, sondern auf die Ver-

besserung der Qualität ihrer Mitglieder bedacht ist".

- Die opportunistischen und bürokratischen Methoden aufdecken und für die bolschewistischen Methoden des innerparteilichen Kampfes, der Kritik und Selbstkritik das Bewußtsein zu schärfen.
- Die Kontrolle der Durchführung der Beschlüsse, als ein zentrales Mittel gegen Stagnation und Verschimmung, wobei die Aufgabe für jede Genossin, für jeden Genossen auch darin besteht, die Beschlüsse auf ihre Richtigkeit hin zu kontrollieren, ob bzw. inwieweit sie sich in der Praxis als richtig bewährt haben.
- Der Sorge um die Nachfolgeneration der Bolschewiki wurde entschieden mehr Gewicht beigemessen - der bolschewistischen Jugend im Statut eine größere Rolle als bisher zugeschrieben, konkret wurde die Bedeutung der frühen Heranziehung der jüngeren Kader zur leitenden Arbeit propagiert und bei den Wahlen praktisch auch tatsächlich umgesetzt.

Die Ausführungen Shdanows stellen eine Waffe gegen antikommunistische Vorurteile dar: Wie solchen Behauptungen es hätte in der Sowjetunion zur Zeit Stalins in der Partei keine wirklichen Debatten gegeben, Kritik und Selbstkritik sei nicht vielmehr als eine Phrase gewesen.

Das Referat schlägt jene, die so tun, als hätte es in dieser Zeit in der SU keinerlei Probleme gegeben, eben jene die meinen angesichts des Antistalinismus alles bis ins Detail rechtfertigen zu müssen und der Politik der Bolschewiki damit einen "Bärendienst" erweisen. Es

schlägt aber auch jene, die behaupten, daß diese Fehlentwicklungen gar nicht

gesehen und angepackt worden wären.

## I.

### □ Wechselbeziehung - zwischen Organisationsprinzipien und Statut

1.) Das Statut verkörpert die Organisationsprinzipien der bolschewistischen Partei. Die Organisationsprinzipien sind feststehend, sind Axiome für die Partei:

1. straffster Zentralismus
2. bewußte innere Disziplin, Einheit des Willens und der Aktion
3. Unzulässigkeit von Fraktionen u. Gruppierungen
4. sorgfältige Auslese, der in die Partei Eintretenden
5. Fernhaltung opportunistischer, kleinbürgerlicher Elemente
6. ständige Sorge für die Hebung der Aktivität der Mitglieder und für die Entfaltung der innerparteilichen Demokratie

Die Regelungen des Parteistatut, die Gesetze der KP lassen sich in 3 Bereiche einteilen:

1. Methoden der praktischen Tätigkeit der Parteiorganisationen
2. Formen des Parteaufbaus
3. Regeln des inneren Lebens

2.) Wie diese Prinzipien umzusetzen, zu verwirklichen sind, ist abhängig vom Stand des Klassenkampfes, von der gegenwärtigen gesellschaftlichen Situation und vom Stand des Innerparteilichen

Kampfes und den sich daraus ergebenden aktuellen Aufgaben.

Jedem Statut liegen zwar dieselben Organisationsprinzipien der Partei neuen Typus zu Grunde, aber bei sich ändernder Lage des Kampfes, zieht dies eine Änderung des Statuts nach sich, wenn die Formen des Kampfes sich als veraltet herausstellen. Es geht dabei und ging auch auf dem 18. Parteitag nicht in 1. Linie um die Korrektur von Fehlern, sondern darum, das Statut wieder zu einer wirkungsvollen Waffe des innerparteilichen Kampfes, insbesondere des Kampfes gegen Bürokraten/Karrieristen und Trotzlisten zu machen.

Es ging darum, angesichts der Ausweitung der sozialistischen Demokratie durch die neue Sowjetverfassung, Vorbild für die demokratische Kultur in der gesamten UdSSR zu werden.

Genosse Shdanow analysiert auf dem 18. Parteitag den Zustand der innerparteilichen Demokratie und des Kampfes gegen Bürokratismus und Opportunismus. Er kann sich dabei auf frühere Debatten im ZK der KPdSU(B) stützen. (Plenum Febr./März 1937 und Januar 1938) Er stellt dabei weitverbreitete grundsätzliche Fehler und Verletzungen in der Anwendung der Organisationsprinzipien, insbesondere der Innerparteilichen Demokratie fest.



An der richtigen Linie und Praxis des ZK der KPdSU(B) orientieren sich viele Kader und Parteiorganisationen viel zu selten oder gar nicht, als ein Vorbild für die Verwirklichung der Organisationsprinzipien und der demokratischen Kultur bzw. läßt sich diese Linie oftmals nicht durchsetzen.

Shdanow erkennt, daß im Statut die in der Praxis unterlaufene innerparteiliche Demokratie stärker verankert werden muß, daß das Statut der sehr wirkungsvollen Methoden der Parteifeinde in der KP - wie der Doppelzüngerei verbunden mit der Übertreibung z.B. von Ausschlüssen/Massenausschlüssen - Änderungen am Statut erforderlich machen.

Er stellt aber darüber hinaus, auch sehr grundsätzlich die Gefahr der Restauration durch die Verbürokratisierung, den Kar-

rierismus heraus, die Erfolge in der Zersetzungsbearbeitung durch Revisionisten/Trotzkisten in einer Reihe von Parteiorganisationen. Dagegen setzt er neben den organisatorischen Kampf gegen diese Kräfte, die Forderung nach einer bewußten und nicht beamtenhaften Kontrolle der Durchführung, die Hebung des ideologischen Bewußtseins der Parteimassen und leitender Kader, der verstärkten Heranziehung bewährter parteiloser Kräfte in den Betrieben und einer besonderen Fürsorge für die Entwicklung und Förderung der kommunistischen Jugend, junger Kader. All dies spiegelt in den Vorschlägen zur Änderung und Ergänzung des bisherigen Statuts wieder.

\* \* \*

## II.

### □ Der Kampf gegen Bürokraten, Karrieristen, Trotzkisten u.a. Parteifeinde

#### A.

Zielscheibe der bougeoisien und revisionistischen Kräfte war die KP und ihre bolschewistischen Prinzipien

---

#### 1.) An welchen Fehlern konnten die Parteifeinde ansetzen?

Dazu soll zu Anfang das Ausmaß und die Bedeutung der Fehler und Mängel in der KPdSU(B) anhand von konkreten Material aufgezeigt werden. Shdanows Kritik und Selbstkritik zeigt die Fakten ungeschminkt auf, zu denen der "Kurze Lehrgang" feststellt, daß

"eine ganze Reihe von Parteiorganisationen in ihrer praktischen Arbeit das Parteistatut und die Grundsätze des demokratischen Zentralismus auf Schritt und Tritt verletzte,..." (S. 434)

In der Praxis wurden somit oft "die Gesetze der Partei über den Haufen ge-

worfen", wie Shdanow es auf den Punkt bringt (Referat von Febr. 1937 auf dem ZK Plenum, S. 9) und dabei selbstkritisch anmerkt, daß

"wir uns selbst unseren eigenen Parteigesetzen gegenüber unzulässig liberal verhalten." (Ebd. S. 10)

Ist das Referat Shdanows auf dem 18. Parteitag darauf ausgerichtet in erster Linie die Konsequenzen aus den Mißständen, Fehlern und Kritiken für das Parteistatut zu ziehen, so wurden zuvor in seinem Referat auf dem ZK-Plenum vom 26. Febr. 1937 sehr detailliert auf die Situation in einzelnen Parteiorganisationen eingegangen. (Veröffentlicht - in deutsch - in der Broschüre "Neuen Siegen entgegen", Straßbourg 1937) Und das ZK befaßt sich in seinem Beschluß vom Januar 1938 speziell mit den Fehlern beim Ausschluß: "Über die Fehler der Parteiorganisationen beim Ausschluß von Kommunisten aus der Partei". (Veröffentlicht in der "Komunistischen Internationale" 1938, S. 368 - 374;

Die Veröffentlichung dieser selbstkritischen Darstellungen über den Zustand und die Fehler in vielen Parteiorganisationen in andere Sprachen, in der Zeitschrift der KI - macht deutlich, daß das ZK der KPdSU(B) den Kommunistinnen und Kommunisten in allen anderen Ländern offen und ohne Beschönigung über die eigene Situation und den Kampf gegen die konterrevolutionären Kräfte in der eigenen Partei berichtete. Um die Situation in der KPdSU(B) an konkreten Beispielen aufzuzeigen, wird auch auf die beiden genannten Dokumente zurückgegriffen.

a)

Wahlen als Formalie, die Erörterung der Kandidaturen "im Familienkreise erledigen, ohne besondere Scherereien"

Shdanows Darstellung und Kritik daran wie die Wahlen häufig durchgeführt wurden halte ich für so treffend und lehrreich, daß sie hier zusammenhängend zitiert werden soll:

"Nun über die Praxis der Wahlen selbst. Der Wahlvorgang ist bei uns häufig so eingerichtet, daß die Parteimitglieder nicht die Möglichkeit haben, sich frei über die Kandidaturen zu äußern, sich des Rechts der Ablehnung und der Kritik an unannehmbaren Kandidaten zu bedienen. Die Wahlen sind nicht so organisiert, daß die wirkliche Möglichkeit zur Prüfung jeder Kandidatur durch die Masse der Parteimitglieder gewährleistet wird, sondern so, daß die Wahlen möglichst schnell und einfach durchgeführt werden, und daß man von lästiger Kritik der Parteimassen an dieser oder jener Kandidatur erlöst wird. Bei uns geht die Sache gewöhnlich so vor sich:

Der Sekretär des Parteikomitees stellt einige Tage vor der Konferenz auf irgendeinem Blatt seines Notizbuches eine vorläufige Kandidatenliste auf. Dann wird eine Beratung der Sekretäre einberufen, wo die Liste festgelegt wird. Dann wird die Erörterung der Kandidaten im 'sinij konwert' ('blauen Kuvert'), wie man bei uns den Seniorenkonvent nennt, und in einer Beratung der Delegationen vorgenommen. Die Erörterung der Kandidaturen wird somit in verschiedenen geschlossenen Vorberatungen 'im

Familienkreise' erledigt, ohne besondere 'Scherereien'. Haben die Beratungen der Sekretäre und Delegationen die Frage bereits entschieden, so ist es ganz klar, daß es äußerst schwierig ist, in der allgemeinen Versammlung oder in der Konferenz irgendeine Kandidatur abzulehnen.

Auf den Konferenzen selbst wird über die Kandidaturen in der Regel keine Debatte eröffnet, die Abstimmung erfolgt nach der Liste und nicht personell, und damit verwandelt sich die Wahlhandlung in eine einfache Formalität.

Auf den Konferenzen ist man auf Schnelligkeit bedacht. Als Vorsitzender wird ein Mann hingesetzt, der die Wahlen mit aufgekrepelten Ärmeln nach der Liste in 20 Minuten 'erledigt'. Hier ergibt sich auch nach außen hin volle Einmütigkeit, und für Einwände gibt es eigentlich keine Möglichkeit.

Anstatt den Leuten auf der Konferenz selbst die Möglichkeit zu bieten, an der Erörterung teilzunehmen, eine umfassende Kritik zu eröffnen, läuft die ganze Sache auf eine beschränkte organisatorische 'Technik' hinaus, die das eine Ziel verfolgt, sich von der Kritik durch die Parteimassen abzugrenzen.

Eine solche Praxis ist mit dem Geist und den Traditionen unserer Partei und mit den Aufgaben, vor denen wird gegenwärtig stehen, unvereinbar. Sie stellt eine verschleierte Verletzung der dem Parteimitglied zustehenden Rechte dar, eine Verletzung der Parteidemokratie." (Ebd. S. 13/14)

Wesentlich hier dran ist, daß Shdanow in seiner Kritik auch positiv aufzeigt, wie

Wahlen durchgeführt werden müssen, die nicht nur der Formalität genüge tun, sondern tatsächlich demokratisch sind, wo die Mitglieder vollberechtigt einbezogen werden und eine wohldurchdachte Entscheidung treffen können: eben wirklich eine Erörterung der Kandidaturen und ihrer Aufstellung, eben eine umfassende Kritik tatsächlich ermöglichen und eine solche Kritik eröffnen können, bis hin zur möglichen Ablehnung der Kandidaturen.

Im Zusammenhang mit der Rechenschaftslegung geht Shdanow auch auf die bürokratische Praxis der "Selbstberichte" ein, die statt der erforderlichen Rechenschaftsberichte erstellt wurden, denn so Shdanow: "die Berichterstattung der Parteikomitees vor den Parteimassen ist (aber) offenkundig nicht genügend entwickelt." (Ebd. S. 14) Die Selbstberichte waren verbunden mit dem Herumwühlen im Privatleben, Familienleben der Kader, aber nicht mit der Prüfung der führenden Rolle und der Arbeit der Betroffenen.

b)

Demokratische Rechte der Mitglieder wurden mißachtet,

wie z.B. kein Anhörrecht bei Vorwürfen, Kritik wird unterbunden, die Möglichkeit sich ans ZK zu wenden wird verhindert, es wird eine offene Listenvahl statt einer geheimen Persönlichkeitswahl durchgeführt.

- "Vetternwirtschaft", die sogenannten 'Dreiecke' im Betrieb

Die 'Dreiecke', bestehend aus dem Parteisekretär, Gewerkschaftsvorsitzenden und Betriebsleiter, bestanden tat-

sächlich in einer Reihe von Betrieben, aber

"abseits der normalen gewählten Organe (Parteikomitee, Betriebsrat), (als) eine eigenartige, offiziell und regulär tätige, in keinen Partei- und Sowjetgesetzten vorgesehene Organisation".

Diese 'Dreiecke' treten zusammen, fassen Beschlüsse und erteilen Direktiven zur Ausführung, beschreibt Shdanow ihre praktische Tätigkeit. Spricht er einerseits von "offiziell und regulär tätig", so sieht er sie vom Standpunkt der kollektiven Führung, vom Standpunkt der richtigen Beziehungen zwischen Partei-, Wirtschafts- und Gewerkschaftsorganisation aus als "unzulässige Form":

"Das ist Vetternwirtschaft, das ist ein Übereinkommen, um das kritisieren zu erschweren." (Ebd. S. 17)

Denn bringe einer seine Kritik vor, wenn dieses 'Dreieck' sich einmal einig ist... Und er zeigt dies an einem konkreten Beispiel aus den Kalininwerken in Leningrad auf, wo ein Bolschewik wegen Kritik an der unrichtigen Führung der Stachanowbewegung durch die Betriebsverwaltung, aus der Partei ausgeschlossen wurde: "Der Direktor kam hin und sagte: Das ist empörend, man beschimpft die Direktion. Der Sekretär und der Vorsitzende des Betriebsrates sagten ja." Der Ausschluß wurde erst durch Kontrollorgane der Partei rückgängig gemacht und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen. Als charakteristisch für solche Fälle stellt Shdanow heraus:

"So entsteht die Unterdrückung der Selbstkritik, und dann ist es in einer solchen Fabrik für die Arbeiter schon

schwer, die Wahrheit durchzusetzen." (Ebd.)

Es ist an der Zeit die Frage der Liquidierung der 'Dreiecke' zu debattieren, schlußfolgert Shdanow. Was daraus nun geworden ist, wie diese Frage der Kritik und Selbstkritik im Betrieb zuvor und danach debattiert worden ist, wie stark ihre Befürworter waren, daß geht aus dem Referat nicht hervor. Es bleibt als eine wichtige Frage für die Beurteilung des Zustands der sozialistischen Demokratie im Betrieb noch zu untersuchen. (Erwähnt sei hier, daß im Roman von Kotschetow, "Die Shurbins" dies 'Dreieck' positiv dargestellt wird.)

- In den primären Parteiorganisationen (z.B. betriebliche Parteikomitees) besteht die übliche Praxis in der faktischen Abschaffung der allgemeinen Versammlungen durch Abteilungsversammlungen und Konferenzen. Am Beispiel der Lage in einem Großbetrieb zeigt Shdanow auf, was es bedeutet, wenn die Parteimitglieder nicht mehr zur allgemeinen Versammlung für die Wahl des Parteikomitees einberufen werden, sondern stattdessen im Betrieb eine Konferenz durchgeführt wird. "Im Grunde genommen" so kritisiert Shdanow,

"wird zwei Mitgliedern von Dreien die Möglichkeit genommen, an der Wahl teilzunehmen." (Ebd. S. 16)

Shdanow macht deutlich wie notwendig es ist, daß in der Resolution des ZK (Plenum Febr. 1937) gefordert wird, "die strenge Einhaltung der Bestimmungen über die Wahl der Parteikomitees auf den allgemeinen Fabrikversammlungen (zu) gewährleisten." (Ebd. S. 15)

c)

der demokratische Zentralismus wird unterhöhlt das Wahlprinzip, die Wählbarkeit der Parteiorgane wird durch die Praxis der Kooptierung verletzt.

Shdanow nennt eine ganze Reihe davon betroffener Parteiorganisationen, hier nur einige wenige konkrete Beispiele, um ein Bild davon zu vermitteln:

- im Kiewer Gebietskomitee werden im Oktober 1934 vierzehn Personen auf einmal ins Plenum kooptiert, darunter eine Reihe von Leuten die später als Parteifeinde entlarvt wurden.

- Im Stadtkomitee Charkow sind von den 158 Mitgliedern und den 34 Kandidaten die auf der Stadtparteikonferenz gewählt wurden, nur 59 geblieben. Der Mitgliederbestand - ein Drittel - selbst kann nicht als rechtmäßig angesehen werden. Kooptiert wurden 61 Personen und das Stadtkomitee besteht mit Ausnahme eines Genossen aus Kooptierten.

- In Leningrad wurde das Parteikomitee der Kanonerski-Werke vor dem 17. Parteitag mit 7 Mitgliedern gewählt und in 3 Jahren wurden 22 Mitglieder kooptiert. Das Parteikomitee hat also seinen Bestand ohne normale Wahlen dreimal gewechselt! (Siehe Shdanow 1937, S. 11/12)

Dies sind keine Ausnahmen, "die Kooptierung ist sehr weit verbreitet. Sie ist ein Laster an dem eine ganze Reihe von Parteiorganisationen krank", stellt Shdanow fest: in den Gebiets- und Gaukomitees und in den Zentralkomitees der nationalen Kommunistischen Parteien gibt es 11,6 % kooptierte Mitglieder des Plenums. Das ist die Durchschnittszahl. In Kiew sind es 22,8% und in Weißrußland 26,2%. In den Rayon und Stadt-

komitees beträgt der Prozentsatz: in Moskau 17%, Leningrad 17,2%, bis zu 30 % in Armenien. In den Rayon- und Stadtkomitees liegt der Prozentsatz zwischen 14% bis 59%.

Es kam sogar soweit, daß eine Minderheit kooptiert oder ausschließt, in dem einfach die erforderliche Beschlußfähigkeit ignoriert wurde, da "der Begriff des Quorums (Beschlußfähigkeit) sich vielerorts verwischt hat, verloren gegangen ist.", wie Shdanow bissig bemerkt. (Ebd. S. 12) Als Resümee stellt Shdanow fest:

"Die Praxis der Verletzung des Wahlprinzips und seiner Ersetzung durch Kooptierung ist in zahlreiche führende Organisationen eingedrungen, und durch ihre Fahrlässigkeit haben auch die primären Parteiorganisationen diesen Weg eingeschlagen." (Ebd.)

Shdanow hebt hervor, daß im ZK kein einziges Mitglied und auch keine Kandidatin bzw. kein Kandidat kooptiert worden ist und die Parteikader und -organisationen vom Zentralkomitee lernen müssen. (Ebd. S. 14)

d.)

Die Parteidisziplin wurde nicht mehr als höchste Disziplin angesehen und anerkannt, was insbesondere typisch ist für Bürokraten und bürokratische Vorstellungen:

"Feindliche Elemente kultivierten weitgehend eine Praxis, bei der die dienstliche Disziplin als höhere Disziplin der Parteidisziplin entgegengestellt wurde und zersetzen dadurch ehrliche Funktionäre."

(Shdanow 1938, S. 19)

Shdanow bringt in seinem Bericht vom Febr. 1937 (S. 15) ein Beispiel, in dem jemand aufgrund der Kritik der Parteiorganisation an seiner Rechenschaftslegung per Beschluß des Parteikomitees verhaftet wird. Shdanow läßt sich auf keine Diskussion über die tatsächlichen oder

vermeintlichen Fehler des Parteimitglieds ein, sondern stellt heraus, daß es um die Frage geht ob eine Parteiorganisation, überhaupt das Recht dazu hat. Über diese Abgrenzung bestand oft nicht das notwendige Bewußtsein.

## 2.) Bolschewiki wurden von parteifeindlichen Kräften innerhalb der KPdSU(B) verfolgt; Parteiorganisationen wurden zersetzt und zerschlagen,

In der Zeit der Massenreinigung, des Aufnahmestops in der KPdSU(B) stellt sich immer mehr heraus, daß die Parteifeinde sich auch auf die für sie neue und verschärfte Situation des Kampfs eingestellt hatten. Die Doppelzüngler knüpften an die richtige Parole der Bolschewiki - Wachsamkeit statt politischer Sorglosigkeit gegenüber den Bürokraten, Parteifeinden mit dem Mitgliedsbuch in der Tasche - an und übertrieben diese Parole:

Ein Beispiel:

So stellte der Sekretär des Rayonkomitees (Gebiet Archangelsk) *"jedem Kommunisten die Aufgabe, einen Volksfeind ausfindig zu machen"* und gab dabei gleichzeitig bekannt, daß *"dabei keinerlei Überspitzungen herauskommen würden."* (Shdanow 1938, S. 27)

Die Hauptanstrengungen der Parteifeinde war auf die Zerschlagung der ehrlichen bolschewistischen Kader gerichtet. Unter der Flagge der "Wachsamkeit" schufen sie künstlich Unzufriedenheit und Erbitterung. Dies zeigt Shdanow an der Aussage eines Sowjetfeindes auf:

*"Wir trachteten danach, eine möglichst große Zahl von Menschen aus*

*der Partei auszuschließen. Wir schlossen auch Leute aus, bei denen es absolut keinen Grund zum Ausschluß gab. Das war einzig und allein darauf berechnet, die Zahl der erbitterten Menschen zu vergrößern und damit die Zahl unserer Verbündeten zu vermehren."*

Die Zerstörung des Parteiapparates gehörte ebenfalls zum Plan der Wühlarbeit und damit war auch schon begonnen wurden. Hier die Aussage eines anderen Sowjetfeindes aus der Ukraine:

*"Im Verlaufe von 5, 6 Tagen trieb ich den Apparat des Gebietskomitees auseinander, setzte fast alle Abteilungsleiter des Gebietskomitees ab, jagte 12 bis 15 Instrukteure davon und ersetzte sogar den technischen Apparat des Gebietskomitees mit neuen Leuten ... (Ebd.)"*

*Nach der 'Säuberung' des Apparates des Gebietskomitees ging ich ... daran die Stadtkomitees und Rayonkomitees auseinanderzujagen. In kurzer Zeit setzte ich 15 Sekretäre und eine ganze Reihe anderer Funktionäre ab, gegen die keinerlei kompromittierendes*

*Material vorlag. Ich erweckte den Anschein des Kampfes gegen die Feinde und erreichte gleichzeitig, daß eine Reihe von Kommunisten, die ich völlig grundlos von der Arbeit entließ, gegen die Partei erbittert wurde."*  
(Ebd.)

Den Parteiorganisationen steht nicht das Recht zu, selbst staatliche Maßnahmen gegen Parteimitglieder oder ehemalige, ausgeschlossene Parteimitglieder anzuordnen, d. h. aber nicht, daß die Organe der Kommunistischen Partei nicht das Recht haben, mitunter gar die Pflicht haben, staatliche Entscheidungen der Unterdrückungsorgane oder der Gerichte herbeizuführen.

Bewußt muß jeder Genossin, jedem Genossen sein, in der Partei ist die höchste Strafe der Ausschluß, das ist also die strengste Bestrafung bzw. Maßnahme die Parteiorgane entscheiden und durchführen lassen dürfen.

Entgegen antikommunistischen Vorstellungen und unabhängig davon, daß es solche Praktiken gab, gilt: Es ist nicht das Recht und ebensowenig die Aufgabe von Parteiorganisationen über den Parteiausschluß hinausgehende Maßnahmen anzuordnen. Eine solche Entscheidung und Anordnung, wie z.B. Gefängnis liegt in der Verantwortung der Organe der Diktatur des Proletariats, weil sie die Klassenherrschaft ausüben, es ihre Aufgabe ist, die Konterrevolutionäre zu unterdrücken.<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Die Debatte über diese Frage hat auch in der KP-China eine wichtige Rolle gespielt. Entgegen der Parteilinie wurden von Parteiorganen Anordnungen zur Erschießung getroffen. Das Zk stellte im "Beschuß über einige Fragen der Geschichte unserer Partei"

Shdanow bringt im Referat zum Statut Beispiele von ungerechtfertigten Verhaftungen, solchen Verhaftungen, die aufgrund des Wirkens und des Einflusses von Trotzlisten, Bürokraten von Parteiorganen zustande kamen und von diesen Parteiorganen angeordnet wurden. Aufschlußreich ist, wie die Kontrollorgane der Partei diese Fälle aufgeklärt haben und ihrerseits gezeigt haben, wie gegen Parteifeinde vorzugehen ist: Von Kontrollorganen der Partei wurde die Parteiangelegenheit geklärt, die Strafe des Ausschlusses ausgesprochen und vollzogen und getrennt davon, die Frage des aktiven Konterrevolutionärs, des aktiven Sowjetfeindes erörtert und von den staatlichen Organen geprüft, und falls dies sich als notwendig erwies, Maßnahmen angeordnet - eben aber nicht von den Parteiorganen.

Zum Thema der unzulässigen automatischen Verknüpfung von Parteiausschluß und Verlust der Wohnung und des Arbeitsplatzes. das ZK stellte angesichts einer weit verbreiteten gängigen oder zumindest geduldeten antikommunistischen Praxis im Beschluß vom Januar 1938 "Über die Fehler der Parteiorganisationen beim Ausschluß von Kommunisten aus der Partei" fest:

"Die unrichtige, schädliche Praxis zu verbieten, daß aus der KPdSU(B)

---

1945 fest: "In vielen Gebieten verflocht sich die falsche Politik bei der Ausrottung konterrevolutionärer Elemente mit der sektiererhaften Kaderpolitik; gegen viele unserer besten Genossen wurden falsche Maßnahmen ergriffen und sie wurden schuldlos umgebracht." Mao Tse-tung, Ausgewählte Werke IV, Berlin 1956, S.270, zitiert nach Mao Tse-tung seine Verdienste - seine Fehler, Band 1, 1926 bis 1949, Offenbach 1997, S. 335-336

Ausgeschlossene unverzüglich von ihren Posten entfernt werden. Festzulegen, daß in allen Fällen, in denen es sich als notwendig erweist, einen Mitarbeiter in Verbindung mit seinem Ausschluß aus der KPdSU(B) seines Postens zu entheben, diese Enthebung nur vollzogen werden kann, nachdem ihm eine andere Arbeit zugewiesen wurde.

Die Gebietskomitees, Gaukomitees, Zentralkomitees der nationalen kommunistischen Parteien zu verpflichten, spätestens bis zum 15. Februar 1938 durch die entsprechenden Sowjet- und Wirtschaftsorgane den Arbeitsantritt der aus der KPdSU(B) Ausgeschlossenen zu sichern und in der Zukunft keine solche Lage zuzulassen, daß aus der KPdSU(B) Ausgeschlossene ohne Arbeit bleiben" (3/374) [Siehe jeweils Quellenverzeichnis, S. 46.]

Wichtig hierbei ist, daß allein aufgrund des Parteiausschlusses niemand die Ar-

beit verlieren darf, denn es heißt ausdrücklich daß niemand der ausgeschlossenen wurde "ohne Arbeit bleiben" darf.

Wenn die Entbindung von einem bestimmten Posten, einer bestimmten Arbeitsstelle notwendig wurde, so hatte sie in Form einer Versetzung zu erfolgen, damit nicht die Arbeitsstelle selbst gefährdet wurde. Dadurch werden die Fälle berücksichtigt, in denen der Ausschluß nicht allein aufgrund von Passivität in der Parteiarbeit erfolgte sondern wegen Revisionismus oder Bürokratismus. Denn im Sozialismus gibt es Aufgaben im Betrieb, die nicht ohne das erforderliche Klassenbewußtsein, ohne das erforderliche Verantwortungsbewußtsein gegenüber dem sozialistischen Staat, ohne die enge Verbindung zu den Parteiorganisationen, (allein an der Parteimitgliedschaft ist dies nicht festzumachen, dafür gibt es viele Beispiele in der SU) verantwortlich wahrgenommen werden können, wie z.B. Leiter eines Betriebes oder Redakteur der Betriebszeitung.

### 3. Die Mitverantwortung von Parteiorganisationen und Kadern für die Erfolge der antikommunistischen Elemente in der KPdSU(B)

Es stellt sich aber neben der Frage der Hauptverantwortlichen - der Bürokraten, Revisionisten und Sowjetfeinde, für die Veranlassung von ungerechtfertigten massenhaften Parteiausschlüssen, für die Verfolgung und Unterdrückung von wirklichen Bolschewiki - die Frage der Mitverantwortung durch die Beteiligung z.B. an Beschlüssen oder Duldung solcher zutiefst antikommunistischer Entscheidungen und Praktiken durch Parteiorgane oder einzelne Kader. Im Beschluß werden Beispiele aufgeführt, wie "aus

der Partei ausgeschlossene und parteilose Funktionäre ungesetzlich aus der Arbeit entlassen werden oder ihnen die Anstellung verweigert wird." (3/368), so wurden in einem Rayon (Smijew) im Okt./Nov. 1937 36 Lehrer von der Arbeit entfernt und weitere 42 zur Entlassung vorgemerkt.

Und weiter prangert der Beschluß an, daß gegenüber aus der Partei Ausgeschlossenen zugelassen wurde - in völliger Willkür - daß "ohne jeden Grund, sie (die Ausgeschlossenen, AdV) zu Volks-



feinden erklärt" worden. Es wird anhand eines charakteristischen Beispiels verdeutlicht: das Parteikomitee des Rayon Bolschaja Tschernigowka schloß von 210 Kommunistinnen und Kommunisten, die der Rayon-Parteio rgansation angehörten, 50 aus und erklärte sie zu Volksfeinden, während die Organe des Volkskommisariat für Innere Angelegenheiten hinsichtlich 43 dieser Ausgeschlossenen keinerlei Gründe zur Verhaftung erkennen konnte. (siehe 3/369)

Das ZK der KPdSU(B) kämpfte dafür, daß auch die verantwortlichen Genossinnen und Genossen, die verantwortlichen Parteiorgane Rechenschaft drüber abzulegen und zu ihrer Mitverantwortung Stellung zu beziehen hatten. Das ZK kämpfte gegen einen Liberalismus im Umgang mit diesen Fragen. Diese selbstkritische Arbeit gegenüber einer weit verbreiteten Praxis in der KPdSU(B), gegen eine bürokratische Moral findet ihren Ausdruck im Beschluß des ZK vom Januar 1938:

"Es ist kein einziger Fall vorgekommen, daß die Gebietskomitees, die Gaukomitees, die Zentralkomitees der nationalen kommunistischen Parteien, die die Sache untersuchten, die Praxis der summarischen, allgemeinen

Behandlung von Parteimitgliedern vereilt hätten, Leiter der lokalen Parteiorganisationen wegen unberüneten und unrichtigen Ausschlusses von Kommunisten aus der Partei zur Verantwortung gezogen hätten. (...)

Die Gebietskomitees, Gaukomitees, Zentralkomitees der nationalen kommunistischen Parteien fördern selbst die Praxis der summarischen Massenausschlüsse aus der Partei dadurch, daß sie jene Parteileiter, die gegenüber Kommunisten Willkür zuließen, unbestraft lassen." (3/372)

Das ZK trifft darüber hinaus aber auch Konsequenzen aus dieser Kritik:

"Die Gebietskomitees, die Gaukomitees, die Zentralkomitees der nationalen kommunistischen Parteien und alle Parteiorganisationen zu verpflichten, jene Parteileiter, die die Direktiven des ZK der KPdSU(B) ohne sorgfältige Prüfung aller Materialien aus der Partei ausschließen und Willkür gegenüber Parteimitgliedern zulassen, ihrer Parteiposten zu entheben und zur Parteiverantwortung zu ziehen." (3/173)

\*

## B. WIE GEGENSTEUERN ?

---

### 1.) Organisationsprinzipien durchsetzen

- Das Statut auf den Stand der veränderten Kampfbedingungen bringen:

Es insbesondere konkretisieren in Fragen der DEMOKRATIE gegen Bürokratismus/Karrierismus, die selbstverständlichen Mitgliederrechte im Statut fixieren, verbrieft Mittel gegen Willkür gewährleisten und das individuelle Herangehen fördern.

- Die Innerparteiliche Demokratie stärken:

Dadurch, daß sehr konkrete Bestimmungen im Statut festgelegt werden, über selbstverständliche Mitgliederrechte, die durch ihre statutmäßige Fixierung aber die Praxis der antidemokratischen Gepflogenheiten erschwert und die Bedingungen für den Kampf der Kader dagegen erleichtert.

Durch die Debatte über die statutmäßige Stärkung der demokratischen Rechte und deren Verankerung, wurde die Ak-

tivität der Mitglieder, ihre aktive Teilnahme an der Parteileitung gefördert.

Die Kritik u. Selbstkritik bleibt auch personell nicht ohne Konsequenzen, hat die Erneuerung der leitenden Organe zur Folge u. die Säuberung der eigenen Reihen. So wurde die Arbeit einer großen Anzahl von Parteiorganisationen und Parteiorganisatoren "für unbefriedigend befunden" (1/41). Die Parteiorgane wurden durch die Wahl 1938 neu zusammengesetzt, mit vielen neuen Kadern, dem Nachwuchs, wie Shdanow es selbst nennt.

Es wurden zum erstenmal gewählt:

35% der Mitglieder der Parteikomitees der primären Parteiorganisationen, 41% der Mitglieder der Rayonkomitees, 46% in den Stadtkomitees, 60% der Mitglieder der Gebiets-, Regional- und der Zentralkomitees der nationalen kommunistischen Parteien. (1/41)

### 2. Die Kontrolle der Durchführung stärken

Die Kontrolle der Durchführung ist ein zentrales Mittel gegen Stagnation und Verschimmelung Fehler frühzeitig zu erkennen und aufzudecken.

"Wo die Kontrolle der Durchführung richtig organisiert ist, da ist der Schädling lahmgelegt." (1/69)

Gegen eine Beamtenmentalität bei Kontrollaufgaben in der Kommunistischen Partei, stellt Genosse Shdanow richtig heraus: Die Überprüfung von Beschlüssen beinhaltet neben der Kontrolle der Durchführung auch die Kontrolle von deren Richtigkeit, der Frage, ob sie sich in der Praxis bewährt haben und ob

sie nicht geändert oder ergänzt werden müßten. Sozialismus und Kommunismus unterscheiden sich ja nun gerade auch durch die Erziehung zur Bewußtheit der werktätigen Massen, der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung gegenüber der bürgerlichen Gesellschaft, die ihre "bürgerliche Bewußtheit" beschränkt auf eine kleine Minderheit, die Bourgeoisie und ihren Statthaltern in den verschiedenen Gebieten der Gesellschaft und im Betrieb.

"Leiten bedeutet, daß man die Durchführung der Direktiven kontrolliert und nicht allein die Durchführung, sondern auch die Direktiven selbst, ob sie richtig oder unrichtig sind.

Es wäre lächerlich zu glauben, daß alle unsere Direktiven zu 100 Prozent richtig seien. Derartiges gibt es nicht und kann es auch nicht geben, Genossen. Die Kontrolle der Durchführung besteht eben darin, daß unsere Parteiarbeiter im Feuer der praktischen Erfahrung nicht nur die Durchführung unserer Direktiven, sondern auch die Richtigkeit der Direktiven selbst prüfen sollen. Deshalb bedeuten Mängel auf diesem Gebiet Mängel in unserer gesamten Leitung." (Hvh. vom Verf.)

(Stalin "Über die Arbeit des Vereinigten Plenums des ZK und der ZKK", 1928. Zitiert nach Shdanow 1/48)

### 3.) Bewußtheit erhöhen

Shdanow stellt ein theoretisches und politisches Zurückbleiben der Kader fest. Im Zusammenhang mit der Frage des richtigen Herangehens an das Thema Parteiausschluß/Massenreinigung wird dies im Beschluß des ZK vom Januar 1938 mit der Charakteristika von leitenden Kadern als des "kurzsichtigen politischen Geschäftsmenschen" überdeutlich. (3/372) Stalin zeigt in seinem Rechenschaftsbericht auf dem Parteitag die Gefahr für die Kommunistische Partei und für die Diktatur des Proletariats auf:

"wenn unsere Arbeit zur Hebung des politischen und theoretischen Niveaus dieser Kader nachläßt und die Kader selber im Zusammenhang damit aufhören, sich für die Perspektive unseres Vormarsches zu interessieren, wenn sie aufhören zu begreifen, daß unsere Sache die einzig gerechte Sache ist,

und sich in engstirnige Praktiker ohne Perspektive verwandeln, die die Weisungen von oben blind und mechanisch befolgen, dann muß unsere gesamte Staats- und Parteiarbeit unbedingt verkümmern."

(zitiert von Shdanow, 1/49-50)

Ohne Bewußtheit der Massen und ihrer Organisation ist nicht nur ein Sieg der proletarischen Revolution unmöglich, wie es bereits im Kommunistischen Manifest herausgearbeitet wurde, sondern vielmehr noch, auch kein Sieg im Aufbau des Sozialismus. Ohne Bewußtheit schließlich kann der Sieg im Klassenkampf unter der Diktatur des Proletariats nicht gesichert werden - ohne die Bewußtheit der Arbeiterklasse und in aller erster Linie, ohne die Bewußtheit ihrer Hauptwaffe, der Kommunistischen Partei. Und diese Bewußtheit zeigt sich eben

nicht nur in der richtigen, revolutionären Linie, sondern dann auch in deren Umsetzung durch die Kader, in der Bewußtheit der kommunistischen Kader. Stalin führt zu diesem Thema weiter aus:

"Es muß als Axiom gelten: je höher das politische Niveau und je bewußter die marxistisch-leninistische Einstellung der Funktionäre des betreffenden Zweiges der Staats- und Parteiarbeit, um so höher steht die Arbeit, um so fruchtbringender ihre Resultate, und umgekehrt:

je niedriger das politische und je weniger bewußt die marxistisch-leninistische Einstellung der Funktionäre, um so wahrscheinlicher sind Versagen und Fehlschläge in der Arbeit, um so wahrscheinlicher ist es, daß die Funktionäre selber verflachen und zu kleinlichen Wichtigtuern werden, um so wahrscheinlicher ist es, daß sie entarten." (Ebd.)

Die Gefahr des Opportunismus, die Gefahr des Bürokratismus für die Kader wird direkt benannt. Und Shdanow macht anschließend klar, daß 9/10 der Bewältigung der praktischen Aufgaben davon abhängt, die Kader ideologisch zu schulen und politisch zu stählen. Als herausragende Aufgabe stellt sich die Beseitigung des theoretischen und politischen Zurückbleibens der Kader, die Aufgabe alle Parteimitglieder mit der kommunistischen Theorie zu wappnen und den Bolschewismus zu meistern.

Für die Umsetzung dieser Aufgabe, kam der kurz zuvor erfolgten Herausgabe des "Kurzen Lehrgangs" eine gewaltige Rolle für die ideologisch-theoretische Wappnung der Genossinnen und Genossen der KPdSU(B) bei. Der Beschluß

"Über die Gestaltung der Parteipropaganda im Zusammenhang mit dem Erscheinen des 'Kurzen Lehrgangs der Geschichte der KPdSU(B)'" hat

"einen mächtigen Anstoß gegeben, um die gesamte ideologisch-politische Arbeit auf eine neue Stufe zu heben." (1/51)

Shdanow betont in diesem Zusammenhang, daß es eben in der Phase nach der Liquidierung der Ausbeuterklassen im Sozialismus die Aufgabe der kommunistischen Erziehung ist:

"die Überbleibsel des Kapitalismus im Bewußtsein der Menschen zu überwinden, um die praktischen Aufgaben des sozialistischen Aufbaus erfolgreich lösen zu können, um für den Kampf gegen die kapitalistische Umwelt und ihre Agentur gerüstet zu sein, d.h. mit der Kenntnis der Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung und des politischen Kampfes wappnen." (1/50-51)

Zur Hauptmethode der Arbeit der Kader wird das selbständige Studium:

"... daß die Theorie den Praktikern die Kraft der Orientierung, die Zuversicht in sich selbst, die Perspektive gibt und die Fähigkeit verleiht, die Ereignisse nicht nur zu sehen, sondern auch vorauszusehen." (1/53)

\* Der Gedanke der Nachfolge-Generation für die Sicherung der Diktatur des Proletariats - der später von Mao Tse-tung in der Kulturrevolution im Kampf gegen die Macht der Revisionisten propagiert wurde - wird von Shdanow langfristig als herausragend erkannt:

"Darin liegt der Unterpfand der Kraft und Unbesiegbarkeit unserer Partei."  
(1/48)

Im Statut mußte die notwendige Vorbedingung geschaffen werden, um neue Kader von Parteiarbeiterinnen und -arbeitern zu leitender Parteiarbeit aufrücken zu lassen. Die Dauer der Parteizugehörigkeit zur Ausübung leitender Parteiarbeit wurde auf Antrag des ZK's verkürzt.

Shdanow berichtet davon, daß "über eine halbe Million junge Bolschewiki, Parteimitglieder und der Partei Nahestehende zu leitender Staats- und Parteiarbeit aufrückten." (1/47) Erkennbar wird hier auch, daß bewährte Parteiose bolschewistische Kader stärker in die Arbeit eingebunden wurden.

Um hier keine falsche Vorstellung entstehen zu lassen, die Linie in der Frage bestand nicht darin, statt auf die alten nun allein auf die jungen Kader zu orientieren, sondern darin:

"auf die Koordinierung, die Vereinigung der alten und jungen Kader zu einem gemeinsamen Orchester der leitenden Arbeit der Partei und des Staates Kurs zu halten."

(Stalin, 18. Parteitag, 1939, 1/46)

Stalin betont dabei, daß die alten Kader "ein großer Schatz für die Partei und den Staat" sind, wegen ihrer gewaltigen Erfahrung in der Leitung, in marxistisch-leninistischer Prinzipienfestigkeit, Sachkenntnis und Orientierungsvermögen. Er zeigt aber auch die große Schwäche, die Gefahr auf:

"hat ein Teil der alten Kader zuweilen die Neigung, beharrlich in die Vergangenheit zu blicken, im Vergangenen, im Alten stecken zu blei-

ben und das Neue im Leben nicht zu bemerken. Das nennt man das Gefühl für das Neue einbüßen. Das ist ein sehr ernster und gefährlicher Mangel."

(Rechenschaftsbericht an den 18. Parteitag, 1939. Werke 14, S. 217)

Und gerade dieser Punkt wird von Antikommunisten, insbesondere Renegaten und Troztkisten benutzt, nach dem Motto: 'Stalin hat sich der "alten, bewährten Bolschewiki" entledigt.

Mit Blick auf die Fakten in Shdanows Referat über den weit verbreiteten Bürokratismus, der Ignorierung der selbstverständlichsten demokratischen Gepflogenheiten, - was nun bei manchen langjährigen Parteimitgliedern und Funktionären, die "ihren Familienfrieden" haben wollten zur Gewohnheit wurde, denen die harte Kritik und Rechenschaftsforderung all ihre angesetzte Bequemlichkeit gefährdete, denen der revolutionäre Geist und Schwung der wirklich bewährten Bolschewiki, des ZK's und der jungen Kader als etwas Unheimliches vorkommt - wird nachvollziehbar, warum manche alten Kader nicht der Kommunistischen Partei weiter angehören konnten. Von daher sind die Zahlenbeispiele der Renegaten über eine große Zahl an Mitgliedern, die schon vor der Oktoberrevolution oder dem Bürgerkrieg in den Reihen der Bolschewiki waren und 1930 oder 1934 aus der Partei ausgeschlossen worden sind, vielleicht gar nicht so grundfalsch, was aber im Einzelfall noch zu prüfen bleibt.

Die Renegaten huldigen die bürokratische oder opportunistische Mentalität und sind daher eingeschworene Feinde einer Politik, die dieser Mentalität und Praxis den Krieg erklärt.

#### 4.) Methoden der Doppelzüngler aufdecken

Um die Bürokraten und Doppelzüngler zu entlarven und zu entmachten, war es notwendig ihre Methoden des Kampfes zu kennen. Das ZK hatte schon 1934 nach dem Mord am Genossen Kirow in den Vordergrund gerückt, die Methoden der Parteifeinde, die einen verdeckten Kampf in der Partei führen, zu studieren:

"Es gilt ... das Studium aller und jeglicher parteifeindlicher Gruppierungen in unserer Partei, ihrer Methoden, ihrer Taktik, und vor allem das Studium

der Taktik und der Methoden des Kampfes unserer Partei gegen die parteifeindlichen Gruppierungen, der Taktik und der Methoden, die es unserer Partei ermöglichen, diese Gruppierungen zu überwinden und aufs Haupt zu schlagen" (S. 408/9)

Wie diese Methoden im einzelnen aus-  
sahen, wird im folgenden Abschnitt ge-  
nauer aufgezeigt.

\*

#### C.

#### Opportunistische Methoden die bekannt sein und bekämpft werden müssen

---

METHODEN, die bekannt sein müssen, mit denen getäuscht u. die Wachsamkeit eingeschlafert wurde. Grundlegend war, mittels Übertreibung richtige Methoden zu karikieren, bzw. auf diese Weise sehr effektiv für die Konterrevolution gegen die bolschewistische Parteipolitik und die bolschewistischen Parteikader zu kämpfen.

• Die erste Gruppe dieser Methoden, waren weitverbreitet, fußten auf falschen Ansichten insbesondere in der Kaderpolitik sowie über die Methoden des innerparteilichen Kampfes und die Parteireinigung:

1. die Methode der Rückversicherung, diejenigen, die sich jeglicher eigenen Verantwortung versuchen zu entledigen; um sich später nötigenfalls her-

ausreden zu können, in dem Sinne: dafür trage ich nicht die Verantwortung, denn ich habe damals schon gewarnt (auch wenn ich zugestimmt habe oder auch wenn ich untätig geblieben bin, z.B. gegen einen unberechtigten Parteiausschluß oder den umgekehrten Fall);

2. mittels Sippenhaft, unberechtigte Vorwürfe gegen Parteikader in die Welt setzen, statt jede Genossin, jeden Genossen nach den eigenen Taten zu beurteilen;

3. Schematismus, (auch als "Totengräber" von Shdanow treffend charakterisiert)  
nicht die positiven Entwicklungsmöglichkeiten der Kader im Zusammenhang mit den Schwächen/Gefahren

werden gesehen, sondern einzig u. allein die negativen Seiten = die Kader werden als unveränderlich angesehen ohne dies in jedem Einzelfall zu überprüfen und in der Konsequenz bleibt dann nur noch der Ausschluß aus der Kommunistischen Partei.

4. die Praxis der halben Rehabilitierung von Parteimitgliedern, die einmal bestraft worden sind.

All diese opportunistischen Methoden bereiteten den Boden für aktive Konterrevolutionäre (mit dem Parteibuch in der Tasche) für ein offensives Vorgehen gegen ehrliche Bolschewiki, zur Zerstörung der Parteiorganisationen. Konkret wurde das Wirken und die Erfolge der Parteifeinde ja schon zuvor an Beispielen aufgezeigt. (Abschnitt II A)

Hier soll ihre grundlegende Methode genauer beleuchtet werden. Doppelzüngerei war für die Parteifeinde zu dieser Zeit etwas Selbstverständliches, und anders ließ sich ihre Feindschaft innerhalb der Partei nur schwer verdecken.

- Die Bürokraten, Trotzlisten und Revisionisten hatten dazu gelernt. Die völlig richtige Losung der politischen Wächsamkeit, wurde von ihnen zu einem Werkzeug im Kampf gegen die Bolschewiki gemacht. Erreicht haben sie dies durch das einfache aber immer wieder wirksame Mittel der ÜBERTREIBUNG der richtigen Losung. Es entstand eine eigene "Theorie" der Parteifeinde über den Kampf in der bolschewistischen Partei

"Mit dem Statut gegen das Statut, gegen die Organisationsprinzipien"

- Künstliche Erbitterung schaffen unter der Masse der Mitglieder, durch falsche Anschuldigungen, durch Ausschluß von bewährten Bolschewiki, durch willkürliche Ausschlüsse, durch Verfolgung, Wegnahme der Wohnung und sogar der ungerechtfertigten Verhaftung. Die Wächsamkeit übertreiben, der Bürokrat, der Konterrevolutionär hinter der Maske des "150%igen Bolschewik" richtet so den meisten Schaden an.

- Sie zu entlarven war nicht einfach, wurde immer schwieriger. Sie waren so erfahren und raffiniert, daß sie z.B. auch ihre eigenen Leute bestrafen, aus der Partei ausschlossen, zum Zwecke der Täuschung, um sie zu retten.

- Der Vorwurf "BEZIEHUNGEN ZU FEINDEN" wurde durch seine weite und verschwommene Auslegung ein beliebtes Mittel im Kampf gegen die Bolschewiki. So wurde die Gefahr der "Beziehungen zu Feinden" ausgenutzt, als genereller Vorwurf, da ja immer irgend etwas von hängen bleibt - so ihre Theorie. Und im alltäglichen Leben läßt sich das oft gar nicht ausschließen, daß man auch mit ausgeschlossenen Parteimitgliedern, mit Parteifeinden oder sogar mit direkten Konterrevolutionären in Berührung kommt. Hier müssen eindeutige Beweise gefordert werden und Gerüchtemacher zur Rechenschaft gezogen werden, nur so läßt sich dies sehr willkürliche Instrument, daß zur Verunsicherung und zur Praxis der falschen Anschuldigungen in der Partei führen kann, außer Kraft setzen und kontrollieren.

• Ihre opportunistische und konterrevolutionäre Arbeit konnte aufbauen, auf die politische Sorglosigkeit, auf ein falsches Grundverständnis über den Klassenkampf in der SU und dies selbst bei einem Teil hoher Parteifunktionäre. Das ZK hatte bereits im Januar 1935 in einem Rundschreiben vor dieser Sorglosigkeit gewarnt und auch klar die verschärfte Klassenkampfsituation skizziert:

"Es gilt mit der opportunistischen Vertrauensseligkeit Schluß zu machen, die von der falschen Annahme ausgeht, als ob der Feind in dem Maße, wie unsere Kräfte wachsen, immer zahmer und harmloser werde. Eine solche Annahme ist grundfalsch. ... Nicht Vertrauensseligkeit brauchen wir, sondern Wachsamkeit, wirkliche bolschewistische, revolutionäre Wachsamkeit. Man muß dessen eingedenk sein, daß die Feinde, je hoffnungsloser ihre Lage sein wird, um so eher zu dem 'äußersten Mittel' greifen werden, als dem einzigen Mittel der im Kampfe gegen die Sowjetmacht zum Untergang Verurteilten."

(ZK-Beschluß v. 18. Jan. 1935. Zitiert nach: "Über die Mängel der Parteiarbeit", MLRS, S. 5)

Statt opportunistischer Vertrauensseligkeit also revolutionäre Wachsamkeit, dies mußte in der Partei bewußt gemacht werden zu einer Zeit der wirtschaftlichen Erfolge. Dies war nicht leicht und Stalin sieht sich veranlaßt auf dem ZK-Plenum im März 1937 erneut auf diese Frage ausführlich einzugehen und macht dabei klar woran das liegt:

"Worin besteht denn dann die Stärke der heutigen Schädlinge, der Trotz-kisten? Ihre Stärke besteht im Parteimitgliedsbuch, im Besitz des Parteimitgliedsbuch. Ihre Stärke besteht darin, daß ihnen das Parteimitgliedsbuch politisches Vertrauen verschafft und ihnen den Zutritt zu allen unseren Institutionen und Organisationen erschließt. Ihr Vorteil besteht darin, daß sie, im Besitze von Parteimitgliedsbüchern und sich als Freunde der Sowjetmacht aufspielend, unsere Leute politisch betrogen, das ihnen erwiesene Vertrauen mißbrauchten..."(Ebd., S. 13)

\* \* \*

### III.

#### □ Über die Statutänderungen

Angesichts der Stärkung der Demokratie durch die neue Verfassung, in der die sozialistische Demokratie vervollständigt wurde, bestand eine wesentliche Aufgabe für die Partei darin, vorbildhaft in der Verwirklichung der innerpartei-

chen Demokratie, der Gewährleistung der demokratischen Rechte der Parteimitglieder zu werden. Kurzum, die Partei mußte Vorbild für die demokratische Kultur im Lande werden.



Wäre man nur danach gegangen, welches die Organisationsprinzipien der Partei sind und was schwarz auf weiß im Statut stand, wäre das Ganze recht einfach gewesen. Als praktisches Beispiel für die Verwirklichung von Kritik und Selbstkritik, innerparteilicher Demokratie, hätte man die Arbeit des ZK der KPdSU(B) vorzeigen können, aber dessen Praxis war nicht typisch für die Praxis der Gesamtorganisation.

Der Bericht von Shdanow, seine Untersuchung über den Zustand der großen Masse der Parteiorganisationen deckt viele Fehler und Schwächen auf, von Verletzungen der Organisationsprinzipien und des Statuts, der innerparteilichen Demokratie und der Rechte von Mitgliedern. Die Praxis vieler Parteiorganisationen konnte unmöglich als Vorbild für die allgemeinen Wahlen der Sowjets propagiert werden, im Gegenteil, mußte als Lehrbeispiel dafür gelten, wie die Verwirklichung der Demokratie trotz richtiger Grundsätze im Sozialismus unterlaufen, be- und verhindert werden kann.

Es kam darauf an, solche Ergänzungen des Statuts vorzunehmen, die es erleichtern und fördern würden, den Demokratischen Zentralismus in der Praxis zu verwirklichen. Die Rechte der Mitglieder mußten im Statut stärker verankert werden, um sie tatsächlich besser wahrnehmen und durchsetzen zu können.

Das Statut mußte wieder zu einer scharfen Waffe der KP und ihrer bolschewistischen Kader im Kampf gegen Bürokratismus, Revisionismus und Opportunismus gemacht werden.

Aufgrund weit verbreiteter Fehler in der Praxis wurden daher die Leitsätze des Statuts ergänzt, mit dem Ziel:

- ein Höchstmaß an Garantien gegen unbegründete Ausschlüsse zu schaffen;
- das individuelle Herangehen an die Kader wieder zur vollen Geltung gelangen zu lassen;
- dem Schicksal der Parteimitglieder besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

## 1.) Ergänzungen des Statuts

### a) Rechte der Parteimitglieder vor Willkür schützen

In das Statut wurden eine Reihe von Regelungen aufgenommen, die die Bestimmungen über die Parteimitglieder und ihre Pflichten, durch eine Bestimmung über die als *selbstverständlich geltenden Rechte*, die aber bisher nicht explizit im Statut geregelt waren, ergänzen:

a.) "das Recht der Parteimitglieder, in den Parteiversammlungen jeden beliebigen Parteifunktionär zu kritisieren;

b.) das Recht der Parteimitglieder, die Parteiorgane zu wählen und in sie gewählt zu werden

c.) das Recht der Parteimitglieder in allen Fällen, wo ein Beschluß über ihre Tätigkeit oder ihr Verhalten gefaßt werden soll, persönliche Teilnahme zu fordern;

d.) das Recht der Parteimitglieder sich mit jeder beliebigen Frage und Erklärung an jede beliebige Parteiinstanz bis zum ZK der KPdSU(B) zu wenden." (1/18)

Wichtig war diese selbstverständlichen Rechte, die in jeder Kommunistischen Partei ihre Geltung haben müssen (Punkt b), kann in Zeiten der Illegalität allerdings oft nicht voll verwirklicht werden) sozusagen als verbriefte Rechte festzulegen, weil

- sie in der Praxis häufig verletzt wurden;
- es vorkam, daß Bolschewiki von bürokratischen und antikommunistischen Elementen innerhalb der KPdSU(B) verfolgt und gehetzt wurden;
- das Recht zu wählen und gewählt zu werden geschmälert wurde, wie z.B. bei recht neuen Mitgliedern, die Mitglieder waren, aber ihr Parteibuch noch nicht ausgehändigt bekommen hatten;
- die antikommunistische Praxis die dienstliche Disziplin höher zu stellen als die bewußte Disziplin der Kommunistischen Partei verbreitet war.

Die Gewährleistung dieser Mitgliederrechte in der Praxis hatte auch den Zweck die Aktivität und das Verantwortungsbewußtsein der Parteimitglieder zu steigern und die Genossinnen und Genossen vor Erscheinungen des Bürokratismus zu bewahren.

Dem Kampf gegen den Bürokratismus kommt dabei eine zentrale Rolle zu, denn:

"...ein Bürokrat mit dem Parteibuch in der Tasche stellt die ge-

fährlichste und schlimmste Sorte von Bürokraten dar" (1/21)

Und Shdanow nennt als Gründe, daß ein solcher Bürokrat sich einbildet, der Besitz des Parteibuches enthebe ihn der Verpflichtung, die Partei- und Sowjetgesetze zu befolgen, die Bedürfnisse und Interessen der Werktätigen zu wahren.

Die Verankerung dieser selbstverständlichen Rechte der Parteimitglieder im Statut gibt der Partei

"eine überaus scharfe Waffe in die Hand zum Kampfe gegen Überheblichkeit, gegen bürokratischen Hochmut und Eigendünkel, zur Verbesserung der Verbindungen zwischen den Leitenden und Geleiteten..." (1/22)

b)

#### Angemessenheit der Parteistrafen

Gegen Willkür und übertriebene organisatorische Maßnahmen galt es zu betonen, daß es darauf ankam, eine bewegliche Skala von Einwirkungsmöglichkeiten auf die Parteimitglieder zu nutzen, wenn sie wegen Vergehen zur Verantwortung zu ziehen waren. Es ging darum angemessene Parteistrafen zu verhängen und ganz besonders nicht schon bei Geringfügigkeit der Vergehen, die höchste Parteistrafe, den Ausschluß zu praktizieren.

"Parteiausschlüsse waren eine Zeitlang in der Praxis vieler Parteiorganisationen zum Wechselgeld geworden, und solche Parteistrafen, wie die Erteilung eines Verweises, eines Tadel, Hinweise auf Vergehen, die Erteilung einer Rüge, einer strengen Rüge, einer strengen Rüge mit Ver-

warnung, d.h. die ganze genügend bewegliche Skala der Einwirkungsmaßnahmen der Partei, wie sie in unserem Statut vorgesehen ist und der verschiedenen Art und den verschiedenen Graden von Parteivergehen entspricht, gerieten in Vergessenheit." (1/35-36)

Shdanow stellt zu den Debatten der ZK-Plenen von Febr./März 1937 und Januar 1938 fest, daß diese in der Frage des Parteiausschlusses darauf hinaus liefen:

"daß die Parteiausschlüsse auf ein Minimum beschränkt werden müssen. Kommt der Parteiausschluß dem höchsten Strafmaß in der Armee, d.h.

der Erschießung gleich, so darf man ihn nicht wahllos nach links und rechts anwenden." (1/35)

c)

### Sorgfältige Untersuchungen bei Vorwürfen gegen Kader

Es ist eben neben der Berechtigung des Vorwurfs auch zu untersuchen, ob das Vergehen ernst oder belanglos ist. Wobei ein "Maximum an Vorsicht" und solidarisches Verhalten der Parteiorgane notwendig ist, wie es zu Recht im Beschluß des ZK-Plenums vom 5. März 1937 heißt. (auch nachzulesen im Beschluß vom Januar 1938)

## 2.) Zu den Änderungen des Statuts

Für die gesellschaftliche Situation war charakteristisch, daß es in der Sowjetunion keine Ausbeuterklasse mehr gab. Wichtig war im Zusammenhang mit neuen Parteiaufnahmen, daß die besten parteilosen Arbeiterinnen und Arbeiter führende Positionen in den Betrieben eingenommen hatten, keine Arbeiterinnen oder Arbeiter mehr waren, sondern Fabrikdirektor bzw. -direktorinnen oder andere leitende Funktionen wahrnahmen.

a)

### Die Bedingungen für die Parteiaufnahme,

für die Kandidaten werden vereinheitlicht. Es werden die unterschiedlichen Kategorien von Kandidaten, je nach dem ob sie aus der Arbeiterklasse, der Bauernschaft oder der Intelligenz kommen,

abgeschafft. Es wird eine einheitliche Kandidatenzeit von 1 Jahr festgelegt.

Die unterschiedlichen Kategorien der Kandidaten - nicht der Parteimitglieder, hier bestehen keine Unterschiede - sind entstanden während der NÖP-Zeit. Die grundsätzliche Begründung, mit der Aufnahme in die Kommunistische Partei sehr sorgfältig umzugehen, ergibt sich daraus, daß die KP der Vortrupp der Arbeiterklasse ist, in dem nur die besten Genossen und Genossinnen aufgenommen werden, wie es in "Grundlagen des Leninismus" unter Punkt 1 der Wesensmerkmale formuliert wird und manifestiert sich in dem Organisationsprinzip:

"sorgfältige Auslese der in die Partei Eintretenden, Fernhaltung opportunistischer kleinbürgerlicher Elemente von der Partei",

wie dies Shdanow zu Beginn ausgeführt hat.

Während der NÖP hatte der 11. Parteitag (1922) die unterschiedlichen Kategorien festgesetzt, um nichtproletarischen Elementen den Zutritt zur KP zu erschweren. Sie hatten die Funktion einer

"Barriere gegen das Eindringen unbeständiger, kleinbürgerlicher Elemente in die Partei". (1/11)

Shdanow arbeitet heraus, daß sich durch den Sieg des Sozialismus, wie er es formuliert, die Notwendigkeit solcher Beschränkungen, verschiedener Kategorien erledigt hat, weil sie die Verstärkung der Reihen der Partei stören und hemmen. Sie hemmen die Aufnahme fortschrittlicher, der Sache der Arbeiterklasse ergebener Kräfte aus allen gesellschaftlichen Klassen und Schichten, insbesondere weil diese oft leitende betriebliche Funktionen innehatten.

Shdanow sieht außerdem eine Erleichterung für zügigere Neuaufnahmen und Verstärkung der Parteiorganisationen auf dem Lande, in den Kollektiv- und Sowjetwirtschaften, wo er kritisch feststellt, daß in bedeutenden Teilen der Kollektivwirtschaften keine Parteiorganisationen bestehen.

Wesentlich in diesem Zusammenhang für die Aufnahme ist auch die Rolle der Empfehlenden. Shdanow zitiert Lenin:

"Nur diejenigen dürfen Empfehlungen geben, die mindestens ein Jahr lang mit dem Empfohlenen in eine Parteiorganisation gemeinsam gearbeitet und seine Arbeit persönlich gesehen haben." (1/16 - Lenin, Brief an Molotow vom 21. Sept. 1921)

Grundlegend ist also die gemeinsame Arbeit über einen längeren Zeitraum hinweg und die Arbeit selbst gesehen zu haben, nicht aufgrund von Eindrücken, Informationen aus zweiter Hand zu urteilen.

Shdanow wendet sich gegen Absichten sich nicht mehr um die Qualität der Mitglieder zu kümmern und "die Tore (der Partei) sperrangelweit für die, die in sie eintreten wollen" zu öffnen. (1/68) Er macht deutlich, auch wenn das Aufnahmeverfahren geändert und vereinheitlicht wurde, die Kandidatenzeit auf 1 Jahr verkürzt wurde, für die Aufnahme-Empfehlenden die formalen Anforderungen herabgesetzt wurden - so bleibt es bei dem erprobten Leninschen Prinzip der *individuellen Auslese*. Durch die Änderungen der formalen Bedingungen im Statut wird dieses Prinzip keinesfalls abgeschwächt:

"Man muß sich ein für allemal merken, daß die Kraft und das Gewicht einer Partei, besonders der Kommunistischen Partei, nicht so sehr von der Zahl der Mitglieder, als vielmehr von ihrer Qualität, von ihrer Standhaftigkeit und Ergebenheit für die Sache der Proletariats abhängt." (Stalin, 1921, zitiert nach Shdanow 1/68)

Den Parteiorganisationen kommt nachwievor die Pflicht zu, wie es auf dem 13. Parteitag formuliert wurde, nicht nur die formalen Bedingungen einzuhalten:

"... sondern es ist auch unbedingt notwendig, daß die Fähigkeit des neuen Parteimitglieds, der Partei und den Organen der proletarischen Diktatur durch die Tat zu helfen, konkret festgestellt wird." (1/69)

### Diskussionspunkt:

Auf dem Hintergrund des Vormarsches von Revisionisten vom Schlage eines Chruschtschow - noch zu Lebzeiten von Stalin - stellt sich hier die Frage, ob das Herabsetzen der Barrieren in dieser Absolutheit nicht ein Schritt zu weit war. Es war in jedem Falle richtig, angesichts der Situation, daß die alten Bedingungen für Kandidaten und für die Aufnahme zum Hemmschuh wurden, um die Fortgeschrittensten in die KP einzureihen und die Organisation zu stärken. Aus heutiger Sicht, auf dem Hintergrund des Siegs des Revisionismus ist dieser Themenkomplex sehr genau zu diskutieren. Auch wenn es 1938 tatsächlich keine andere Möglichkeit gab, die nur sehr, sehr langsam vorsichgehende Verstärkung der Parteireihen zu beschleunigen, stellt sich trotzdem die Frage, ob der Nachteil - daß faktisch nämlich auch opportunistischen Elementen der Zutritt erleichtert wurde - genügend bewußt war, die Parteiorgane und die Kader dies im Hinterkopf hatten. Shdanows Referat problematisiert diesen Punkt jedenfalls nicht und das ist eine Schwäche im Referat auf dem Parteitag.

Klar ist, daß dem 18. Parteitag, Jahre der Säuberung der KPdSU(B) im großen Ausmaß vorangegangen waren. Die Partei sich nicht nur von Feinden, sondern auch von Kräften befreit hatte, die die Arbeit und den Kampf nicht voranbrachten, im Gegenteil zum Bremsklotz geworden waren. Bei den Wahlen in der Partei wurden viele jüngere Genossinnen und Genossen in leitende Funktionen und Parteiorgane gewählt, lösten oftmals verbürokratisierte oder neuen revolutionären Ideen gegenüber verschlossen gewordene Funktionäre ab. Darüber hinaus war es erforderlich, nach der Reinigung von hunderttausenden von Mitgliedern,

die Partei auch durch die Aufnahme von bewährten, jungen und tatkräftigen Kadern rasch quantitativ und längerfristig qualitativ zu verstärken, ohne dabei die Kaderkriterien herabzusetzen.

Es stellt sich verschärft die Frage - des erschwerten Zugangs in die Kommunistische Partei, der Barriere gegen Karrieristen und kleinbürgerliche Elemente - spätestens nach dem Sieg über den Nazifaschismus, denn zu Zeiten der großen Siege der Diktatur des Proletariats - und das ist gesetzmäßig, daß sich diese Leute in solchen Zeiten dem Sieger, dem Stärkeren anschließen - werden genau solche Kräfte vermehrt versuchen in den Besitz des Parteibuchs zu kommen. Darüber hinaus bestand nach dem mit einer Niederlage geendeten 2. imperialistischen Versuch die Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion durch die offene Intervention zu zerschlagen, die Gefahr, daß von Seiten des Weltimperialismus die Versuche, den Sozialismus wieder verstärkt von innen her zu zersetzen, zu nehmen werden.

b)

### Eine berechtigte Kritik an der Organisation der Kaderauslese

Notwendig für die Verbesserung der Kaderauslese und -verteilung ist, das zentralisieren und konzentrieren der Aufgaben, "daß die ganze Kenntnis der Kader an einem einzigen Ort konzentriert werden", durch die Leitung von einem einzigen Zentrum aus.

Das Statut mußte daher die bisherige Zersplitterung aufheben und die Voraussetzungen herstellen, daß beim ZK ein leistungsfähiger Apparat für Kader geschaffen werden konnte, der in der Lage

war, die Auslese und Verteilung der Kader wissenschaftlich zu lösen. (Siehe 1/44-45)

c)

Ein Fehler im Statut wird korrigiert

Die Forderung nach BEHERRSCHUNG des Parteiprogramms wird aufgehoben, weil dies voraussetzen würde "wirklicher Marxist, erprobter und theoretisch geschulter Marxist (zu)sein". (Stalin, Über die Mängel der Parteiarbeit, 1937. 1/37) In der Praxis führte dies dazu, neue Leute abzuschrecken, wie Shdanow berichtet.

Das Parteiprogramm ANERKENNEN, seine LEITSÄTZE teilen und bereit sein, diese zu verteidigen - erst die Parteiarbeit und Parteischulung, und das ist mit ihre Aufgabe, wird zu einer Beherrschung des Parteiprogramms führen können.

#### DISKUSSIONSPUNKT:

\* Wahl der Parteikontrollkommission nicht mehr durch den Parteitag, sondern durch das Plenum des ZK.

Die PKK wurde zuvor - entsprechend dem bisherigen Statut - direkt auf dem Parteitag gewählt. Die Änderung erfolgte im Zusammenhang mit der stärkeren Rolle der Kontrolle der Durchführung. (Siehe Abschnitt II, Punkt B 2 dieses Artikels) Die Begründung, warum die Wahl der PKK nicht mehr auf dem Parteitag zu erfolgen hat, ist mir in der Knappheit der Argumentation von Shdanow nicht nachvollziehbar.

"Die Aufgabe, die Kontrolle der Durchführung der Parteidirektiven zu verstärken, wird zur zentralen Auf-

gabe der Kommission für Parteikontrolle.

Davon ausgehend muß festgelegt werden, daß die Kommission für Parteikontrolle ihre Funktion beim ZK der KPdSU(B) ausübt. Infolgedessen fällt die Notwendigkeit weg, die Kommission für Parteikontrolle unmittelbar auf dem Parteitag zu wählen. Die Kommission für Parteikontrolle soll vom Plenum des Zentralkomitees gewählt werden und unter der Leitung sowie nach den Direktiven des ZK der KPdSU(B) arbeiten." (1/49)

\* \* \*

## Teil III

# Die bolschewistische Partei stärkt sich, indem sie ihre Reihen systematisch überprüft und reinigt

## Zu den Massenreinigungen in der KPdSU(B) – 1933 bis 1937

### 1. Grundsätzliches

Von Antikommunisten wird die Reinigung der KP im großen Maßstab, wenn es um tausende, zehntausende von Parteimitgliedern geht, als typisch "stalinitisch" angegriffen. Daß es hier nicht um scheinbar "Typisches für die Zeit Stalins" geht, sondern um ein Grundmerkmal der Partei neuen Typus, der bolschewistischen Partei, daß zeigt ein Blick auf Lenins Haltung in dieser Frage.

Die Linie der Reinigung von opportunistischen, kleinbürgerlichen und karrieristischen Elementen zur Stärkung der Partei, die Linie der periodischen Parteireinigungen in der KP, die sich an der Macht befindet, in den KP's in "legalen Ländern" wurde auch schon von Lenin betrieben. Festgelegt wurde dies aufgrund des Vorschlags von Lenin in den "Leitsätzen über die Bedingungen zur Aufnahme in die Kommunistische Internationale":

"13. Die kommunistischen Parteien derjenigen Länder, in denen die Kommunisten ihre Arbeit legal führen, müssen von Zeit zu Zeit Säuberungen (Neuregistrierungen) des Bestandes ihrer Parteiorganisation vornehmen, um die Partei von den sich in sie einschleichenden kleinbürgerlichen Elementen systematisch zu reinigen."

(zitiert nach: "Die KI in Thesen, Resolutionen, Beschlüssen und Aufrufen", Band I, S. 49. Herausgegeben vom Buchladen Dimitroff)

Die Erfahrung der Bolschewiki lehrt, daß in Zeiten der Niederlage die Tore der Partei weit geöffnet werden müssen, und in Zeiten der Siege, des Aufschwungs der Arbeiterbewegung die Tore nur noch sehr schmal geöffnet sein dürfen, zeitweise sogar geschlossen werden müssen, strenge Anforderungen bei der Aufnahme nötig sind, in der Regel eine generelle Überprüfung der Parteimitglieder erforderlich sein wird.

Im Hintergrund all dessen steht: Die internationale Konterrevolution konzentrierte sich nach der Niederlage der militärischen Interventionen zeitweilig gegenüber der sozialistischen Sowjetunion darauf, die **FESTUNG VON INNEN ZU NEHMEN**.

Stalin warnt 1937 (März-Plenum) eindringlich vor der weit verbreiteten **SORGLOSIGKEIT** in der KPdSU(B), angesichts der Erfolge des sozialistischen Aufbaus, der Vernichtung der letzten Ausbeuterklasse in der UdSSR, macht aufgrund der Erkenntnisse aus den ersten Gerichtsprozessen in Moskau noch einmal klar, daß die Sowjetunion sich in der einer kapitalistischen Welt behaupten muß.

Sehr deutlich bringt ein bürgerlicher Politiker (der amerikanische Botschafter) diesen Zusammenhang und die innere Vorbereitung der Sowjetunion auf den II. Weltkrieg, den zweiten großen militärischen Versuch zur Vernichtung des Sozialismus zum Ausdruck:

"Alle diese Untersuchungen, Säuberungen und Liquidationen, die so brutal wirkten und seinerzeit einen so tiefen Eindruck auf die Welt machten,

waren offenbar Auswirkung einer kräftigen und entschlossenen Aktion der Stalinschen Regierung, sich nicht nur gegen Revolution von innen, sondern auch gegen einen Angriff von außen zu schützen. ... Die Säuberungen hatten das Land von Verrätern befreit"

(Zitiert nach Nils Holmberg, "Friedliche Konterrevolution", Oberbaumverlag 1974, Band 1, S. 30)

## 2. Warum wird die Methode der Massenreinigung im Statut gestrichen?

Shdanow erläutert warum man j e t z t auf das Mittel der Massenreinigung verzichten kann und muß und wieder dazu übergehen kann, auf dem gewöhnlichen Wege zu säubern.

Zu Beginn der NÖP wurde die Massenreinigung eingeführt, um die Partei davor zu schützen, daß Leute sich in ihren Reihen festsetzten, die die KPdSU(B) auf dem Hintergrund der NÖP, der Entwicklung kapitalistischer Elemente, zersetzen würden. Die Massenreinigung hat 1921/22 bei der Festigung der Partei eine gewaltige Rolle gespielt hatten, sie hat durch die Säuberung dazu beigetragen, die KPdSU(B) zu einer weitaus organisierteren Kraft zu machen und dadurch gestärkt. Die Reinigung war verbunden mit einer Überprüfung des Mitgliederbestandes, diese Neuregistrierung wurde auch bereits im größeren Ausmaß von März bis September 1919 vorgenommen.

Die Partei stärkt sich, in dem sie sich von bürokratischen, opportunistischen und anderen konterrevolutionären Kräften reinigt - so sieht Shdanow in der Bilanz für die Massenreinigung von 1933

bis 1937 eine Stärkung der KP. 2\* Wann genau die Beendigung der Massenreinigung war, läßt sich an den mir vorliegenden Dokumenten nicht genau festmachen. Der entscheidende Einschnitt war das ZK-Plenum vom Februar-März 1937, mit dem grundlegenden Referat von Stalin "Über die Mängel der Parteiarbeit". Die Neuaufnahme von Mitgliedern, die 1934 gestoppt war erfolgte ab November 1936 wieder. ("Kurzer Lehrgang" S. 410)

Daß die Massenreinigung nicht mehr angebracht war, davon zeugt die Tatsa-

---

2 Ausgeschlossen wurden: 1921 = 170.000 Mitglieder ("Kurzer Lehrgang", S. 323); für die Periode der Parteireinigung 1933 bis 1938 ist mir eine veröffentlichte Zahl der KPdSU(B) nicht bekannt - Nils Holmberg geht in seinem Buch "Friedliche Konterrevolution" von über 300.000 aus. (siehe Teil 2 des Buches, S. 52)

Übersicht:

Zahl der Parteimitglieder/-kandidaten:

1918 - 270.000	1925 - 911.000
1919 - 313.000	1927 - 1.025.000
1920 - 612.000	1930 - 1.270.000*
1921 - 732.000	1934 - 1.874.000*
1922 - 532.000	1939 - 1.588.000
1923 - 485.000	

\* Diese Zahlen enthalten nicht die Kandidaten



che, daß sich die größte Arbeit zur Säuberung der Partei von aktiven konterrevolutionären Elementen nach der Massenreinigung entfaltete. Der Grund sind die neuen, der Situation angepaßten Methoden der Parteifeinde, in der *Doppelzüngerei*, äußerliches Einverständnis mit der Parteilinie, äußerliche Bereitschaft für die Parteibeschlüsse zu Kämpfen. Diese opportunistische Methode zeichnete sich besonders aus durch

"geräuschvolles Gebahren einer zur Schau getragenen Aktivität"

" der Speichelleckerei, der Schaffung einer Atmosphäre der Lobhudelei feierlicher Reden, Begrüßungen usw." (1/24)

um die bolschewistischen Kräfte zu täuschen und in ihrer Wachsamkeit gegenüber Opportunismus und Revisionismus, Bürokratismus einzuschläfern.

Die Methode der Massenreinigung war gegenüber diesen Methoden "wenig wirksam und verfehlte ihr Ziel", wie Shdanow es auf den Punkt bringt. (1/24)

### 3. Die Nachteile der Methode der Massenreinigung

Die Massenreinigung hat eine negative Seite: Durch den kampagnemäßige Charakter der Massenreinigung sind viele Fehler verursacht worden,

"vor allem im Sinne einer Verletzung des Leninschen Prinzips des individuellen Herangehens an die Menschen." (1/23)

Da die Massenreinigung "einen bestimmten Standard aufstellt, bei der die Menschen nach ein und demselben bestimmten Maß gemessen werden" (Ebd.) fördert es das formale Herangehen, bietet nicht die Möglichkeit, die Forderung der Partei, daß man sich gegenüber den Mitgliedern aufmerksam verhalte, vollauf zu verwirklichen und führt daher in der Praxis häufig zur Schmälerung der Rechte der Parteimitglieder.

Die Methode der Massenreinigung richtete ihre Spitze gegen passive oder sogenannte passive Mitglieder und hatte mit zur Folge, daß auch ehrliche und gewissenhafte Mitglieder ausgeschlossen wurden, da sie angeblich passiv waren.

Bei der Reinigung 1933 - wo allein 1933 16,8% = 182.500 Mitglieder ausgeschlossen wurden (siehe 17. Parteitag, Bericht von Kaganowitsch, S. 104) machte die Gruppe der wegen Passivität Ausgeschlossenen den größten Anteil aus, nämlich 25%. 3

3 - Zahlen aus dem Referat von Kaganowitsch auf dem 17. Parteitag, (das sich auch bezieht auf den "Bericht über die Reinigung der Partei" des Genossen Rudsutak, das uns nicht vorliegt und besorgt werden müßte) - 16,8% der Mitglieder wurden ausgeschlossen wegen:

- Passivität	4,2% / ca.25% *
- Disziplinverletzung	3,5% / 20,8 %
- Klassenfremde	2,7% / 16,1%
- moralisch Zersetzte	2,0% / 11,9 %
- sogenannte "Entartete"	1,5% / 8,9 %
- Streber/Egoisten	1,4% / 8,3%
- Doppelzüngige	0,9% / 5,4%
- sonstige Gründe	0,6% / 3,6%

\* Die zweite Zahl setzt die Ausgeschlossenen als 100% u. ist jeweils von mir errechnet worden.

"Die meisten Fehler wurden von den Parteiorganisationen gerade gegenüber den sogenannten passiven Elementen begangenen. Zu den passiven Elementen wurden häufig ehrliche, treue Genossen, führende Betriebsarbeiter gezählt." (1/24)

Die Praxis des formalen und seelenlos-bürokratischen Verhaltens zum Schicksal von Parteimitgliedern wurde bei der Massenreinigung der Partei zu einer gängigen Praxis in vielen Parteiorganisationen.

Diese Praxis wurde von Karrieristen ausgenutzt, die durch Parteiausschlüsse danach trachteten sich hervorzutun und emporzukommen. Noch weiter nutzten die Sowjetfeinde, maskiert mit dem Parteimitgliedsbuch in der Tasche, diese Situation aus:

"durch breite Anwendung von Repressionsmaßnahmen ehrliche Parteimitglieder zugrunde zu richten und

unnötigen Argwohn in den Reihen der Partei zu säen." (Shdanow 1/25)

Die Feinde in der Partei hakten an der Wachsamkeit an und trieben mit ihr Spekulation, mit dem Ziel durch gegenseitiges Mißtrauen, die Reihen der KPdSU(B) zu desorganisieren.

Die Methode der Verleumdung unter der Flagge der "Wachsamkeit" war derzeit die verbreitetste Methode zur Tarnung feindlicher Tätigkeit in der Partei.

Ein differenziertes Herangehen an die Frage des Parteiausschlusses war notwendig und die Bedeutung einer verantwortlichen Haltung zur Frage des Schicksals der Parteimitglieder mußte in den Parteiorganisationen bewußt gemacht werden, als Grundlage, um formales und bürokratisches Herangehen an diese Fragen zurückzudrängen und zu bekämpfen und als Grundlage des erfolgreichen Kampfes gegen Sowjetfeinde mit ihrer Methode der Doppelzüngerei.

#### 4. Wie wurde gegen die Fehler und Entstellungen gekämpft?

Im Beschluß des ZK "Über die Fehler der Parteiorganisationen beim Ausschluß von Kommunisten aus der Partei" (Jan. 1938) heißt es, daß die Parteiorganisationen und ihre Leiter im Verlauf der Reinigung "ernste Fehler und Entstellungen" zugelassen haben. Dieser Beschluß analysiert das Verhalten der Parteiorganisationen, ihre Verantwortung für das Schicksal der Parteimitglieder, und ihre Mitverantwortung für die große Anzahl unberechtigter Ausschlüsse.

Das ZK stellt eine "Praxis des formalen und seelenlos-bürokratischen Verhaltens zur Frage des Schicksals einzelner Parteimitglieder, zum Ausschluß von

Parteimitgliedern aus der Partei oder zur Wiedereinsetzung von Ausgeschlossenen in die Rechte von Parteimitgliedern" fest und verurteilt diese Praxis.

Es wird herausgestellt, daß der Geist der Solidarität unbedingte Voraussetzung in Fragen des Ausschlusses oder der Wiederaufnahme ist, daß eben

"die bolschewistische Wachsamkeit nicht nur nicht ausschließt, sondern im Gegenteil das Verständnis voraussetzt, ein Maximum an Vorsicht und kameradschaftlicher Sorge bei der Entscheidung über den Ausschluß aus der Partei oder

über die Wiedereinsetzung in die Rechte von Parteimitgliedern an den Tag zu legen." (3/373)

Über diese Fragen wurde schon längere Zeit die Debatte geführt, hatte es bereits im März 1937 einen Beschluß gegeben, der den Parteiorganisationen ihre Verantwortung klar vor Augen führte. In vielen Fällen hatte dieser Beschluß aber nicht die erhoffte, korrigierende Wirkung auf die Fehler in Fragen des Ausschlusses.

Es wird daher noch mal bewußt herausgestellt, daß Massenreinigung nicht heißt:

"summarische, nicht individuelle, verallgemeinerte Behandlung von Menschen, von Parteimitgliedern."  
(3/373)

Auf der Tagesordnung stand, da viele Parteiorganisationen nachwievor entgegen der Parteilinie in dieser Frage ihre 'eigene Praxis' betrieben, diese Praxis zu liquidieren, als Grundvoraussetzung um die wirklich bolschewistische Wachsamkeit der Parteimassen zu stärken, zur restlosen Entlarvung der bewußten und unbewußten Feinde der Partei.

Der Beschluß deckt auf und kritisiert zugleich, worin sich bei vielen Parteiorganen das "seelenlose-beamtenhafte Verhalten" ausdrückte:

- eine große Anzahl von Berufungen gegen vollzogene Ausschlüsse wurden in Abwesenheit behandelt;
- Entscheidungen über Berufungen ohne die geringste Überprüfung der Gesuche der Berufenden zustande kamen;
- den Betroffenen nicht die Möglichkeit gegeben wurde, zu den Ursachen des

Ausschlusses genaue Erklärungen abgeben zu können.

Der Beschluß führt namentlich eine Reihe von Parteiorganisation auf, in denen aufgrund von nachweislichen Beschlüssen, "rein mechanisch" erfolgte Ausschlüsse bestätigt worden sind. Eine Vorstellung, in welchem Ausmaß summarische, bürokratische Ausschlüsse erfolgten, geben die folgenden Zahlen über die Aufhebung von Ausschlüssen, aufgrund der Überprüfung durch die Parteikontrollkommission des ZK: in der Parteiorganisation des Ordshonikidse-Gaus wurden 101 von 160 Ausschlüssen aufgehoben, in der Nowosibirsker Parteiorganisation 51 von 80, in der Rostower Parteiorganisation 58 von 103, in der Sarotower 80 von 134 usw.

Gründe für dieses antikommunistische Verhalten, sieht das ZK in erster Linie im ungehinderten Wirken von Bürokraten, Karrieristen:

"weil es unter den Kommunisten einzelne noch nicht aufgedeckte und noch nicht entlarvte Karrieristen-Kommunisten gibt, die bemüht sind, mit Hilfe von Parteiausschlüssen, mit Hilfe von Repressalien gegen Parteimitglieder sich auszuzeichnen und aufzurücken. Karrieristen-Kommunisten die bemüht sind, sich durch Anwendung von summarischen Repressalien gegen Parteimitglieder den Rücken zu decken und sich vor etwaigen Beschuldigungen des Mangels an Wachsamkeit zu sichern." (3/369)

Aufschlußreich hier auch wieder die Methode: es wird versucht eine Atmosphäre übermäßiger Verdächtigungen zu schaffen, in welcher jedes Mitglied, das einen anderen von irgend jemanden ver-

leumdeten Kommunisten verteidigt, sofort des Mangels an Wachsamkeit und der Verbindung mit Sowjetfeinden bezichtigt wird. Ist dieses System erstmal in Gang gesetzt und funktioniert es, so ist für den einzelnen Kader daraus schwer ein Entkommen, führt dies in der Konsequenz zu den schon erwähnten Willkürmaßnahmen, wird derjenige verfolgt und gehetzt. Der Zustand vieler Parteiorganisationen erforderte die harte und schonungslose Kritik:

"Die Parteiorganisationen und ihre Leiter gehen, anstatt die provokatorische Tätigkeit eines solchen Feindes aufzudecken und zu entlarven, nicht selten an seinem Gängelband, schaffen ihm eine Lage der Straflosigkeit für die Verleumdung von ehrlichen Kommunisten und beschreiten selbst den Weg von unbegründeten Massenausschlüssen aus der Partei, von Parteistrafen etc." (3/371)

Wie konnte es soweit kommen? Weil

"sich unsere Parteileiter als politisch kurzsichtige Geschäftsmenschen erwiesen haben..."

Sie also nicht als kommunistische Kader überlegt und gehandelt haben, sondern nur im "kurzfristigen Erfolgsdenken", in einer Zeit wo die Partei von Grund auf gereinigt wurde, wo klar war, es werden zehntausende ausgeschlossen werden, da heißt es eben bei geschäftsmäßigen Denken, "Erfolgsquoten" vorzeigen zu können und um so besser, so wird dann auch aus Bequemlichkeit gedacht, wenn es Leute in der Parteiorganisation gibt, die diese aufwendige und unangenehme Arbeit in die Hand nehmen und für einen selbst erledigen:

Sie "(haben) den Volksfeinden und Karrieristen erlaubt, sie (die Parteileiterinnen und Parteileiter, AdV) zu übergehen, und leichtsinnig zweitrangigen Funktionären die Entscheidung von Fragen in Pacht gegeben, die das Schicksal der Parteimitglieder betreffen, indem sie sich verbrecherisch von der Leitung dieser Sache fernhielten." (1/372)

Das ZK stellt die Mitverantwortung der Leitungen der Parteiorganisationen heraus und trägt damit entscheidend dazu bei, unter den Parteimassen und auch den parteilosen werktätigen Massen eine Atmosphäre der offenen Debatte der realen Zustände in den Parteiorganisationen zu schaffen, in der die Verantwortlichen nicht allein aufgrund der Initiative und Kontrolle von oben, sondern gerade auch der Initiative und Kontrolle von unten, zur Rechenschaft gezogen werden.

In dem Beschluß wird für alle noch mal klargestellt, daß die Berichtigung von Fehlern hinsichtlich ungerechtfertigt Ausgeschlossener nicht die Autorität der Partei untergräbt. Entgegen der Meinung von Leitern von Parteiorganisationen hebt der Beschluß hervor:

"... daß jeder Fall eines unrichtigen Ausschlusses aus der Partei den Feinden zugutekommt." (1/372)

Gerade antikommunistische Vorstellungen bekommen durch solch ein Verhalten Auftrieb und innerhalb der kommunistischen Partei führt dies eben zu einer Atmosphäre des Mißtrauens, der nicht zu berechnenden Willkür, der Enttäuschung und Wut unter den Parteimassen über diese Ungerechtigkeiten.

Um dem offensiv entgegenzutreten, das Vorgehen der Bolschewiki durch-

schaubar zu machen, nachvollziehbar zu machen, wie die Beschlüsse über Massenausschlüsse in jedem einzelnen Fall geprüft werden, legt das ZK in seinem Beschluß vom Januar 1938 verbindlich fest:

"Alle Parteikomitees zu verpflichten, in ihren Beschlüssen über den Ausschluß von Kommunisten aus der Partei die Motive, die dem Ausschluß zu Grunde lagen, klar und genau darzulegen, damit die höherstehenden Parteiorgane die Möglichkeit haben, die Richtigkeit dieser Beschlüsse zu überprüfen; jeder solche Beschluß eines Rayonkomitees, eines Stadtkomitees, eines Gebietskomitees oder des ZK der nationalen kommunistischen Partei muß unbedingt in der Presse veröffentlicht werden." (Ebd.)

"Muß unbedingt in der Presse veröffentlicht werden" - heißt es, aufgrund der bisherigen Erfahrungen mit bürokratischen Praktiken und um gerade auch die interessierten parteilosen Massen im Kampf gegen die Bürokratisierung und gegen Feinde des Kommunismus, Feinde der Partei der Arbeiterklasse einzubeziehen, sie am Kampf zu beteiligen. Dieses Vorgehen knüpft an der Leninschen Praxis an: so erfolgte die Parteireinigung 1921 während der NÖP (25% wurden ausgeschlossen)

"unter Teilnahme von Parteilosen in offenen Versammlungen.

("Kurzer Lehrgang", S. 323)

Der Beschluß des ZK führt jedem dafür Verantwortlichen in der KP noch einmal vor Augen, daß eine Verpflichtung zur Rechenschaft gegenüber der Arbeiterklasse, den werktätigen Massen besteht und daß sie eine Verantwortung haben gegenüber den zu Unrecht Ausgeschlossen und ihre Pflicht darin besteht jeden Einzelfall zu prüfen.

In einer genaueren Analyse der Organisationsfragen der Partei kommt Genosse Kaganowitsch auf dem 17. Parteitag zu dem Resümee, daß in der Phase nach dem 16. Parteitag eine **LIBERALE BEHANDLUNG DER PARTEIAUFNAHME** praktiziert wurde und diese mitverantwortlich dafür war, daß die Massenreinigung als solche in dem Umfang nötig wurde:

"Wir haben bei der Aufnahme nicht in genügendem Maße Strenge walten lassen, die notwendig war. Die Reinigung brachte uns gute Resultate, aber viel besser wäre es gewesen, wir wären bei der Aufnahme strenger gewesen, dann hätten wir weniger ausschließen brauchen."

(Kaganowitsch, "Organisationsfragen - Partei- und Sowjetaufbau", Moskau-Leningrad 1934. Verlagsgen. ausländischer Arbeiter in der UdSSR. S. 105)

\* \* \*

*Autorenkollektiv*

## Quellen – Verzeichnis

Die Quellen, welche im Vorwort als Ziffernfolge wiedergegeben werden, sind in den nachfolgenden Dokumenten abgedruckt.

Die Angaben im Vorwort – Ziffernfolge z.B.: 1/53 – bedeuten: Quelle 1, Seite 53.

Zur besseren Orientierung wurde im Doku-Anhang bei den Quellen 1 und 22 – außer der laufenden Seitenzahl dieses Readers (Seite unten) – die Seiten-Nummerierung der Original-Quelle oben auf den Dokumenten wiedergegeben.

### Quellen:

1. A. Shdanow, "Abänderungen am Statut der KPdSU(B)"  
Bericht auf dem XVIII. Parteitag der KPdSU(B) am 18. März 1939  
(In diesem Reader: S. 93–176)
2. A. Shdanow, "Vorbereitung der Parteiorganisationen zu den Wahlen zum Obersten Sowjet der UdSSR nach dem neuen Wahlsystem und die entsprechende Umstellung der Partei- und politischen Arbeit"  
Referat auf dem Plenum des ZK der KPdSU(B) am 26. Februar 1937  
(In diesem Reader: S. 177–196)
3. "Über die Fehler der Parteiorganisationen beim Ausschluss von Kommunisten aus der Partei"  
Beschluss des ZK der KPdSU(B) vom Januar 1938  
(In diesem Reader: S. 201–209)

# **Dokumente**





**Joseph Wissarionowitsch Stalin**

**Über die Mängel der Parteiarbeit  
und die Maßnahmen zur  
Liquidierung der trotzkistischen und  
sonstigen Doppelzüngler**

Referat und Schlusswort auf dem Plenum des  
ZK der KPdSU(B) am 3. und 5. März 1937

**ÜBER DIE MÄNGEL DER PARTEIARBEIT  
UND DIE MASSNAHMEN ZUR LIQUIDIERUNG DER  
TROTZKISTISCHEN UND SONSTIGEN DOPPELZÜNGLER**

Referat und Schlußwort auf dem Plenum des ZK der KPdSU(B)

3. und 5. März 1937

Genossen!

Aus den auf dem Plenum erstatteten Berichten und aus den Diskussionsreden ist ersichtlich, daß wir es hier mit folgenden drei grundlegenden Tatsachen zu tun haben.

Erstens, die Schädlings-, Diversions- und Spionagetätigkeit von Agenten ausländischer Staaten, unter denen die Trotzlisten eine ziemlich aktive Rolle spielten, hat in diesem oder jenem Grade alle beziehungsweise fast alle unsere Organisationen in Mitleidenschaft gezogen, sowohl die Wirtschaftsorganisationen als auch die Verwaltungs- und Parteiorganisationen.

Zweitens, Agenten ausländischer Staaten, darunter Trotzlisten, sind nicht nur in die unteren Organisationen eingedrungen, sondern sind auch auf einige verantwortliche Posten gelangt.

Drittens, einige unserer führenden Genossen sowohl im Zentrum als auch im Lande haben nicht nur das wahre Gesicht dieser Schädlinge, Diversionen, Spione und Mörder nicht zu erkennen vermocht, sondern sich derart sorglos, vertrauensselig und naiv gezeigt, daß sie nicht selten selbst dazu beigetragen haben, daß Agenten ausländischer Staaten auf diese oder jene verantwortlichen Posten gelangten.

Das sind die drei unbestreitbaren Tatsachen, die sich zwangsläufig aus den Berichten und den Diskussionsreden ergeben.

## I POLITISCHE SORGLOSIGKEIT

Woraus ist zu erklären, daß sich unsere führenden Genossen, die reiche Erfahrungen im Kampf gegen parteifeindliche und sowjetfeindliche Strömungen jeder Art besitzen, im gegebenen Fall so naiv und blind gezeigt haben, daß sie das wahre Gesicht der Volksfeinde nicht zu erkennen, die Wölfe im Schafspelz nicht herauszufinden, ihnen die Maske nicht herunterzureißen vermochten?

Kann man behaupten, daß die Schädlings-, Diversions- und Spionagetätigkeit von Agenten ausländischer Staaten auf dem Territorium der UdSSR für uns etwas Unerwartetes sein kann, etwas, was noch nie dagewesen ist? Nein, das kann man nicht behaupten. Davon zeugen die Schädlingsakte, die während der letzten zehn Jahre, angefangen mit der Schachty-Periode, in den verschiedenen Zweigen der Volkswirtschaft verübt wurden und die in offiziellen Dokumenten festgehalten sind.

Kann man behaupten, daß es in der letzten Zeit bei uns keinerlei Warnsignale und mahnende Hinweise auf die Schädlings-, Spionage- oder Terrortätigkeit der trotzkistisch-sinowjewistischen Agenten des Faschismus gegeben habe? Nein, das kann man nicht behaupten. Solche Signale gab es, und Bolschewiki haben nicht das Recht, sie unbeachtet zu lassen.

Der ruchlose Mord an Genossen Kirow war die erste ernste Warnung, die davon zeugte, daß die Feinde des Volkes Doppelzünglerei betreiben und sich bei ihrem doppelzünglerischen Treiben als Bolschewiki, als Parteimitglieder maskieren werden, um sich Vertrauen zu erschleichen und sich den Zutritt zu unseren Organisationen zu erschließen.

Der Prozeß gegen das „Leningrader Zentrum“, ebenso wie der „Sinowjew-Kamenew“-Prozeß, bekräftigte erneut die Lehren, die sich aus dem ruchlosen Mord an Genossen Kirow ergaben.

Der Prozeß gegen den „sinowjewistisch-trotzkistischen Block“ hat die Lehren aus den vorhergegangenen Prozessen erweitert und augenfällig gezeigt, daß die Sinowjewleute und Trotzkisten alle feindlichen bürgerlichen Elemente um sich scharen, daß sie sich in eine terroristische Spionage- und Diversionsagentur der deutschen Geheimpolizei verwandelt haben, daß Doppelzünglerei und Maskierung das einzige Mittel der Si-

nowjewleute und Trotzlisten sind, um in unsere Organisationen einzudringen, daß Wachsamkeit und politischer Scharfblick das sicherste Mittel sind, um ein solches Eindringen zu verhüten und die sinowjewistisch-trotzkistische Bande zu liquidieren.

Das Zentralkomitee der KPdSU(B) hat in seinem Rundschreiben vom 18. Januar 1935 anlässlich des ruchlosen Mordes an Genossen Kirow die Parteiorganisationen energisch vor politischer Vertrauensseligkeit und spießhafter Maulafferei gewarnt. In dem Rundschreiben heißt es:

„Es gilt, mit der opportunistischen Vertrauensseligkeit Schluß zu machen, die von der falschen Annahme ausgeht, als ob der Feind in dem Maße, wie unsere Kräfte wachsen, immer zahmer und harmloser werde. Eine solche Annahme ist grundfalsch. Das ist eine Nachwirkung der rechten Abweichung, deren Vertreter aller Welt weiszumachen suchten, daß die Feinde allmählich in den Sozialismus hineinkriechen, daß sie zu guter Letzt richtige Sozialisten werden würden. Es ist nicht Sache der Bolschewiki, auf ihren Lorbeeren auszuruhen und Maulaffen feilzuhalten. Nicht Vertrauensseligkeit brauchen wir, sondern Wachsamkeit, wirkliche bolschewistische revolutionäre Wachsamkeit. Man muß dessen eingedenk sein, daß die Feinde, je hoffnungsloser ihre Lage sein wird, um so eher zu dem ‚äußersten Mittel‘ greifen werden, als dem einzigen Mittel der im Kampfe gegen die Sowjetmacht zum Untergang Verurteilten. Man muß dessen eingedenk und wachsam sein.“

In seinem Rundschreiben vom 29. Juli 1936 anlässlich der Spionage- und Terrortätigkeit des trotzkistisch-sinowjewistischen Blocks rief das Zentralkomitee der KPdSU(B) die Parteiorganisationen erneut auf, höchste Wachsamkeit an den Tag zu legen und zu lernen, die Feinde des Volkes zu erkennen, mögen sie auch noch so gut maskiert sein. In dem Rundschreiben heißt es:

„Jetzt, da bewiesen ist, daß die trotzkistisch-sinowjewistischen Scheusale im Kampf gegen die Sowjetmacht alle die wütendsten und erbittertsten Feinde der Werktätigen unseres Landes um sich scharen, Spione, Provokateure, Diversanten, Weißgardisten, Kulaken usw., da sich jede Grenze zwischen diesen Elementen einerseits und den Trotzlisten und Sinowjewleuten andererseits verwischt hat — müssen alle unsere Parteiorganisationen, alle Parteimitglieder begreifen, daß von Kommunisten an einem jeden Abschnitt und in jeder Situation Wachsamkeit gefordert wird. Unabdingbare Eigenschaft jedes Bolschewiks unter den gegenwärtigen Verhältnissen muß die Fähigkeit sein, den Feind der Partei zu erkennen, mag er auch noch so gut maskiert sein.“

Es hat also Signale und Warnungen gegeben.

Was bedeuteten diese Signale und Warnungen?

Sie bedeuteten eine Aufforderung, die Schwäche in der Organisationsarbeit der Partei zu liquidieren und die Partei zu einer uneinnehm-

baren Festung zu machen, in die kein einziger Doppelzüngler einzudringen vermag.

Sie bedeuteten eine Aufforderung, Schluß zu machen mit der Unterschätzung der politischen Arbeit der Partei und eine entschiedene Wendung zu vollziehen in Richtung auf eine größtmögliche Verstärkung dieser Arbeit, in Richtung auf eine Verstärkung der politischen Wachsamkeit.

Und was geschah? Die Tatsachen haben gezeigt, daß unsere Genossen sich diesen Signalen und Warnungen gegenüber mehr als schwerhörig verhielten.

Davon legen die allbekanntesten Tatsachen aus der Kampagne zur Überprüfung und zum Umtausch der Parteidokumente ein beredtes Zeugnis ab.

Woraus ist zu erklären, daß diese Warnungen und Signale nicht die gebührende Wirkung hatten?

Woraus ist zu erklären, daß unsere Parteigenossen, trotz ihrer Erfahrungen im Kampf gegen sowjetfeindliche Elemente, trotz einer ganzen Reihe von Warnsignalen und mahnenden Hinweisen, sich angesichts der Schädlings-, Spionage- und Diversionstätigkeit der Volksfeinde als politisch kurzsichtig erwiesen haben?

Vielleicht sind unsere Parteigenossen schlechter geworden, als sie früher waren, sind sie jetzt minder bewußt und diszipliniert? Nein, natürlich nicht!

Vielleicht haben sie begonnen zu entarten? Auch das ist nicht der Fall! Eine solche Annahme entbehrt jeder Grundlage.

Woran liegt es also? Woher eine solche Maulafferei, Sorglosigkeit, Vertrauensseligkeit, Blindheit?

Es liegt daran, daß unsere Parteigenossen, beschäftigt mit den Wirtschaftskampagnen und hingerissen von den kolossalen Erfolgen an der Front des Wirtschaftsaufbaus, einige sehr wichtige Tatsachen einfach vergessen haben, die zu vergessen Bolschewiki nicht das Recht haben. Sie haben eine grundlegende Tatsache aus dem Gebiet der internationalen Lage der UdSSR vergessen und haben zwei sehr wichtige Tatsachen nicht bemerkt, die unmittelbar Bezug auf die heutigen Schädlinge, Spione, Diversanten und Mörder haben, welche sich hinter dem Parteimitgliedsbuch verbergen und sich als Bolschewiki maskieren.

## II DIE KAPITALISTISCHE UMKREISUNG

Was sind das für Tatsachen, die unsere Parteigenossen vergessen oder die sie einfach nicht bemerkt haben?

Sie haben vergessen, daß die Sowjetmacht nur auf einem Sechstel der Erde gesiegt hat, daß fünf Sechstel der Erde von kapitalistischen Staaten beherrscht werden. Sie haben vergessen, daß sich die Sowjetunion in kapitalistischer Umkreisung befindet. Bei uns ist es üblich, von der kapitalistischen Umkreisung zu schwatzen, aber man will sich weiter keine Gedanken darüber machen, was es mit der kapitalistischen Umkreisung auf sich hat. Kapitalistische Umkreisung — das ist keine leere Phrase, das ist eine sehr reale und unangenehme Erscheinung. Kapitalistische Umkreisung heißt, daß es ein Land gibt, die Sowjetunion, das bei sich die sozialistische Ordnung errichtet hat, und daß es außerdem viele Länder, bürgerliche Länder, gibt, die weiterhin die kapitalistische Lebensweise führen, die die Sowjetunion umgeben und auf eine Gelegenheit lauern, sie zu überfallen, sie zu zerschmettern oder jedenfalls ihre Macht zu untergraben und sie zu schwächen.

Diese grundlegende Tatsache haben unsere Genossen vergessen. Und doch bestimmt gerade sie die Grundlage der Wechselbeziehungen zwischen der kapitalistischen Umwelt und der Sowjetunion.

Nehmen wir zum Beispiel die bürgerlichen Staaten. Naive Leute mögen glauben, daß zwischen ihnen, als zwischen Staaten vom gleichen Typ, ausschließlich gute Beziehungen bestehen. Aber so können nur naive Leute denken. In Wirklichkeit sind die Beziehungen zwischen ihnen mehr als weit entfernt von gutnachbarlichen Beziehungen. Es ist bewiesen, wie zweimal zwei vier ist, daß die bürgerlichen Staaten einander ihre Spione, Schädlinge, Diversanten und manchmal auch Mörder ins Hinterland schicken und sie beauftragen, in die Institutionen und Betriebe dieser Staaten einzudringen, dort ein eigenes Netz auszubreiten und „im Bedarfsfall“ das Hinterland dieser Staaten zu zerstören, um sie zu schwächen und ihre Macht zu untergraben. So liegen die Dinge gegenwärtig. So lagen die Dinge auch in der Vergangenheit. Nehmen wir zum Beispiel die Staaten Europas zur Zeit Napoleons I. In Frankreich wimmelte es damals von Spionen und Diversanten aus dem Lager der Russen, der

Deutschen, der Österreicher, der Engländer. Und umgekehrt, England, die deutschen Staaten, Österreich, Rußland hatten damals in ihrem Hinterland keine geringere Anzahl von Spionen und Diversanten aus dem französischen Lager. Agenten Englands verübten zweimal ein Attentat auf Napoleon und zettelten mehrmals eine Erhebung der Bauern der Vendée in Frankreich gegen die Regierung Napoleons an. Was war aber die napoleonische Regierung? Eine bürgerliche Regierung, die die französische Revolution abwürgte und nur die Ergebnisse der Revolution bestehen ließ, die für die Großbourgeoisie vorteilhaft waren. Es braucht nicht betont zu werden, daß die napoleonische Regierung ihren Nachbarn nichts schuldig blieb und gleichfalls ihre Diversionsmaßnahmen ergriff. So war es in der Vergangenheit, vor 130 Jahren. So liegen die Dinge heute, 130 Jahre nach Napoleon I. Heute wimmelt es in Frankreich und England von deutschen Spionen und Diversanten, während umgekehrt in Deutschland wiederum englisch-französische Spione und Diversanten am Werke sind. In Amerika wimmelt es von japanischen Spionen und Diversanten und in Japan von amerikanischen.

Solcherart ist das Gesetz der Wechselbeziehungen zwischen den bürgerlichen Staaten.

Es fragt sich, warum sollten die bürgerlichen Staaten gegenüber dem sozialistischen Sowjetstaat mehr Mäßigkeit an den Tag legen und sich als bessere Nachbarn verhalten als gegenüber den bürgerlichen Staaten, Staaten von gleichem Typ? Warum sollten sie ins Hinterland der Sowjetunion weniger Spione, Schädlinge, Diversanten und Mörder schicken, als sie ins Hinterland der ihnen verwandten bürgerlichen Staaten schicken? Wie kommen sie darauf? Wäre es vom Standpunkt des Marxismus aus nicht richtiger, anzunehmen, daß die bürgerlichen Staaten ins Hinterland der Sowjetunion doppelt und dreimal soviel Schädlinge, Spione, Diversanten und Mörder schicken müssen als in das Hinterland eines beliebigen bürgerlichen Staates?

Ist es nicht klar, daß es bei uns, solange die kapitalistische Umkreisung besteht, Schädlinge, Spione, Diversanten und Mörder geben wird, die von Agenten ausländischer Staaten in unser Hinterland geschickt werden?

All das haben unsere Parteigenossen vergessen, und weil sie es vergessen haben, wurden sie überrumpelt.

Deshalb war die Spionage- und Diversionstätigkeit der trotzkistischen Agenten der japanisch-deutschen Geheimpolizei für manche unserer Genossen eine völlige Überraschung.

### III DER GEGENWÄRTIGE TROTZKISMUS

Weiter. In ihrem Kampf gegen die trotzkistischen Agenten haben unsere Parteigenossen nicht bemerkt, haben sie übersehen, daß der heutige Trotzkismus nicht mehr derselbe ist, der er, sagen wir, vor 7-8 Jahren war, daß der Trotzkismus und die Trotzkisten während dieser Zeit eine ernste Evolution durchgemacht haben, die das Antlitz des Trotzkismus von Grund aus verändert hat, daß infolgedessen auch der Kampf gegen den Trotzkismus, die Methoden des Kampfes gegen ihn von Grund aus geändert werden müssen. Unsere Parteigenossen haben nicht bemerkt, daß der Trotzkismus aufgehört hat, eine politische Strömung in der Arbeiterklasse darzustellen, daß der Trotzkismus sich aus einer politischen Strömung in der Arbeiterklasse, die er vor 7-8 Jahren war, in eine hemmungslose und prinzipienlose Bande von Schädlingen, Diversanten, Spionen und Mördern verwandelt hat, die im Auftrage von Spionageorganen ausländischer Staaten handeln.

Was ist eine politische Strömung in der Arbeiterklasse? Eine politische Strömung in der Arbeiterklasse — das ist eine Gruppe oder Partei, die eine bestimmte eigene politische Physiognomie, eine eigene Plattform, ein eigenes Programm besitzt, die ihre Anschauungen vor der Arbeiterklasse nicht verbirgt und nicht verbergen kann, sondern im Gegenteil ihre Anschauungen offen und ehrlich vor den Augen der Arbeiterklasse propagiert; eine Gruppe oder Partei, die sich nicht fürchtet, der Arbeiterklasse ihr politisches Gesicht zu zeigen, die sich nicht fürchtet, ihre wirklichen Ziele und Aufgaben vor der Arbeiterklasse klarzulegen, sondern die im Gegenteil mit offenem Visier vor die Arbeiterklasse hintritt, um sie von der Richtigkeit ihrer Anschauungen zu überzeugen. Der Trotzkismus in der Vergangenheit, vor 7-8 Jahren, war eine solche politische Strömung in der Arbeiterklasse, allerdings eine antileninistische und daher grundfalsche, aber immerhin eine politische Strömung.

Kann man sagen, daß der heutige Trotzkismus, der Trotzkismus, sa-



gen wir, von 1936, eine politische Strömung in der Arbeiterklasse ist? Nein, das kann man nicht sagen. Warum? Weil die gegenwärtigen Trotzlisten sich fürchten, der Arbeiterklasse ihr wahres Gesicht zu zeigen, weil sie sich fürchten, ihr ihre wirklichen Ziele und Aufgaben zu eröffnen, weil sie ihre politische Physiognomie vor der Arbeiterklasse geflissentlich verbergen; denn sie haben Angst, daß die Arbeiterklasse, wenn sie von ihren wirklichen Absichten erfährt, sie als Menschen, die ihr fremd sind, verfluchen und sie von sich jagen wird. Daraus erklärt sich denn auch, daß die Hauptmethode der Arbeit der Trotzlisten jetzt nicht darin besteht, ihre Anschauungen offen und ehrlich in der Arbeiterklasse zu propagieren, sondern darin, ihre Anschauungen zu maskieren, die Anschauungen ihrer Gegner knechtisch unterwürfig und speichelleckerisch zu lobpreisen, ihre eigenen Anschauungen pharisäisch und heuchlerisch in den Schmutz zu treten.

Im Prozeß von 1936 haben Kamenew und Sinowjew, wenn Sie sich erinnern, entschieden geleugnet, irgendeine politische Plattform zu besitzen. Sie hatten durchaus die Möglichkeit, in der Gerichtsverhandlung ihre politische Plattform zu entwickeln. Sie taten dies jedoch nicht, sondern erklärten, sie hätten keinerlei politische Plattform. Es kann kein Zweifel bestehen, daß beide logen, als sie leugneten, eine politische Plattform zu haben. Heute sehen sogar Blinde, daß sie eine eigene politische Plattform hatten. Warum aber leugneten sie, irgendeine politische Plattform zu haben? Weil sie sich fürchteten, ihr wahres politisches Gesicht zu zeigen, weil sie sich fürchteten, mit ihrer wirklichen Plattform, der Plattform der Restauration des Kapitalismus in der UdSSR, hervorzutreten; denn sie hatten Angst, daß eine solche Plattform in der Arbeiterklasse Abscheu hervorrufen würde.

In dem Prozeß von 1937 schlugen Pjatakow, Radek und Sokolnikow einen anderen Weg ein. Sie leugneten nicht, daß die Trotzlisten und Sinowjewleute eine politische Plattform besitzen. Sie gaben zu, daß sie eine bestimmte politische Plattform besitzen, gaben das zu und entwickelten sie in ihren Aussagen. Aber sie entwickelten sie nicht, um die Arbeiterklasse, um das Volk zur Unterstützung der trotzkistischen Plattform aufzurufen, sondern um sie als volksfeindliche und antiproletarische Plattform zu verdammen und zu brandmarken. Restauration des Kapitalismus, Liquidierung der Kollektiv- und Sowjetwirtschaften, Wiederaufrichtung des Systems der Ausbeutung, Bündnis mit den faschistischen

Kräften Deutschlands und Japans zur beschleunigten Entfesselung eines Krieges gegen die Sowjetunion, Kampf für den Krieg und gegen die Politik des Friedens, territoriale Zerstückelung der Sowjetunion unter Auslieferung der Ukraine an die Deutschen und des fernöstlichen Küstengebiets an die Japaner, Vorbereitung der militärischen Niederlage der Sowjetunion im Falle eines Überfalls feindlicher Staaten und, als Mittel zur Erreichung dieser Ziele, Schädlingearbeit, Diversionsakte, individueller Terror gegen die Führer der Sowjetmacht, Spionage zugunsten der japanisch-deutschen faschistischen Kräfte — das ist die von Pjatakow, Radek und Sokolnikow entwickelte politische Plattform des heutigen Trotzismus. Es versteht sich, daß die Trotzisten eine solche Plattform vor dem Volk, vor der Arbeiterklasse verbergen mußten. Und sie verbargen sie nicht nur vor der Arbeiterklasse, sondern auch vor den trotzkistischen Anhängern, ja nicht nur vor den trotzkistischen Anhängern, sondern sogar vor der führenden trotzkistischen Spitze, die aus einem kleinen Häuflein von Leuten, aus 30-40 Menschen bestand. Als Radek und Pjatakow von Trotzki die Erlaubnis zur Einberufung einer kleinen Konferenz von 30-40 Trotzisten forderten, um sie über den Charakter dieser Plattform zu informieren, verbot ihnen Trotzki das und sagte, es sei unzweckmäßig, selbst vor einem kleinen Häuflein Trotzisten über den wirklichen Charakter der Plattform zu sprechen, da eine solche „Operation“ eine Spaltung hervorrufen könne.

„Politiker“, die ihre Anschauungen, ihre Plattform nicht nur vor der Arbeiterklasse, sondern auch vor den trotzkistischen Anhängern, und nicht nur vor den trotzkistischen Anhängern, sondern auch vor der führenden Spitze der Trotzisten verbergen — das ist die Physiognomie des gegenwärtigen Trotzismus.

Daraus aber folgt, daß der gegenwärtige Trotzismus schon nicht mehr als politische Strömung in der Arbeiterklasse bezeichnet werden kann.

Der gegenwärtige Trotzismus ist keine politische Strömung in der Arbeiterklasse, sondern eine prinzipien- und ideenlose Bande von Schädlingen, Diversanten, Kundschaftern, Spionen, Mördern, eine Bande geschworener Feinde der Arbeiterklasse, die im Solde der Spionageorgane ausländischer Staaten arbeiten.

Das ist das unbestreitbare Ergebnis der Evolution des Trotzismus in den letzten 7-8 Jahren.

Das ist der Unterschied zwischen dem Trotzismus der Vergangenheit und dem Trotzismus der Gegenwart.

Der Fehler unserer Parteigenossen besteht darin, daß sie diesen einschneidenden Unterschied zwischen dem Trotzismus der Vergangenheit und dem Trotzismus der Gegenwart nicht bemerkt haben. Sie haben nicht bemerkt, daß die Trotzisten längst aufgehört haben, für eine Idee einzutreten, daß die Trotzisten sich längst in Wegelagerer verwandelt haben, die zu jeder Abscheulichkeit, zu jeder Niedertracht fähig sind, bis zur Spionage und bis zum direkten Verrat an der eigenen Heimat, nur um den Sowjetstaat und die Sowjetmacht zu schädigen. Sie haben das nicht bemerkt und haben es deshalb auch nicht vermocht, sich rechtzeitig umzustellen, um den Kampf gegen die Trotzisten auf neue Art entschlossener zu führen.

Deshalb waren die Niederträchtigkeiten der Trotzisten während der letzten Jahre für manche unserer Parteigenossen eine völlige Überraschung.

Weiter. Schließlich haben unsere Parteigenossen nicht bemerkt, daß zwischen den heutigen Schädlingen und Diversanten, unter denen die trotzkistischen Agenten des Faschismus eine ziemlich aktive Rolle spielen, einerseits und den Schädlingen und Diversanten aus der Schachty-Periode andererseits ein wesentlicher Unterschied besteht.

Erstens: Die Schachtyleute und die Leute von der Industriepartei waren Leute, die uns offenkundig fremd waren. Es waren größtenteils ehemalige Besitzer von Betrieben, ehemalige Verwalter im Dienste der alten Herren, ehemalige Teilhaber der alten Aktiengesellschaften oder schlechthin alte bürgerliche Spezialisten, die uns politisch unverhohlen feindlich gegenüberstanden. Niemand von unseren Leuten hatte den geringsten Zweifel über das wahre politische Gesicht dieser Herrschaften. Ja, auch die Schachtyleute selbst machten kein Hehl aus ihrer feindseligen Haltung gegenüber dem Sowjetregime. Von den heutigen Schädlingen und Diversanten, von den Trotzisten, kann man das nicht sagen. Die heutigen Schädlinge und Diversanten, die Trotzisten — das sind größtenteils Parteimitglieder, mit dem Parteimitgliedsbuch in der Tasche, also Leute, die uns formell nicht fremd sind. Waren die alten Schädlinge gegen unsere Leute eingestellt, so scharwenzeln die neuen Schädlinge, im Gegenteil, vor unseren Leuten, lobpreisen unsere Leute, benehmen sich

ihnen gegenüber knechtisch unterwürfig, um sich ihr Vertrauen zu erschleichen. Ein, wie Sie sehen, wesentlicher Unterschied.

Zweitens: Die Stärke der Schachtyleute und der Leute von der Industriepartei bestand darin, daß sie in größerem oder geringerem Maße über die erforderlichen technischen Kenntnisse verfügten, während unsere Leute, die solche Kenntnisse nicht besaßen, gezwungen waren, bei ihnen zu lernen. Dieser Umstand verlieh den Schädlingen der Schachty-Periode einen großen Vorteil, gab ihnen die Möglichkeit, das Schädlingshandwerk frei und ungehindert zu betreiben, gab ihnen die Möglichkeit, unsere Leute auf technischem Gebiet zu betrügen. Anders verhält es sich mit den heutigen Schädlingen, mit den Trotzlisten. Die heutigen Schädlinge sind unseren Leuten keineswegs technisch überlegen. Im Gegenteil, technisch sind unsere Leute besser ausgebildet als die heutigen Schädlinge, als die Trotzlisten. In der Zeit seit der Schachty-Periode bis zu unseren Tagen sind Zehntausende wirklich technisch ausgebildeter bolschewistischer Kader herangewachsen. Man könnte Tausende und Zehntausende in technischer Hinsicht reife bolschewistische Führer nennen, mit denen verglichen alle diese Pjatakow und Lifschitz, Schestow und Boguslawski, Muralow und Drobnis, was die technische Ausbildung betrifft, hohle Schwätzer und Schuljungen sind. Worin besteht denn dann die Stärke der heutigen Schädlinge, der Trotzlisten? Ihre Stärke besteht im Parteimitgliedsbuch, im Besitz des Parteimitgliedsbuchs. Ihre Stärke besteht darin, daß ihnen das Parteimitgliedsbuch politisches Vertrauen verschafft und ihnen den Zutritt zu allen unseren Institutionen und Organisationen erschließt. Ihr Vorteil besteht darin, daß sie, im Besitz von Parteimitgliedsbüchern und sich als Freunde der Sowjetmacht aufspielend, unsere Leute politisch betrogen, das ihnen erwiesene Vertrauen mißbrauchten, insgeheim ihr Schädlingshandwerk betrieben und unsere Staatsgeheimnisse den Feinden der Sowjetunion auslieferten. Ein seinem politischen und moralischen Werte nach zweifelhafter „Vorteil“, aber immerhin ein „Vorteil“. Durch diesen „Vorteil“ wird denn auch erklärlich, daß die trotzlistischen Schädlinge, als Leute mit Parteimitgliedsbuch, die Zutritt zu allen Stellen unserer Institutionen und Organisationen haben, ein wahrer Fund für die Spionageorgane ausländischer Staaten waren.

Der Fehler mancher unserer Parteigenossen besteht darin, daß sie

diesen ganzen Unterschied zwischen den alten und den neuen Schädlingen, zwischen den Schachtyleuten und den Trotzlisten nicht bemerkt, nicht begriffen haben und daher nicht vermocht haben, sich rechtzeitig umzustellen, um den Kampf gegen die neuen Schädlinge auf neue Art zu führen.

#### IV

### DIE SCHATTENSEITEN DER WIRTSCHAFTLICHEN ERFOLGE

Das sind die grundlegenden Tatsachen aus dem Gebiet unserer internationalen und inneren Lage, die viele unserer Parteigenossen vergessen beziehungsweise nicht bemerkt haben.

Darum ließen sich unsere Leute durch die Ereignisse der letzten Jahre, durch die Schädlings- und Diversionsakte, überrumpeln.

Man könnte fragen: Warum aber haben unsere Leute all dies nicht bemerkt, warum haben sie all dies vergessen?

Woher kam all diese Vergeßlichkeit, Blindheit, Sorglosigkeit, Vertrauensseligkeit?

Ist das nicht ein organisches Gebrechen in der Arbeit unserer Leute?

Nein, das ist kein organisches Gebrechen. Das ist eine vorübergehende Erscheinung, die — einige Anstrengungen unserer Leute vorausgesetzt — rasch liquidiert werden kann.

Worum handelt es sich dann also?

Es handelt sich darum, daß unsere Parteigenossen in den letzten Jahren restlos in der wirtschaftlichen Arbeit aufgingen, daß sie von den wirtschaftlichen Erfolgen völlig hingerissen waren und in ihrer Begeisterung für diese Arbeit alles andere vergaßen, alles übrige vernachlässigten.

Es handelt sich darum, daß sie, von den wirtschaftlichen Erfolgen hingerissen, hierin das A und O aller Dinge zu erblicken begannen, solchen Dingen aber wie der internationalen Lage der Sowjetunion, der kapitalistischen Umkreisung, der Verstärkung der politischen Arbeit der Partei, dem Kampf gegen das Schädlingwesen usw. — einfach keine Aufmerksamkeit mehr schenkten, da sie meinten, alle diese Fragen seien eine zweitrangige oder sogar drittrangige Angelegenheit.

Erfolge und Errungenschaften — das ist natürlich eine große Sache.

Unsere Erfolge auf dem Gebiet des sozialistischen Aufbaus sind tatsächlich gewaltig. Aber Erfolge haben, wie alles in der Welt, auch ihre Schattenseiten. Bei Leuten, die in der Politik wenig erfahren sind, erzeugen große Erfolge und große Errungenschaften nicht selten Sorglosigkeit, Vertrauensseligkeit, Selbstzufriedenheit, übertriebenes Selbstbewußtsein, Überheblichkeit, Prahlucht. Sie können nicht leugnen, daß sich in letzter Zeit bei uns die Prahlhänse unheimlich vermehrt haben. Es ist kein Wunder, daß angesichts der großen und ernsten Erfolge auf dem Gebiet des sozialistischen Aufbaus prahlerische Stimmungen Platz greifen, Neigungen, mit unseren Erfolgen zu paradierten, Neigungen, die Kräfte unserer Feinde zu unterschätzen, Neigungen, die eigenen Kräfte zu überschätzen, und die Folge all dessen ist politische Blindheit.

Hier muß ich einige Worte über die Gefahren sagen, die mit den Erfolgen, über die Gefahren, die mit den Errungenschaften verbunden sind.

Die mit Schwierigkeiten verbundenen Gefahren kennen wir aus Erfahrung. Führen wir doch schon mehrere Jahre lang den Kampf gegen Gefahren dieser Art und, man muß sagen, nicht ohne Erfolg. Die mit Schwierigkeiten verbundenen Gefahren lassen bei nicht standhaften Leuten nicht selten Stimmungen der Verzagtheit, des Unglaubens an die eigenen Kräfte, pessimistische Stimmungen aufkommen. Und umgekehrt, dort, wo es darum geht, die sich aus Schwierigkeiten ergebenden Gefahren zu bekämpfen, werden die Menschen in diesem Kampf gestählt und gehen aus dem Kampf als wirklich felsenfeste Bolschewiki hervor. Das ist die Natur der mit Schwierigkeiten verbundenen Gefahren. Das sind die Ergebnisse der Überwindung von Schwierigkeiten.

Es gibt aber auch Gefahren anderer Art. Gefahren, die mit Erfolgen verbunden sind, Gefahren, die mit Errungenschaften verbunden sind. Ja, ja, Genossen, Gefahren, die mit Erfolgen, mit Errungenschaften verbunden sind. Diese Gefahren bestehen darin, daß bei Leuten, die in der Politik wenig erfahren sind und nicht sehr viel erlebt haben, eine Situation der Erfolge — ein Erfolg nach dem andern, eine Errungenschaft nach der andern, eine Planüberbietung nach der andern — Stimmungen der Sorglosigkeit und Selbstzufriedenheit hervorruft, eine Atmosphäre von Paradefeierlichkeiten und gegenseitigen Beglückwünschungen schafft, die das Gefühl für das richtige Maß ertönen und den politischen Instinkt

abstumpfen, und daß eine solche Situation dazu verleitet, sich gehen zu lassen und auf den Lorbeeren auszuruhen.

Es ist kein Wunder, daß in dieser betäubenden Atmosphäre der Überheblichkeit und Selbstzufriedenheit, in dieser Atmosphäre der Paradekundgebungen und des geräuschvollen Eigenlobs die Menschen einige wesentliche Tatsachen vergessen, die für die Geschicke unseres Landes von erstrangiger Bedeutung sind, daß die Menschen beginnen, solche unangenehme Tatsachen zu übersehen wie die kapitalistische Umkreisung, die neuen Formen des Schädlingwesens, die mit unseren Erfolgen verbundenen Gefahren usw. Kapitalistische Umkreisung? Das ist doch Unsinn! Welche Bedeutung kann so eine kapitalistische Umkreisung haben, wenn wir unsere Wirtschaftspläne erfüllen und übererfüllen? Neue Formen des Schädlingwesens, Kampf gegen den Trotzismus? All das sind Lappalien! Welche Bedeutung können alle diese Kleinigkeiten haben, wenn wir unsere Wirtschaftspläne erfüllen und übererfüllen? Parteistatut, Wählbarkeit der Parteiorgane, Rechenschaftspflicht der leitenden Parteifunktionäre vor der Masse der Parteimitgliedschaft? Ja, ist denn das alles nötig? Lohnt es sich überhaupt, sich mit diesen Kleinigkeiten abzugeben, wenn unsere Wirtschaft sich entwickelt und die materielle Lage der Arbeiter und Bauern sich immer mehr und mehr bessert? Alles Lappalien! Wir übererfüllen die Pläne, unsere Partei ist nicht schlecht, auch das ZK der Partei ist nicht schlecht — was zum Kuckuck brauchen wir noch? Merkwürdige Leute sitzen dort in Moskau, im ZK der Partei: denken irgendwelche Fragen aus, reden von irgendwelchem Schädlingwesen, schlafen selbst nicht und lassen andere nicht schlafen...

Da haben Sie ein anschauliches Beispiel dafür, wie leicht und „einfach“ sich manche unserer unerfahrenen Genossen, wenn sie vor wirtschaftlichen Erfolgen von Schwindel befallen werden, von politischer Blindheit anstecken lassen.

Das sind die mit Erfolgen, mit Errungenschaften verbundenen Gefahren.

Das sind die Ursachen dafür, daß unsere Parteigenossen, hingerissen von den wirtschaftlichen Erfolgen, die Tatsachen internationalen und inneren Charakters, die wesentliche Bedeutung für die Sowjetunion besitzen, außer acht gelassen und eine ganze Reihe unser Land umlauender Gefahren nicht bemerkt haben.

Das sind die Wurzeln unserer Sorglosigkeit, Vergeßlichkeit, Vertrauensseligkeit, politischen Blindheit.

Das sind die Wurzeln der Mängel in unserer Wirtschafts- und unserer Parteiarbeit.

### Unsere Aufgaben

Wie sind diese Mängel unserer Arbeit zu beseitigen?

Was muß dazu getan werden?

Es ist notwendig, folgende Maßnahmen durchzuführen:

1. Es ist vor allem notwendig, die Aufmerksamkeit unserer Parteigenossen, die in den „laufenden Fragen“ des einen oder anderen Ressorts versinken, auf die großen politischen Fragen internationalen und inneren Charakters zu lenken.

2. Es ist notwendig, die politische Arbeit unserer Partei auf die gebührende Höhe zu bringen, wobei die Aufgabe der politischen Schulung und der bolschewistischen Stählung der Partei-, Sowjet- und Wirtschaftskader in den Mittelpunkt zu stellen ist.

3. Es ist notwendig, unseren Parteigenossen klarzumachen, daß die wirtschaftlichen Erfolge, deren Bedeutung unbestreitbar sehr groß ist und die wir auch weiterhin, tagaus, tagein, jahraus, jahrein erzielen müssen, dennoch nicht das ganze Wesen unseres sozialistischen Aufbaus erschöpfen.

Es muß klargelegt werden, daß die Schattenseiten der wirtschaftlichen Erfolge, die sich in Selbstzufriedenheit, Sorglosigkeit und Abstumpfung des politischen Instinkts äußern, nur dann beseitigt werden können, wenn sich die wirtschaftlichen Erfolge mit Erfolgen des Parteaufbaus und mit einer voll entfalteten politischen Arbeit unserer Partei paaren.

Es muß klargelegt werden, daß die wirtschaftlichen Erfolge selbst, ihre Dauerhaftigkeit und Beständigkeit, voll und ganz von den Erfolgen der organisatorischen und der politischen Arbeit der Partei abhängen, daß ohne diese Voraussetzung sich erweisen kann, daß die wirtschaftlichen Erfolge auf Sand gebaut sind.

4. Es ist notwendig, immer daran zu denken und nie zu vergessen, daß die kapitalistische Umkreisung die grundlegende Tatsache ist, durch die die internationale Lage der Sowjetunion bestimmt wird.

Man muß immer daran denken und darf nie vergessen, daß es, solange es eine kapitalistische Umkreisung gibt, auch Schädlinge, Diversanten,



Spione, Terroristen geben wird, die von den Spionageorganen ausländischer Staaten ins Hinterland der Sowjetunion geschickt werden; man muß daran denken und den Kampf gegen jene Genossen führen, die die Bedeutung der Tatsache der kapitalistischen Umkreisung unterschätzen, die die Kraft und Bedeutung des Schädlingwesens unterschätzen.

Unseren Parteigenossen muß klargemacht werden, daß keinerlei wirtschaftliche Erfolge, wie groß sie auch sein mögen, die Tatsache der kapitalistischen Umkreisung und die sich aus dieser Tatsache ergebenden Folgen aus der Welt zu schaffen vermögen.

Es müssen Maßnahmen getroffen werden, die notwendig sind, um unseren Genossen, den Bolschewiki in der Partei und den parteilosen Bolschewiki, die Möglichkeit zu geben, sich mit den Zwecken und Aufgaben, mit der Praxis und Technik der Schädlings-, Diversions- und Spionagetätigkeit der ausländischen Spionageorgane bekannt zu machen.

5. Es ist notwendig, unseren Parteigenossen klarzumachen, daß die Trotzlisten, die aktive Elemente der Diversions-, Schädlings- und Spionagetätigkeit ausländischer Spionageorgane bilden, schon längst aufgehört haben, eine politische Strömung in der Arbeiterklasse zu sein, daß sie schon längst aufgehört haben, irgendeiner Idee zu dienen, die mit den Interessen der Arbeiterklasse vereinbar ist, daß sie sich in eine prinzipien- und ideenlose Bande von Schädlingen, Diversanten, Spionen und Mördern verwandelt haben, die im Solde ausländischer Spionageorgane arbeiten.

Es muß klargelegt werden, daß im Kampf gegen den gegenwärtigen Trotzismus jetzt nicht die alten Methoden, nicht die Methoden der Diskussion, sondern neue Methoden, die Methoden der Ausrottung und der Zerschmetterung nötig sind.

6. Es ist notwendig, unseren Parteigenossen den Unterschied zwischen den heutigen Schädlingen und den Schädlingen der Schachty-Periode klarzumachen, ihnen klarzumachen, daß, während die Schädlinge der Schachty-Periode unsere Leute auf dem Gebiet der Technik betrogen, indem sie ihre technische Rückständigkeit ausnutzten, die heutigen Schädlinge, die das Parteimitgliedsbuch besitzen, unsere Leute durch Mißbrauch des politischen Vertrauens, das man ihnen als Parteimitgliedern erweist, betrügen, indem sie die politische Sorglosigkeit unserer Leute ausnutzen.

Es ist notwendig, die alte Losung, Meisterung der Technik, die der Schachty-Periode entspricht, durch eine neue Losung zu ergänzen, durch die Losung: politische Erziehung der Kader, Meisterung des Bolschewismus und Liquidierung unserer politischen Vertrauensseligkeit, eine Losung, die voll und ganz der Periode entspricht, in der wir gegenwärtig leben.

Man könnte fragen: Hätte man nicht vor zehn Jahren, in der Schachty-Periode, beide Losungen zugleich aufstellen können, sowohl die erste Losung, Meisterung der Technik, als auch die zweite Losung, politische Erziehung der Kader? Nein, das konnte man nicht. So werden bei uns in der bolschewistischen Partei die Dinge nicht gehandhabt. An Wendepunkten der revolutionären Bewegung wird stets eine bestimmte grundlegende Losung als Hauptlosung aufgestellt, die das Kettenglied bildet, das man ergreift, um damit die ganze Kette nachzuziehen. Lenin hat uns gelehrt: Findet das Hauptkettenglied in unserer Arbeit heraus, ergreift es und zieht es hervor, um damit die ganze Kette nachzuziehen und vorwärtsschreiten zu können. Die Geschichte der revolutionären Bewegung zeigt, daß diese Taktik die einzig richtige Taktik ist. In der Schachty-Periode bestand die Schwäche unserer Leute in ihrer technischen Rückständigkeit. Nicht politische, sondern technische Fragen waren damals unsere schwache Seite. Was unsere politischen Beziehungen zu den damaligen Schädlingen betrifft, so waren sie völlig klar, es waren Beziehungen von Bolschewiki zu politisch fremden Leuten. Diese unsere technische Schwäche liquidierten wir dadurch, daß wir die Losung der Meisterung der Technik aufstellten und in der verflossenen Periode Zehntausende und Hunderttausende technisch geschulter bolschewistischer Kader heranbildeten. Anders liegen die Dinge jetzt, da wir bereits technisch geschulte bolschewistische Kader haben und da in der Rolle von Schädlingen nicht offenkundig fremde Menschen auftreten, die oben drein unseren Leuten keineswegs technisch überlegen sind, sondern Leute, die das Parteimitgliedsbuch besitzen und alle Rechte von Parteimitgliedern genießen. Jetzt ist die Schwäche unserer Leute nicht technische Rückständigkeit, sondern politische Sorglosigkeit, blindes Vertrauen gegenüber Leuten, die zufällig das Parteimitgliedsbuch erhalten haben, das Fehlen einer Überprüfung der Leute, einer Überprüfung nicht aufgrund ihrer politischen Deklarationen, sondern aufgrund der Ergeb-

nisse ihrer Arbeit. Die Kardinalfrage ist jetzt für uns nicht die Liquidierung einer technischen Rückständigkeit unserer Kader, da diese im wesentlichen bereits liquidiert ist, sondern die Liquidierung der politischen Sorglosigkeit und politischen Vertrauensseligkeit gegenüber Schädlingen, die sich zufällig das Parteimitgliedsbuch verschafft haben.

Das ist der grundlegende Unterschied zwischen der Kardinalfrage im Kampf um die Kader in der Schachty-Periode und der Kardinalfrage in der gegenwärtigen Periode.

Daher konnten und durften wir vor zehn Jahren nicht zugleich beide Losungen, sowohl die Losung der Meisterung der Technik als auch die Losung der politischen Erziehung der Kader, aufstellen.

Daher muß die alte Losung, Meisterung der Technik, jetzt durch die neue Losung, Meisterung des Bolschewismus, politische Erziehung der Kader und Liquidierung unserer politischen Sorglosigkeit, ergänzt werden.

7. Es ist notwendig, die faule Theorie zu zerschlagen und beiseite zu werfen, daß der Klassenkampf bei uns mit jedem Schritt unseres Vormarsches mehr und mehr erlöschen müsse, daß der Klassenfeind in dem Maße, wie wir Erfolge erzielen, immer zahmer werde.

Das ist nicht nur eine faule Theorie, sondern auch eine gefährliche Theorie, denn sie schläfert unsere Leute ein, lockt sie in die Falle, während sie dem Klassenfeind die Möglichkeit gibt, für den Kampf gegen die Sowjetmacht Kräfte zu sammeln.

Im Gegenteil, je weiter wir vorwärtsschreiten, je mehr Erfolge wir erzielen werden, um so größer wird die Wut der Überreste der zerschlagenen Ausbeuterklassen werden, um so eher werden sie zu schärferen Kampfformen übergehen, um so mehr Niederträchtigkeiten werden sie gegen den Sowjetstaat begehen, um so mehr werden sie zu den verzweifeltsten Kampfmitteln greifen, als den letzten Mitteln zum Untergang Verurteilter.

Man muß im Auge behalten, daß die Reste der zerschlagenen Klassen in der UdSSR nicht allein dastehen. Sie genießen die direkte Unterstützung unserer Feinde jenseits der Grenzen der UdSSR. Es wäre ein Irrtum anzunehmen, daß die Sphäre des Klassenkampfes sich auf das Gebiet der UdSSR beschränke. Spielt sich der Klassenkampf mit einem Ende innerhalb der UdSSR ab, so reicht das andere Ende in das Gebiet der uns umgebenden bürgerlichen Staaten. Das kann den Resten der zer-

schlagenen Klassen nicht unbekannt sein. Und eben weil sie es wissen, werden sie auch künftighin ihre verzweifelten Vorstöße fortsetzen.

Das lehrt uns die Geschichte. Das lehrt uns der Leninismus.

Man muß das alles im Auge haben und auf der Hut sein.

8. Es ist notwendig, eine andere faule Theorie zu zerschlagen und beiseite zu werfen, die besagt, daß derjenige kein Schädling sein könne, der nicht immer schädigt und der wenigstens manchmal Erfolge in seiner Arbeit aufzuweisen hat.

Diese seltsame Theorie verrät die Naivität ihrer Urheber. Kein einziger Schädling wird fortwährend schädigen, wenn er nicht in kürzester Frist entlarvt werden will. Im Gegenteil, ein richtiger Schädling muß von Zeit zu Zeit Erfolge in seiner Arbeit aufweisen, denn das ist das einzige Mittel, seine Existenz als Schädling zu behaupten, sich Vertrauen zu erschleichen und seine Schädlingsarbeit fortzusetzen.

Ich glaube, diese Frage ist klar und bedarf keiner weiteren Erläuterungen.

9. Es ist notwendig, eine dritte faule Theorie zu zerschlagen und beiseite zu werfen, die besagt, daß die systematische Erfüllung der Wirtschaftspläne die Schädlingsarbeit und die Folgen der Schädlingsarbeit aufhebe.

Eine solche Theorie kann nur das eine Ziel verfolgen: die Eigenliebe unserer Funktionäre, die nur ihr Ressort im Auge haben, zu kitzeln, sie zu beruhigen und ihren Kampf gegen das Schädlingwesen abzuschwächen.

Was bedeutet „systematische Erfüllung unserer Wirtschaftspläne“?

Erstens: Es ist erwiesen, daß alle unsere Wirtschaftspläne zu niedrig angesetzt sind, denn sie lassen die gewaltigen Reserven und Möglichkeiten unberücksichtigt, die im Schoße unserer Volkswirtschaft schlummern.

Zweitens bedeutet die summarische Erfüllung der Wirtschaftspläne der einzelnen Volkskommissariate im ganzen noch nicht, daß in einigen sehr wichtigen Zweigen die Pläne ebenfalls erfüllt werden. Im Gegenteil, die Tatsachen besagen, daß eine ganze Reihe von Volkskommissariaten, die die Jahreswirtschaftspläne erfüllt und sogar übererfüllt haben, die Pläne in einigen sehr wichtigen Zweigen der Volkswirtschaft ständig nicht erfüllen.

Drittens kann kein Zweifel darüber bestehen, daß es mit der Erfül-

lung der Wirtschaftspläne, wenn die Schädlinge nicht entlarvt und davongejagt worden wären, weit schlechter stehen würde, woran die kurz-sichtigen Urheber dieser Theorie denken sollten.

Viertens entfalten die Schädlinge ihre Schädlingsarbeit in vollem Umfang gewöhnlich nicht in Friedenszeiten, sondern in einer Periode unmittelbar vor dem Kriege oder während des Krieges selbst. Angenommen, wir würden uns von der faulen Theorie von der „systematischen Erfüllung der Wirtschaftspläne“ einlullen lassen und die Schädlinge nicht anrühren. Haben die Urheber dieser faulen Theorie eine Vorstellung davon, welcher kolossalen Schaden die Schädlinge unserem Staate im Falle eines Krieges zufügen würden, wenn wir sie im Schoße unserer Volkswirtschaft unter den Fittichen der faulen Theorie von der „systematischen Erfüllung der Wirtschaftspläne“ beließen?

Ist es nicht klar, daß die Theorie von der „systematischen Erfüllung der Wirtschaftspläne“ eine Theorie ist, die nur den Schädlingen von Nutzen sein kann?

10. Es ist notwendig, eine vierte faule Theorie zu zerschlagen und beiseite zu werfen, die besagt, daß die Stachanowbewegung das Hauptmittel zur Liquidierung des Schädlingwesens sei.

Diese Theorie ist dazu ersonnen, mit dem Geschwätz über Stachanowleute und Stachanowbewegung den Schlag unbemerkt von den Schädlingen abzuwenden.

Genosse Molotow führte in seinem Referat eine ganze Reihe von Tatsachen an, die zeigen, wie die trotzkistischen und nichttrotzkistischen Schädlinge im Kusnez- und Donezbecken, unter Mißbrauch des Vertrauens unserer politisch sorglosen Genossen, die Stachanowleute systematisch an der Nase herumführten, ihnen Knüppel zwischen die Beine warfen, ihrer erfolgreichen Arbeit eine ganze Reihe künstlicher Hindernisse bereiteten und es schließlich erreichten, daß sie ihre Arbeit desorganisierten. Was können die Stachanowleute allein tun, wenn die Schädlingsarbeit bei der Neubautätigkeit, sagen wir im Donezbecken, zu einer Diskrepanz zwischen den Vorbereitungsarbeiten für die Kohlenförderung, die hinter dem Tempo zurückbleiben, und allen anderen Arbeiten geführt hat? Ist es nicht klar, daß die Stachanowbewegung selbst der realen Unterstützung unsererseits gegen alle und jegliche Machenschaften der Schädlinge bedarf, um die Sache vorwärtstreiben und ihre große Mission erfüllen zu

können? Ist es nicht klar, daß der Kampf gegen das Schädlingwesen, der Kampf für die Liquidierung des Schädlingwesens, die Bändigung des Schädlingwesens die notwendige Voraussetzung dafür ist, daß sich die Stachanowbewegung in ihrer ganzen Breite entfalten kann?

Ich glaube, diese Frage ist ebenfalls klar und bedarf keiner weiteren Erläuterungen.

11. Es ist notwendig, eine fünfte faule Theorie zu zerschlagen und beiseite zu werfen, die besagt, daß die trotzkistischen Schädlinge keine Reserven mehr hätten, daß sie angeblich ihre letzten Kader einsetzen.

Das stimmt nicht, Genossen. Eine solche Theorie konnten nur naive Leute ersinnen. Die trotzkistischen Schädlinge haben Reserven. Sie bestehen vor allem aus den Resten der zerschlagenen Ausbeuterklassen in der UdSSR. Sie bestehen aus einer ganzen Reihe von Gruppen und Organisationen außerhalb der UdSSR, die der Sowjetunion feindlich gegenüberstehen.

Nehmen wir beispielsweise die konterrevolutionäre trotzkistische IV. Internationale, die zu zwei Dritteln aus Spionen und Diversanten besteht. Ist das etwa keine Reserve? Ist es denn nicht klar, daß diese Spionageinternationale Kader für die Spionage- und Schädlingarbeit der Trotzlisten stellen wird?

Oder nehmen wir beispielsweise noch die Gruppe des Schurken Scheflo in Norwegen, die dem Oberspion Trotzki Unterschlupf gewährte und ihm half, allerlei Niederträchtigkeiten gegen die Sowjetunion zu begehen. Ist diese Gruppe etwa keine Reserve? Wer kann daran zweifeln, daß diese konterrevolutionäre Gruppe den trotzkistischen Spionen und Schädlingen auch weiterhin ihre Dienste erweisen wird?

Oder nehmen wir beispielsweise noch eine andere Gruppe, die eines ebensolchen Schurken wie Scheflo, die Gruppe Souvarines in Frankreich. Ist das etwa keine Reserve? Kann man denn daran zweifeln, daß diese Gruppe von Schurken den Trotzlisten bei ihrer Spionage- und Schädlingarbeit gegen die Sowjetunion ebenfalls helfen wird?

Und all diese Herrschaften aus Deutschland, all diese Ruth Fischer, Maslow, Urbahns, die sich mit Haut und Haaren den Faschisten verschrieben haben, — sind sie etwa keine Reserve für die trotzkistische Spionage- und Schädlingarbeit?

Oder beispielsweise die bekannte Schriftstellerbande in Amerika mit

dem bekannten Lumpen Eastman an der Spitze, alle diese Piraten der Feder, die nur davon leben, daß sie die Arbeiterklasse der UdSSR verleumdern, — sind sie etwa keine Reserve für den Trotzismus?

Nein, man muß die faule Theorie, daß die Trotzisten angeblich ihre letzten Kader einsetzen, beiseite werfen.

12. Schließlich ist es notwendig, noch eine faule Theorie zu zerschlagen und beiseite zu werfen, die besagt, daß wir Bolschewiki einem Häuflein von Schädlingen gar keine Beachtung zu schenken brauchten, da wir Bolschewiki viele, die Schädlinge aber wenige sind, da wir Bolschewiki von Dutzenden Millionen Menschen unterstützt werden, die trotzkistischen Schädlinge aber nur von einzelnen und Dutzenden.

Das ist falsch, Genossen. Diese mehr als seltsame Theorie wurde erdacht, um einige unserer führenden Genossen zu trösten, die wegen ihres Unvermögens, gegen das Schädlingstwesen zu kämpfen, in ihrer Arbeit Fiasko erlitten haben, und um ihre Wachsamkeit einzuschläfern, sie ruhig schlafen zu lassen.

Daß die trotzkistischen Schädlinge von einzelnen, die Bolschewiki aber von Dutzenden Millionen Menschen unterstützt werden, ist natürlich wahr. Aber daraus folgt keineswegs, daß die Schädlinge unserer Sache nicht ernstesten Schaden zufügen können. Um Unheil zu stiften und Schaden anzurichten, dazu bedarf es keineswegs einer großen Zahl von Menschen. Um ein Dnjepr-Kraftwerk zu erbauen, muß man Zehntausende Arbeiter einsetzen. Um es aber in die Luft zu sprengen, dazu sind vielleicht ein paar Dutzend Menschen nötig, nicht mehr. Um eine Schlacht im Kriege zu gewinnen, dazu bedarf es vielleicht einiger Armeekorps von Rotarmisten. Um jedoch diesen Sieg an der Front zunichte zu machen, dazu genügen ein paar Spione irgendwo im Stab einer Armee oder sogar einer Division, die den Operationsplan entwenden und ihn dem Feind ausliefern. Um eine große Eisenbahnbrücke zu bauen, dazu sind Tausende Menschen erforderlich. Um sie aber in die Luft zu sprengen, dazu genügen ein paar Menschen. Solcher Beispiele könnte man Dutzende und Hunderte anführen.

Folglich darf man sich nicht damit trösten, daß wir viele, sie, die trotzkistischen Schädlinge, dagegen wenige sind.

Man muß erreichen, daß es überhaupt keine trotzkistischen Schädlinge in unseren Reihen gibt.

So verhält es sich mit der Frage, wie die Mängel unserer Arbeit zu li-

quidieren sind, die in allen unseren Organisationen zu verzeichnen sind, sowohl in den Wirtschafts- und Sowjetorganisationen als auch in den Verwaltungs- und Parteiorganisationen.

Das sind die Maßnahmen, die notwendig sind, um diese Mängel zu liquidieren.

Was speziell die Parteiorganisationen und die Mängel in ihrer Arbeit anbetrifft, so wird in dem Ihnen zur Entscheidung vorgelegten Resolutionsentwurf ausführlich genug über die Maßnahmen zur Liquidierung dieser Mängel gesprochen. Ich glaube daher, daß keine Notwendigkeit besteht, hier auf diese Seite der Sache ausführlich einzugehen.

Ich möchte nur einige Worte über die Frage der politischen Schulung und Weiterbildung unserer Parteikader sagen.

Ich glaube, wenn wir es verstünden und fertigbrächten, unsere Parteikader von unten bis oben ideologisch so zu schulen und politisch so zu stählen, daß sie sich in der inneren und der internationalen Situation ohne Schwierigkeit zurechtzufinden vermögen, wenn wir es verstünden, sie zu völlig reifen Leninisten, Marxisten zu machen, die fähig sind, die Fragen der Leitung des Landes ohne ernste Fehler zu entscheiden, dann hätten wir damit neun Zehntel aller unserer Aufgaben gelöst.

Wie steht es um die führenden Kader unserer Partei?

In unserer Partei gibt es, wenn man ihre führenden Schichten im Auge hat, etwa 3.000-4.000 höhere Funktionäre. Das ist, ich möchte sagen, die Generalität unserer Partei.

Dann kommen 30.000-40.000 mittlere Funktionäre. Das ist das Offizierskorps unserer Partei.

Dann kommen etwa 100.000-150.000 untere Parteifunktionäre. Das ist sozusagen das Unteroffizierskorps unserer Partei.

Das ideologische Niveau dieser führenden Kader zu heben und sie politisch weiter zu stählen; diesen Kadern frische Kräfte zuzuführen, die darauf warten, aufrücken zu können und auf diese Weise den Bestand an führenden Kadern zu erweitern — das ist die Aufgabe.

Was ist dazu erforderlich?

Vor allem muß unsern Parteifunktionären, angefangen von den Zellensekretären bis zu den Sekretären der Gebiets- und Republik-Parteiorganisationen, empfohlen werden, sich im Laufe einer bestimmten Zeit je zwei Genossen, je zwei Parteifunktionäre, auszuwählen, die fähig sind,



tatsächlich ihre Stellvertreter zu sein. Man mag sagen: Wo soll man sie hernehmen, zwei Stellvertreter für jeden, wir haben solche Leute nicht, haben keine entsprechenden Funktionäre. Das stimmt nicht, Genossen. Fähige Menschen, begabte Menschen gibt es bei uns Zehntausende. Man muß sie nur kennen und rechtzeitig aufrücken lassen, damit sie nicht zu lange an einem Fleck bleiben und zu faulen anfangen. Suchet, so werdet ihr finden.

Weiter. Zur Parteischulung und Weiterbildung der Zellensekretäre sind in jedem Gebietszentrum viermonatige „Parteikurse“ einzurichten. Auf diese Kurse sind die Sekretäre aller Grundorganisationen (Zellen) der Partei zu schicken und dann, wenn sie die Kurse absolviert haben und auf ihren Platz zurückgekehrt sind, ihre Stellvertreter sowie die fähigsten Mitglieder der Grundorganisationen der Partei.

Weiter. Zur politischen Weiterbildung der ersten Sekretäre der Kreisorganisationen sind in der UdSSR, sagen wir in den zehn wichtigsten Zentren, achtmonatige „Leninkurse“ einzurichten. Auf diese Kurse sind die ersten Sekretäre der Kreis- und Bezirksparteiorganisationen zu schicken, und dann, wenn sie die Kurse absolviert haben und auf ihren Platz zurückgekehrt sind, ihre Stellvertreter und die fähigsten Mitglieder der Kreis- und Bezirksorganisationen.

Weiter. Zur ideologischen Weiterbildung und politischen Weiterentwicklung der Sekretäre der Stadtorganisationen sind beim ZK der KPdSU(B) sechsmonatige „Kurse für Geschichte und Politik der Partei“ einzurichten. Auf diese Kurse sind die ersten oder zweiten Sekretäre der Stadtorganisationen zu schicken, und dann, wenn sie die Kurse absolviert haben und auf ihren Platz zurückgekehrt sind, die fähigsten Mitglieder der Stadtorganisationen.

Schließlich ist beim ZK der KPdSU(B) eine sechsmonatige „Beratung über Fragen der inneren und der internationalen Politik“ einzurichten. Dahin sind die ersten Sekretäre der Gebiets- und Regionsorganisationen sowie der Zentralkomitees der nationalen kommunistischen Parteien zu schicken. Diese Genossen müssen nicht eine, sondern mehrere Ablösungen stellen, die in der Lage sind, die führenden Genossen des Zentralkomitees unserer Partei zu ersetzen. Das ist notwendig, und das muß getan werden.

Ich komme zum Schluß, Genossen.

Wir haben somit die Hauptmängel unserer Arbeit dargelegt, sowohl diejenigen, die in allen unsern Organisationen, den Wirtschafts-, Verwaltungs- und Parteiorganisationen, zu verzeichnen sind, als auch diejenigen, die nur speziell in den Parteiorganisationen vorhanden sind, Mängel, die von den Feinden der Arbeiterklasse zu ihrer Diversions- und Schädlingsarbeit, zu ihrer Spionage- und Terrorarbeit ausgenützt werden.

Wir haben ferner die grundlegenden Maßnahmen festgelegt, die notwendig sind, um diese Mängel zu liquidieren und die Diversions- und Schädlingsakte sowie die Spionage- und Terrorakte der trotzkistisch-faschistischen Agenten ausländischer Spionageorgane unmöglich zu machen.

Es fragt sich, können wir alle diese Maßnahmen durchführen, haben wir alle dazu erforderlichen Möglichkeiten?

Unbedingt können wir das. Wir können es, weil wir alle erforderlichen Mittel zur Verfügung haben, um diese Maßnahmen durchzuführen.

Was fehlt uns also?

Es fehlt nur eins: die Bereitschaft, mit unserer eigenen Sorglosigkeit, unserer eigenen Vertrauensseligkeit, unserer eigenen politischen Kurzsichtigkeit Schluß zu machen.

Davon hängt alles ab.

Aber sollten wir es denn wirklich nicht fertigbringen, diese lächerliche und idiotische Krankheit zu überwinden, wir, die wir den Kapitalismus gestürzt, den Sozialismus im wesentlichen errichtet und das erhabene Banner des Weltkommunismus hoch erhoben haben?

Wir haben keinen Grund, daran zu zweifeln, daß wir sie unbedingt überwinden werden, vorausgesetzt natürlich, daß wir das wollen. Wir werden sie überwinden, nicht schlechthin, sondern gründlich, auf bolschewistische Art.

Und wenn wir diese idiotische Krankheit überwunden haben, können wir mit voller Überzeugung sagen, daß uns keine Feinde schrecken, weder innere noch äußere, daß uns ihre Vorstöße nicht schrecken, denn wir werden sie in Zukunft ebenso zerschmettern, wie wir sie in der Gegenwart zerschmettern, wie wir sie in der Vergangenheit zerschmettert haben. (Beifall).

## Schlußwort

Genossen!

Ich habe in meinem Referat über die grundlegenden Fragen der zu behandelnden Angelegenheit gesprochen. Die Diskussion hat gezeigt, daß bei uns jetzt volle Klarheit herrscht, daß die Aufgaben verstanden werden und die Bereitschaft besteht, die Mängel in unserer Arbeit zu beseitigen. Die Diskussion hat aber auch gezeigt, daß es einige konkrete Fragen unserer praktischen organisatorisch-politischen Arbeit gibt, die bei uns noch nicht ganz klar verstanden werden. Ich habe sieben solcher Fragen gezählt.

Gestatten Sie mir, einige Worte über diese Fragen zu sagen:

1. Jetzt, so muß man annehmen, haben alle begriffen und eingesehen, daß man in eine Sackgasse gerät, wenn man sich übermäßig für Wirtschaftskampagnen und wirtschaftliche Erfolge begeistert und dabei die parteipolitischen Fragen unterschätzt und außer acht läßt. Es ist also notwendig, die Aufmerksamkeit der Funktionäre auf die parteipolitischen Fragen zu lenken, damit die wirtschaftlichen Erfolge sich mit Erfolgen der parteipolitischen Arbeit paaren und neben ihnen einhergehen.

Wie ist die Aufgabe der Verstärkung der parteipolitischen Arbeit, die Aufgabe der Befreiung der Parteiorganisationen von den wirtschaftlichen Kleinfragen praktisch zu verwirklichen? Wie aus der Diskussion hervorgeht, sind manche Genossen geneigt, daraus die falsche Schlußfolgerung zu ziehen, man müsse jetzt überhaupt der wirtschaftlichen Arbeit den Rücken kehren. Jedenfalls wurden Stimmen laut: Nun, jetzt kommen wir, Gott sei Dank, von den wirtschaftlichen Dingen los, jetzt kann man sich auch mit parteipolitischer Arbeit befassen. Ist diese Schlußfolgerung richtig? Nein, sie ist falsch. Als unsere Parteigenossen in ihrer Begeisterung für die wirtschaftlichen Erfolge der Politik den Rücken kehrten, war das ein Extrem, das uns große Opfer kostete. Wenn jetzt manche unserer Genossen, die an die Verstärkung der parteipolitischen Arbeit gehen, auf den Gedanken verfallen, der Wirtschaft den Rücken zu kehren, so wird das ein anderes Extrem sein, das uns nicht weniger Opfer kosten wird. Man darf nicht aus einem Extrem ins andere fallen. Man darf die Politik nicht von der Wirtschaft trennen. Wir können uns ebensowenig

von der Wirtschaft abkehren, wie wir uns von der Politik abkehren können. Zur Erleichterung des Studiums pflegt man methodologisch die Fragen der Wirtschaft von den Fragen der Politik zu trennen. Aber das ist lediglich eine methodologische, eine künstliche Trennung, die nur zur Erleichterung des Studiums vorgenommen wird. Im Leben dagegen, in der Praxis sind Politik und Wirtschaft nicht voneinander zu trennen. Sie existieren zusammen und wirken zusammen. Und wer in unserer praktischen Arbeit die Wirtschaft von der Politik trennen will, wer die wirtschaftliche Arbeit um den Preis einer Beeinträchtigung der politischen Arbeit oder, umgekehrt, die politische Arbeit um den Preis einer Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Arbeit verstärken will, — der gerät unbedingt in eine Sackgasse.

Der Sinn des bekannten Punktes des Resolutionsentwurfs über die Befreiung der Parteiorganisationen von den wirtschaftlichen Kleinfragen und die Verstärkung der parteipolitischen Arbeit besteht nicht darin, der wirtschaftlichen Arbeit den Rücken zu kehren und auf die Leitung der Wirtschaft zu verzichten, sondern lediglich darin, die Praxis nicht länger zu dulden, daß unsere Parteiorganisationen die Wirtschaftsorgane, darunter auch besonders die Landwirtschaftsorgane, ersetzen und ihnen jegliche Verantwortung nehmen. Es gilt also, sich die Methode bolschewistischer Leitung der Wirtschaftsorgane zu eigen zu machen, die darin besteht, diesen Organen systematisch zu helfen, sie systematisch zu festigen und die Wirtschaft nicht unter Umgehung dieser Organe, sondern durch sie zu leiten. Man muß den Wirtschaftsorganen und vor allem den Landwirtschaftsorganen bessere Kräfte zur Verfügung stellen, man muß diese Organe durch neue, durch bessere Mitarbeiter verstärken, die fähig sind, die ihnen gestellten Aufgaben zu erfüllen. Erst wenn diese Arbeit getan ist, kann man darauf rechnen, daß die Parteiorganisationen von den wirtschaftlichen Kleinfragen restlos befreit sein werden. Es ist klar, daß das eine ernste Angelegenheit ist und eine gewisse Zeit erfordert. Solange dies aber nicht geschehen ist, werden sich die Parteiorganisationen auch weiterhin, während einer bestimmten kurzen Zeit, unmittelbar mit landwirtschaftlichen Angelegenheiten, mit all ihren Kleinfragen, mit der Bodenbestellung, der Aussaat, der Ernteeinbringung usw. befassen müssen.

2. Ein paar Worte über die Schädlinge, Diversanten, Spione usw. Jetzt

ist es, glaube ich, für alle klar, daß die heutigen Schädlinge und Diverstanten, unter welcher Flagge sie auch immer segeln mögen, ob unter trotzkistischer oder unter bucharinscher, schon längst aufgehört haben, eine politische Strömung in der Arbeiterbewegung zu sein, daß sie sich in eine prinzipien- und ideenlose Bande berufsmäßiger Schädlinge, Diverstanten, Spione, Mörder verwandelt haben. Es ist klar, daß diese Herrschaften schonungslos zerschmettert und vernichtet werden müssen, als Feinde der Arbeiterklasse, als Verräter an unserer Heimat. Das ist klar und bedarf keiner weiteren Erläuterungen.

Nun aber die Frage: Wie ist die Aufgabe der Zerschmetterung und Vernichtung der japanisch-deutschen Agenten des Trotzkismus praktisch zu verwirklichen? Bedeutet das, daß es nicht nur die wirklichen Trotzkisten zu schlagen und zu vernichten gilt, sondern auch diejenigen, die irgendeinmal nach der Seite des Trotzkismus hin schwankten, später aber, schon vor langer Zeit, sich vom Trotzkismus abgewandt haben, nicht nur diejenigen, die wirklich trotzkistische Schädlingsagenten sind, sondern auch diejenigen, die irgendeinmal in die Lage kamen, durch eine Straße zu gehen, durch die irgendeinmal dieser oder jener Trotzkist gegangen ist? Jedenfalls sind solche Stimmen hier auf dem Plenum laut geworden. Kann man eine solche Auslegung der Resolution für richtig halten? Nein, man kann sie nicht für richtig halten. In dieser Frage ist, wie auch in allen anderen Fragen, ein individuelles, differenziertes Herangehen an die Menschen erforderlich. Man darf nicht alle über einen Kamm scheren. So ein summarisches Verfahren kann der Sache des Kampfes gegen die wirklichen trotzkistischen Schädlinge und Spione nur schaden.

Unter unseren verantwortlichen Genossen gibt es eine gewisse Anzahl ehemaliger Trotzkisten, die sich schon längst vom Trotzkismus abgewandt haben und den Kampf gegen den Trotzkismus nicht schlechter, ja besser führen als manche unserer verehrten Genossen, die nie in die Lage gekommen sind, nach der Seite des Trotzkismus hin zu schwanken. Es wäre töricht, solche Genossen jetzt in Verruf zu bringen.

Unter unseren Genossen gibt es auch solche, die ideologisch stets gegen den Trotzkismus eingestellt waren, aber trotzdem persönliche Verbindungen mit einzelnen Trotzkisten unterhielten, die sie unverzüglich abbrachen, sobald ihnen die wahre Physiognomie des Trotzkismus klarge worden war. Es ist natürlich nicht gut, daß sie ihre persönlichen freund-

schaftlichen Verbindungen mit einzelnen Trotzlisten nicht sofort, sondern mit Verspätung abbrechen. Es wäre aber töricht, solche Genossen mit den Trotzlisten auf die gleiche Stufe zu stellen.

3. Was bedeutet es, die Mitarbeiter richtig auszuwählen und auf den richtigen Arbeitsplatz zu stellen?

Das bedeutet, die Mitarbeiter erstens nach politischen Gesichtspunkten auszuwählen, das heißt nach dem Gesichtspunkt, ob sie politisches Vertrauen verdienen, und zweitens nach fachlichen Gesichtspunkten, das heißt nach dem Gesichtspunkt, ob sie für eine bestimmte konkrete Arbeit geeignet sind.

Das bedeutet, daß die fachliche Methode der Auswahl nicht zu einer praktizistischen Methode werden darf, bei der man sich für die fachliche Eignung der Mitarbeiter interessiert, ohne sich für ihre politische Physiognomie zu interessieren.

Das bedeutet, daß die politische Methode der Auswahl nicht zur einzigen und ausschließlichen Methode werden darf, bei der man sich für die politische Physiognomie der Mitarbeiter interessiert, ohne sich für ihre fachliche Eignung zu interessieren.

Kann man sagen, daß dieser bolschewistische Grundsatz von unseren Parteigenossen befolgt wird? Leider kann man das nicht sagen. Hier auf dem Plenum wurde bereits darüber gesprochen. Aber es wurde nicht alles gesagt. Es handelt sich darum, daß dieser bewährte Grundsatz in unserer Praxis auf Schritt und Tritt, und zwar aufs gröbste verletzt wird. Meistens erfolgt die Auswahl der Mitarbeiter nicht nach objektiven Gesichtspunkten, sondern nach zufälligen, subjektiven, spießhaft-kleinbürgerlichen Gesichtspunkten. Meistens sucht man sich sogenannte Bekannte, Freunde, Landsleute, persönlich ergebene Leute, Meister in der Lobpreisung ihrer Vorgesetzten aus — ohne Rücksicht auf ihre politische und fachliche Eignung.

Es ist klar, daß auf diese Weise statt einer führenden Gruppe verantwortlicher Funktionäre eine Sippschaft einander nahestehender Leute, eine Innung herauskommt, deren Mitglieder darauf bedacht sind, in Frieden zu leben, einander nicht weh zu tun, nicht aus der Schule zu plaudern, einander zu lobpreisen und der Zentrale von Zeit zu Zeit völlig nichtssagende und Übelkeit erregende Berichte über Erfolge einzusenden.

Es ist nicht schwer, zu begreifen, daß es bei einer solchen Sippenwirt-

schaft weder für Kritik an den Mängeln der Arbeit noch für Selbstkritik der Leiter der Arbeit Platz geben kann.

Es ist klar, daß eine solche Sippenwirtschaft einen günstigen Boden abgibt für die Züchtung von Speichelleckern, von Leuten, die jeglichen Gefühls eigener Würde bar sind und deshalb mit dem Bolschewismus nichts gemein haben.

Nehmen wir zum Beispiel die Genossen Mirsojan und Wainow. Der eine ist Sekretär der Regionsparteiorganisation von Kasachstan, der andere ist Sekretär der Jaroslawler Gebietsparteiorganisation. Diese Genossen sind nicht unsere schlechtesten Funktionäre. Wie aber wählen sie ihre Mitarbeiter aus? Der eine hat aus Aserbaidshan und vom Ural, wo er früher arbeitete, 30-40 „seiner“ Leute nach Kasachstan mitgeschleppt und sie auf verantwortliche Posten in Kasachstan gestellt. Der andere hat aus dem Donezbecken, wo er früher arbeitete, ebenfalls mehr als ein Dutzend „seiner“ Leute nach Jaroslawl mitgeschleppt und sie ebenfalls auf verantwortliche Posten gestellt. Genosse Mirsojan hat also seine eigene Innung. Eine eigene Innung hat auch Genosse Wainow. Hätte man nicht, geleitet von dem bekannten bolschewistischen Grundsatz von der Auswahl und Verteilung der Kader, an Ort und Stelle Mitarbeiter auswählen können? Natürlich hätte man das gekonnt. Warum aber haben sie das nicht getan? Weil sie den bolschewistischen Grundsatz von der Auswahl der Mitarbeiter verletzen, der die Möglichkeit einer spießhaft-kleinbürgerlichen Methode der Auswahl, die Möglichkeit einer Auswahl der Mitarbeiter vom Standpunkt der Sippen- und Vetternwirtschaft ausschließt. Außerdem wollten sich diese Genossen, als sie sich persönlich ergebene Leute als Mitarbeiter heranzogen, offenbar ein Milieu schaffen, das ihnen eine gewisse Unabhängigkeit sowohl gegenüber den örtlichen Funktionären als auch gegenüber dem ZK der Partei sichern sollte. Angenommen, die Genossen Mirsojan und Wainow würden infolge dieser oder jener Umstände von dem Ort ihrer gegenwärtigen Arbeit nach irgendwelchen anderen Orten versetzt werden. Was sollen sie in einem solchen Fall mit ihren „Trabanten“ anfangen? Sollen sie sie wirklich wieder an ihre neue Arbeitsstelle mitschleppen?

Zu einer solchen Absurdität führt die Verletzung des bolschewistischen Grundsatzes von der richtigen Auswahl und Verteilung der Funktionäre.

4. Was bedeutet es, die Funktionäre zu kontrollieren, die Durchführung der Aufträge zu kontrollieren?

Die Funktionäre zu kontrollieren, bedeutet, sie nicht aufgrund ihrer Versprechungen und Deklarationen zu überprüfen, sondern aufgrund der Ergebnisse ihrer Arbeit.

Die Durchführung der Aufträge zu kontrollieren, bedeutet, sie nicht nur vom Schreibtisch aus und nicht nur aufgrund von formellen Rechenschaftsberichten zu überprüfen, sondern sie vor allem am Arbeitsort aufgrund der tatsächlichen Ergebnisse zu überprüfen.

Ist eine solche Kontrolle überhaupt nötig? Sie ist unbedingt nötig. Sie ist nötig, erstens weil nur eine solche Kontrolle es ermöglicht, den Mitarbeiter kennenzulernen, seine wirklichen Eigenschaften festzustellen. Sie ist zweitens nötig, weil nur eine solche Kontrolle es ermöglicht, die Vorzüge und Mängel des ausführenden Apparats festzustellen. Sie ist drittens nötig, weil nur eine solche Kontrolle es ermöglicht, die Vorzüge und Mängel der Aufträge selbst festzustellen.

Manche Genossen meinen, die Kontrolle der Funktionäre könne nur von oben erfolgen, wenn die Führer die von ihnen Geführten aufgrund der Ergebnisse ihrer Arbeit überprüfen. Das ist falsch. Kontrolle von oben ist natürlich nötig als eine der wirksamen Maßnahmen zur Überprüfung der Menschen und zur Überprüfung der Durchführung der Aufträge. Aber mit der Kontrolle von oben ist bei weitem nicht die ganze Kontrolle erschöpft. Es gibt noch eine andere Art der Kontrolle, die Kontrolle von unten, wenn die Massen, wenn die Geführten die Führer überprüfen, ihre Fehler aufdecken und ihnen die Wege zu ihrer Behebung zeigen. Eine solche Kontrolle ist eins der wirksamsten Mittel zur Überprüfung der Menschen.

Die Parteimassen überprüfen die führenden Funktionäre in Aktivtagungen, in Konferenzen, auf Parteitagen durch Entgegennahme ihrer Rechenschaftsberichte, durch Kritik an den Mängeln, schließlich durch Wahl beziehungsweise Nichtwahl dieser oder jener führenden Genossen in die leitenden Organe. Strikte Durchführung des demokratischen Zentralismus in der Partei, wie dies vom Statut unserer Partei gefordert wird, unbedingte Wählbarkeit der Parteiorgane, das Recht, Kandidaten aufzustellen und abzulehnen, geheime Wahl, Freiheit der Kritik und Selbstkritik — alle diese und ähnliche Maßnahmen müssen unter ande-



rem auch deshalb durchgeführt werden, um die Überprüfung und Kontrolle der Führer der Partei durch die Parteimassen zu erleichtern.

Die parteilosen Massen überprüfen die führenden Wirtschafts-, Gewerkschafts- und übrigen Funktionäre in Aktivversammlungen der Parteilosen, in Massenberatungen jeder Art, wo sie die Rechenschaftsberichte der führenden Funktionäre entgegennehmen, Mängel kritisieren und Wege zu ihrer Behebung aufzeigen.

Schließlich überprüft das Volk die Führer des Landes bei den Wahlen zu den Machtorganen der Sowjetunion durch die allgemeine, gleiche, direkte und geheime Abstimmung.

Die Aufgabe besteht darin, die Kontrolle von oben mit der Kontrolle von unten zu vereinigen.

5. Was bedeutet es, die Kader anhand ihrer eigenen Fehler zu schulen?

Lenin lehrte uns, daß die gewissenhafte Aufdeckung der Fehler der Partei, die Untersuchung der Ursachen, die diese Fehler hervorgerufen haben, und die Festlegung der Wege zur Behebung dieser Fehler eins der sichersten Mittel zur richtigen Schulung und Erziehung der Parteikader, zur richtigen Schulung und Erziehung der Arbeiterklasse und der werktätigen Massen ist. Lenin sagt:

„Das Verhalten einer politischen Partei zu ihren Fehlern ist eines der wichtigsten und sichersten Kriterien für den Ernst einer Partei und für die tatsächliche Erfüllung ihrer Pflichten gegenüber ihrer Klasse und den werktätigen Massen. Einen Fehler offen zugeben, seine Ursachen aufdecken, die Umstände, die ihn hervorgerufen haben, analysieren, die Mittel zur Behebung des Fehlers sorgfältig prüfen — das ist das Merkmal einer ernstesten Partei, das heißt Erfüllung ihrer Pflichten, das heißt Erziehung und Schulung der Klasse und dann auch der Masse.“ (Lenin; AW, Bd. III, Berlin 1970, S. 427)

Das bedeutet, daß es Pflicht der Bolschewiki ist, ihre Fehler nicht zu vertuschen, der Frage nach ihren Fehlern nicht auszuweichen, wie dies bei uns häufig geschieht, sondern offen und ehrlich ihre Fehler zuzugeben, offen und ehrlich die Wege zur Behebung dieser Fehler aufzuzeigen, offen und ehrlich ihre Fehler zu korrigieren.

Ich kann nicht sagen, daß viele unserer Genossen das bereitwillig tun. Aber Bolschewiki, wenn sie wirklich Bolschewiki sein wollen, müssen

den Mut aufbringen, ihre Fehler offen zuzugeben, müssen deren Ursachen aufdecken, Wege zu ihrer Behebung aufzeigen und damit der Partei helfen, den Kadern eine richtige Schulung und eine richtige politische Erziehung zuteil werden zu lassen. Denn nur auf diesem Wege, nur in einer Atmosphäre offener und ehrlicher Selbstkritik kann man wirklich bolschewistische Kader erziehen, kann man wirkliche bolschewistische Führer erziehen.

Zwei Beispiele, die die Richtigkeit der These Lenins veranschaulichen.

Nehmen wir beispielsweise unsere Fehler beim Aufbau der Kollektivwirtschaften. Sie erinnern sich sicherlich des Jahres 1930, als unsere Parteigenossen die äußerst komplizierte Frage der Überleitung der Bauernschaft in die Bahnen des kollektivwirtschaftlichen Aufbaus in knapp drei, vier Monaten lösen zu können glaubten und als das Zentralkomitee der Partei sich gezwungen sah, die übereifrigen Genossen in die Schranken zu weisen. Das war eine der gefahrvollsten Perioden im Leben unserer Partei. Der Fehler bestand darin, daß unsere Parteigenossen den Grundsatz der Freiwilligkeit beim Aufbau der Kollektivwirtschaften vergaßen, daß sie vergaßen, daß man die Bauern nicht durch administrativen Druck auf den kollektivwirtschaftlichen Weg überleiten kann, vergaßen, daß der kollektivwirtschaftliche Aufbau nicht ein paar Monate, sondern mehrere Jahre sorgfältiger und wohl durchdachter Arbeit erfordert. Sie vergaßen das und wollten ihre Fehler nicht zugeben. Wie Sie sich sicherlich erinnern, stieß der Hinweis des ZK, daß unsere Genossen vor Erfolgen von Schwindel befallen wurden, sowie die Weisung, daß unsere Genossen draußen im Lande nicht vorseilen und die reale Situation nicht ignorieren dürfen, auf stärksten Widerstand. Aber das hielt das ZK nicht davon ab, gegen den Strom zu schwimmen und unsere Parteigenossen auf den richtigen Weg zurückzubringen. Nun, und? Jetzt ist es für alle klar, daß die Partei erreicht hat, was sie erreichen wollte, indem sie unsere Parteigenossen auf den richtigen Weg zurückbrachte. Jetzt haben wir Zehntausende vortrefflicher Kader aus der Bauernschaft für den kollektivwirtschaftlichen Aufbau und für die Leitung der Kollektivwirtschaften. Diese Kader sind anhand der Fehler von 1930 geschult und erzogen worden. Aber diese Kader hätten wir heute nicht, wenn die Partei damals ihre Fehler nicht erkannt und sie nicht rechtzeitig korrigiert hätte.

Ein anderes Beispiel, diesmal aus dem Gebiet des industriellen

Aufbaus. Ich meine unsere Fehler zur Zeit der Schädlingarbeit im Schachty-Bezirk. Unsere Fehler bestanden darin, daß wir die ganze Gefahr der technischen Rückständigkeit unserer Kader in der Industrie nicht berücksichtigten, daß wir uns mit dieser Rückständigkeit abfanden und meinten, einen großzügigen sozialistischen Aufbau der Industrie mit Hilfe feindlich gesinnter Spezialisten durchführen zu können, während wir unsere Wirtschaftskader zur Rolle schlechter Kommissare bei den bürgerlichen Spezialisten verurteilten. Sie erinnern sich sicherlich, wie ungern unsere Wirtschaftskader damals ihre Fehler zugaben, wie ungern sie ihre technische Rückständigkeit zugaben und wie widerstrebend sie sich die Losung „Die Technik meistern“ zu eigen machten. Und was geschah? Die Tatsachen beweisen, daß die Losung „Die Technik meistern“ ihre Wirkung getan und gute Resultate gezeitigt hat. Jetzt haben wir Zehntausende und Hunderttausende vortrefflicher bolschewistischer Wirtschaftskader, die die Technik bereits gemeistert haben und unsere Industrie vorwärtstreiben. Aber diese Kader hätten wir heute nicht, wenn die Partei vor der Starrköpfigkeit der Wirtschaftler, die ihre technische Rückständigkeit nicht zugeben wollten, die Segel gestrichen hätte, wenn die Partei damals ihre Fehler nicht erkannt und sie nicht rechtzeitig korrigiert hätte.

Manche Genossen sagen, es sei unzweckmäßig, offen über unsere Fehler zu sprechen, da die offene Anerkennung unserer Fehler von unseren Feinden als Schwäche ausgelegt und von ihnen ausgenutzt werden könne. Das ist Unsinn, Genossen, purer Unsinn. Die offene Anerkennung unserer Fehler und ihre ehrliche Behebung kann unsere Partei im Gegenteil nur stärken, die Autorität unserer Partei in den Augen der Arbeiter, der Bauern und der werktätigen Intelligenz nur heben, die Kraft und die Macht unseres Staates nur steigern. Und das ist die Hauptsache. Wichtig ist, daß die Arbeiter, die Bauern, die werktätige Intelligenz mit uns gehen — alles andere wird sich schon finden.

Andere Genossen sagen, die offene Anerkennung unserer Fehler könne dazu führen, daß unsere Kader nicht geschult und gefestigt, sondern geschwächt und zerrüttet werden, wir müßten unsere Kader schonen und hüten, wir müßten auf ihre Eigenliebe Rücksicht nehmen und auf ihre Ruhe bedacht sein. Zu diesem Zweck schlagen sie vor, die Fehler unserer Genossen zu vertuschen, die Schärfe der Kritik abzuschwächen oder noch

besser — an diesen Fehlern vorüberzugehen. Eine solche Einstellung ist nicht nur von Grund aus falsch, sondern auch im höchsten Grade gefährlich, gefährlich vor allem für die Kader, die man „schonen“ und „hüten“ will. Die Kader durch Vertuschung ihrer Fehler schonen und erhalten wollen, bedeutet diese Kader unfehlbar zugrunde richten. Wir hätten unsere bolschewistischen Kader in der Kollektivwirtschaftsbewegung unfehlbar zugrunde gerichtet, wenn wir die Fehler von 1930 nicht aufgedeckt und sie nicht anhand dieser Fehler geschult hätten. Wir hätten unsere bolschewistischen Kader in der Industrie unfehlbar zugrunde gerichtet, wenn wir die Fehler unserer Genossen zur Zeit der Schädlingsarbeit im Schachty-Bezirk nicht aufgedeckt und unsere Industriekader nicht anhand dieser Fehler geschult hätten. Wer auf die Eigenliebe unserer Kader Rücksicht nehmen will und dabei ihre Fehler vertuscht, der richtet sowohl die Kader als auch die Eigenliebe der Kader zugrunde, denn durch die Vertuschung ihrer Fehler begünstigt er die Wiederholung neuer, vielleicht schwerwiegenderer Fehler, die, wie anzunehmen ist, zu einem völligen Bankrott der Kader, zum Schaden ihrer „Eigenliebe“ und „Ruhe“ führen würden.

6. Lenin lehrte uns, nicht nur die Massen zu lehren, sondern auch von den Massen zu lernen.

Was bedeutet das?

Das bedeutet, daß wir, die Führer, nicht überheblich werden dürfen und verstehen müssen, daß, wenn wir Mitglieder des ZK oder Volkskommissare sind, dies noch nicht heißt, daß wir alle Kenntnisse besitzen, die nötig sind, um richtig führen zu können. Das Amt an sich gibt keine Kenntnisse und Erfahrungen. Der Titel noch weniger.

Das bedeutet, daß unsere Erfahrungen allein, die Erfahrungen der Führer, nicht ausreichen, um richtig führen zu können, daß folglich unsere Erfahrungen, die Erfahrungen der Führer, durch die Erfahrungen der Massen, durch die Erfahrungen der Mitglieder der Partei, durch die Erfahrungen der Arbeiterklasse, durch die Erfahrungen des Volkes ergänzt werden müssen.

Das bedeutet, daß wir unsere Verbindungen mit den Massen keine Minute lang lockern, geschweige denn abbrechen dürfen.

Das bedeutet schließlich, daß wir auf die Stimme der Massen, auf die Stimme der einfachen Parteimitglieder, auf die Stimme der sogenannten

„kleinen Leute“, auf die Stimme des Volkes lauschen müssen.

Was bedeutet es, richtig zu führen?

Das bedeutet keineswegs, am Schreibtisch zu sitzen und Direktiven zu kritzeln.

Richtig führen heißt:

Erstens, die richtige Entscheidung in einer Frage treffen, eine richtige Entscheidung aber kann man nicht treffen, ohne die Erfahrungen der Massen zu berücksichtigen, die die Resultate unserer Führung am eigenen Leibe verspüren;

zweitens, die Durchführung des richtigen Beschlusses organisieren, was jedoch nicht ohne die direkte Hilfe der Massen geschehen kann;

drittens, die Kontrolle der Durchführung dieses Beschlusses organisieren, was wiederum nicht ohne die direkte Hilfe der Massen geschehen kann.

Wir, die Führer, sehen die Dinge, die Ereignisse, die Menschen nur von einer Seite, ich möchte sagen, von oben; unser Blickfeld ist also mehr oder minder begrenzt. Die Massen dagegen sehen die Dinge, die Ereignisse, die Menschen von einer anderen Seite, ich möchte sagen, von unten; ihr Blickfeld ist also in gewissem Grade ebenfalls begrenzt. Um die richtige Entscheidung in einer Frage zu treffen, muß man beide Erfahrungen miteinander vereinigen. Nur in einem solchen Fall wird die Führung richtig sein.

Das bedeutet es, die Massen nicht nur zu lehren, sondern auch von den Massen zu lernen.

Zwei Beispiele, die die Richtigkeit dieser These Lenins veranschaulichen.

Es war vor einigen Jahren. Wir Mitglieder des ZK behandelten die Frage der Verbesserung der Lage im Donezbecken. Der vom Volkskommissariat für Schwerindustrie vorgelegte Entwurf von Maßnahmen war offenkundig unbefriedigend. Dreimal wurde der Entwurf in das Volkskommissariat für Schwerindustrie zurückverwiesen. Dreimal erhielten wir aus dem Volkskommissariat für Schwerindustrie jeweils andere Entwürfe. Und dennoch konnte man sie nicht als befriedigend anerkennen. Schließlich beschlossen wir, einige Arbeiter und untere Wirtschafts- und Gewerkschaftsfunktionäre aus dem Donezbecken kommen zu lassen. Drei Tage lang berieten wir uns mit diesen Genossen. Und wir alle, die

Mitglieder des ZK, mußten zugeben, daß nur sie, diese einfachen Funktionäre, diese „kleinen Leute“, uns zu einer richtigen Entscheidung zu verhelfen vermochten. Sie erinnern sich sicherlich des bekannten Beschlusses des ZK und des Rates der Volkskommissare über die Maßnahmen zur Verstärkung der Kohlenförderung im Donezbecken. Zu diesem Beschluß des ZK und des Rates der Volkskommissare, der von allen unseren Genossen als richtig und sogar als bedeutsam anerkannt worden ist, verhalfen uns einfache Menschen aus der Masse.

Ein anderes Beispiel. Ich meine das Beispiel mit Genossin Nikolajenko. Wer ist Genossin Nikolajenko? Genossin Nikolajenko ist ein einfaches Parteimitglied. Sie gehört zu den gewöhnlichen „kleinen Leuten“. Ein ganzes Jahr lang gab sie Signale über die schlimme Lage in der Parteiorganisation von Kiew, enthüllte die Sippenwirtschaft, das kleinbürgerlich-spießerhafte Herangehen an die Funktionäre, die Unterdrückung der Selbstkritik, das Überhandnehmen der trotzkistischen Schädlinge. Man suchte sie sich vom Leibe zu halten wie eine zudringliche Fliege. Und um sie schließlich loszuwerden, schloß man sie kurzerhand aus der Partei aus. Weder die Kiewer Organisation noch das ZK der Kommunistischen Partei der Ukraine (Bolschewiki) halfen ihr, die Wahrheit an den Tag zu bringen. Erst das Eingreifen des Zentralkomitees der Partei half, diesen verworrenen Knäuel zu entwirren. Und was stellte sich nach der Untersuchung der Sache heraus? Es stellte sich heraus, daß Genossin Nikolajenko recht hatte, die Kiewer Organisation aber unrecht. Nicht mehr und nicht weniger. Aber wer ist Genossin Nikolajenko? Sie ist natürlich nicht Mitglied des ZK, sie ist nicht Volkskommissar, sie ist nicht Sekretär der Kiewer Gebietsorganisation, sie ist nicht einmal Sekretär irgendeiner Zelle, sie ist nur ein schlichtes, einfaches Parteimitglied.

Wie Sie sehen, stehen einfache Menschen der Wahrheit mitunter bedeutend näher als manche hohe Institutionen.

Man könnte noch Dutzende und Hunderte solcher Beispiele anführen.

Es ergibt sich somit, daß zur Führung unserer Sache unsere Erfahrungen allein, die Erfahrungen der Führer, bei weitem nicht ausreichen. Um richtig führen zu können, müssen die Erfahrungen der Führer ergänzt werden durch die Erfahrungen der Mitgliedermassen der Partei, durch die Erfahrungen der Arbeiterklasse, durch die Erfahrungen der Werktätigen,

durch die Erfahrungen der sogenannten „kleinen Leute“.

Wann aber ist das möglich?

Das ist nur dann möglich, wenn die Führer aufs engste mit den Massen verbunden sind, wenn sie mit den Mitgliedermassen der Partei, mit der Arbeiterklasse, mit der Bauernschaft, mit der werktätigen Intelligenz verbunden sind.

Die Verbindung mit den Massen, die Festigung dieser Verbindung, die Bereitwilligkeit, auf die Stimme der Massen zu lauschen — darin liegt die Stärke und die Unbesiegbarkeit der bolschewistischen Führung.

Man kann es als Regel betrachten, daß die Bolschewiki unbesiegbar bleiben, solange sie die Verbindung mit den breiten Massen des Volkes bewahren. Und umgekehrt, die Bolschewiki brauchen sich nur von den Massen loszulösen, die Verbindung mit ihnen zu verlieren, sich mit bürokratischem Rost zu bedecken, um jegliche Kraft einzubüßen und sich in ein Nichts zu verwandeln.

Die alten Griechen hatten in ihrer Mythenwelt einen berühmten Heros, den Antäus, der, wie in der Mythologie erzählt wird, ein Sohn Poseidons, des Gottes der Meere, und der Gäa, der Göttin der Erde, war. Er hegte besondere Anhänglichkeit für seine Mutter, die ihn geboren, genährt und erzogen hatte. Es gab keinen Helden, den er, dieser Antäus, nicht besiegt hätte. Er galt als ein unbesiegbarer Heros. Worin bestand seine Kraft? Sie bestand darin, daß er jedesmal, wenn er im Kampfe mit einem Gegner in Bedrängnis kam, die Erde, seine Mutter, berührte, die ihn geboren und genährt hatte, und so neue Kraft schöpfte. Aber dennoch hatte er seine schwache Stelle: Das war die Gefahr, auf irgendeine Weise von der Erde losgerissen zu werden. Die Feinde rechneten auf diese seine Schwäche und lauerten ihm auf. Und es fand sich ein Feind, der diese seine Schwäche ausnutzte und ihn besiegte. Das war Herkules. Wie aber besiegte er ihn? Er riß ihn von der Erde los, hob ihn in die Luft, nahm ihm die Möglichkeit, die Erde zu berühren, und erdrosselte ihn auf diese Weise in der Luft.

Ich denke, die Bolschewiki erinnern uns an den Heros der griechischen Mythologie, Antäus. Ebenso wie Antäus sind sie dadurch stark, daß sie die Verbindung mit ihrer Mutter, mit den Massen, aufrechterhalten, die sie erzeugt, genährt und erzogen haben. Und solange sie die Verbindung mit ihrer Mutter, mit dem Volke aufrechterhalten, haben

sie alle Aussicht, unbesiegbar zu bleiben.

Darin liegt der Schlüssel der Unbesiegbarkeit der bolschewistischen Führung.

7. Schließlich noch eine Frage. Ich meine die Frage des formalen und herzlos-bürokratischen Verhaltens mancher unserer Parteigenossen gegenüber dem Schicksal einzelner Parteimitglieder, zur Frage des Ausschlusses von Parteimitgliedern aus der Partei beziehungsweise zur Frage der Wiedereinsetzung Ausgeschlossener in die Rechte von Parteimitgliedern. Es handelt sich darum, daß manche unserer führenden Parteifunktionäre daran krankten, daß sie es den Menschen, den Parteimitgliedern, den Mitarbeitern gegenüber an Aufmerksamkeit fehlen lassen. Mehr noch, sie sind nicht bemüht, die Parteimitglieder kennenzulernen, sie wissen nicht, was sie bewegt und wie sie sich entwickeln, sie kennen die Mitarbeiter überhaupt nicht. Darum gehen sie nicht individuell an die Parteimitglieder, an die Parteifunktionäre heran. Und eben weil sie bei der Beurteilung der Parteimitglieder und Parteifunktionäre nicht individuell an sie herangehen, handeln sie gewöhnlich aufs Geratewohl: Entweder sie loben sie in Bausch und Bogen und ohne Maß, oder sie prügeln sie ebenso in Bausch und Bogen und ohne Maß, schließen sie zu Tausenden und Zehntausenden aus der Partei aus. Solche Führer sind überhaupt bestrebt, in Zehntausenden zu denken und sich nicht um „Einer“, um einzelne Parteimitglieder, um ihr Schicksal zu kümmern. Tausende und Zehntausende aus der Partei auszuschließen, ist für sie eine Lappalie, und sie trösten sich damit, daß unsere Partei zwei Millionen Mitglieder hat und Zehntausende Ausgeschlossener nichts an der Lage der Partei zu ändern vermögen. So aber können an Parteimitglieder nur Leute herangehen, die im Grunde genommen zutiefst parteifeindlich eingestellt sind.

Durch ein solches herzloses Verhalten gegenüber den Menschen, gegenüber den Parteimitgliedern und den Parteifunktionären wird künstlich Unzufriedenheit und Erbitterung in einem Teil der Partei hervorgeufen, die trotzkistischen Doppelzüngler aber machen sich schlau an solche erbitterte Genossen heran und zerren sie geschickt mit sich in den Sumpf des trotzkistischen Schädlingwesens.

An sich stellten die Trotzkisten niemals eine große Kraft in unserer Partei dar. Erinnern Sie sich an die letzte Diskussion in unserer Partei im Jahre 1927. Das war eine wirkliche Urabstimmung der Partei. Von



854.000 Parteimitgliedern gaben damals 730.000 Parteimitglieder ihre Stimme ab. Davon stimmten für die Bolschewiki, für das Zentralkomitee der Partei, gegen die Trotzlisten — 724.000 Parteimitglieder, für die Trotzlisten 4.000 Parteimitglieder, das heißt etwa ein halbes Prozent, während sich 2.600 Parteimitglieder der Stimme enthielten. An der Abstimmung haben nicht teilgenommen 123.000 Parteimitglieder. Sie haben nicht teilgenommen, weil sie unterwegs waren oder Schicht hatten. Fügt man zu den 4.000, die für die Trotzlisten stimmten, alle hinzu, die sich der Stimme enthielten — in der Annahme, daß sie ebenfalls mit den Trotzlisten sympathisierten —, und fügt man dieser Summe nicht ein halbes Prozent derjenigen hinzu, die nicht an der Abstimmung teilnahmen, wie das richtigerweise geschehen müßte, sondern 5 Prozent, das heißt rund 6.000 Parteimitglieder, so ergibt sich eine Zahl von rund 12.000 Parteimitgliedern, die auf diese oder jene Weise mit dem Trotzismus sympathisierten. Da haben Sie die ganze Kraft der Herren Trotzlisten. Ziehen Sie noch den Umstand in Betracht, daß viele von ihnen, vom Trotzismus enttäuscht, ihm den Rücken gekehrt haben, und Sie können sich eine Vorstellung von der Nichtigkeit der trotzlistischen Kräfte machen. Und wenn die trotzlistischen Schädlinge trotzdem noch irgendwelche Reserven im Bereich unserer Partei haben, so deshalb, weil die falsche Politik mancher unserer Genossen in der Frage des Parteiausschlusses und der Wiederaufnahme Ausgeschlossener, das herzlose Verhalten mancher unserer Genossen gegenüber dem Schicksal einzelner Parteimitglieder und einzelner Funktionäre künstlich Unzufriedenheit und Erbitterung hervorrufen und den Trotzlisten somit diese Reserven verschaffen.

Meistens erfolgt der Ausschluß wegen sogenannter Passivität. Was ist das — Passivität? Man meint, wie sich herausstellt, daß ein Parteimitglied, wenn es das Programm der Partei nicht beherrscht, passiv sei und ausgeschlossen werden müsse. Aber das ist doch nicht richtig, Genossen. Es geht doch nicht an, das Statut unserer Partei so buchstabemäßig auszulegen. Um das Programm der Partei zu beherrschen, muß man ein wirklicher Marxist, ein erprobter und theoretisch geschulter Marxist sein. Ich weiß nicht, ob sich bei uns viele Parteimitglieder finden werden, die unser Programm bereits beherrschen, die bereits wirkliche Marxisten, theoretisch geschulte und erprobte Marxisten sind. Wollten

wir auf diesem Wege weitergehen, so dürften wir nur Intellektuelle und überhaupt Gelehrte in der Partei lassen. Wer braucht eine solche Partei? Wir besitzen die bewährte Leninsche Formel über die Parteimitgliedschaft, eine Formel, die allen Prüfungen standgehalten hat. Aufgrund dieser Formel gilt als Parteimitglied derjenige, der das Parteiprogramm anerkennt, Mitgliedsbeiträge zahlt und in einer ihrer Organisationen arbeitet. Beachten Sie: In der Leninschen Formel ist nicht von Beherrschung des Programms, sondern von Anerkennung des Programms die Rede. Das sind zwei ganz verschiedene Dinge. Es bedarf keines Beweises, daß Lenin hier recht hat und nicht unsere Parteigenossen, die unnützerweise von Beherrschung des Programms schwätzen. Es ist doch einleuchtend: Wollte die Partei davon ausgehen, daß Parteimitglieder nur solche Genossen sein können, die das Programm bereits beherrschen und theoretisch geschulte Marxisten sind, so würde sie nicht in der Partei Tausende von Parteizirkeln, Hunderte von Parteischulen einrichten, in denen die Parteimitglieder im Marxismus unterrichtet werden und wo man ihnen hilft, sich unser Programm anzueignen. Es ist ganz klar, daß die Partei solche Schulen und Zirkel für Parteimitglieder organisiert, weil sie weiß, daß die Parteimitglieder das Parteiprogramm noch nicht beherrschen, daß sie noch keine theoretisch geschulten Marxisten sind.

Um also unsere Politik in der Frage der Parteimitgliedschaft und des Parteiausschlusses zu korrigieren, muß mit der jetzigen törichten Auslegung der Frage der Passivität Schluß gemacht werden.

Es gibt jedoch bei uns noch einen anderen Fehler auf diesem Gebiet. Die Sache ist die, daß unsere Genossen zwischen zwei Extremen keine Mitte gelten lassen. Ein Arbeiter, ein Parteimitglied braucht sich nur eine leichte Verfehlung zuschulden kommen zu lassen, braucht nur ein- oder zweimal zur Parteiversammlung zu spät zu kommen, aus irgendeinem Grunde die Mitgliedsbeiträge nicht zu bezahlen, und schon wirft man ihn im Handumdrehen aus der Partei hinaus. Man interessiert sich nicht dafür, wie groß seine Verfehlung ist, warum er nicht zur Versammlung kommt, warum er die Mitgliedsbeiträge nicht bezahlt. Der Bürokratismus in diesen Fragen ist geradezu unerhört. Es ist nicht schwer zu verstehen, daß gerade infolge einer derartigen herzlosen Politik ausgezeichnete qualifizierte Arbeiter, hervorragende Stachanowleute aus der Partei hinausgeworfen wurden. Aber hätte man ihnen, bevor man sie aus der

Partei ausschloß, nicht eine Verwarnung erteilen können, wenn das nicht wirkte — einen Verweis oder eine Rüge, und wenn auch das nicht wirkte, hätte man ihnen dann nicht eine Bewährungsfrist festsetzen oder sie äußerstenfalls in den Kandidatenstand zurückversetzen können, anstatt sie mit einer Handbewegung aus der Partei auszuschließen? Natürlich hätte man das gekonnt. Dazu aber bedarf es eines aufmerksamen Verhaltens gegenüber den Menschen, den Parteimitgliedern, gegenüber dem Schicksal der Parteimitglieder. Gerade das aber fehlt manchem unserer Genossen.

Es ist Zeit, Genossen, höchste Zeit, mit diesen Schändlichkeiten Schluß zu machen. (Beifall).



**Andrei Alexandrowitsch Shdanow**

**Abänderungen am Statut der  
KpdSU(B)**

Bericht auf dem XVIII. Parteitag der KPdSU  
(B) am 18. März 1939

## EINLEITUNG

Genossen!

In seinem Bericht auf dem XVIII. Parteitag hat Genosse Stalin die Bilanz der grandiosen Siege des Sozialismus gezogen, die unsere Partei im zweiten Planjahr fünf errungen hat. Genosse Stalin gab eine in ihrer Weisheit und Tiefgründigkeit hervorragende Analyse der Voraussetzungen unserer Siege und entwarf ein grandioses Programm der Arbeiten, die mit den Aufgaben des allmählichen Übergangs der Sowjetunion vom Sozialismus zum Kommunismus zusammenhängen.

Der Sieg des Sozialismus ist ein Triumph unserer Partei, ein Triumph ihrer Lenin-Stalinschen Führung.

Gesiegt hat die Politik der Partei, gesiegt hat ihre Theorie, ihre Ideologie, gesiegt haben ihre Organisationsprinzipien.

Um unsere Partei haben sich die Millionenmassen der Werktätigen unseres Landes zusammengeschlossen. Die Ideen der Partei, die Ideen des Kommunismus sind zum Banner des Sowjetvolkes geworden.

Zur Erfüllung der welthistorischen Aufgaben, den Sozialismus aufzubauen und die Errungenschaften des siegreichen Sozialismus vor der kapitalistischen Umwelt und ihrer Agentur innerhalb der Sowjetunion zu schützen, mußte die Partei ihre parteipolitische und organisatorische Arbeit von Grund aus umstellen.

Dadurch, daß sich die Partei von dem feindlichen Geschmeiß gesäubert und damit die bolschewistische Einheit und Festigkeit ihrer Reihen gestärkt hat, daß sie die parteipolitische und organisatorische Arbeit umstellte, hat die Partei ihre Kraft und Macht unermesslich gestärkt, ihre ideologische und organisatorische Waffe geschärft.

Die Partei ist erstarkt wie noch nie!

Das verdanken wir der Führung des Genossen Stalin! (*Stürmischer Beifall, alle erheben sich von den Plätzen, „Hurra“-Rufe.*)

Die Quelle der Kraft unserer Partei, die Quelle ihrer welt-historischen Siege liegt darin, daß sie eine Partei von neuem, von Lenin-Stalinschem Typus ist, unversöhnlich gegen Opportunisten und gegen alle Feinde der Arbeiterklasse. Unsere Partei ist die Partei der sozialen Revolution, emporgewachsen auf der festen Grundlage der Theorie von Marx-Engels-Lenin-Stalin. Ihr Programm und ihre Taktik, ihre Organisationsprinzipien beruhen auf dem felsenfesten Fundament des Marxismus-Leninismus. In ihren Reihen stehen die besten Vertreter der Arbeiterklasse, ihre treuesten, klassenbewußtesten, revolutionärsten, kühnsten und diszipliniertesten Söhne. Daher wurde die bolschewistische Partei zum Kampfstab der Arbeiterklasse, zu ihrer revolutionären Vorhut, zu der Partei, die

„... kühn genug ist, die Proletarier in den Kampf um die Macht zu führen, die genügend Erfahrung hat, um sich in den komplizierten Verhältnissen der revolutionären Situation zurechtzufinden, und genügend Elastizität besitzt, um Klippen jeder Art auf dem Wege zum Ziel zu umgehen.“  
(*J. Stalin, „Die Partei“, Dietz Verlag, Berlin 1949, S. 4.*)

Die Partei der Bolschewiki erfüllt die Rolle der Vorhut der Arbeiterklasse nicht nur durch ihr konsequent revolutionäres wissenschaftliches Programm und ihre Taktik, sondern auch durch ihre Organisation. Eine charakteristische Besonderheit unserer Partei besteht darin, daß sie der Organisation in allen Etappen ihrer revolutionären Tätigkeit außerordentliche Bedeutung beimaß. Sie schlug den Opportunismus in Organisationsfragen und legte in jeder neuen Situation Organisationsformen, Regeln und Gesetze ihres inneren Parteilebens fest, wie sie den historischen Bedingungen der Arbeit der Partei entsprachen und die Erfüllung ihrer politischen Aufgaben gewährleisteten.

Die Organisationsprinzipien des Bolschewismus sind ein Werkzeug zur Verwirklichung seines konsequenten revolutionären Programms und seiner Taktik, denn ohne eine eiserne, zentralisierte Organisation kann das revolutionäre Programm nicht verwirklicht werden. Die Lenin-Stalinschen Organisationsprinzipien des Parteaufbaus haben im Parteistatut ihre Verkörperung gefunden, das die Methoden der praktischen Tätigkeit der Parteiorganisationen, die Formen des Parteaufbaus und die Regeln des inneren Parteilebens bestimmt. Die welthistorische Mission unserer Partei als des Organisators und Leiters der sozialistischen Revolution und der Verwirklichung der Diktatur der Arbeiterklasse war auch für die ausschlaggebenden Organisationsprinzipien des Aufbaus unserer Partei bestimmend: straffster Zentralismus in der Tätigkeit der Parteiorganisationen, bewußte innere Disziplin, Einheit des Willens und Einheit der Aktion, Unzulässigkeit von Fraktionen und Gruppierungen, sorgfältige Auslese der in die Partei Eintretenden, Fernhaltung opportunistischer kleinbürgerlicher Elemente von der Partei, ständige Sorge für die Hebung der Aktivität der Parteimitglieder und für die Entfaltung der innerparteilichen Demokratie. Diese, im Parteistatut niedergelegten Prinzipien bilden das unerschütterliche Fundament der Partei.

Die Partei betrachtete das Statut stets als unantastbare Grundlage des Parteilebens und Parteaufbaus. Sie kämpfte stets für die strikte Einhaltung aller Bestimmungen des Statuts. Die große Kraft, die den bolschewistischen Organisationsprinzipien und ihrer konzentrierten Ausdrucksform, dem Statut der KPdSU (B), innewohnt, war all den Schleppenträgern der Bourgeoisie und Doppelzünglern wohl bekannt; sie versuchten daher wiederholt, gedeckt durch den hohen Namen des Parteimitglieds, das Parteistatut zu untergraben, die Einheit der Partei zu zerstören, die Partei zu schwächen, um die Wiederherstellung des Kapitalismus in der Sowjetunion vorzubereiten. Die Tatsachen der letzten Jahre haben gezeigt, in



welch weitem Umfange die niederträchtigen Volksfeinde — die trotzkistisch-bucharinschen und bürgerlich-nationalistischen Agenten des Faschismus, Spione und Zerstörungsagenten — Verstöße gegen das Parteistatut für ihre Wühlarbeit ausnutzten. Diese Verstöße — Abweichungen von den Grundsätzen des demokratischen Zentralismus, wahllose Aufnahmen in die Partei, Herbeiführung eines chaotischen Zustandes in der Wirtschaft der Partei usw. — waren die Folge einer Abstumpfung der bolschewistischen Wachsamkeit und der Ignorierung der organisatorischen Grundlagen unserer Partei. Deshalb sind Abweichungen vom Parteistatut, Verletzungen der Bestimmungen und Gesetze des Statuts zugleich Verletzungen der Lenin-Stalinschen Lehre von der Partei und fügen der Partei Schaden zu.

Die Partei des revolutionären Marxismus bestimmt entsprechend den jeweiligen konkreten Verhältnissen die organisatorischen Formen und Methoden ihrer Tätigkeit. Deshalb ließ die Partei der Bolschewiki die einmal festgelegten Formen des Parteaufbaus niemals in Dogmen, in ein totes Schema verwandeln. Was die organisatorischen Formen des Statuts betrifft, so steht unsere Partei ebenso wie bei der Entwicklung der marxistischen Theorie auf dem Boden des schöpferischen Marxismus; sie bereichert die Formen des organisatorischen Statuts durch neue Erfahrungen, entsprechend den sich entwickelnden Bedingungen des Klassenkampfes und den neuen politischen Aufgaben.

Es sei mir gestattet, an folgende Hinweise zu erinnern, die der X. Parteitag in seiner Resolution „Über den Parteaufbau“ darüber gegeben hat:

„1. Die Partei des revolutionären Marxismus lehnt das Suchen nach einer absolut richtigen, für alle Stufen des revolutionären Prozesses geeigneten Form der Parteiorganisation sowie nach ebensolchen Arbeitsmethoden aufs entschiedenste ab. Im Gegenteil, die Form der Organisation und die Arbeitsmethoden hängen vollständig ab von den Besonderheiten der gegebenen konkreten historischen Situation und von den Aufgaben, die sich aus dieser Situation unmittelbar ergeben.

2. Von diesem Standpunkt aus ist es begreiflich, daß jede Organisationsform und die entsprechenden Arbeitsmethoden mit der Veränderung der objektiven Bedingungen in der Entwicklung der Revolution aus Formen der Entwicklung der Parteiorganisation zu Fesseln dieser Entwicklung werden können. Und umgekehrt: eine untauglich gewordene Organisationsform kann bei Wiederkehr der entsprechenden objektiven Bedingungen abermals notwendig und die einzig zweckmäßige werden.

3. Der Widerspruch zwischen den Erfordernissen der sich neu gestaltenden Situation einerseits und der bestehenden Form der Organisation und ihren Arbeitsmethoden andererseits macht sich im allgemeinen bereits bemerkbar, noch bevor die Änderung des Kurses endgültig zu einer Notwendigkeit geworden ist. Dieser Kurs muß erst dann geändert werden, wenn im allgemeinen, im wesentlichen und grundlegenden die Aufgabe erfüllt ist, die den vorhergehenden Organisationstypus und die ihm entsprechenden Arbeitsmethoden hervorgerufen hat.“

Die Geschichte unserer Partei kennt zahlreiche Beispiele dafür, wie sich die Formen und Methoden der organisatorischen Tätigkeit verändert haben. Ohne der Unerschütterlichkeit der grundlegenden, leitenden Organisationsprinzipien Abbruch zu tun, legte die Partei stets solche Organisationsformen fest, die zur Entwicklung des Inhalts ihrer Arbeit beitrugen, die Erfüllung der politischen Aufgaben sicherstellten, die Einheit von Wort und Tat gewährleisteten. Davon ausgehend änderte die Partei wiederholt ihr Statut entsprechend den Veränderungen der Situation, den neuen Aufgaben und den Erfahrungen in der Arbeit. Es ist kein Zufall, daß große Veränderungen und Wendungen im politischen Leben des Landes und neue politische Aufgaben unserer Partei von Abänderungen am Parteistatut begleitet wurden. Ich erinnere daran, daß grundlegende Abänderungen am Parteistatut 1922 vorgenommen wurden, in der Periode der Entwicklung der Neuen Ökonomischen Politik, sodann 1925, als die Partei auf dem XIV. Parteitag vor den Aufgaben der sozialistischen Industrialisierung stand, und 1934, in der Periode des XVII. Parteitags, als die Partei an die Lösung der historischen Aufgaben des zweiten Fünfjahrplans heranging.

Die Fragen der Parteiarbeit und des Parteaufbaus gewannen in den letzten Jahren besondere Bedeutung. Das grandiose Ausmaß der sozialistischen Umgestaltungen, das schnelle Tempo des Partei- und Staatsaufbaus, die Einbeziehung der Millionenmassen des Sowjetvolkes in den sozialistischen Aufbau stellen an die Partei und ihre Führung höhere Anforderungen.

Die erhöhte Tragweite der Organisationsfrage bedeutet eine Steigerung der Rolle unserer Partei als Vorhut der Arbeiterklasse.

Auf dem XVII. Parteitag wurde die Organisationsfrage, die Frage, wie die Organisationsarbeit mit den Anforderungen der politischen Linie in Einklang gebracht werden soll, im Bericht des Genossen Stalin und im Bericht des Genossen Kaganowitsch sowie in den Resolutionen des XVII. Parteitags in ihrer ganzen Größe aufgerollt.

Noch mehr wird die Rolle unserer Partei als der Vorhut der Arbeiterklasse, als des Vortrupps der Werktätigen, durch den Sieg des Sozialismus erhöht, zu einer Zeit, wo die Sowjetunion in eine neue Entwicklungsetappe eingetreten ist, in die Etappe der Vollendung des Aufbaus der klassenlosen sozialistischen Gesellschaft und des allmählichen Übergangs vom Sozialismus zum Kommunismus.

Die verflossenen Jahre waren Jahre, in denen sich die Partei ununterbrochen rüstete und ihre Organisationswaffe schärfte. Hatte Lenin in seiner ausgezeichneten Schrift „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück“ die Organisationsleitsätze entwickelt, die später zu den Organisationsgrundlagen der Partei von neuem Typus, der Partei der Bolschewiki, geworden sind, so hat Genosse Stalin sowohl auf dem Gebiet der Theorie, der Ideologie und der Taktik als auch in den Fragen der Überleitung unserer gesamten Organisationsarbeit auf wissenschaftliches Geleise die von Lenin gegebenen Grundlagen der Lehre von der Organisation der Partei weiterentwickelt, diese Lehre durch neue Leitsätze, neue Gesetze ergänzt, die Organisa-

tionswissenschaft des Bolschewismus vorangebracht und dadurch die Partei und die Arbeiterklasse für die Verwirklichung der welthistorischen Aufgaben der Errichtung des Sozialismus in unserem Lande gewappnet. (*Beifall.*)

Hier möchte ich bloß hervorheben, von welcher gewaltiger Bedeutung der Zeitabschnitt zwischen dem XVII. und dem XVIII. Parteitag im Hinblick auf die Bereicherung der Partei mit organisatorischen Erfahrungen war.

Genosse Stalin gab der Partei glänzende Musterbeispiele des schöpferischen Marxismus in Fragen des Organisationsaufbaus der Partei. Ich denke dabei an die Lehre vom Wechselverhältnis der politischen Linie zur Organisationsarbeit; von der wissenschaftlichen Organisierung der Auslese, der Schulung, der Beförderung und richtigen Verwendung der Kader; von der bolschewistischen Organisierung der Kontrolle der Durchführung; von den Methoden des Kampfes der Partei gegen die in ihre Reihen eindringenden Feinde, des Kampfes der Partei für die Säuberung ihrer Reihen von Entarteten und Doppelzünglern; von der Wachsamkeit, von der Meisterung des Bolschewismus.

In all diesen Fragen rüstete Genosse Stalin die Partei mit weisen und weitblickenden Hinweisen aus, die einen überaus reichen Beitrag zur Schatzkammer der bolschewistischen Organisationstheorie und eine Anleitung zum Handeln darstellen.

*Warum sind Abänderungen am Statut der KPdSU (B) notwendig?*

Der XVIII. Parteitag ist unter Umständen zusammengetreten, wo sich in der Wirtschaft und in der Klassenstruktur der Sowjetunion radikale Veränderungen vollzogen haben.

Ich brauche auf diese Fragen nicht ausführlich einzugehen, da sie in den Berichten des Genossen Stalin und des Genossen Molotow mit erschöpfender Klarheit und Vollständigkeit beleuchtet worden sind.

Der Sieg des Sozialismus in der Sowjetunion hat die Herrschaft des sozialistischen Wirtschaftssystems gesichert. Ent-

sprechend den radikalen Veränderungen in der Wirtschaft hat sich auch die Klassenstruktur der Sowjetunion verändert. In den Jahren des sozialistischen Aufbaus wurden alle Ausbeuterelemente — Kapitalisten, Händler, Kulaken, Spekulanten — liquidiert. Die Werktätigen der Sowjetunion — die Arbeiter, die Bauern, die Intelligenz — haben sich in den Jahren des sozialistischen Aufbaus völlig verändert.

Die Klassenunterschiede zwischen den Werktätigen der Sowjetunion verwischen sich und verschwinden, es verwischen sich die ökonomischen und politischen Gegensätze zwischen den Arbeitern, den Bauern und der Intelligenz. Gerade auf dieser Grundlage erwuchs die moralisch-politische Einheit der Sowjetgesellschaft. Diese moralisch-politische Einheit der Sowjetgesellschaft erhielt ihre glänzende Bestätigung in der Schaffung und in dem vollen Sieg des Blocks der Kommunisten und Parteilosen bei den Wahlen zum Obersten Sowjet der UdSSR und zu den Obersten Sowjets der Unionsrepubliken.

Um die Partei sind zahlreiche Kader parteiloser Bolschewiki herangewachsen, Kader fortgeschrittener Arbeiter, Bauern und Intellektueller, aktiver und bewußter Kämpfer für die Sache der Partei, die die Linie der Partei in den Massen durchführen.

Infolge dieser radikalen Veränderungen in der Wirtschaft und in der Klassenstruktur der Sowjetunion ist die Notwendigkeit herangereift, die im Statut der KPdSU (B) vorgesehenen Bedingungen für die Aufnahme neuer Mitglieder in die Partei abzuändern.

## Die Aufhebung der Kategorien bei der Aufnahme in die Partei

Die gegenwärtig auf Grund des Parteistatuts geltenden Bestimmungen für die Aufnahme neuer Mitglieder in die Partei — wonach bei der Aufnahme vier verschiedene Kategorien, je nach der sozialen Lage des in die Partei Aufzunehmenden bestehen — entsprechen offenkundig nicht der Klassenstruktur der Sowjetgesellschaft, die sich infolge des Sieges des Sozialismus in der Sowjetunion verändert hat. Es besteht keine Notwendigkeit mehr, für die Aufnahme in die Partei verschiedene Kategorien und verschiedene Kandidatenzeiten festzusetzen.

Die verschiedenen Kategorien bei der Aufnahme — je nach der sozialen Lage des in die Partei Aufzunehmenden — wurden bekanntlich auf dem XI. Parteitag im Jahre 1922, zu Beginn der NÖP, festgesetzt, um nichtproletarischen Elementen den Zutritt zu unserer Partei zu erschweren. Die damalige Lage unterschied sich von Grund aus von der heutigen Lage. Damals war das Proletariat teilweise deklassiert. Die Bauernschaft bestand damals aus Einzelbauern. Die Ausbeuterklassen waren noch nicht völlig liquidiert. Die NÖP übte auf einen Teil der Parteimitglieder, besonders auf die nichtproletarischen Elemente in der Partei, einen zersetzenden Einfluß aus. Unter diesen Bedingungen war eine Barriere gegen das Eindringen unbeständiger, kleinbürgerlicher Elemente in die Partei notwendig, wie die Festsetzung verschiedener Kategorien bei der Aufnahme, damit die Partei ihre Rolle als Vorhut erfolgreich verwirklichen konnte. Diese Barriere war von hervorragender Bedeutung für die Festigung der Partei und die Erfüllung ihrer historischen Mission.

Die Notwendigkeit solcher Beschränkungen ist jedoch dank dem Sieg des Sozialismus in unserem Lande in Wegfall gekommen. Diese Beschränkungen stören und hemmen bereits die Verstärkung der Reihen der Partei durch Aufnahme fortgeschrittener, der Sache der Arbeiterklasse ergebener

Arbeiter, Bauern und Intellektueller. Die Partei kann nicht mehr den alten Rahmen, die alten Normen beibehalten. Die Notwendigkeit verschiedener Kategorien bei den Parteiaufnahmen fällt weg.

Zu welchen Ungereimtheiten und Sinnwidrigkeiten die gegenwärtig geltenden Bestimmungen für die Parteiaufnahme in der Praxis führen, können zahlreiche Beispiele veranschaulichen, wie sie in jeder Parteiorganisation zu verzeichnen sind.

Hervorragende Stachanowleute, die Meister oder Direktoren geworden sind, das heißt, die dank ihrer Begabung und ihrer Verdienste auf leitende Posten aufgerückt sind, geraten — so bald sie in die Partei aufgenommen werden sollen — in die Lage von Menschen zweiten Ranges.

Ein Arbeiter oder der Sohn eines Arbeiters, der die Hochschule besucht hat, gerät bei der Aufnahme in die Partei in die vierte Kategorie.

Da ist zum Beispiel Genosse Smetanin, einer der besten Stachanowleute Leningrads, heute Stellvertreter des Volkskommissars für Leichtindustrie der UdSSR, früher Oberteilherrichter in der „Skorochood“-Schuhfabrik. Als hervorragender Stachanowarbeiter wurde er zum Abteilungsleiter befördert. Als Abteilungsleiter wurde er jedoch nach der zweiten Kategorie als Parteikandidat aufgenommen. Später wurde er infolge seiner Verdienste und Fähigkeiten zum Fabrikdirektor befördert, und als er im Februar 1939 vom Kandidaten zum Parteimitglied werden sollte, da galten für ihn bereits die Aufnahmebedingungen der vierten Kategorie.

Die Menschen entwickeln sich, sie wachsen, aber die Bedingungen für ihre Aufnahme in die Partei werden komplizierter und schwieriger. Für Genossen wie Smetanin und für alle Genossen in der gleichen Lage ist es unverständlich, warum sich bei ihrem Aufrücken die Bedingungen für ihre Aufnahme in die Partei verschlechtern sollen. Genosse Smetanin protestierte dagegen, und mit vollem Recht: „Bin ich etwa ein schlechterer Mensch geworden“, fragte er, „als ich vom Ar-

beiter zum Abteilungsleiter aufrückte? Bin ich ein schlechterer Mensch geworden, als man mich zum Fabrikdirektor machte? Warum soll ich eine größere Anzahl von ‚Empfehlungsgebern‘ suchen, mit längerer Dauer ihrer Parteizugehörigkeit als ich sie früher brauchte, wo ich ein einfacher Arbeiter war?“

Oder nehmen wir Genossen Kartaschow, der hier im Namen Leningrads den Parteitag begrüßt hat. Wohl kein schlechter Arbeiter, auch seine Rede war nicht schlecht. Er hat sich als parteiloser Agitator bei den Wahlen zum Obersten Sowjet der Union der SSR hervorgetan. Von Beruf ist Genosse Kartaschow Schlosser, er war Stachanowarbeiter, jetzt ist er auf Vorschlag der Organisation der Ingenieure und Techniker befördert worden. Als die Frage seiner Aufnahme in die Partei zur Behandlung stand, wurde er nach der zweiten Kategorie aufgenommen. Welchen Sinn hat das? Es sieht ja so aus, als ob man die Partei vor Leuten wie Kartaschow „in Schutz nehmen“ müßte.

Noch ein Beispiel, das auf der Konferenz des Stalinrayons im Stalingrader Gebiet zur Sprache kam: Der führende Arbeiter Genosse Mussin, der auf einen leitenden Posten befördert worden war, kehrte wieder zur Arbeit in die Werkabteilung zurück, um nach der ersten Kategorie aufgenommen zu werden.

Solche Beispiele lassen sich zu Tausenden anführen. Sie rufen das berechtigte Gefühl des Zweifels und der Kränkung bei Genossen hervor, deren einzige „Schuld“ darin besteht, daß sie sich emporgearbeitet haben. All dies zeugt dafür, daß die für die Aufnahme geltenden Normen veraltet sind und begonnen haben, bei der Aufnahme wirklich fortgeschrittener Arbeiter, Bauern und Intellektueller in die Partei die Rolle eines Hemmschuhs zu spielen.

Ihr wißt, wozu die Praxis der Aufnahme nach verschiedenen Kategorien geführt hat, als man sich darüber den Kopf zerbrach, welcher Kategorie ein Monteur, ein Meister usw. zu-



zuzählen sei. Man schuf ganze „Tarif-Nachschlagebücher“, um festzulegen, zu welcher Kategorie die verschiedenen Berufsarten gehören. Aber wieviel man darüber auch klügeln, welche „Nachschlagebücher“ man auch ersinnen mag, eines ist klar: die Normen sind veraltet, sie haben aufgehört, der Sache zu dienen, für die sie geschaffen wurden. Diese statutenmäßigen Normen sind zu einer überlebten Form geworden, zu einem ausrangierten Formkasten, wie die Hüttenarbeiter zu sagen pflegen. (*Heiterkeit.*)

An die veralteten Normen klammern sich rückständige Elemente, die nicht wollen, daß neue, junge Kräfte emporkommen.

Die veralteten Normen fördern die Kultivierung rückständiger, dem Wesen nach antimarxistischer, antileninistischer Tendenzen gegenüber der neuen, der Sowjetintelligenz, gegenüber führenden Menschen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft, die Kultivierung der Geringschätzung führender Menschen, die dank ihrer Bildung oder ihrer Verdienste auf leitende Posten aufgerückt sind.

All dies spricht davon, daß sich die einst notwendige Form überlebt hat, zu einer Form ohne Inhalt geworden ist. Die Vorzüge verwandelten sich in ihr eigenes Gegenteil, in einen Mangel. Die Organisationsform muß dem Inhalt entsprechen, der Inhalt aber wird sich bei uns in der Richtung der Annäherung der Klassen und der Überwindung der Klassenunterschiede entwickeln.

Darum wird in den dem Parteitag zur Erörterung unterbreiteten Thesen vorgeschlagen, die bisher geltenden Bestimmungen, wonach für die Parteiaufnahme verschiedene Kategorien bestehen, abzuändern und einheitliche Aufnahmebedingungen und eine gleiche Kandidatenzeit für alle festzusetzen, unabhängig davon, ob der Betreffende der Arbeiterklasse, Bauernschaft oder Intelligenz angehört.

Die in den Thesen vorgeschlagenen Abänderungen der Bedingungen für die Aufnahme in die Partei sind das direkte Ergebnis des Sieges des Sozialismus.

In den Thesen wird die Festsetzung einer einjährigen Kandidatenzeit für die in die Partei Eintretenden vorgesehen. Diese Kandidatenzeit reicht völlig aus, damit sich der Kandidat während dieser Frist gründlich mit dem Statut, dem Programm und der Taktik der Partei vertraut machen und damit die Parteiorganisation die persönlichen Eigenschaften des Kandidaten prüfen könne.

Man darf nicht vergessen, daß heute fortgeschrittene Menschen in die Partei eintreten, die an den verschiedenen Frontabschnitten des Kampfes für den Sozialismus erprobt worden sind.

Wie ihr wißt, wurde die Aufnahme in die Partei seinerzeit eingestellt. Sie wurde erst am 1. November 1936 wieder freigegeben. Die Aktivisten, die während der Zeit, da keine Parteaufnahmen stattfanden, um die Partei herangewachsen sind, stellen gerade die Hauptquelle dar, aus der gegenwärtig der Zustrom neuer Parteimitglieder kommt.

Die gegenwärtig übliche Art und Weise, wie die Kandidatenzeit durchgemacht wird, hat sehr große Mängel aufzuweisen. Der größte Mangel ist, daß viele Parteiorganisationen mit den Kandidaten völlig ungenügend arbeiten, wodurch sogenannte „ewige“ Kandidaten entstehen, die dazu verurteilt werden, sechs, sieben, acht und mehr Jahre Kandidaten zu bleiben. (*Bewegung im Saale, Heiterkeit.*) Anstatt daß die Kandidatenkader eine lebendige Reserve bilden, aus der die Partei tagtäglich frische Verstärkungen schöpft, haben sie sich in einer Reihe von Organisationen in eine Art „unantastbaren Fonds“ verwandelt.

In der letzten Zeit, vor dem Parteitag, haben die Parteiorganisationen ihre Arbeit zur Aufnahme von Kandidaten als Parteimitglieder etwas verbessert. Doch gibt es auch jetzt noch eine nicht geringe Anzahl von Kandidaten, deren Kandidatenzeit viele Jahre beträgt. Berücksichtigt man ferner, daß auch in den Sympathisierendengruppen Leute jahrelang festsitzen und auf ihre Aufnahme als Kandidaten warten, so fragt man

sich: wann werden sie eigentlich in die Partei aufgenommen? Etwa vier Jahre bleiben sie Sympathisierende, sieben, acht Jahre Kandidaten, wann sollen sie eigentlich Parteimitglieder werden? (*Allgemeine Bewegung im Saal.*) Man braucht nicht erst nachzuweisen, daß dieser schädlichen Praxis das von der Partei verurteilte formal-bürokratische Verhalten zu Werktätigen, zu Parteimitgliedern zugrunde liegt.

Die Festsetzung einer einjährigen Kandidatenzeit bezweckt, diese schädliche Praxis zu beseitigen und die Parteiorganisationen zu veranlassen, ganze Arbeit zu leisten, die Erziehungs- und Organisationsarbeit unter den Kandidaten zu verbessern und die Durchmachung der Kandidatenzeit nicht zu einer formalen Angelegenheit werden zu lassen.

Gemäß den Thesen sind alle in die Partei Eintretenden verpflichtet, Empfehlungen von drei Parteimitgliedern mit dreijähriger Parteizugehörigkeit vorzulegen, und zwar von Parteimitgliedern, die sie von der gemeinsamen Arbeit her mindestens ein Jahr lang kennen.

Diese Bestimmung geht von der Weisung des Genossen Lenin aus, die er in einem Schreiben an Genossen Molotow am 15. September 1921 gab. Genosse Lenin schrieb:

„Nur diejenigen dürfen Empfehlungen geben, die mindestens ein Jahr lang mit dem Empfohlenen in einer Parteiorganisation gemeinsam gearbeitet und seine Arbeit persönlich gesehen haben.“

Diese Weisung steigert die Verantwortlichkeit der Empfehlenden für den Empfohlenen.

Was die Anzahl der Empfehlenden und die Dauer ihrer Parteizugehörigkeit betrifft, so geht die in den Thesen vorgeschlagene Formulierung davon aus, daß den Parteimitgliedern, die in den letzten Jahren in die Partei eingetreten sind, ebenfalls die Möglichkeit geboten werden soll, Empfehlungen zu geben. Diese Weisung ist zweifellos zeitgemäß und zweckmäßig.

Die Parteilisten wurden durch aktive, fortgeschrittene Menschen verstärkt, die durch eine gute Schule politischer

Erziehung gegangen sind. Es wäre unrichtig, diesen neuen Parteimitgliedern das Recht zu entziehen, Empfehlungen zu geben.

Genossen! Das bestehende System der Erteilung von Empfehlungen nach verschiedenen Kategorien schuf bekanntlich unnötige Schwierigkeiten und übermäßige Hindernisse.

Ihr wißt, daß es keine leichte Sache ist, Empfehlungen aufzutreiben, besonders für Genossen, die nach der vierten Kategorie in die Partei eintreten. Manchmal kommt der Betreffende geradezu von Kräften, bevor er die genügende Anzahl von Empfehlungen findet. (*Bewegung im Saal.*)

Die in den Thesen vorgeschlagenen neuen Bestimmungen für die Erteilung von Empfehlungen werden die Möglichkeit bieten, diese einengenden und unnötigen Hindernisse aus dem Wege zu räumen.

Die neuen Bedingungen für die Parteiaufnahmen sehen vor, daß die Rayonkomitees und — in Städten ohne Rayoneinteilung — die Stadtkomitees die letzte Instanz bilden, die den Beschluß einer primären Parteiorganisation über die Parteiaufnahme zu bestätigen hat. Dadurch wird unseren Rayonkomitees und Stadtkomitees eine besondere Verantwortung für die Aufnahme in die Partei, für die Auslese der wirklich Besten aus den Reihen der Arbeiterklasse, der Kollektivbauernschaft und der Intelligenz auferlegt.

Die neuen Bestimmungen erleichtern die Auslese der Besten für die Partei, erleichtern die Schaffung von kraftvollen Parteiorganisationen namentlich auf dem Lande, wo das Netz der Parteiorganisationen besonders unzureichend ist. In einem bedeutenden Teil der Kollektivwirtschaften haben wir keine primären Parteiorganisationen. Die Schaffung kräftiger Parteiorganisationen auf dem Lande wird in hohem Maße dazu beitragen, die Parteiarbeit in den Kollektiv- und Sowjetwirtschaften zu verstärken.

## Die Rechte der Parteimitglieder

Der folgende Vorschlag zur Abänderung des Statuts besteht darin, daß die statutenmäßigen Bestimmungen über die Parteimitglieder und ihre Pflichten durch eine Bestimmung über die als selbstverständlich geltenden, aber im Statut nicht festgelegten Rechte der Parteimitglieder ergänzt werden sollen.

In den Thesen wird vorgesehen, daß die folgenden Rechte der Parteimitglieder im Statut festgelegt werden:

- a) das Recht der Parteimitglieder, in den Parteiversammlungen jeden beliebigen Parteifunktionär zu kritisieren;
- b) das Recht der Parteimitglieder, die Parteiorgane zu wählen und in sie gewählt zu werden;
- c) das Recht der Parteimitglieder, in allen Fällen, wo ein Beschluß über ihre Tätigkeit oder ihr Verhalten gefaßt werden soll, persönliche Teilnahme zu fordern;
- d) das Recht der Parteimitglieder, sich mit jeder beliebigen Frage und Erklärung an jede beliebige Parteiinstanz bis zum ZK der KPdSU (B) zu wenden.

Die Aufnahme dieser ergänzenden Bestimmungen über die Rechte der Parteimitglieder in das Statut wird für die weitere Steigerung der Aktivität der Parteimitglieder, für die Erhöhung ihres Verantwortungsgefühls für die Sache der Partei, für die Bewahrung der Parteimitglieder vor Erscheinungen des Bürokratismus von gewaltiger Bedeutung sein.

Die Erfahrung zeigt, daß die Rechte der Parteimitglieder in der Praxis häufig verletzt wurden. Nicht selten sind die Fälle, daß Genossen von bürokratischen und feindlichen Elementen verfolgt und gehetzt wurden, weil sie Kritik und Selbstkritik übten. Nicht selten sind auch die Fälle, daß ein Beschluß, der die Tätigkeit oder das Verhalten dieses oder jenes Parteimitglieds betraf, in dessen Abwesenheit gefaßt wurde.

Es sind nicht wenige Tatsachen bekannt, daß feindliche und bürokratische Elemente Parteimitgliedern verboten hatten,

diese oder jene Erklärung bei den Parteinstanzen einzureichen. Feindliche Elemente kultivierten weitgehend eine Praxis, bei der die dienstliche Disziplin als höhere Disziplin der Parteidisziplin entgegengestellt wurde und zersetzten dadurch ehrliche Funktionäre.

Die Thesen gehen davon aus, daß es keine höhere Disziplin gibt als die Parteidisziplin.

Es kamen auch Tatsachen vor, daß das Recht der Parteimitglieder, zu wählen und gewählt zu werden, geschmälert wurde.

Euch allen ist die Erläuterung erinnerlich, die das Zentralkomitee vor den Wahlen der Parteiorgane im vergangenen Jahre gab, in der die unrichtige Praxis korrigiert wurde, daß Genossen, die bereits aus Kandidaten zu Parteimitgliedern geworden waren, aber ihr Parteibuch noch nicht erhalten hatten, zur Teilnahme an den Wahlen der Parteiorgane nicht zugelassen wurden.

Um die Verletzungen der Rechte der Parteimitglieder, wie sie in der Praxis vorkamen, mit Tatsachen zu illustrieren, will ich einige Beispiele anführen.

Genosse Sedenkow, Mitglied der KPdSU(B) seit 1924, Arbeiter der „Barrikaden“-Werke in Stalingrad, steht seit 28 Jahren im Betrieb. Wiederholt wies er auf Mängel in der Arbeit seiner Betriebsabteilung hin, aber die Abteilungsleitung und die gesellschaftlichen Organisationen hörten nicht auf seine Stimme. Daraufhin entschloß sich Genosse Sedenkow, ein Schreiben an das Zentralkomitee zu richten, in dem er verschiedene Mängel in der Arbeit der Abteilung schilderte. Dieses Schreiben übergab er dem Parteisekretär der Abteilungsorganisation zur Weiterleitung an das ZK der KPdSU(B). Anstatt dieser Forderung eines Parteimitglieds nachzukommen und das Schreiben seiner Bestimmung gemäß weiterzuleiten, begann das Büro der Abteilungszelle, das „Vergehen“ des Genossen Sedenkow zu erörtern und nötigte ihn, die Abfassung des Schreibens an das Zentralkomitee als Fehler anzuerkennen und das Versprechen zu geben, derartige „Fehler“ künftig

nicht mehr zu begehen. So wurde denn auch der Brief dem ZK nicht zugestellt. Bei der Prüfung der Parteidokumente erinnerte man sich dieses Schreibens des Genossen Sedenkow, und die Betriebsparteiorganisation schloß Genossen Sedenkow wegen „Unbeständigkeit“ aus der Partei aus. (*Bewegung im Saal.*)

Am 9. Januar 1936 bestätigte das Stalingrader Gebietskomitee den Ausschluß des Genossen Sedenkow aus der Partei. Die örtlichen Parteiorganisationen schüchterten den Genossen Sedenkow dermaßen ein, daß er, als er 1937 eine Berufung an die Kommission für Parteikontrolle richtete, in dieser Berufung die von ihm begangenen „Fehler“ aufs neue bereute — so gründlich wurde der Mann „überzeugt“. Das Parteikollegium der Kommission für Parteikontrolle setzte Genossen Sedenkow wieder in die Rechte eines Parteimitglieds ein.

Ein ähnlicher Fall trug sich mit Genossen Tolstikow zu, dem Direktor der Maschinen- und Traktorenstation in Ikoretzkaja, Rayon Liski, Gebiet Woronesh. Genosse Tolstikow sandte an die Genossen Stalin und Molotow einen Brief, in dem er mitteilte, daß er von den Sekretären des Rayonparteikomitees zu Unrecht gehetzt werde und daß sie sich selbst Übergriffe in der Getreidebeschaffung zuschulden kommen ließen.

Als ein Vertreter der Kommission für Parteikontrolle die Sache an Ort und Stelle untersuchte, fand das Schreiben des Genossen Tolstikow seine volle Bestätigung, und die Sekretäre des Rayonparteikomitees wurden als Volksfeinde entlarvt. Aber auch nach ihrer Verhaftung fuhr man im Rayon weiter fort, gegen Genossen Tolstikow zu hetzen, man setzte seinen Ausschluß aus der Partei und sogar seine Verhaftung durch.

Seine zahlreichen Beschwerden an das Gebietsparteikomitee in Woronesh wurden im Laufe von drei Monaten nicht behandelt, trotz mehrfacher Mahnungen des Sekretariats des ZK der KPdSU (B). Erst dank einem nochmaligen Eingreifen der Kommission für Parteikontrolle im August 1938 wurde Genosse Tolstikow völlig rehabilitiert und die Urheber der Hetze und

der Willkür wurden auf Parteiwege zur Verantwortung gezogen.

Sehr häufig wird das Recht der Parteimitglieder verletzt, in allen Fällen, wo Fragen ihrer Tätigkeit oder ihres Verhaltens behandelt werden, persönliche Teilnahme zu fordern. Parteiausschlüsse in Abwesenheit der Ausgeschlossenen sind leider in vielen Parteiorganisationen keine Seltenheit.

Die Erwähnung der Rechte der Parteimitglieder im Statut ist von außerordentlicher Bedeutung auch im Hinblick auf die Verwirklichung einer der wichtigsten Leitsätze des Leninismus: nicht nur die Massen lehren, sondern auch von den Massen lernen.

Genosse Stalin hat auf dem Februar-März-Plenum des Zentralkomitees im Jahre 1937 darauf hingewiesen, daß

„unsere Erfahrung allein, die Erfahrung der Leiter, bei weitem nicht genügend ist. Um richtig zu leiten, muß man die Erfahrung der Leiter ergänzen durch die Erfahrung der Parteimassen, durch die Erfahrung der Arbeiterklasse, durch die Erfahrung der Werktätigen, durch die Erfahrung der sogenannten ‚kleinen‘ Leute.“

Das bedeutet, daß wir nicht für einen Augenblick unsere Verbindungen mit den Massen lockern, geschweige denn abbrechen dürfen.

Hieraus entspringt die Notwendigkeit, einen besonderen Punkt in das Statut einzufügen, in dem das Recht der Parteimitglieder vorgesehen wird, sich mit jeder beliebigen Frage und Erklärung an jede beliebige Parteinstanz bis zum ZK der KPdSU (B) zu wenden. Staats- und Parteifragen von großer Bedeutung, Tatsachen, die für die Aufdeckung von Mißständen in dieser oder jener Partei- oder Sowjetorganisation höchst wichtig sind, kommen häufig gerade dank den Eingaben „kleiner“ Leute ans Licht.

Lenin und Stalin haben wiederholt darauf hingewiesen, daß ein Bürokrat mit dem Parteibuch in der Tasche die gefährlichste und schlimmste Sorte von Bürokraten darstellt, da er sich einbildet, der Besitz des Parteibuches enthebe ihn der Verpflich-



tung, die Partei- und Sowjetgesetze zu befolgen, die Bedürfnisse und Interessen der Werktätigen zu wahren.

Die statutenmäßige Verankerung der Rechte der Parteimitglieder gibt der Partei eine überaus mächtige Waffe in die Hand zum Kampfe gegen Überheblichkeit, gegen bürokratischen Hochmut und Eigendünkel, zur Verbesserung der Verbindungen zwischen den Leitenden und Geleiteten, und folglich zur Verbesserung der gesamten Partei- und Staatsarbeit.

### Die Abschaffung der Massenreinigungen

In den Thesen wird weiter die Abschaffung der Massenreinigungen der Partei vorgesehen. Die Erfahrung hat gezeigt, daß man jetzt auf sie verzichten kann und muß, und zwar aus folgenden Gründen.

Die Methode der Massenreinigungen, die zu Beginn der NÖP, in der Periode der Neubelebung der kapitalistischen Elemente, eingeführt wurde, um die Partei davor zu schützen, daß Leute in ihre Reihen eindringen, die sich im Zusammenhang mit der NÖP zersetzten, hat unter den gegenwärtigen Verhältnissen, wo die kapitalistischen Elemente liquidiert sind, ihre Berechtigung verloren.

Es muß hier betont werden, daß die Massenreinigungen bei der Festigung der Partei eine gewaltige Rolle gespielt haben. Wenn unsere Partei heute eine weitaus organisiertere Kraft darstellt als je zuvor, wenn die Partei wesentlich gestärkt wurde durch die Reinigung ihrer Reihen von allem Unrat, so waren dabei die Massenreinigungen von großer Bedeutung.

Jetzt jedoch, da die kapitalistischen Elemente liquidiert sind, da in der Wirtschaft der Partei bolschewistische Ordnung geschaffen wurde, da sich die Partei bereits der unzuverlässigen und zweifelhaften Elemente entledigt hat, entspricht die Methode der Massenreinigungen offenkundig nicht den veränderten Verhältnissen, erfüllt sie nicht ihren Zweck.

Die Partei kann ihre Reihen von Leuten, die dem Programm und dem Statut der Partei zuwiderhandeln, auf dem gewöhnlichen Wege säubern.

Die negative Seite der Massenreinigungen besteht darin, daß durch den kampagnenmäßigen Charakter der Massenreinigungen viele Fehler verursacht werden, vor allem im Sinne einer Verletzung des Leninschen Prinzips des individuellen Herangehens an die Menschen.

Die Methode der Massenreinigungen, die einen bestimmten Standard aufstellt und bei der die Menschen nach ein und demselben bestimmten Maß gemessen werden, fördert das formale Herangehen; sie bietet nicht die Möglichkeit, die Forderung der Partei, daß man sich gegenüber Parteimitgliedern, Mitarbeitern aufmerksam verhalte, vollauf zu verwirklichen und führt in der Praxis häufig zur Schmälerung der Rechte der Parteimitglieder.

Infolgedessen kam es bei den Massenreinigungen zu zahlreichen unbegründeten Parteiausschlüssen; die feindlichen Elemente, die sich in die Partei eingeschlichen hatten, benutzten die Reinigungen, um gegen ehrliche Parteiarbeiter zu hetzen und ihnen Schläge zu versetzen.

Somit besteht jetzt, nachdem die Partei bereits eine große Reinigungsarbeit durchgeführt hat, für die Methode der Massenreinigung keine Notwendigkeit mehr. Davon zeugt die Tatsache, daß sich die größte Arbeit zur Säuberung der Partei von Volksfeinden, Treubröchigen, Verrätern und Agenten des Faschismus nach den Massenreinigungen entfaltetete. Das ist kein Zufall. Die neuen Methoden der Wühlarbeit der feindlichen Elemente, die sich in die Partei eingeschlichen hatten, bestanden in der Doppelzünglerei, darin, daß sie ihre Wühlarbeit durch ein äußerliches Einverständnis mit der Parteilinie bemäntelten, durch die äußerliche Bereitschaft, für die Parteibeschlüsse zu kämpfen: Es ist bekannt, daß sich die feindlichen Elemente in weitem Maße eines geräuschvollen Gebahrens, einer zur Schau getragenen Aktivität, der Speichelleckerei, der

Schaffung einer Atmosphäre der Lobhudelei, feierlicher Reden, Begrüßungen usw. bedienten, um manche unserer Funktionäre zu täuschen und ihre Wachsamkeit einzuschläfern.

Folglich war die Methode der Massenreinigungen in bezug auf die feindlichen Elemente, die sich in die Partei eingeschlichen und ihr Feindesantlitz durch Doppelzünglerei und Betrug an der Partei getarnt hatten, wenig wirksam und verfehlte ihr Ziel.

Die Methode der Massenreinigungen richtete ihre Spitze, wie sich zeigte, hauptsächlich gegen die sogenannten passiven Parteimitglieder und führte dazu, daß ehrliche und gewissenhafte Parteimitglieder aus der Partei ausgeschlossen wurden, weil sie angeblich passiv waren.

Während der Reinigung im Jahre 1933 machten die sogenannten passiven Elemente die größte Gruppe unter den aus den Reihen der Partei Ausgeschlossenen aus. Die meisten Fehler wurden von den Parteiorganisationen gerade gegenüber den sogenannten passiven Elementen begangen. Zu den passiven Elementen wurden häufig ehrliche, treue Genossen, führende Betriebsarbeiter gezählt. Zu den passiven Elementen wurden Genossen gezählt, die keine Parteiarbeit ausführten — und als solche galt häufig irgendeine nichtssagende Funktion —, die eine große Familie haben, die einige Male den Zirkel nicht besucht hatten oder solche, die bei den politischen Prüfungen irgendeine spitzfindige oder törichte Frage nicht beantwortet hatten.

Es erübrigt sich, Beispiele für unbegründete Ausschlüsse wegen Passivität anzuführen. In jeder Organisation gibt es ihrer nicht wenige.

Mit der Festigung der Partei fällt somit die Notwendigkeit der Massenreinigungen fort.

Die Partei verurteilte auf dem Februar-März-Plenum des ZK im Jahre 1937 und auf dem Januar-Plenum des ZK im Jahre 1938 die Praxis des formalen und seelenlos-bürokratischen Verhaltens zum Schicksal von Parteimitgliedern, zu den Fra-

gen des Ausschlusses aus der Partei und der Wiedereinsetzung der Ausgeschlossenen in die Rechte von Parteimitgliedern. Bekanntlich wurde diese Praxis von karrieristischen Elementen, die in die Partei eingedrungen waren, weidlich ausgenutzt, die danach trachteten, sich durch Parteiausschlüsse hervorzutun und durch sie emporzukommen, ebenso wie von maskierten Feinden innerhalb der Partei, die bestrebt waren, durch breite Anwendung von Repressionsmaßnahmen ehrliche Parteimitglieder zugrunde zu richten und unnötigen Argwohn in den Reihen der Partei zu säen. Der Feind hatte seine Taktik geändert, er hakte an die Wachsamkeit an und trieb mit ihr Spekulation, indem er, gedeckt durch heuchlerische Reden über Wachsamkeit, möglichst viele ehrliche Kommunisten zu treffen suchte, in der Absicht, gegenseitiges Mißtrauen zu säen und unsere Reihen zu desorganisieren.

Die Verleumdung ehrlicher Mitarbeiter unter der Flagge der „Wachsamkeit“ ist gegenwärtig die verbreitetste Methode zur Tarnung und Maskierung der feindlichen Tätigkeit. Die noch nicht entlarvten Wespennester der Feinde sind vor allem unter den Verleumdern zu suchen.

Das Januar-Plenum des ZK der KPdSU (B) im Jahre 1938 traf eine Reihe von Maßnahmen, die der Praxis von Massenausschlüssen aus der Partei ein Ende setzen und ein differenziertes Herangehen an die Entscheidung von Fragen des Parteiausschlusses oder der Wiederaufnahme Ausgeschlossener wirklich sicherstellen.

Das ZK ging von dem bekannten Hinweis aus, den Genosse Stalin auf dem Februar-März-Plenum des ZK im Jahre 1937 gab:

„... Manche unserer führenden Parteifunktionäre kranken daran, daß sie es den Menschen, den Parteimitgliedern, den Mitarbeitern gegenüber an Aufmerksamkeit fehlen lassen. Mehr noch, sie studieren die Parteimitglieder nicht, wissen nicht, welcher Art Leute es sind und wie sie sich entwickeln, kennen die Mitarbeiter überhaupt nicht. Darum fehlt es ihnen an der individuellen Art des Herantretens an die Parteimitglieder, an die Parteifunktionäre. Und gerade deshalb, weil es ihnen an der individuellen Art des Herantretens bei der Beurteilung der Parteimit-

glieder und Parteifunktionäre fehlt, gehen sie gewöhnlich aufs Geratewohl vor: sie loben sie entweder in Bausch und Bogen, ohne Maß, oder prügeln sie ebenso in Bausch und Bogen, ohne Maß, schließen sie zu Tausenden und Zehntausenden aus der Partei aus. Solche führenden Funktionäre sind überhaupt bestrebt, im Maßstab von Zehntausenden zu denken und kümmern sich nicht um den ‚Einzelnen‘, um die einzelnen Parteimitglieder, um deren Schicksal. Sie halten es für eine Lappalie, Tausende und Zehntausende aus der Partei auszuschließen und trösten sich damit, daß unsere Partei zwei Millionen Mitglieder hat und zehntausende Ausgeschlossener an der Lage der Partei nichts zu ändern vermögen. So aber können an Parteimitglieder nur Leute herantreten, die im Grunde genommen zutiefst parteifeindlich eingestellt sind.

Infolge dieser seelenlosen Haltung gegenüber Menschen, gegenüber Parteimitgliedern und Parteifunktionären wird bei einem Teil der Partei künstlich Unzufriedenheit und Erbitterung hervorgerufen, die trotzki-stischen Doppelzüngler aber machen sich geschickt an solche erbitterte Genossen heran und verstehen es, sie mit sich in den Sumpf des trotzki-stischen Schädlingwesens zu zerren.“

Genossen! Ihr habt sicherlich beachtet, daß während der Diskussion über die Thesen zu den Abänderungen am Statut der KPdSU (B) die Frage der Maßnahmen zum Kampfe gegen die Verleumdung ehrlicher Parteimitglieder nicht den letzten Platz einnahm. Im Zentralkomitee und in der Redaktion der „Prawda“ ist ebenfalls eine große Anzahl von Briefen zu diesem Thema eingelaufen.

Ich will einige Beispiele anführen, wie der Feind seine Tätigkeit unter der Flagge der „Wachsamkeit“ ausübt.

Sekretär des Issaer Rayonkomitees der KPdSU (B) im Gebiet Tambow war ein gewisser Kaljakajkin. Er schloß in kurzer Zeit von einer Gesamtzahl von 175 Mitgliedern der Parteiorganisation 58 aus der Partei aus. Kaljakajkin ging dabei in folgender Weise vor: sobald er jemanden aus der Partei ausgeschlossen hatte, stellte er sofort die Frage, daß gegen alle Kommunisten, die zu dem Ausgeschlossenen in irgendeiner Beziehung standen, ein Parteiverfahren eingeleitet werde. Er arbeitete mit einem eigenartigen „Laufband“. Auf Betreiben Kaljakajkins wurde zum Beispiel Nasarow aus der Partei aus-

geschlossen, der sodann auf Verlangen des Rayonkomitees verhaftet wurde. Er blieb ungefähr sieben Monate in Haft und wurde dann von den Untersuchungsorganen freigelassen, da die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen nicht bewiesen werden konnten. Während der Zeit aber, da Nasarow in Haft war, wurden seine Frau und 7 Kommunisten aus der Partei, 28 Komsomolzen aus dem Komsomol ausgeschlossen und 10 parteilose Lehrer ihres Postens enthoben, weil sie mit ihm in Verbindung gestanden hätten. Kaljakajkin wurde schließlich, wie das auch nicht anders zu erwarten war, als Volksfeind entlarvt, aus der Partei ausgeschlossen und verhaftet.

In der Parteiorganisation von Archangelsk wurde zum Beispiel ein so böswilliger Verleumder wie Prilutschny entlarvt; er hatte 142 Eingaben gegen Kommunisten geschrieben, von denen sich keine einzige bestätigte.

In Leningrad trieb lange Zeit die parteifeindliche Gruppe Napolskaja ihr Unwesen, die eifrig kompromittierendes Material gegen ehrliche Kommunisten „organisierte“, gegen sie Eingaben an das Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten schrieb und ehrliche Menschen ins Unglück zu stürzen suchte. Durch diese Gruppe wurden einige Dutzend ehrlicher Menschen verleumdet.

Gladkich, der frühere Sekretär des Rowdinoer Rayonkomitees der KPdSU (B), Gebiet Archangelsk, stellte jedem Kommunisten die Aufgabe, einen Volksfeind ausfindig zu machen und gab im voraus bekannt, daß „dabei keinerlei Überspitzungen herauskommen werden“.

Im Rayon Kljutschki im Gebiet Aktjubinsk wurde von dem Volksfeind Peskowskaja der Parteiausschluß von 156 Kommunisten organisiert, die 64 Prozent der gesamten Organisation ausmachten. In der Kollektivwirtschaft „Progreß“ desselben Rayons wurde die gesamte Parteiorganisation, die aus 13 Mitgliedern bestand, aus der Partei ausgeschlossen.

Ihre Hauptanstrengungen richteten die Feinde darauf, die ehrlichen bolschewistischen Kader zu zerschlagen. Der Volks-

feind Kudrjawzew, der sich bis zu seiner Entlarvung in einer der ukrainischen Parteiorganisationen auf leitendem Posten befand, erklärte in seinen Aussagen folgendes:

„Wir trachteten danach, eine möglichst große Zahl von Menschen aus der Partei auszuschließen. Wir schlossen auch Leute aus, bei denen es absolut keinen Grund zum Ausschluß gab. Das war einzig und allein darauf berechnet, die Zahl der erbitterten Menschen zu vergrößern und damit die Zahl unserer Verbündeten zu vermehren.“

Die Zerstörung des Parteiapparates gehörte ebenfalls zum Plan der Wühlarbeit der Volksfeinde. Folgendes sagte ein anderer Volksfeind aus, der sich in der Ukraine durch Betrug in eines der Gebietskomitees der Partei eingeschlichen hatte.

„Im Verlaufe von fünf, sechs Tagen trieb ich den Apparat des Gebietskomitees auseinander, setzte ich fast alle Abteilungsleiter des Gebietskomitees ab, jagte 12 bis 15 Instrukteure davon und ersetzte sogar den technischen Apparat des Gebietskomitees durch neue Leute.

All dies tat ich unter der Flagge des Kampfes gegen Feinde und der Säuberung des Gebietskomitees der KP (B) der Ukraine von Leuten, denen es an Wachsamkeit fehlte. Nach der ‚Säuberung‘ des Apparats des Gebietskomitees ging ich unter der gleichen Flagge daran, die Stadtkomitees und Rayonkomitees auseinanderzujagen. In kurzer Zeit setzte ich 15 Sekretäre und eine ganze Reihe anderer Funktionäre ab, gegen die keinerlei kompromittierendes Material vorlag. Ich erweckte damit den Anschein eines Kampfes gegen die Feinde und erreichte gleichzeitig, daß eine Reihe von Kommunisten, die ich völlig grundlos von der Arbeit entließ, gegen die Partei erbittert wurde. Außerdem entließ ich auch eine Reihe von Teilnehmern unserer konterrevolutionären Organisation, versetzte sie auf niedrigere Posten und rettete sie so vor dem Aufliegen.“

In manchen Organisationen wurden die Verleumder so dreist, daß sie überhaupt keine Hemmungen mehr kannten.

In einem Rayon des Kiewer Gebiets wurde zum Beispiel der Verleumder Chanewski entlarvt. Von den zahlreichen Eingaben, die Chanewski gegen Kommunisten eingereicht hatte, bestätigte sich keine einzige. Dieser Verleumder ließ sich jedoch nicht aus der Fassung bringen und wendete sich in einer seiner „Enthüllungseingaben“ an das Gebietskomitee der KP (B) der Ukraine mit der Bitte: „Ich bin im Kampfe gegen

die Feinde von Kräften gekommen und bitte deshalb, mir einen Platz in einem Kurort anzuweisen. (*Lebhafte Heiterkeit.*)

Charakteristisch ist das Auftreten des Sekretärs des Parteikomitees der Gebiets-Landabteilung, Nefedow, in einer Versammlung des Parteiaktivs von Irkutsk. Er teilt die Parteimitglieder in drei Gruppen ein: „Die erste Figur“, erklärt er, „ist derjenige, der sehr aktiv ist, er muß also überprüft werden, sicherlich führen die Spuren zum Feind. Die zweite Figur ist derjenige, dem ein ‚Ballast‘, ein schweres Gewicht, anhängt, es ist also klar, daß er zurückbleiben wird, das Gewicht behindert ihn; das muß ebenfalls berücksichtigt werden, er ist zu überprüfen, und die Spuren werden offenbar ebenfalls zum Feinde führen. Und die dritte Figur haben wir, wenn wir einen Menschen finden, der nicht um des Gewissens willen, sondern aus Angst arbeitet, da irrt man sicher nicht — es ist ein Feind.“ (*Lebhafte Heiterkeit.*)

Wie ihr seht, eine ganze „Theorie“.

Die „Tätigkeit“ mancher Verleumder nahm so große Ausmaße an, daß sie begannen, eine gewisse „Rationalisierung“ einzuführen.

Da ist zum Beispiel Alexejew, Parteimitglied seit 1925, Leiter des Rayon-Parteikabinetts von Irbejskoje (Region Krassnojarsk). Er arbeitete schlecht, verbrachte seine ganze Zeit mit dem Schreiben verleumderischer Eingaben gegen ehrliche Kommunisten und parteilose Lehrer. Hier gab es bei ihm so viel „Arbeit“, daß er sich eine Liste mit speziellen Rubriken anlegte: „großer Feind“, „kleiner Feind“, „kleinerer Feind“, „ganz kleiner Feind“. (*Allgemeine Heiterkeit.*) Es erübrigt sich zu sagen, daß er im Rayon eine völlig unmögliche Situation geschaffen hatte. Schließlich wurde er als Verleumder aus der Partei ausgeschlossen.

Beim Fall Alexejew dachte ich nach, an wen ein solcher Typ erinnert, und mir kam Sobakewitsch aus Gogols Erzählung „Die toten Seelen“ in den Sinn. Bekanntlich waren für Sobakewitsch alle Menschen Gauner und Räuber. Als Tschitschikow Sobake-



witsch gegenüber gestand, daß ihm in der Gouvernementsstadt der Polizeimeister wegen seiner Geradheit und Treueherzigkeit am besten gefiel, antwortete ihm Sobakewitsch seelenruhig:

„Ein Gauner! Er wird Sie verkaufen und betrügen und sich noch mit Ihnen zu Tisch setzen. Ich kenne sie alle: alle sind sie Gauner, die ganze Stadt ist so: ein Gauner sitzt auf dem anderen und jagt dem dritten nach. Alle sind sie bereit, den Herrgott zu verkaufen. Es gibt dort nur einen einzigen anständigen Menschen — den Staatsanwalt, und auch der ist ein Schwein, wenn man die Wahrheit sagen soll.“ (*Lachen im Saal.*)

Offensichtlich leben Urenkel von Sobakewitsch auch in unserer Zeit noch und haben sich hier und dort sogar in die Partei eingeschlichen. Man muß einen guten Besen nehmen und unser Parteihaus von solchem Unrat säubern! (*Einmütiger Beifall.*)

Das Bestreben, sich den lebendigen Menschen vom Leibe zu halten, der Widerwille, die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen sachlich zu untersuchen, bleibt nach wie vor die Krankheit sehr vieler führender Parteifunktionäre. Noch gibt es in unseren Parteiorganisationen nicht wenig Rückversicherer, Leute, die nur darauf bedacht sind, sich gegen allerlei Eventualitäten zu sichern.

Besonders häufig kam es seinerzeit, und kommt es auch jetzt noch zu Parteiausschlüssen wegen „Beziehungen“ zu Feinden.

Mit dieser Begründung wurde eine nicht geringe Zahl von ehrlichen Funktionären in Bausch und Bogen aus der Partei ausgeschlossen; ihre ganze Schuld bestand darin, daß sie sich infolge ihrer Arbeitsbedingungen mit Leuten treffen mußten, die sich später als Volksfeinde erwiesen, mit ihnen sprachen, mit ihnen „durch dieselbe Straße gingen“.

Diese landläufige Formel — „Beziehungen zu Volksfeinden“ — wurde von parteifeindlichen Elementen weitgehend ausgenutzt, um über ehrliche Kommunisten herzufallen. Diese Formel wurde in so breiter und verschwommener Auslegung

gebraucht, daß die allerverschiedensten Dinge mit einbezogen wurden — sowohl einfache Bekanntschaft und die sich aus der Berufstätigkeit ergebende gemeinsame Arbeit mit Feinden als auch wirkliche Verbindung mit Feinden und Teilnahme an konterrevolutionärer Arbeit —, alles ging ohne jeden Gradunterschied in der allgemeinen Formel unter.

Auf dieser Grundlage wurden, und werden auch jetzt noch, viele Fehler begangen.

Bei einer solchen summarischen Verurteilung von Menschen aus formalen Gründen entgingen die wirklichen, die abgefemten Volksfeinde, die Schurken ersten Ranges, der strafenden Hand des Gerichts.

Die Verleumder treiben dort ihr Unwesen, wo ihnen die „Selbstversicherer“ Vorschub leisten.

Hier ein Beispiel einer solchen „Selbstversicherung“. Auf einer der Kohlengruben des Trustes „Swerdlow-Ugol“ stellten der Grubenleiter und der Cheffingenieur einem Abschnittsleiter eine Charakteristik folgender Art aus:

„Er versteht zu arbeiten. Säuft systematisch. Ist auch imstande, mit Untergebenen zu saufen. Erfüllt in der letzten Zeit das Programm. Besitzt organisatorische Fähigkeiten. Gewährleistet die Arbeit des Abschnitts. Liebt keinen Schwung in der Arbeit. Sehr konservativ und ein Opportunist in der Frage der Förderung. Ist bestrebt, möglichst kleine Aufgaben zu erhalten, möglichst wenig zu arbeiten und möglichst viel zu verdienen.“ (*Heiterkeit.*)

Manche Parteimitglieder nahmen zum Zwecke der Rückversicherung die Hilfe medizinischer Institutionen in Anspruch. Hier eine Bescheinigung, die einem Bürger ausgestellt wurde:

„Genosse (folgt der Name) kann infolge des Zustandes seiner Gesundheit und seines Bewußtseins von keinerlei Klassenfeinden für deren Ziele ausgenutzt werden.

Psychiatrische Abteilung des Oktober-Rayons der Stadt Kiew. (Folgt Unterschrift.)“ (*Lebhafte Heiterkeit.*)

Ziemlich stark hat sich bei uns die Theorie eines eigenartigen „biologischen“ Herangehens an die Menschen, an die Parteimitglieder eingebürgert: man beurteilt einen Kommu-

nisten nicht nach seinen Handlungen, sondern nach den Handlungen seiner nahen und fernen Verwandten. Dabei konnte es vorkommen, daß die ungenügende ideologische Festigkeit und die soziale Stellung irgendeiner Urgroßmutter für eine ganze Reihe von Generationen den Nachkommen die Karriere verderben konnte. (*Heiterkeit.*)

Eine solche Einstellung hat mit dem Marxismus nichts gemein. Wir müssen von dem Leitsatz ausgehen, den Genosse Stalin wiederholt entwickelt und hervorgehoben hat: daß der Sohn nicht für den Vater verantwortlich ist, daß man ein Parteimitglied nach *seinen eigenen* Taten beurteilen muß. Bei uns ist jedoch leider in der Praxis die Erscheinung verbreitet, daß man die sachliche und politische Physiognomie eines Funktionärs nicht nach seiner eigenen Arbeit bestimmt, sondern nach der Physiognomie seiner nahen und fernen Verwandten und Vorfahren.

Man kann nicht sagen, daß die Vertreter dieser „Theorie“ offen auftreten. Sie betreiben im stillen und zähe ihre Arbeit und urteilen über einen Menschen nicht nach seiner Arbeit, sondern nach seinem Stammbaum.

Mit diesen „biologischen“ Methoden muß Schluß gemacht werden. (*Lauter Beifall.*)

Bei uns sind nicht wenige Leute aufgekommen — ich würde sie Pseudomoralisten nennen —, die an den Parteimitgliedern nur die negativen Seiten bemerken, die den ganzen Lebensweg eines Funktionärs nicht sehen und abschätzen, seine Vorzüge und Mängel nicht kennen wollen. Diese Leute betrachten den Menschen als ein für allemal herausgebildetes, starres und lebloses Schema.

Diese Leute sind Erfinder von „Eichmaßen“ und Schemata, die dann den einzelnen Funktionären angelegt werden, um zu beurteilen, ob der Betreffende gut oder schlecht ist, ob er in das Schema paßt oder nicht. (*Heiterkeit.*)

Diese Leute vergessen, daß unsere gesamte Arbeit am Aufbau des Sozialismus, daß unsere gesamte Erziehungsarbeit auf

die Umgestaltung des Bewußtseins der Menschen gerichtet ist. Unsere Partei ist doch dazu da, wir haben ja die Siege des Sozialismus dazu errungen und stellen die Aufgabe des kommunistischen Aufbaus dazu, um die Menschen, um ihr Bewußtsein umzumodeln. Wenn manche glauben, daß die Ummodelung des Bewußtseins der Menschen die Parteimitglieder nicht angehe, daß die Kommunisten von Geburt frei seien von allen Vorurteilen und absolut keinerlei Umerziehung bedürfen, so ist das nichts anderes als eine idealistische, schematische Auffassung vom Menschen. Ein solches Herangehen an den Menschen, bei dem man über ihn abstrakt, nach vorher festgelegtem Maße urteilt, anstatt ihn in allen seinen Verbindungen und Zusammenhängen zu studieren, führt unvermeidlich zu Passivität, zu pessimistischer Einschätzung der Menschen. Bei solchem pessimistischen Herangehen ist der Blick nur der Vergangenheit zugewendet. Eine solche Art der Einschätzung des Menschen hat mit dem Bolschewismus nichts gemein. Ihrer Methodologie nach steht sie dem Bolschewismus zutiefst feindlich gegenüber.

Mir scheint, daß all das ein Rückfall in den Menschewismus, eine eigenartige Form des Opportunismus gegenüber lebendigen Menschen ist, wo man nicht bestrebt ist, die Menschen vorwärtszuführen, ihre Mängel zu beseitigen und sie umzuerziehen, sondern die Mängel der Menschen aufbauscht, sie aufbläht und in den Menschen nicht das Wertvolle erkennt, das unbedingt entfaltet, auf jede Weise gefördert werden muß. Kratzt man aber diese Pseudomoralisten ein wenig, so kommen zumeist Scheinheilige und Heuchler zum Vorschein. Mit solcher Art Totengräbern ist natürlich nichts Vernünftiges anzufangen. (*Stürmischer Beifall.*)

Zugleich muß auch mit der Praxis der halben Rehabilitierung von wiederaufgenommenen Parteimitgliedern Schluß gemacht werden. In der Praxis ist bei uns der Typ des Parteifunktionärs ziemlich stark verbreitet, der um der Rückversicherung willen auf dem rehabilitierten Mitglied oder Kan-

didaten der Partei „für jeden Fall“ einen Fleck oder ein Fleckchen sitzen läßt: war der Betreffende ausgeschlossen und muß man ihn jetzt rehabilitieren, so erteilt man ihm eine Rüge, obwohl nicht zu ergründen ist — wofür; hatte er eine Rüge, so erteilt man ihm einen Verweis — um ihn ein wenig einzuschüchtern. (*Heiterkeit.*)

Mit dieser Praxis der halben Rehabilitierung muß entschieden Schluß gemacht werden; wenn der Betreffende volle Rehabilitierung verdient, so müssen ihm alle Strafen restlos abgenommen werden.

Aus diesen Tatsachen ist zu ersehen, daß in einer Reihe von Organisationen der Beschluß des Januar-Plenums des ZK noch nicht entschieden genug durchgeführt wird, jener Beschluß, in dem auf die Notwendigkeit hingewiesen wurde, die maskierten Feinde zu entlarven und restlos auszurotten, die sich in unsere Reihen eingeschlichen haben und durch falsches Geschrei über Wachsamkeit ihre Feindseligkeit gegen die Partei zu verhüllen trachten.

Der Methode des individuellen Herangehens an die Parteimitglieder ist noch nicht volle Geltung verschafft worden. Summarische, unbegründete Parteiausschlüsse kommen immer noch vor.

Der Beschluß des Januar-Plenums des ZK bezweckte, ein Höchstmaß an Garantien für den Kampf gegen unbegründete Ausschlüsse zu schaffen, das individuelle Herangehen wieder zur vollen Geltung zu bringen und in Fragen des Schicksals der Parteimitglieder außerordentliche Aufmerksamkeit walten zu lassen.

Angesichts der außerordentlichen Bedeutung dieser Fragen ist es notwendig, das Statut durch eine Reihe von Leitsätzen zu ergänzen, durch die ein aufmerksames Verhalten gegenüber dem Parteimitglied und eine sorgfältige Untersuchung gewährleistet werden sollen, ob die gegen ein Parteimitglied erhobenen Beschuldigungen begründet sind; die Rechte der Parteimitglieder müssen vor jeder Willkür geschützt werden und

aus der Praxis muß die Anwendung der höchsten Parteistrafe, des Parteiausschlusses, gegenüber Parteimitgliedern, die sich geringfügige Vergehen zuschulden kommen ließen, ausgemerzt werden.

Es ist notwendig, des Hinweises des Genossen Stalin eingedenk zu sein:

„Die Partei ist für das Parteimitglied eine sehr große und ernste Sache geworden, und die Aufnahme in die Partei oder der Ausschluß aus der Partei stellen im Leben eines Menschen einen sehr wichtigen Wendepunkt dar.“

„Für die einfachen Parteimitglieder ist das Verbleiben in der Partei oder der Ausschluß aus der Partei eine Frage von Leben und Tod.“

An anderer Stelle hat Genosse Stalin darauf hingewiesen, daß in der Partei die höchste Strafe der Ausschluß aus der Partei ist, so wie in der Armee die höchste Strafe die Erschießung ist. (Siehe *J. Stalin*, Sammelband „Über die Opposition“, S. 34, russ.)

Die Beschlüsse des Februar-März-Plenums des ZK der KPdSU (B) vom Jahre 1937 und des Januar-Plenums des ZK der KPdSU(B) vom Jahre 1938 zur Frage des Parteiausschlusses laufen gerade darauf hinaus, daß *die Parteiausschlüsse auf ein Minimum beschränkt werden müssen*. Kommt der Parteiausschluß dem höchsten Strafmaß in der Armee, d. h. der Erschießung gleich, so darf man ihn nicht wahllos nach links und rechts anwenden.

Es ist notwendig, daß die Rolle der Parteistrafen, die im Parteistatut für die verschiedenen Arten von Vergehen vorgesehen sind, wieder zu ihrem Rechte kommt. Man darf nicht über alle Vergehen in gleicher Weise urteilen, ohne zu untersuchen, ob das Vergehen ernst oder belanglos ist. Parteiausschlüsse waren eine Zeitlang in der Praxis vieler Parteiorganisationen zum Wechselgeld geworden, und solche Parteistrafen, wie die Erteilung eines Verweises, eines Tadels, Hinweise auf Vergehen, die Erteilung einer Rüge, einer strengen Rüge, einer strengen Rüge mit Verwarnung, d. h. die ganze genügend be-

wegliche Skala von Einwirkungsmaßnahmen der Partei, wie sie in unserem Statut vorgesehen ist und der verschiedenen Art und den verschiedenen Graden von Parteivergehen entspricht, gerieten in Vergessenheit.

Es ist notwendig, die Rolle der Erziehungs- und Einwirkungsmaßnahmen, die im Statut vorgesehen sind, wieder zu ihrem Rechte kommen zu lassen.

Es muß auch über die alten, aufgehobenen Parteistrafen gesprochen werden. Darüber wurde in den Parteiversammlungen vor dem Parteitag ebenfalls nicht wenig gesprochen. Hat sich jemand gebessert und ist seine Parteistrafe aufgehoben, so braucht man nicht ständig an sie zu erinnern, braucht man das Parteimitglied nicht für alte, wiedergutmachte Fehler büßen zu lassen und moralisch zu disqualifizieren.

Es gibt bei uns nicht wenig Fälle, daß sich jemand vor 10 Jahren ein Vergehen zuschulden kommen ließ und dafür eine Parteistrafe erhielt. Dann hat er sich gebessert und die Parteistrafe wurde aufgehoben. An diese Parteistrafe wird jedoch unbedingt erinnert, sobald von diesem Menschen die Rede ist. Das bringt viel Schaden, zum Beispiel im Hinblick auf die Ausübung des Rechtes, in die Parteiorgane gewählt zu werden. Bekanntlich werden solche Genossen bei der Erörterung der Kandidaturen für die Wahlen zu den Parteiorganen häufig abgelehnt. Das ist aber falsch: hat jemand sein Vergehen wiedergutmacht, wozu soll ihm dann sein ganzes Leben lang ein moralischer Fleck anhaften? Es ist nicht nötig, für Gewesenes büßen zu lassen. (*Zurufe: Sehr richtig!*)

### Die Beherrschung und die Anerkennung des Parteiprogramms

In den Thesen wird hervorgehoben, daß die statutenmäßige Forderung an die in die Partei eintretenden Kandidaten aufgehoben werden muß, wonach neben der *Anerkennung* des

Programms und des Statuts der Partei sowie der Durchmachung der im Statut vorgesehenen Kandidatenzeit auch die *Beherrschung* des Programms eine der Bedingungen ihrer Aufnahme ist.

Genosse Stalin sagte in seinem Referat auf dem Februar-März-Plenum des ZK der KPdSU (B) im Jahre 1937:

„Um das Programm der Partei zu beherrschen, muß man wirklicher Marxist, erprobter und theoretisch geschulter Marxist sein. Ich weiß nicht, ob sich bei uns viele Parteimitglieder finden werden, die unser Programm bereits beherrschen und wirkliche Marxisten, theoretisch geschulte und erprobte Marxisten geworden sind. Wollten wir auf diesem Wege weitergehen, so dürften wir in der Partei nur Intellektuelle und überhaupt nur gelehrte Leute belassen. Wer braucht eine solche Partei? Wir besitzen die bewährte Leninsche Formel über die Mitgliedschaft in der Partei, eine Formel, die alle Proben bestanden hat. Auf Grund dieser Formel gilt als Parteimitglied derjenige, der das Parteiprogramm *anerkennt*, Mitgliedsbeiträge entrichtet und in einer ihrer Organisationen arbeitet. Man beachte: in der Leninschen Formel ist nicht von der *Beherrschung*, sondern von der *Anerkennung* des Programms die Rede. Das sind zwei ganz verschiedene Dinge. Es bedarf nicht erst des Beweises, daß hier Lenin im Rechte ist, und nicht unsere Parteigenossen, die unnützerweise von der Beherrschung des Programms schwätzen. Das ist doch einleuchtend. Ginge die Partei davon aus, daß nur solche Genossen Parteimitglieder sein können, die das Programm bereits beherrschen und zu theoretisch geschulten Marxisten geworden sind, so würde sie nicht in der Partei tausende Parteizirkel, Hunderte von Parteischulen schaffen, in denen man die Parteimitglieder im Marxismus unterrichtet und ihnen hilft, sich unser Programm anzueignen. Es ist ganz klar, daß die Partei solche Schulen und Zirkel für die Parteimitglieder organisiert, weil sie weiß, daß die Parteimitglieder sich das Parteiprogramm noch nicht angeeignet haben, noch nicht theoretisch geschulte Marxisten geworden sind.“

Das Programm beherrschen heißt, es begründen können. Das Programm anerkennen heißt, seine Leitsätze teilen, mit ihm einverstanden und bereit sein, es zu verteidigen. Es ist klar: verlangt man von dem Kandidaten die *Beherrschung* des Programms, d. h. seine *Begründung*, so bedeutet das, die Menschen von der Partei abzuschrecken. Diese theoretisch unrich-



tigen Forderungen führten denn auch in der Praxis zu einer unrichtigen Behandlung der Aufzunehmenden. Viele Kandidaten schreckten davor zurück, um Aufnahme als Parteimitglieder anzusuchen, aus Furcht, sich einem politischen Examen unterziehen zu müssen, das noch dazu nicht selten von unwisenden Leuten durchgeführt wurde. In der Praxis führten diese unbegründeten Forderungen zu einer Verletzung der Grundprinzipien der Partei und schufen für viele Parteimitglieder eine unbestimmte und unbeständige Lage.

Das bedeutet natürlich nicht, Genossen, daß den Kandidaten verwehrt wird, sich während ihrer Kandidatenzeit das Programm anzueignen. Es handelt sich vielmehr darum, ob dies *im Statut* von den Kandidaten gefordert werden soll. Es ist klar: von den Kandidaten die Beherrschung des Programms zu fordern hieße, die Menschen von der Partei abschrecken.

Anerkennung des Programms und des Statuts der Partei, Entrichtung von Mitgliedsbeiträgen, Arbeit in einer der Parteiorganisationen — das ist es, was dem Statut zufolge von einem Parteimitglied gefordert wird. Die bewährte Lenin-Stalinsche Formel über die Parteimitgliedschaft bedarf keiner Verbesserungen. Deshalb ist es notwendig, die Forderung nach der *Beherrschung* des Programms aufzuheben, die in dem bisher geltenden Parteistatut enthalten ist.

### Die innerparteiliche Demokratie

Genossen! Die Wendung im politischen Leben des Landes, die durch die Annahme der neuen Verfassung der Sowjetunion bedingt war, stellte die Partei vor neue Aufgaben. Diese Wendung im politischen Leben des Landes bestand in der vollen Demokratisierung des Wahlsystems, im Übergang von beschränkten Wahlen zu allgemeinen, von nicht ganz gleichen Wahlen zu gleichen, von mehrstufigen Wahlen zu direkten, von offenen Wahlen zu geheimen.

Das neue Wahlsystem mußte zu einer Steigerung der politischen Aktivität der Massen, zu einer Verstärkung der Kontrolle der Massen über die Organe der Sowjetmacht, zu einer Erhöhung der Verantwortlichkeit der Organe der Sowjetmacht vor dem Volk führen und hat auch in der Tat dazu geführt.

Um der Wendung im politischen Leben des Landes vollauf gerüstet zu begegnen, mußte die Partei bei dieser Wendung an der Spitze stehen und ihre führende Rolle bei den damals bevorstehenden Wahlen zum Obersten Sowjet der UdSSR und zu den Obersten Sowjets der Unionsrepubliken völlig sicherstellen. Aber dazu war es notwendig, daß die Parteiorganisationen selbst in ihrer praktischen Arbeit durch und durch demokratisch werden, daß sie in ihrem inneren Parteileben die Grundsätze des demokratischen Zentralismus restlos durchführen, wie dies das Parteistatut verlangt, daß alle Parteiorgane wählbare Organe seien, daß Kritik und Selbstkritik in der Partei in vollem Maße entfaltet werden, daß die Verantwortlichkeit der Parteiorganisationen vor der Parteimasse eine volle sei und daß die Parteimasse selbst vollständig aktiviert werde.

Auf dem Februar-März-Plenum des Zentralkomitees wurde festgestellt, daß eine ganze Reihe von Parteiorganisationen in ihrer praktischen Arbeit immer wieder das Parteistatut und die Grundlagen des demokratischen Zentralismus verletzen, indem sie die Wählbarkeit durch Kooptierungen, die Abstimmung über einzelne Kandidaturen durch Abstimmungen nach Listen ersetzen usw. Es galt also, vor allem die antidemokratischen Gepflogenheiten der Parteiorganisationen zu beseitigen und die Parteiarbeit auf der Grundlage der voll entfalten innerparteilichen Demokratie umzustellen.

Worin besteht das Wesen der bolschewistischen innerparteilichen Demokratie? Das Wesen der bolschewistischen innerparteilichen Demokratie läuft, wie Genosse Stalin wiederholt gelehrt hat, auf die Selbstbetätigung, auf die aktive Teilnahme der Parteimitglieder an der Parteileitung hinaus. „Die inner-

parteiliche Demokratie bedeutet die Hebung der Aktivität der Parteimassen und die Festigung der Einheit der Partei, die Festigung der bewußten proletarischen Disziplin in der Partei“, lehrt Genosse Stalin.

Eben zu diesem Zweck setzte die Partei den in der Praxis der Parteiarbeit vorgekommenen Verletzungen der Grundlagen des demokratischen Zentralismus ein Ende und stellte im Einklange mit dem Parteistatut die Wählbarkeit der führenden Organe der Parteiorganisationen wieder her.

Die Partei traf auch eine Reihe weiterer Maßnahmen, die die Verwirklichung einer konsequent demokratischen Praxis gewährleisten, und zwar: Abschaffung der Gepflogenheiten der Kooptierungen, Verbot, bei der Wahl der Parteiorgane die Abstimmung nach Listen vorzunehmen, Übergang zur Abstimmung nach einzelnen Kandidaturen, Sicherstellung des unbeschränkten Rechtes aller Parteimitglieder, Kandidaten abzulehnen und an ihnen Kritik zu üben, Einführung der geschlossenen (geheimen) Abstimmung über die Kandidaten bei der Wahl von Parteiorganen, Festsetzung der obligatorischen periodischen Einberufung der städtischen Parteiaktivs und in den großen Städten auch der Rayonaktivs.

Das Statut muß diesen neuen Maßnahmen der Partei Ausdruck verleihen, die in der Praxis erprobt wurden und eine Weiterentwicklung der Kritik und Selbstkritik, die Erhöhung der Verantwortlichkeit der Parteiorgane vor den Parteimassen, die Steigerung der Aktivität der Parteimassen gewährleistet und dazu beigetragen haben, daß die Partei zur erfolgreichen Bewältigung der neuen Aufgaben der politischen Führung gerüstet ist.

Bekanntlich haben die Wahlen zu den Obersten Sowjets der Union der SSR und der Unionsrepubliken gezeigt, daß die Partei gerade dadurch den vollen Sieg des Blocks der Kommunisten und Parteilosen erreicht hat, daß sie die praktische Parteiarbeit auf der Grundlage der Verwirklichung der Prinzipien der innerparteilichen Demokratie umgestellt hatte.

Die konsequente Verwirklichung einer demokratischen Praxis hat auf das gesamte Leben der Parteiorganisationen einen wohltuenden Einfluß ausgeübt. Ein Ergebnis der gestiegenen Aktivität und Bewußtheit der Parteimitglieder, ihres Verantwortungsgefühls für die Sache der Partei sind die dem Parteitag vorausgegangene Diskussion und die Resultate der Wahlen der Parteiorgane, die das Aufblühen der innerparteilichen Demokratie veranschaulichten. (*Beifall.*) Das ist die Grundlage, auf welcher gewaltige neue Schichten von Parteimitgliedern zur Teilnahme am Parteilieben aufgestiegen sind.

Bei den Wahlen der Parteiorgane im Jahre 1938 wurde in weitem Maße die Kritik an der Tätigkeit jener Parteiorgane entfaltet, deren Arbeit schwach war. Auf Grund dieser Kritik wurde die Tätigkeit einer großen Anzahl von Parteikomitees und von Parteiorganisatoren der primären Parteiorganisationen, Stadt- und Rayon-Parteikomitees, Gebiets- und Regionalkomitees für unbefriedigend befunden.

Bei den Wahlen im Jahre 1938 sind viele neue Parteiarbeiter in leitende Parteiorgane aufgerückt, wobei ein großer Teil dieser Parteiarbeiter zum erstenmal in leitende Parteiorgane gewählt wurde. Das ist schon der Nachwuchs. Insgesamt wurden zum erstenmal gewählt: 35 Prozent der Mitglieder der Parteikomitees der primären Parteiorganisationen, 41 Prozent der Mitglieder der Rayonkomitees, 46 Prozent der Mitglieder der Stadtkomitees, 60 Prozent der Mitglieder der Gebiets-, Regional- und der Zentralkomitees der nationalen kommunistischen Parteien.

Die Berichte der örtlichen Parteiorganisationen zeigen, daß über zwei Millionen Mitglieder und Kandidaten der Partei in den Parteiversammlungen an der Erörterung der Thesen zum XVIII. Parteitag teilgenommen haben. Ungefähr eine Million Kommunisten haben in diesen Versammlungen in der Diskussion das Wort ergriffen. (*Beifall.*)

Genossen, unsere Partei hat eine Diskussion, wie sie vor dem XVIII. Parteitag stattgefunden hat, noch niemals gehabt.

Diese Diskussion verlief im Zeichen einer beispiellosen Geschlossenheit und Einheit unserer Partei, im Zeichen einer außerordentlich gestiegenen Aktivität der Parteimitglieder.

Jeder Diskussionsredner brachte seine Abänderungsvorschläge und Zusatzanträge ein, von dem Wunsche geleitet, der Partei zu helfen und die gemeinsame Sache der Partei zu festigen.

Die Ergebnisse der Diskussion bestätigen, daß wir gegenwärtig ein Aufblühen der innerparteilichen Demokratie, einen beispiellosen Aufschwung der Aktivität und Selbstbetätigung der Parteimitglieder zu verzeichnen haben.

Die Arbeit, die die Partei auf der Grundlage der bekannten Beschlüsse des Februar-März-Plenums des Zentralkomitees vom Jahre 1937 und der von Genossen Stalin auf diesem Plenum der Partei gegebenen Hinweise leistete, hat sehr gute Ergebnisse gezeitigt. Das Gefühl der Verbundenheit eines jeden Parteimitglieds mit der Partei und ihrer Arbeit ist gewachsen und erstarkt: jedes Parteimitglied begann sich als vollwertige Einheit zu fühlen, die mit dem Gesamtkollektiv der Partei verbunden und für die Gesamtheit, für das Ganze verantwortlich ist. Das ist das wichtigste und wertvollste Ergebnis der Entfaltung der innerparteilichen Demokratie.

Und das zweite — was nicht minder wichtig ist und von uns ebenfalls als Ergebnis der Entwicklung der Partei in den letzten Jahren hervorgehoben werden muß —, das ist die Tatsache, daß sich zwischen den Leitern und den Massen ein neues Verhältnis gebildet und gefestigt hat: unermesslich gestiegen ist das Vertrauen der Massen zu den Leitern und ihre gegenseitige Verbundenheit und Vertrautheit. Die Massen haben sich daran gewöhnt, die Leiter als ihre Erwählten, als teure und nahestehende Menschen zu betrachten, die zugleich vor der Partei, vor den Massen, vor dem Volk verantwortlich sind. Das ist das zweite äußerst wertvolle Ergebnis der von der Partei in den letzten Jahren geleisteten Arbeit. (*Stürmischer Beifall.*)

*Schlußfolgerung:* Die Umstellung der politischen Parteiarbeit auf der Basis konsequenter Verwirklichung der Grundsätze

der bolschewistischen innerparteilichen Demokratie hat die Macht unserer Partei gefestigt. Die Partei befindet sich auf dem Wege zur vollständigen Aktivierung der Parteimassen, und das ist die wichtigste Vorbedingung, damit die Partei als Ganzes und jeder einzelne Kommunist ihrer Avantgarderolle in den Massen gerecht werden und folglich auch, damit weitere Siege des sozialistischen Aufbaus errungen werden.

Die Partei wird auch weiterhin die innerparteiliche Demokratie entfalten und sicherstellen als Mittel zur Hebung der Aktivität und Selbstbetätigung der Parteimitglieder, als Mittel zur Säuberung der Partei von feindlichem Geschmeiß und Abschaum. (*Langanhaltender Beifall.*)

### Die Kaderauslese, die Kontrolle der Durchführung und die Beförderung neuer Kader von Parteiarbeitern

Ich komme zu den Fragen der Umstellung des Parteiapparats, der Kaderauslese und der Kontrolle der Durchführung.

In seinem Rechenschaftsbericht an unseren Parteitag gab Genosse Stalin eine erschöpfende Definition der Bedeutung der Kader und ihrer richtigen Auslese. Er sagte:

„Richtige Kaderauslese heißt:

Erstens, die Kader schätzen als den goldenen Fonds der Partei und des Staates, sorgsam mit ihnen umgehen, sie achten.

Zweitens, die Kader kennen, die Vorzüge und Mängel jedes Kaderarbeiters sorgfältig studieren und wissen, auf welchem Posten sich die Fähigkeiten des Mitarbeiters am leichtesten entfalten können.

Drittens, fürsorglich Kader heranbilden, jedem sich entwickelnden Mitarbeiter helfen, sich emporzuarbeiten, keinen Zeitaufwand scheuen, um sich mit solchen Mitarbeitern geduldig ‚abzugeben‘ und ihre Entwicklung zu beschleunigen.

Viertens, rechtzeitig und kühn neue, junge Kader befördern, ohne sie an der alten Stelle einrostern, ohne sie versauern zu lassen.

Fünftens, die Mitarbeiter so auf die Arbeitsplätze verteilen, daß sich jeder am richtigen Platze fühle, daß jeder Mitarbeiter für unsere gemeinsame Sache das Höchstmaß dessen leisten könne, wozu er seinen persönlichen Anlagen nach überhaupt fähig ist, daß die allgemeine Rich-

tung der Arbeit zur Verteilung der Kader vollauf den Anforderungen der politischen Linie entsprechen, zu deren Durchführung diese Verteilung vorgenommen wird.“ (J. Stalin, „Rechenschaftsbericht an den XVIII. Parteitag über die Arbeit des ZK der KPdSU [B]“, Dietz Verlag, Berlin 1949, S. 47.)

Ferner wies Genosse Stalin darauf hin, worin gegenwärtig die Aufgabe der Partei bei der richtigen Kaderauslese besteht:

„Die Aufgabe besteht darin, die Kaderauslese von unten bis oben in vollem Umfang in ein und dieselben Hände zu legen und sie auf die gebührende Höhe, auf ein wissenschaftliches, bolschewistisches Niveau zu bringen.

Dazu ist es notwendig, Schluß zu machen mit der Zersplitterung des Studiums, der Beförderung und der Auslese der Kader in verschiedene Abteilungen und Sektoren, und diese Tätigkeit an einer Stelle zu konzentrieren.

Diese Stelle muß die Kaderverwaltung beim ZK der KPdSU (B) sowie die entsprechende Kaderabteilung bei jeder Parteiorganisation der Republik, der Region und des Gebietes sein. (Ebenda, S. 49.)

Von diesem Gesichtspunkt aus hat sich die bestehende Organisation des Parteiapparats als unzulänglich erwiesen.

Zur praktischen Arbeit an der Verwirklichung der Beschlüsse und Entscheidungen der Partei und zur Kontrolle darüber, wie sie durch die Sowjet- und Wirtschaftsorgane sowie durch die unteren Parteiorganisationen durchgeführt werden, waren gemäß dem Parteistatut bei den Gebiets-, Regional-, Zentralkomitees der nationalen kommunistischen Parteien und beim ZK der KPdSU (B) Produktionsgruppen-Abteilungen organisiert worden. Man hatte dabei im Auge, daß in den Produktionsgruppen-Abteilungen die gesamte Arbeit in dem betreffenden Produktionszweig konzentriert sein werde, d. h. die organisatorische Parteiarbeit, die Ausbildung und Verteilung der Kader, die Massenagitation, die Betriebspropaganda, die Aufsicht über die Durchführung der Parteibeschlüsse durch die entsprechenden Sowjet- und Wirtschaftsorgane sowie Parteiorganisationen.

Die Mängel der bestehenden Organisation dieser Arbeit liefen darauf hinaus, daß die Kaderauslese, die der Leitung von

einem einzigen Zentrum aus bedarf — denn die Kaderauslese erfordert, daß die gesamten Erfahrungen und die ganze Kenntnis der Kader an einem einzigen Ort konzentriert werden, und darin besteht ja die Kunst der bolschewistischen Leitung —, daß diese Kaderauslese in zahlreiche Produktionsgruppen-Abteilungen zersplittert war. Dies führte zu einer unrichtigen Verwendung der Kader, zum Fehlen einheitlicher Methoden des Studiums der Kader und folglich auch zu Fehlgriffen bei der Auswahl der Menschen. Die Zersplitterung der Kaderauslese in verschiedene Produktionsgruppen-Abteilungen hatte auch eine künstliche Teilung der Kader nach einzelnen Fächern und Ressorts zur Folge, während eine richtige Kaderauslese ein geschicktes und elastisches Manövrieren erheischt.

Viele von euch, Genossen, wissen aus der eigenen Praxis, wie zersplittert und zerbröckelt bei uns die Arbeit an der Kaderauslese ist. Bei den Gebiets- und Regionalkomitees bestehen Abteilungen für Industrie, für Sowjethandel, für Kultur und Bildung u. a. Zwischen diesen Abteilungen kommt es zu Kämpfen und Händeln um diesen oder jenen Genossen. Dies wirkt sich auf das Studium, die Auslese und die Beförderung der Kader schädlich aus.

Eine zweckmäßige Verwendung der Mitarbeiter entsprechend den Anforderungen der Arbeit und den Fähigkeiten der Menschen ist bei einer Zerbröckelung der Kaderauslese nach den einzelnen Fachgruppen unmöglich.

Die Erfahrung zeigt, daß uns eine solche Organisation des Parteiapparats keineswegs befriedigen kann.

Im Zusammenhang damit ergab sich die Notwendigkeit, beim Zentralkomitee einen leistungsfähigen Apparat für Kaderfragen zu schaffen, eine Kaderverwaltung, die fähig wäre, wie Genosse Stalin sagte, die Aufgaben der Auslese und Verteilung der Kader richtig, wissenschaftlich zu lösen; die Fragen der Leitung der organisatorischen Parteiarbeit sollen dabei ausgeschieden und in einer speziellen Organisations- und Instruktionsabteilung konzentriert werden.



Das Zentralkomitee hat in den letzten zwei Jahren bereits mehrere Maßnahmen in dieser Richtung getroffen. Sie bestanden darin, daß die Arbeit an der Auslese und Beförderung der leitenden Kader sowohl für die Parteiorgane als auch für den Sowjet- und Wirtschaftsapparat, für alle Volkskommissariate, immer mehr in der jetzigen Abteilung für leitende Parteiorgane des ZK zentralisiert wurde.

Die Umstellung in der Arbeit an der Auslese, dem Studium und der Verteilung der Kader muß im Geiste der Weisungen erfolgen, die Genosse Stalin in seinem Rechenschaftsbericht an den XVIII. Parteitag über die Arbeit des ZK der KPdSU (B) gegeben hat.

Ferner möchte ich noch auf eine Abänderung am Statut eingehen, die dem XVIII. Parteitag vom Zentralkomitee zur Behandlung vorgelegt wird. Ich meine den Antrag, wonach für die Genossen, die zu leitender Parteiarbeit als Sekretäre der Gebiets-, Stadt-, Rayonkomitees usw. aufrücken, eine kürzere Dauer ihrer Parteizugehörigkeit als bisher festgelegt werden soll. Das Zentralkomitee beantragt, diesen Punkt des Parteistatuts im Sinne einer Herabsetzung der geforderten Dauer der Parteizugehörigkeit abzuändern und geht dabei von der Aufgabe aus, die erforderlichen Vorbedingungen zu schaffen, um neue Kader von Parteiarbeitern zu leitender Parteiarbeit aufrücken zu lassen.

Dieser Antrag ist von großer prinzipieller und praktischer Bedeutung.

Genosse Stalin formulierte in seinem Bericht auf unserem Parteitag mit genialer Klarheit die Aufgabe der Beförderung neuer Kader.

„Die Aufgabe“, sagte Genosse Stalin, „besteht nicht darin, sich entweder auf die alten oder auf die neuen Kader zu orientieren, sondern darin, auf die Koordinierung, die Vereinigung der alten und jungen Kader zu einem gemeinsamen Orchester der leitenden Arbeit der Partei und des Staates Kurs zu halten.“ (*Ebenda*, S. 48–49.)

Aus diesem Grunde ist es notwendig, rechtzeitig und kühn junge Kader auf leitende Posten aufrücken zu lassen.

Gerade dadurch, daß unsere Partei rechtzeitig und kühn junge Kader auf leitende Posten beförderte, erzielte sie eine ihrer größten Errungenschaften, die darin besteht, daß über eine halbe Million junge Bolschewiki, Parteimitglieder und der Partei Nahestehende zu leitender Staats- und Parteiarbeit aufrückten.

Es muß darauf hingewiesen werden, daß sich die Zusammensetzung unserer leitenden Kader qualitativ verbessert hat. Die Parteikader verfügen jetzt über nicht wenig Menschen mit Hochschulbildung, über Menschen von Kultur, mit Wissen und Bildung.

#### Einige Angaben über die leitenden Parteikader

	Insgesamt	Mit abgeschlossener, nichtabgeschlossener Hochschulbildung u. mit Mittelschulbildung	Arbeiter der sozialen Lage nach vor der Beförderung	Unter 40 Jahren	Von 31 bis 35 Jahren	Parteizugehörigkeit seit 1924 u. später
Sekretäre der Gebiets-, Regionalkomitees und ZK der nationalen kommunistischen Parteien	333	$\frac{196}{58,9}$	$\frac{175}{52,6}$	$\frac{303}{91}$	$\frac{177}{53,2}$	$\frac{268}{80,5}$
Sekretäre der Rayon-, Stadt- und Bezirks-Parteikomitees . . . .	10 902	$\frac{3 115}{28,6}$	$\frac{5 248}{48,1}$	$\frac{10 020}{92}$	$\frac{5 649}{52,7}$	$\frac{10 193}{93,5}$
Abteilungsleiter der Gebiets-, Regionalkomitees und ZK der nationalen kommunistischen Parteien . . . . .	510	$\frac{327}{64,1}$	$\frac{231}{45,3}$	$\frac{469}{92}$	$\frac{263}{51,6}$	$\frac{431}{84,5}$

- Anmerkungen: 1. Der Nenner gibt den Prozentsatz an.  
 2. Die große Masse der Personen mit Hochschulbildung hat die Hochschule bzw. die Technische Hochschule in den Jahren 1934 bis 1936 und 1937 bis 1938 absolviert.

Hatte man noch vor einigen Jahren eine gewisse Scheu, hochgebildete Menschen und Jugendliche zu leitender Parteiarbeit heranzuziehen, wobei die Schädlinge die jungen Kader geradezu drosselten und nicht hochkommen ließen, so besteht jetzt der größte Sieg der Partei darin, daß es ihr gelang, nachdem sie sich der Schädlinge entledigt hatte, die Bahn für das Aufrücken der in der letzten Zeit herangewachsenen Kader frei zu machen und sie zu leitender Arbeit heranzuziehen. Darin liegt der Unterpfand der Kraft und der Unbesiegbareit unserer Partei. (*Stürmischer Beifall.*)

\*

Als ungenügend erwies sich auch die Kontrolle der Durchführung der Parteidirektiven, die nach verschiedenen Produktionsgruppen-Abteilungen getrennt und daher zersplittert ist. Diese Arbeit muß ebenfalls an einer Stelle zentralisiert werden und dementsprechend muß auch der Charakter der Tätigkeit der Kommission für Parteikontrolle geändert werden. Die Parteikontrolle muß eine wirksame Kontrolle sein, sie muß Fehlern rechtzeitig vorbeugen.

Eine richtige Kontrolle setzt nicht nur voraus, daß die Durchführung von Direktiven kontrolliert wird, sondern auch, daß man die Richtigkeit dieser oder jener Direktiven prüft und feststellt, ob man sie nicht durch andere ersetzen müßte.

Genosse Stalin betonte wiederholt und betont immer wieder:

„Leiten bedeutet keineswegs nur Resolutionen schreiben und Direktiven verschicken. Leiten bedeutet, daß man die Durchführung der Direktiven kontrolliert und nicht allein die Durchführung, sondern auch die Direktiven selbst, ob sie richtig oder unrichtig sind. Es wäre lächerlich zu glauben, daß alle unsere Direktiven zu 100 Prozent richtig seien. Derartiges gibt es nicht und kann es auch nicht geben, Genossen. *Die Kontrolle der Durchführung besteht eben darin, daß unsere Parteiarbeiter im Feuer der praktischen Erfahrung nicht nur die Durchführung unserer Direktiven, sondern auch die Richtigkeit der Direktiven selbst prüfen sollen.* (Von mir hervorgehoben. — *A. Shd.*) Deshalb bedeuten Mängel auf diesem Gebiet Mängel in unserer gesamten Leitung.“ (*J. Stalin*, „Über die Arbeit des Vereinigten Plenums des ZK und der ZKK“, April 1928, russ.)

Die Kontrolle der Durchführung ist das wichtigste Mittel gegen Stagnation in der Arbeit, gegen Verschimmelung. Sie ist das wichtigste Mittel, um der Schädlingarbeit vorzubeugen. Wo die Kontrolle der Durchführung richtig organisiert ist, dort ist der Schädling lahmgelegt.

Die Aufgabe, die Kontrolle der Durchführung der Parteidirektiven zu verstärken, wird zur zentralen Aufgabe der Kommission für Parteikontrolle.

Davon ausgehend muß festgelegt werden, daß die Kommission für Parteikontrolle ihre Funktion beim ZK der KPdSU (B) ausübt. Infolgedessen fällt die Notwendigkeit weg, die Kommission für Parteikontrolle unmittelbar auf dem Parteitag zu wählen. Die Kommission für Parteikontrolle soll vom Plenum des Zentralkomitees gewählt werden und unter der Leitung sowie nach den Direktiven des ZK der KPdSU (B) arbeiten.

### Die Beseitigung des theoretischen und politischen Zurückbleibens der Kader

Genosse Stalin hat in seinem Bericht mit aller Schärfe und Prägnanz die Aufgaben auf dem Gebiete der Parteipropaganda, auf dem Gebiete der marxistisch-leninistischen Erziehung der Kader umrissen.

Er sagte:

„Man kann die Regulierung der Zusammensetzung der Partei und das nähere Heranbringen der leitenden Organe an die Arbeit der unteren Organisationen befriedigend bewerkstelligen; man kann die Beförderung, die Auslese, die Verteilung der Kader befriedigend organisieren; wenn aber bei alledem unsere Parteipropaganda aus irgendwelchen Gründen zu hinken beginnt, wenn die marxistisch-leninistische Erziehung unserer Kader zu verkümmern beginnt, wenn unsere Arbeit zur Hebung des politischen und theoretischen Niveaus dieser Kader nachläßt und die Kader selber im Zusammenhang damit aufhören, sich für die Perspektive unseres Vormarsches zu interessieren, wenn sie aufhören zu begreifen,

daß unsere Sache die einzig gerechte Sache ist, und sich in engstirnige Praktiker ohne Perspektive verwandeln, die die Weisungen von oben blind und mechanisch befolgen, dann muß unsere gesamte Staats- und Parteiarbeit unbedingt verkümmern. Es muß als Axiom gelten: je höher das politische Niveau und je bewußter die marxistisch-leninistische Einstellung der Funktionäre des betreffenden Zweiges der Staats- und Parteiarbeit, um so höher steht die Arbeit, um so fruchtbringender ist sie, um so wirksamer ihre Resultate, und umgekehrt: je niedriger das politische Niveau und je weniger bewußt die marxistisch-leninistische Einstellung der Funktionäre, um so wahrscheinlicher sind Versagen und Fehlschläge in der Arbeit, um so wahrscheinlicher ist es, daß die Funktionäre selber verflachen und zu kleinlichen Wichtigtuern werden, um so wahrscheinlicher ist es, daß sie entarten. (*J. Stalin*, „Rechenschaftsbericht an den XVIII. Parteitag über die Arbeit des ZK der KPdSU (B)“, Dietz Verlag, Berlin 1949, S. 50–51.)

Genosse Stalin hat darauf hingewiesen, daß wir über alle notwendigen Mittel und Möglichkeiten verfügen, um unsere Kader ideologisch zu schulen und politisch zu stählen, und daß davon zu neun Zehnteln die Bewältigung aller unserer praktischen Aufgaben abhängt.

Die Aufgabe der Beseitigung des theoretischen und politischen Zurückbleibens der Parteikader, die Aufgabe, alle Parteimitglieder mit der marxistisch-leninistischen Theorie zu wappnen und den Bolschewismus zu meistern, machen es notwendig, die Parteipropaganda und -agitation auf die gebührende Höhe zu bringen entsprechend dem Beschluß des Zentralkomitees „Über die Gestaltung der Parteipropaganda im Zusammenhang mit dem Erscheinen des ‚Kurzen Lehrgangs der Geschichte der KPdSU (B)‘“ und auch entsprechend den Hinweisen, die Genosse Stalin in seinem Bericht auf unserem Parteitag zu dieser Frage gegeben hat.

Die Aufgabe der Meisterung des Bolschewismus ergibt sich unmittelbar aus den Aufgaben der heutigen Etappe des sozialistischen Aufbaus.

Um die Hauptaufgabe des Dritten Fünfjahrplans erfolgreich zu erfüllen, die Aufgabe der kommunistischen Erziehung der Werktätigen, die Aufgabe, die Überbleibsel des Kapitalismus

im Bewußtsein der Menschen zu überwinden, um die praktischen Fragen des sozialistischen Aufbaus erfolgreich zu lösen, um für den Kampf gegen die kapitalistische Umwelt und ihre Agentur gerüstet zu sein, müssen sich unsere Kader mit der Theorie, das heißt mit der Kenntnis der Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung und des politischen Kampfes wappnen.

Die Hauptmängel der Parteipropaganda sind in dem bekannten Beschluß des Zentralkomitees dargelegt. In diesem Beschluß sind auch die Methoden der Umgestaltung der Parteipropaganda im Zusammenhang mit dem Erscheinen des „Kurzen Lehrgangs der Geschichte der KPdSU (B)“ aufgezeigt.

Gegenwärtig hat die Umgestaltung der Propagandaarbeit begonnen. Die ersten Schritte bei dieser Umgestaltung zeigen, daß das Erscheinen des „Kurzen Lehrgangs der Geschichte der KPdSU (B)“ und der Beschluß des Zentralkomitees einen mächtigen Anstoß gegeben haben, um die gesamte ideologisch-politische Arbeit auf eine neue Stufe zu heben. Millionen Menschen haben das Studium des Marxismus-Leninismus, das Studium des „Kurzen Lehrgangs der Geschichte der KPdSU (B)“ in Angriff genommen. Das ist ein gewaltiger Sieg unserer Partei. Der „Kurze Lehrgang der Geschichte der KPdSU (B)“ ist in russischer Sprache in einer Auflage von ungefähr 12 Millionen Exemplaren abgesetzt worden (*lebhafter Beifall*), wozu noch ungefähr 2 Millionen Exemplare in anderen Sprachen der Völker der Sowjetunion kommen. Der „Kurze Lehrgang der Geschichte der KPdSU (B)“ ist in 28 fremde Sprachen übersetzt und bereits in Auflagen von insgesamt mehr als 673000 Exemplaren erschienen. Man kann mit Bestimmtheit sagen, daß dies seit Bestehen des Marxismus das erste marxistische Buch ist, das so weite Verbreitung gefunden hat. (*Beifall.*)

Die Parteikader sind an das selbständige Studium herangegangen. Die Nachfrage nach marxistisch-leninistischer Literatur ist gewaltig gestiegen. Der Propaganda des Marxismus-Leninismus ist gegenwärtig die Aufmerksamkeit aller Parteiorganisationen zugewendet.

Es wurden bereits gewisse Erfahrungen über die neuen Formen der Arbeit gesammelt.

Nach dem Beschluß des Zentralkomitees sind zur Propaganda des Marxismus-Leninismus in Wort und Schrift die besten theoretischen und propagandistischen Kräfte der Partei herangezogen worden. Es werden Kader erfahrener Berufspropagandisten geschaffen.

Vor der Umgestaltung der Parteipropaganda wurden in unserer Partei mehr als 112000 Propagandisten gezählt. Es versteht sich von selbst, daß sich unter ihnen nicht wenig mangelhaft vorgebildete Leute befanden. Heute hat sich diese Zahl bedeutend verringert. Als Propagandisten werden von den Parteiorganisationen Leute ausgewählt, die auf Grund ihrer Vorbildung für die Propaganda wirklich geeignet sind.

Auch die Zahl der Zirkel hat sich verringert. Gab es zum Beispiel in Moskau vor dem Beschluß des Zentralkomitees mehr als 9000 Zirkel und in Leningrad mehr als 5000, so haben wir heute in Moskau etwas über 500 Zirkel, in Leningrad ungefähr 300.

Zur Hauptmethode der Arbeit der Kader wird das selbständige Studium.

Es verbreitert sich die Pressepropaganda, der in der Gestaltung der Propagandaarbeit entscheidende Bedeutung zukommt.

All das ist jedoch erst der Auftakt zu jener Entfaltung der Propagandaarbeit, die unsere Partei anstrebt. Unsere bolschewistische Presse wird dabei eine entscheidende Rolle spielen. Die Nachfrage nach dem gedruckten Wort ist kolossal gestiegen und wird weiter steigen.

Wir stehen am Vorabend eines gewaltigen Aufschwungs der gesamten Propagandaarbeit der Partei. Für die Zwecke der Propaganda müssen in breitem Umfang so mächtige Mittel ausgenutzt werden wie das Kino, das Radio, die Kunst.

Um die marxistisch-leninistische Propaganda in der Partei und im Staat erfolgreich zu leiten, um die Aufgabe, das theoretische und politische Zurückbleiben der Parteikader zu über-

winden, erfolgreich zu erfüllen, muß das Zentralkomitee über einen mächtigen Propaganda- und Agitationsapparat verfügen, in Gestalt einer Verwaltung für Propaganda und Agitation, die die gesamte Arbeit der Propaganda und Agitation in Wort und Schrift zusammenfaßt.

Die ideologische Stählung wird bei den Sowjetmenschen das Bewußtsein der Würde des Sowjetbürgers und die Zuversicht in die eigenen Kräfte festigen. Machtvoller denn je klingen heute die Worte des Genossen Stalin, daß die Theorie den Praktikern die Kraft der Orientierung, die Zuversicht in sich selbst, die Perspektive gibt und die Fähigkeit verleiht, die Ereignisse nicht nur zu sehen, sondern auch vor auszusehen.

Die Umgestaltung unserer Parteipropaganda wird das Aufblühen der theoretischen Arbeit sichern und unsere Partei ideologisch noch mehr wappnen. (*Stürmischer Beifall.*)

#### Die Umgestaltung des Parteiapparats und die Unionskonferenzen

Genossen! Aus den Thesen über die Abänderungen am Statut der KPdSU (B) ergibt sich die Aufgabe der Umgestaltung des Apparats der Abteilungen sowohl im Zentralkomitee als auch in den örtlichen Parteiorganen.

Die Produktionsgruppen-Abteilungen wissen gegenwärtig nicht, womit sie sich eigentlich beschäftigen sollen, sie übernehmen zuweilen Funktionen von Wirtschaftsorganen, konkurrieren mit ihnen, wodurch eine „Entpersönlichung“ und Verantwortungslosigkeit in der Arbeit erzeugt wird.

Die Produktionsgruppen-Abteilungen des ZK der KPdSU (B) müssen abgeschafft werden, mit Ausnahme der Landwirtschaftlichen Abteilung, wegen der besonderen Wichtigkeit der Aufgabe, die Tätigkeit der Sowjet- und Parteiorganisationen auf dem Gebiete der Landwirtschaft zu kontrollieren und zu überwachen.



Gegenwärtig stehen vor unserer Partei in ihrer ganzen Größe die Aufgaben der organisatorischen Festigung der Kollektivwirtschaften, die Fragen der Leitung der kollektiven Wirtschaft, die Fragen der Arbeitsorganisation in den Kollektivwirtschaften, Sowjetwirtschaften und Maschinen- und Traktorenstationen. Über diese Aufgaben hat Genosse Andrejew auf dem Parteitag anschaulich und überzeugend gesprochen.

Angesichts einer gewissen Schwäche in der Arbeit der Volkskommissariate für Landwirtschaft und für Sowjetwirtschaften und in einer Situation, wo die Arbeit in der Landwirtschaft ganz besondere Aufmerksamkeit und Sorge von seiten der örtlichen Parteiorganisationen erheischt, ist es notwendig, die Landwirtschaftliche Abteilung im Apparat des Zentralkomitees, der Regional- und Gebietskomitees beizubehalten.

Auch die Abteilung für Schulwesen des Zentralkomitees muß beibehalten werden, da wir kein Unions-Volkskommissariat für Bildungswesen haben, und da es notwendig ist, über den Stand der Arbeit zur Pflege der **Volksbildung in allen Republiken, Regionen und Gebieten eine Kontrolle auszuüben.**

In den Gebiets- und Regionalkomitees sowie in den ZK der nationalen kommunistischen Parteien müssen folgende Abteilungen geschaffen werden: für Kader, für Propaganda und Agitation, für Organisation und Instruktion sowie auch eine Landwirtschaftliche Abteilung. Alle anderen Produktionsgruppen-Abteilungen müssen abgeschafft werden.

In den Rayon- und Stadtkomitees sind Abteilungen für Kader, für Propaganda und Agitation sowie für Organisation und Instruktion notwendig.

Die Leitung der Abteilungen für Propaganda und Agitation und der Kaderabteilungen in den Gebiets- und Regionalkomitees sowie in den ZK der nationalen kommunistischen Parteien muß besonderen Sekretären übertragen werden.

Ich glaube, Genossen, daß es sich nach all dem, was ich bereits über die Aufgaben der Kaderauslese und der Kontrolle der Durchführung sowie über die Aufgaben der Propagandaarbeit

gesagt habe, erübrigt, die Notwendigkeit einer Reorganisation des Apparats des Zentralkomitees und der örtlichen Parteiorgane zu begründen. Die Struktur des Apparats des Zentralkomitees und der örtlichen Parteiorgane, wie sie dem XVIII. Parteitag zur Erörterung vorliegt, wird es ermöglichen, die Verstärkung der Leitung der verschiedenen Zweige unserer Arbeit durch die Partei sicherzustellen.

\*

Unter den Bedingungen des raschen Aufschwungs der sozialistischen Wirtschaft und der raschen politischen und kulturellen Entwicklung der Arbeiter, der Bauern und der Intelligenz pulsiert das Leben der Partei und des Staates in mächtigerem Tempo. Um die Führung der Staats- und Parteiangelegenheiten auszuüben, um schnell auf die vom Leben selbst gestellten Fragen zu reagieren und dringende Fragen rechtzeitig zu entscheiden, ist es notwendig, das bestehende Schema der zentralen Organe der Partei – Parteitag, ZK der KPdSU (B) – durch ein neues Organ zu ergänzen, durch die Unions-Parteikonferenz. Das ist um so notwendiger, als durch den langen Zeitraum zwischen den Parteitagen die Möglichkeit beschränkt wird, die herangewachsenen Kader von Parteiarbeitern auf leitende Arbeit und insbesondere ins ZK der KPdSU(B) aufrücken zu lassen, während die Konferenzen der Partei die Möglichkeit dazu bieten würden. Infolgedessen ist die Notwendigkeit herangereift, das Schema der zentralen Organe der Partei – Parteitag, ZK der KPdSU (B) – durch eine Unions-Parteikonferenz zu ergänzen, die mindestens einmal im Jahre einzuberufen ist und sich aus Vertretern der örtlichen Organisationen zusammensetzt; die Hauptaufgabe der Unionskonferenz soll die Beratung dringender Fragen der Parteipolitik sein.

Der Unions-Parteikonferenz soll das Recht eingeräumt werden, einen Teil der Mitglieder des ZK neu zu wählen, das heißt, das Recht, einzelne Mitglieder des ZK, die ihren Pflichten als ZK-Mitglieder nicht nachkommen, aus dem ZK zu entfernen

und sie durch neue Mitglieder zu ersetzen; diese Ersetzung darf sich jedoch höchstens auf ein Fünftel des vom Parteitag gewählten ZK erstrecken. Die Konferenz ergänzt das Zentralkomitee aus den Reihen der vom Parteitag gewählten Kandidaten und wählt an ihrer Stelle die entsprechende Anzahl neuer Kandidaten des ZK.

Die Beschlüsse der Konferenz müssen vom ZK der KPdSU (B) bestätigt werden mit Ausnahme der Beschlüsse über die Wahl neuer Mitglieder des ZK und neuer Kandidaten des ZK, die der Bestätigung des ZK der KPdSU (B) nicht bedürfen. Die vom ZK der KPdSU (B) bestätigten Konferenzbeschlüsse sind für alle Parteiorganisationen verbindlich. Die Konferenzdelegierten werden auf Plenartagungen der Gebiets- und Regionalkomitees sowie der ZK der nationalen kommunistischen Parteien gewählt. Mitglieder des ZK nehmen an den Arbeiten der Konferenz mit beratender Stimme teil, sofern sie nicht bevollmächtigte Delegierte von örtlichen Organisationen sind.

Die Aufgaben der primären Parteiorganisationen der Betriebe und Sowjetorgane.

Genossen!

In der verflossenen Periode haben sich die primären Parteiorganisationen, die die Grundlage unserer Partei bilden, gefestigt, ihre Verbindung mit den Massen hat sich verbessert, die Rolle der Kommunisten als Avantgarde ist größer geworden, das Niveau des Parteilebens hat sich gehoben. Die Parteiorganisationen sind an die praktischen Wirtschafts- und Kulturfragen des sozialistischen Aufbaus näher herangekommen.

Die Erfahrung hat gezeigt, daß der Erfolg in der Arbeit der Parteiorganisationen dort gesichert war, wo die primären Parteiorganisationen es verstanden, die politische Parteiarbeit mit dem Kampf für die erfolgreiche Erfüllung der Produktionspläne, für die Verbesserung der Arbeit des Staatsapparats, für

die Meisterung der neuen Technik, für die Festigung der Arbeitsdisziplin, für die Entfaltung der Stachanowbewegung, für das Aufrücken neuer Kader auf leitende Partei- und Wirtschaftsarbeit zu verknüpfen. Und umgekehrt, dort, wo die Parteiorganisationen sich von den Wirtschaftsfragen fernhielten und ihre Aufgaben auf Propaganda und Agitation beschränkten, oder aber wo die Parteiorganisationen die ihnen nicht zukommenden Funktionen der *Leitung* der Wirtschaft auf sich nahmen und dadurch die Wirtschaftsorgane zu ersetzen suchten und in ihnen einen Zustand der Verantwortungslosigkeit schufen, dort geriet die Arbeit unweigerlich in eine Sackgasse.

Genosse Stalin hat wiederholt auf die Notwendigkeit hingewiesen, die politische Parteiarbeit und die wirtschaftliche Arbeit richtig miteinander zu verknüpfen. Bereits im Jahre 1923 sagte er:

„Es ist notwendig, unsere Betriebszellen mit dem Kreis der Fragen vertraut zu machen, die mit dem Gang der Arbeit in den Betrieben und Trusten zusammenhängen. Es ist notwendig, die Sache so einzurichten, daß die Zellen über die Arbeit der Verwaltungsorgane unserer Betriebe und Betriebsvereinigungen auf dem laufenden sind, daß sie auf diese Arbeit Einfluß haben können. Als Vertreter der Zellen wißt ihr, wie groß die moralische Verantwortung unserer Betriebszellen vor den parteilosen Massen für den Gang der Arbeiten in den Betrieben ist. Damit die Zelle leiten und die parteilose Masse in der Fabrik führen kann, damit sie die Verantwortung für den Gang der Arbeiten des Betriebes tragen kann — und sie trägt zweifellos vor den parteilosen Massen die moralische Verantwortung für die Mängel im Betriebe —, muß sie über diese Arbeiten auf dem laufenden sein, muß sie die Möglichkeit haben, auf eine oder die andere Weise auf diese Arbeiten Einfluß auszuüben. Daher ist es notwendig, daß unsere Zellen in die Erörterung der mit dem Betrieb verbundenen Wirtschaftsfragen einbezogen werden, daß von Zeit zu Zeit Wirtschaftskonferenzen der Vertreter der Zellen derjenigen Betriebe, die dem betreffenden Trust angehören, einberufen werden, um die mit den Arbeiten des Trustes verbundenen Fragen zu erörtern. Dies ist einer der sichersten Wege, um sowohl die Parteimassen durch wirtschaftliche Erfahrungen zu bereichern als auch um die Kontrolle von unten zu organisieren.“ (J. Stalin, „Über die Aufgaben der Partei“, Sammelband „Über die Opposition“, S. 24, russ.)

Ich will beispielsweise auf die Erfahrung der Parteiorganisation eines solchen Riesenbetriebes wie der Kirow-Werke in Leningrad hinweisen. Die trozkistischen und bucharinschen Banditen, die eine Zeitlang die Führung der Werke in Händen hatten, fügten dem Betrieb großen Schaden zu, brachten ihn in einen solchen Zustand, daß er Mitte 1937 den Plan in vielen Punkten kaum zu 45 bis 50 Prozent erfüllte.

Heute werden die Werke von neuen Menschen geleitet, die aus den Reihen der technischen Intelligenz des Betriebes, aus den Reihen der Stachanowleute und Stoßarbeiter aufgestiegen sind.

Im letzten Jahr haben die Kirow-Werke ihre Arbeit bedeutend verbessert; hierbei haben die Parteiorganisation und ihr Parteikomitee eine große Rolle gespielt, die es verstanden haben, die politische Parteiarbeit mit der wirtschaftlichen Arbeit richtig zu koordinieren.

Die Erfahrungen der Kommunisten der Kirow-Werke zeigen, daß die richtige Koordinierung der politischen Parteiarbeit mit der wirtschaftlichen Arbeit ermöglicht, sowohl Verletzungen des Prinzips der individuellen Leitung als auch eine Vernachlässigung der Massenarbeit der Partei zu vermeiden.

In dieser Beziehung war es von großer Bedeutung, daß an die Leitung der Parteiorganisation Leute gelangt waren, die die Technik und die Wirtschaft des Betriebes gut kennen, Leute aus den Betriebswerkstätten, aus den einzelnen Werkabteilungen, Leute, die mit dem gesamten Kollektiv der Arbeiter, Ingenieure und Techniker fest verbunden sind.

Die Parteiorganisation der Kirow-Werke ist kühn daran gegangen, die feindlichen Elemente im Betrieb auszuräuchern und hat neue Kader aufrücken lassen — an die 500 der besten Stachanowarbeiter, Ingenieure und Techniker, die jetzt die Werke leiten und wohl nicht schlecht leiten.

Die Parteiorganisation reagierte aufmerksam auf die Signale der einfachen Arbeiter und Angestellten und war daher in der Lage, an der Lösung einer Reihe von wichtigen Wirtschafts-

fragen der Werke mitzuwirken. Die Parteiorganisation nahm lebhaftesten Anteil an der Reform des Lohnsystems der Werke, in dem die Schädlinge einen Wirrwarr geschaffen hatten. Von den früheren 100 Tarifskaleten sind heute in den Werken 4 übriggeblieben, Hunderttausende von Normen wurden einer Revision unterzogen. Das war von gewaltiger Bedeutung für die richtige Organisierung und Hebung der Arbeitsproduktivität in den Werken.

Im letzten Halbjahr erfüllten die Werke ihre Produktionsaufgaben ohne Überschreitung des Lohnfonds bei einer bedeutenden Überbietung der neuen Normen.

Das Parteikomitee der Kirow-Werke hat der Direktion geholfen, in der Stromversorgung des Betriebes Ordnung zu schaffen, es hat neue Leute zu dieser Arbeit herangezogen und bei der Ausarbeitung konkreter Maßnahmen mitgeholfen. Dadurch haben die Werke die von der Regierung gestellte Aufgabe, die Lieferung von Traktoren zur Frühjahrsaussaat 1939 zu verdoppeln, in Ehren erfüllt.

Nehmen wir ein anderes Beispiel. Das Jaroslawler Gummikombinat erfüllte sieben Jahre lang sein Produktionsprogramm nicht. Das ganze Land bekam die schlechte Arbeit des Gummikombinats zu spüren, in dessen Leitung eine Zeitlang Volksfeinde eingedrungen waren.

Das ZK der KPdSU (B) hat den Bolschewiki des Gummikombinats geholfen, die Volksfeinde zu entlarven und zu zerschlagen, und verlangte, daß das Gummikombinat in kürzester Frist in die Reihen der führenden Betriebe des Landes aufsteige. Die Parteiorganisation des Gummikombinats hat die Weisungen des ZK der KPdSU (B) in Ehren erfüllt. In der Lieferung von Automobilreifen wurde das Programm des Kombinats für das vierte Quartal 1938 zu 100 Prozent, im Januar 1939 zu 106 Prozent, im Februar zu 108 Prozent erfüllt. Mit den wirtschaftlichen Erfolgen wuchs auch die Parteiorganisation. Im vierten Quartal 1938 ist die Parteiorganisation des Gummikombinats mehr gewachsen als in den vorangegangenen zwei Jahren.

Worauf beruhen die Erfolge der Parteiorganisation des Gummikombinats? Sie beruhen auf der richtigen Koordination der wirtschaftlichen und der politischen Arbeit der Parteiorganisation. Die Parteiorganisation des Gummikombinats baute ihre Arbeit so auf, daß die Aufgabe der Erfüllung des Produktionsprogramms auf das Niveau einer großen politischen Aufgabe gehoben wurde und daß an ihr das gesamte Kollektiv des Gummikombinats erzogen wurde. Die Parteiorganisation verstand es, die Parteikader so zu verteilen, daß sie stets genau wissen konnte, was in jeder beliebigen Betriebsabteilung geschah. Das Rayonkomitee der KPdSU(B) und die Parteiorganisation versuchten nicht, die wirtschaftliche Leitung zu ersetzen. Mehr noch, es wurden alle notwendigen Bedingungen geschaffen, damit die Wirtschaftsleiter Selbständigkeit und Initiative entwickeln. Die Parteiorganisation war jedoch über jeden Schritt der Direktion auf dem laufenden und konnte auf Grund guter Kenntnis der wirtschaftlichen Angelegenheiten jedesmal im notwendigen Augenblick einspringen, um der wirtschaftlichen Leitung Richtung zu geben, sie durch Rat und Tat zu unterstützen.

Die Parteiorganisation kritisierte scharf die Verlotterung und die Verantwortungslosigkeit, die von den Volksfeinden lange Zeit hindurch gezüchtet wurden, und unterstützte moralisch und politisch jeden Wirtschaftsleiter, jeden Arbeiter und Angestellten, der auf dem Kombinat ehrlich arbeitete.

Man könnte Dutzende, ja Hunderte solcher Beispiele anführen, wie die der Kirow-Werke und des Jaroslawler Gummikombinats. Das Werk „Kaliber“ und die Erste Uhrenfabrik in Moskau, eine ganze Reihe von Flugzeugwerken, eine Reihe von Hüttenwerken, das Charkower Werk „Swet Schachtjora“, das Werk „Nowoje Sormowo“ im Gorkigebiet und viele andere Betriebe liefern ebenfalls Beispiele für die richtige Koordination der Partei- und Wirtschaftsarbeit im Leben der primären Parteiorganisationen.

In allen Republiken, Regionen und Gebieten werden sich nicht wenig Parteiorganisationen finden, die es verstanden haben, die richtige Einstellung zu den Wirtschaftsfragen herbeizuführen, die Kontrolle über den Stand der Arbeiten im Betriebe zu regeln und den Wirtschaftsleitern zu helfen, das Programm zu erfüllen und überzuerfüllen.

Weiter will ich auf die Erfahrungen der Parteiorganisatoren des ZK in den Verteidigungsbetrieben hinweisen. Dieser Frage mißt Genosse Stalin außerordentliche Bedeutung bei. Vom Genossen Stalin ist die Anregung ausgegangen, in den Verteidigungsbetrieben die Einrichtung der Parteiorganisatoren des ZK zu schaffen und qualifizierte Ingenieure, Spezialisten in ihrem Fache, gute Parteigenossen, als Parteiorganisatoren dorthin zu entsenden. Diese Maßnahme hat sich voll und ganz bewährt und außerordentlich gute Resultate gezeitigt. In den Verteidigungsbetrieben hat sich ein neuer Typus von Funktionären herausgebildet, die Parteiarbeit leisten und zugleich befähigt sind, diese oder jene wirtschaftliche oder technische Frage zu überprüfen.

Bekanntlich hat die Unwissenheit mancher Parteiarbeiter in technischen und wirtschaftlichen Fragen den Schädlingen in die Hände gearbeitet. Unsere primären Parteiorganisationen sind der Vortrupp unserer Betriebe, die Elite unserer Betriebe. Es ist notwendig, die gesamte Erfahrung einer so fortgeschrittenen Schicht, wie es die Kommunisten in den Betrieben sind, auszuwerten. Um festzustellen, wie dieser oder jener verantwortliche Auftrag ausgeführt wird, wie der Direktionsfonds verausgabt wird, um den Zustand der Gemeinschaftswohnhäuser und Speisehallen der Arbeiter zu prüfen, muß man die gesamten Erfahrungen der Parteiorganisationen in die Waagschale werfen, müssen alle Seiten des Produktionslebens des Betriebes mit dem bolschewistischen Scheinwerfer beleuchtet werden. Dadurch werden wir der Sache des sozialistischen Wirtschaftsaufbaus gewaltige Hilfe erweisen.



Während der Diskussion gab es Stimmen, daß die Zuerkennung des Kontrollrechts an die primären Parteiorganisationen der Betriebe ein Schlag gegen das Prinzip der individuellen Leitung sei. Mir scheint, daß diejenigen, die der Meinung sind, die individuelle Leitung bestehe darin, über den Betrieb zu kommandieren, ohne sich auf das Aktiv zu stützen, von dem Prinzip der individuellen Leitung gar nichts verstehen.

Unser sowjetisches, bolschewistisches Prinzip der individuellen Leitung setzt die Fähigkeit voraus, Anordnungen zu treffen, die Arbeit zu organisieren, Kader auszuwählen, richtige Direktiven zu geben, Rechenschaftsablegung zu fordern, persönliche Unverantwortlichkeit und Verantwortungslosigkeit in der Arbeit überhaupt, zu beseitigen. Dieses Prinzip bedeutet jedoch gleichzeitig auch, daß man die Fähigkeit besitzen muß, sich in dieser Arbeit auf die Parteiorganisation, auf das Betriebsaktiv, auf das gesamte Betriebskollektiv zu stützen.

Daher ist die Meinung unrichtig, daß man auch ohne die Kontrolle seitens der primären Parteiorganisationen irgendwie auskommen könne. Zu Unrecht fürchten manche Wirtschaftsleiter diese Kontrolle.

Im Zusammenhang damit ist es notwendig geworden, die Aufgaben für die verschiedenen Arten von primären Parteiorganisationen genauer festzulegen, insbesondere für solche primäre Parteiorganisationen wie die in der Produktion (in der Fabrik, im Werke, in der Sowjetwirtschaft, der Kollektivwirtschaft) und die der Volkskommissariate.

Der Parteiorganisation vom Produktionstypus muß das Recht eingeräumt werden, die Kontrolle über den Stand der Arbeiten des Betriebes bzw. der Sowjet- oder Kollektivwirtschaft auszuüben. Dies soll zur Verstärkung der Rolle und Verantwortung der primären Parteiorganisationen in der Produktion führen.

Was die Parteiorganisationen in Institutionen vom Typus eines Volkskommissariats betrifft, so müssen diese, da ihnen infolge der besonderen Bedingungen ihrer Arbeit keine Kon-

trollfunktionen zukommen, ihre Rolle bei der Verbesserung der Arbeit des Apparates verstärken. Ihre Pflicht ist es, die Unzulänglichkeiten dieses oder jenes Volkskommissariats zu signalisieren, die Mängel einzelner Funktionäre aufzuzeigen und dem Zentralkomitee sowie den Leitern des Volkskommissariats darüber Mitteilung zu machen.

In einer Sitzung des Organisationsbüros des Zentralkomitees am 15. März 1926 definierte Genosse Stalin die Aufgaben der Parteizellen der Sowjetorgane. Er sagte:

„... Unsere Sowjetzellen müssen die Hüter einer wahrhaft sowjetischen Ordnung in unseren Institutionen sein... Die Zellen müssen darüber wachen, daß in den staatlichen und wirtschaftlichen Sowjetinstitutionen zumindest elementare Ordnung herrsche, elementare Hilfsbereitschaft, die Bereitschaft, den Besuchern Gehör zu schenken, daß es dort so wenig wie nur möglich Bürokratismus gebe... Es muß erreicht werden, daß die Parteizelle in den Sowjetorganen das Leben der Gesamtpartei mitlebt, daß sie der Partei hilft, den Sowjet- und Wirtschaftsapparat zu verbessern, zu vereinfachen und näher an die Bevölkerung heranzubringen, ihn zu einem ehrlichen und sparsamen Apparat zu machen.“ („Nachrichten des Zentralkomitees der KPdSU [B]“, 1926, Nr. 16/17, russ.)

Alle Parteimitglieder, die in einem Volkskommissariat arbeiten, müssen von der Parteiorganisation des Gesamtkommissariats erfaßt sein. Der Sekretär der primären Organisation des Volkskommissariats muß vom ZK der KPdSU (B) bestätigt werden. Die Notwendigkeit dieser letzten Maßnahme, Genossen, bedarf wohl kaum einer ausführlichen Begründung und Beweisführung, denn sie versteht sich von selbst.

\*

Genossen! Ich habe die grundlegenden Verbesserungen und Ergänzungen zum Statut der KPdSU (B) dargelegt, wie sie in den Thesen vorgeschlagen werden.

Außer diesen Verbesserungs- und Ergänzungsvorschlägen müssen noch die sich aus der Parteierfahrung ergebenden Ergänzungen genannt werden, die darauf hinauslaufen, daß es notwendig sei, in den Gebiets- und Regionalkomitees vier bis

fünf Sekretäre zu haben, den Bezirksorganisationen der Partei die statutenmäßigen Rechte einzuräumen und die statutenmäßigen Bestimmungen über die Parteiorganisationen in der Roten Armee auch auf die Parteiorganisationen der Kriegsmarine auszudehnen. Diese Ergänzungen bedürfen meiner Ansicht nach keiner Erläuterung.

Es wird vorgeschlagen, entgegen dem jetzigen Brauch, die wählbaren Organe der primären Organisationen künftig nicht Komitees, sondern Büros der Parteiorganisationen zu nennen.

Dieser Abänderungsvorschlag geht davon aus, daß Komitees dort organisiert werden, wo sich mehrere vollberechtigte Parteiorganisationen vereinigen. Das ist die Tradition unserer Partei, die den Interessen der Sache entspricht. Es ist daher zweckmäßiger, die wählbaren Organe der primären Parteiorganisationen zum Unterschied von den Komitees Büros zu nennen.

Große Bedeutung mißt das Zentralkomitee auch der Maßnahme bei, durch die den Parteiorganisationen der Betriebsabteilungen das Recht eingeräumt wird — unter bestimmten Bedingungen, und zwar bei mindestens 15 Parteimitgliedern —, ein Büro der Parteiorganisation der Betriebsabteilung zu wählen. Ihr wißt, daß auf Beschluß des Zentralkomitees in den ganz großen Werken Abteilungskomitees geschaffen worden sind. Die Erfahrungen ihrer Arbeit haben gezeigt, daß sie sich vollauf bewährt haben.

#### Die Ergebnisse der Diskussion über die Thesen zum Bericht „Abänderungen am Statut der KPdSU (B)“

Ich gehe zu den Verbesserungen und Abänderungen über, die bei der Erörterung der Thesen zum Bericht „Über die Abänderungen am Statut der KPdSU (B)“ in den Parteiorganisationen vorgeschlagen wurden.

Die Thesen haben eine umfassende Diskussion ausgelöst. Das Ergebnis der Diskussion war, daß die Thesen von der überwältigenden Mehrheit der Parteimitglieder und von allen Parteiorganisationen gebilligt worden sind. (*Stürmischer Beifall.*)

Die Erörterung der Thesen ergab eine ziemlich große Anzahl von Verbesserungs- und Ergänzungsvorschlägen sowohl zu den Thesen selbst als auch zu mehreren Paragraphen des gegenwärtig geltenden Statuts, für die die Thesen keine Abänderungen vorgesehen hatten.

In Anbetracht der großen Mannigfaltigkeit der Verbesserungsvorschläge sollen diese in mehrere Kategorien eingeteilt werden.

Es liegt eine Reihe müßiger Vorschläge vor, die keinerlei praktischen Wert haben: so sollen zum Beispiel die Wahlen der Parteiorgane einmal in 5 Jahren stattfinden; die Wahlen der Sekretäre der Parteiorganisationen sollen in allgemeinen Versammlungen und nicht von den Komitees bzw. Büros vorgenommen werden, das heißt der Sekretär soll vom Komitee bzw. Büro unabhängig sein; die Aufnahme in die Partei soll in feierlichen Versammlungen erfolgen u. a. m.

Diese Abänderungs- und Ergänzungsvorschläge sprechen gegen sich selbst, und es liegt keinerlei Notwendigkeit vor, gegen sie zu polemisieren. Sie fallen von selbst als null und nichtig weg. (*Heiterkeit, Beifall.*)

Zweitens gibt es eine große Anzahl von Verbesserungs-, Ergänzungsvorschlägen und Bemerkungen, die keine direkte Beziehung zum Statut der KPdSU (B) haben, sondern sich auf die laufende Organisationsarbeit der Partei beziehen.

Hierzu gehören zum Beispiel die Vorschläge, mindestens drei Abende in der Fünftageweche von jeglichen Versammlungen und Beratungen freizuhalten, damit sich die Genossen sowohl erholen als auch mit der Theorie befassen können; die Vorschläge, bestimmte Tage für Parteischulung festzulegen; die Vorschläge, zu verbieten, daß Beschlüsse auf Grund von

Umfragen gefaßt werden; die Vorschläge, daß in kleineren Rayon-Parteiorganisationen Büros der Rayonkomitees gewählt werden; daß die Traktoren- und Combineführer bei den Parteiorganisationen der Maschinen- und Traktorenstationen registriert werden; daß die Parteikomitees bei den Eisenbahnknotenpunkten abgeschafft werden usw. usf.

All diese Abänderungsvorschläge haben, wie ersichtlich, gewisse praktische Fragen des Parteaufbaus zum Inhalt. Die Urheber dieser Vorschläge sind sich offenbar über den Unterschied zwischen Fragen des Statuts und Fragen der laufenden Parteiarbeit nicht im klaren und sind deshalb bemüht, in das Statut möglichst viel Bestimmungen aller Art hineinzuzwängen, wobei sie vergessen, daß das Statut nur den allgemeinen Rahmen, die Grundformen der Organisationstätigkeit der Partei bestimmt, daß das Statut die laufende Tätigkeit der Parteiorgane nicht ausschließt, sondern im Gegenteil voraussetzt.

Das Statut der KPdSU (B), das vom XVIII. Parteitag bestätigt werden soll, liefert die organisatorische Grundlage für die künftige Tätigkeit der leitenden Parteiorgane. Verbesserungen und Zusätze dieser Art müssen dem ZK der KPdSU (B) in seiner neuen Zusammensetzung zur Behandlung überwiesen werden.

Die dritte Gruppe von Verbesserungsvorschlägen bezieht sich direkt auf das Statut der KPdSU (B). Ein bedeutender Teil dieser Vorschläge ist redaktioneller Natur und kann an die Statutenkommission des XVIII. Parteitags weitergeleitet werden, die, wie ich denke, vom Parteitag eingesetzt und beauftragt werden wird, die endgültige Fassung des Parteistatuts auszuarbeiten.

Was die Abänderungs- und Ergänzungsvorschläge betrifft, denen sachliche Bedeutung zukommt, so ist es wohl zweckmäßig, sie in drei Kategorien zu teilen: unannehmbare Abänderungen und Ergänzungen, die abgelehnt werden müssen, Abänderungen und Ergänzungen, deren Zweckmäßigkeit auf

dem Parteitag zu untersuchen ist, und schließlich Abänderungen und Ergänzungen, die angenommen werden müßten.

Ich will jetzt auf die unannehmbaren Vorschläge eingehen.

1. Abänderungsvorschläge, die in dieser oder jener Form die Beibehaltung der Kategorien bei den Parteiaufnahmen bezwecken. Hier gibt es die verschiedenartigsten Vorschläge. Alle gehen sie davon aus, daß es – wie ihre Urheber meinen – unzeitgemäß sei, die verschiedenen Kategorien abzuschaffen. Man schlägt vor, zwei oder drei Kategorien festzusetzen: eine für Arbeiter, die andere für Bauern und Intellektuelle, oder eine spezielle Kategorie für die Vertreter der alten Intelligenz zu schaffen usw. Diese Vorschläge sollte man nicht annehmen.

Ein charakteristisches Merkmal dieser Vorschläge besteht darin, daß ihre Urheber das Wesen der radikalen Veränderungen im Kräfteverhältnis der Klassen, die in der Sowjetunion eingetreten sind, entweder ignorieren oder sich nicht klargemacht haben. Entweder klammern sie sich an das Alte, ohne das Neue zu sehen, oder schlafen einfach einen tiefen Schlaf und bemerken nicht, was um sie vorgeht. (*Beifall.*)

2. Es gibt eine Reihe von Abänderungsvorschlägen diametral entgegengesetzter Art, die über die in den Thesen vorgeschlagenen Normen zur Regelung der Parteiaufnahmen hinausgehen. Bezweckt die erste Gruppe von Vorschlägen, wie wir soeben sahen, die Beibehaltung der alten Aufnahmebedingungen, so geht die andere Gruppe von Vorschlägen weit über die in den Thesen aufgestellten Normen hinaus. Man schlägt zum Beispiel vor, die Dauer der Kandidatenzeit nicht auf ein Jahr, sondern auf 9 Monate, 6 Monate oder gar auf 3 Monate festzusetzen; von den Empfehlenden keine bestimmte Dauer ihrer Parteizugehörigkeit zu verlangen, die Anzahl der Empfehlenden zu verringern usw. usw. Ich glaube, derartige Vorschläge entspringen dem Umstand, daß einzelne Parteimitglieder den Charakter unserer Partei verkennen. Sie zeugen davon, daß manche Parteimitglieder den grundlegenden Leitsatz vergessen haben –

daß die Kraft unserer Partei nicht darin besteht, die Grenzen zwischen Partei und Nichtpartei, zwischen Parteimitgliedern und Parteilosen aufzuheben und die Partei in der Masse aufzulösen, in ihr aufgehen zu lassen, sondern vielmehr darin, daß es der Partei, die die fortgeschrittensten Menschen der Arbeiterklasse, der Bauernschaft und der Intelligenz in sich vereinigt, nicht auf die Quantität der Mitglieder ankommt, sondern auf ihre Qualität, darauf, daß sie den Namen eines Mitglieds der Partei hochhalten, daß sie standhaft und der Sache der Arbeiterklasse ergeben sind.

Die Urheber derartiger Vorschläge gehen von der falschen Vorstellung aus, als beabsichtige die Partei nicht mehr, sich um die Qualität ihrer Mitglieder zu kümmern, und als öffne sie die Tore sperrangelweit für alle, die in sie eintreten wollen. Solche falschen Auffassungen haben mit der Einstellung der Partei auf streng individuelle Aufnahme wirklich fortgeschrittener Menschen in ihre Reihen nichts gemein.

Wird etwa durch die wesentlichen Abänderungen am Verfahren bei Aufnahmen in die Partei das erprobte Leninsche Prinzip der individuellen Auslese in irgendeinem Maße abgeschwächt? Keineswegs.

Das Zentralkomitee und Genosse Stalin wiesen oftmals mit äußerster Prägnanz darauf hin, daß es der Partei nicht so sehr auf die Quantität der Mitglieder als vielmehr auf ihre Qualität, auf ihre Standhaftigkeit ankommt. Genosse Stalin sagte zum Beispiel am 6. Juli 1921 in seinem Bericht auf der allgemeinen Versammlung der Tifliser Stadtorganisation der Kommunistischen Partei Georgiens:

„Man muß sich ein für allemal merken, daß die Kraft und das Gewicht einer Partei, besonders der Kommunistischen Partei, nicht so sehr von der Zahl der Mitglieder, als vielmehr von ihrer Qualität, von ihrer Standhaftigkeit und Ergebenheit für die Sache des Proletariats abhängen.“

Auf dem II. Sowjetkongreß der UdSSR am 26. Januar 1924 sagte Genosse Stalin in seinem großen Schwur anläßlich des Todes Lenins:

„Nicht jedem ist es gegeben, Mitglied dieser Partei zu sein. Nicht jedem ist es gegeben, die Unbilden und Stürme zu bestehen, die mit der Mitgliedschaft in dieser Partei verbunden sind. Die Söhne der Arbeiterklasse, die Söhne der Not und des Kampfes, die Söhne unsagbarer Entbehrungen und heroischer Anstrengungen — sie vor allem sollen Mitglieder dieser Partei sein. Deswegen nennt sich die Partei der Leninisten, die Partei der Kommunisten zugleich Partei der Arbeiterklasse.“

In der Resolution des XIII. Parteitags „Über die nächsten Aufgaben des Parteaufbaus“ wies die Partei darauf hin, daß bei der Aufnahme neuer Mitglieder nicht formale Kriterien wichtig sind, sondern das Wesen der Sache. In dieser Resolution hieß es:

„Bei der Aufnahme müssen nicht nur die festgelegten formalen Bedingungen eingehalten werden, sondern es ist auch unbedingt notwendig, daß die Fähigkeit des neuen Parteimitglieds, der Partei und den Organen der proletarischen Diktatur durch die Tat zu helfen, *konkret* festgestellt wird.“

Dieses Prinzip des streng individuellen Vorgehens bei der Aufnahme in die Partei ist ein unverbrüchliches Gesetz unserer Partei und unterliegt keinerlei Abänderungen.

In der Zeit zwischen dem XVII. und XVIII. Parteitag hat das Zentralkomitee der Partei wiederholt auf die Gefahr der Ignorierung des Grundsatzes der individuellen Aufnahme in die Partei hingewiesen.

Die fremden, die feindlichen Elemente waren immer bestrebt, in die Reihen der KPdSU (B) einzudringen, um, gedeckt durch die Parteimitgliedschaft, die große Sache der Arbeiterklasse zu untergraben.

Das Zentralkomitee der Partei hat eine gewaltige Arbeit geleistet, indem es den Kampf gegen Verletzungen des Prinzips der individuellen Auslese bei der Aufnahme in die Partei entfaltete.

Das Zentralkomitee der Partei bekämpfte entschieden die Versuche, die Hinweise Lenins in Vergessenheit geraten zu lassen, daß unsere Partei die einzige Partei in der Welt ist,



die nicht auf die Vergrößerung ihrer Mitgliederzahl, sondern auf die Verbesserung der Qualität ihrer Mitglieder bedacht ist.

Das Zentralkomitee der Partei warnte die Parteiorganisationen strengstens vor der Gefahr, daß dieses Prinzip entstellt wird und daß Fehler dieser Art wiederholt werden, vor der Gefahr, daß die sorgfältige individuelle Auslese bei der Aufnahme in die Partei durch schädliche kampagnenmäßige, summarische Parteiaufnahmen ersetzt wird, denn dadurch wurden die Reihen der KPdSU(B) mit fremden, mit feindlichen Elementen verseucht.

Bei der Überprüfung und dem Umtausch der Parteidokumente wurde festgestellt, daß in dieser Beziehung eine außerordentliche Vernachlässigung und ein chaotischer Zustand herrschten. Es ist daher klar, daß das Prinzip der individuellen Auslese der wirklich fortgeschrittenen, der Sache der Arbeiterklasse wirklich ergebene Menschen, der besten Menschen unseres Landes aus den Reihen der Arbeiter, der Bauern und der werktätigen Intelligenz, die an den verschiedenen Frontabschnitten des Kampfes für den Sozialismus erprobt wurden, der Menschen, die sich vor Schwierigkeiten nicht drücken, sondern im Kampf gegen sie gestählt werden, daß dieses Prinzip der individuellen Auslese bei der Entscheidung über Parteiaufnahmen für unsere Partei das entscheidende Prinzip war, ist und bleibt.

Zugleich ist die Partei daran interessiert, alle Möglichkeiten dafür zu schaffen, daß die wirklich fortgeschrittenen Menschen in die Partei eintreten. Die Abänderungen am Statut schaffen tatsächlich diese Möglichkeiten.

3. Eine Reihe von Genossen schlägt vor, für Personen, die früher der Partei angehört haben, eine besondere Kategorie zu schaffen. Ich glaube, daß dazu keine Notwendigkeit besteht. Handelt es sich um Genossen, die sich während der Zeit, da sie außerhalb der Partei standen, als ergebene und aktive Mitarbeiter erwiesen haben, so gelten für sie bei der Aufnahme

dieselben Bestimmungen wie für alle in die Partei neueintretenden Genossen. Haben aber diese Leute während der Zeit, da sie außerhalb der Partei standen, ihre Ergebenheit nicht bewiesen, so wird man sie offenbar nicht aufnehmen, und es wird ihnen auch niemand Empfehlungen geben.

4. Es werden ferner Abänderungen zu der Bestimmung vorgeschlagen, wonach der Empfehlende den Empfohlenen aus der gemeinsamen Arbeit kennen muß. Es wird vorgeschlagen, für Personen, die sich in den Reihen der Roten Arbeiter- und Bauernarmee befinden, die Dauer der Bekanntschaft auf sechs Monate festzusetzen, wobei dies mit den besonderen Bedingungen des Lebens in der Roten Armee begründet wird. Ich glaube, daß wir diesen Vorschlag ablehnen sollen. Erstens würde er einen Unterschied im Leben einer territorialen und einer Armee-Parteiorganisation hervorrufen, was unerwünscht wäre. Zweitens können nicht nur Genossen Empfehlungen geben, die den Empfohlenen aus der gemeinsamen Arbeit in dem Betrieb oder in der Institution kennen, wo sie im gegebenen Augenblick arbeiten, sondern auch Genossen, die ihn aus früherer gemeinsamer Arbeit kennen, wobei von dem Empfehlenden nicht unbedingt ihre Anwesenheit bei der Aufnahme gefordert wird. Schließlich kann sich die Parteiorganisation mit einer Anfrage über einen Genossen, der in die Partei einzutreten wünscht — falls das nötig ist, da die erforderliche Zahl der Empfehlungen im Orte selbst nicht aufgebracht werden kann —, an jene Organisationen wenden, in denen er früher gearbeitet hat, oder an die Genossen, die ihn auf Grund früherer gemeinsamer Arbeit empfehlen können.

5. Es wurde eine Reihe von Vorschlägen eingebracht, wonach in großen Parteiorganisationen, die nicht weniger als 500 Parteimitglieder zählen, den Parteiversammlungen der Betriebsabteilungen das Recht der Parteiaufnahme eingeräumt werden soll, unter Ausschaltung der allgemeinen Parteiversammlung. Es wurden auch Vorschläge eingebracht, das Recht

der Parteiaufnahme *allen* Parteiorganisationen der Betriebsabteilungen einzuräumen, unter Ausschaltung der allgemeinen Versammlung der primären Parteiorganisation.

Ich glaube, daß wir hier folgenden Vorschlag annehmen sollten: den großen Betriebs-Parteiorganisationen, die mehr als 500 oder 700 Parteimitglieder zählen (darüber sollen auf dem Parteitag die Meinungen ausgetauscht werden), das Recht zu geben, nicht ein Büro der primären Organisation, sondern ein Parteikomitee des Betriebes zu bilden.

Manche Genossen haben vorgeschlagen, in solchen Betrieben Produktions-Rayonkomitees zu schaffen. Mir scheint, daß das unrichtig wäre, denn dann hätten wir zwei verschiedene Typen von Rayonkomitees — territoriale und Produktions-Rayonkomitees. In Betriebs-Parteiorganisationen, die mehr als 500 oder 700 Parteimitglieder zählen, wäre es zweckmäßig, Betriebs-Parteikomitees zu bilden, wobei den Parteiorganisationen der Betriebsabteilungen so großer Betriebe statutenmäßige Rechte gewährt werden sollten.

Was die Vorschläge betrifft, *allen* Abteilungsorganisationen das Recht der Parteiaufnahme zuzuerkennen, d. h. die statutenmäßigen Rechte auf alle primären Abteilungsorganisationen auszudehnen, so müssen sie abgelehnt werden, da sie darauf hinauslaufen, die Bedeutung der Parteiorganisation des Gesamtbetriebes herabzusetzen. Unser Bollwerk ist aber vor allem der Betrieb, und es wäre unrichtig, die Betriebs-Parteiorganisation zu zerstückeln, indem man das Schwergewicht auf die Abteilungen verlegt. Die erzieherische Rolle der Betriebs-Parteiorganisation und die Bedeutung der Betriebs-Parteiversammlung bei der Parteiaufnahme dürfen nicht verwischt werden.

6. Es wurde eine Reihe von Vorschlägen gemacht, bei den Parteiorganen allerlei neue Abteilungen zu schaffen. Die Thesen des Zentralkomitees bezwecken bekanntlich, die Zahl der Abteilungen zu verringern; die grundlegenden Abteilungen

werden die Verwaltung für Kader und die Verwaltung für Propaganda und Agitation beim Zentralkomitee und die entsprechenden Abteilungen bei den örtlichen Organisationen sein. Die Genossen gehen aber im Gegenteil gerade auf eine Vermehrung der Abteilungen aus und schlagen vor, neue Abteilungen zu gründen, wie zum Beispiel eine Abteilung für Gesundheitsschutz, eine Abteilung für Stachanowbewegung usw. (*Heiterkeit.*)

Dieser Vorschlag muß abgelehnt werden. Nur hinsichtlich einer Abteilung ist die Frage meiner Meinung nach diskutabel: ich meine die Schaffung von Abteilungen für Verteidigungswesen, eine Frage, die auf dem Parteitag erörtert werden sollte.

7. Es wird vorgeschlagen, den Punkt über die Versammlungen des Parteiaktivs auch auf die ländlichen Organisationen auszuweiten. Ich glaube, daß der Parteitag auch diese Frage erörtern sollte, denn es gibt hier Gründe sowohl dafür als auch dagegen.

Welche Gründe sprechen dafür? Sie laufen darauf hinaus, daß es in den ländlichen Rayons, besonders in den großen, nicht immer zweckmäßig ist, nur Rayonversammlungen der Kommunisten einzuberufen, daß zur Behandlung der laufenden Fragen der Parteipolitik auch Versammlungen des Parteiaktivs nach dem Vorbild der Städte einberufen werden sollten. Was die Gründe betrifft, die dagegen sprechen, so beruhen sie darauf, daß man in den meisten ländlichen Rayons immer im Bedarfsfalle allgemeine Versammlungen der Organisationen einberufen kann. Es ist bekannt, daß den allgemeinen Versammlungen eine gewaltige erzieherische und organisatorische Bedeutung zukommt. Manche Genossen befürchten, die Versammlungen des Parteiaktivs könnten die Rolle der allgemeinen Parteiversammlung übernehmen, und meinen, man dürfe mit den Aktivversammlungen nicht Mißbrauch treiben. Wie ihr seht, wäre es zweckmäßig, die Frage auf dem Parteitag zu untersuchen.

8. Es wird vorgeschlagen, bei allen Gebietskomitees und Stadtkomitees neben den Büros auch Sekretariate zu bilden. Dieser Vorschlag bedarf ebenfalls der Erörterung auf dem Parteitag. Es gibt Gründe dafür und dagegen. Die Gründe dafür besagen: wenn die Führung über eine große Anzahl von Organisationsfragen zu entscheiden hat, so besteht ein Bedürfnis nach einem zusätzlichen Organ wie dem Sekretariat. Nicht für jede Frage, sagt man, müsse das Büro einberufen werden. Das ist auf den ersten Blick ein sehr verlockender, praktischer, zweckmäßiger Vorschlag. Andererseits aber ist zu befürchten: könnte die Schaffung von Sekretariaten nicht zu einer Verringerung der Rolle der Büros, zu einer Verringerung der Rolle der kollektiven Leitung führen?! Wird sie nicht zu einer gewissen Verschiebung des Schwergewichts der Leitung vom Büro in das engere Kollegium, das Sekretariat, führen? Ich glaube, daß diese Frage gleichfalls einer Erörterung auf dem Parteitag bedarf.

9. Es wird vorgeschlagen, die erforderliche Dauer der Parteizugehörigkeit bei leitenden Parteifunktionären herabzusetzen. Manche schlagen sogar vor, die Wahl von Genossen auf leitende Parteiposten überhaupt nicht von einer bestimmten Dauer ihrer Parteizugehörigkeit abhängig zu machen. Ich glaube, daß dieser Vorschlag unrichtig ist, da eine bestimmte Dauer der Parteizugehörigkeit nicht nur als formales Kriterium notwendig ist, sondern auch davon zeugt, daß der betreffende Genosse über bestimmte Erfahrungen in der Parteiarbeit verfügt. Wir dürfen die Hinweise des Genossen Stalin nicht vergessen, daß die Erfahrungen der jungen und der alten Parteimitglieder miteinander verknüpft werden müssen. Deshalb bietet der Vorschlag, die Punkte im Statut über die erforderliche Dauer der Parteizugehörigkeit für leitende Parteifunktionäre abzuändern, der Vorschlag, wie er in den Thesen des Zentralkomitees niedergelegt ist, eine ausreichende Gewähr für das Aufrücken der jungen Kader, und es wäre nicht zweck-

mäßig, noch weiterzugehen und die erforderliche Dauer der Parteizugehörigkeit noch mehr herabzusetzen.

10. Es wird vorgeschlagen, den Parteizellen der Sowjetorgane das gleiche Recht der Kontrolle einzuräumen wie den Produktionszellen. Ich glaube, daß dieser Vorschlag unannehmbar ist, denn es werden dabei die spezifischen Bedingungen der Tätigkeit der Parteizellen der Sowjetorgane ignoriert.

Wozu dieses Ignorieren der spezifischen Bedingungen der Tätigkeit der Parteizellen der Sowjetorgane führt, zeigen die Erfahrungen der Arbeit der Parteiorganisationen des Volkskommissariats für Landwirtschaft der UdSSR und des Volkskommissariats für Sowjetwirtschaften der UdSSR.

Diese Parteiorganisationen gingen so weit, daß sie in ihren Volkskommissariaten die Kontrolle über die Tätigkeit der Führung übernahmen und im Grunde genommen in den Volkskommissariaten ein zweites Zentrum schufen, das sich mit den unteren Organen in Verbindung setzte, ihnen Direktiven erteilte usw. In der Tat, man sehe sich nur die Fragen an, die von diesen Parteiorganisationen behandelt werden. Die Parteiorganisation des Volkskommissariats für Landwirtschaft behandelte die Frage des Verlaufes der Aussaat in der UdSSR! (*Heiterkeit.*) Das ist doch lächerlich! Als könnte sie von hier aus prüfen, was draußen im Kubangebiet oder in Mittelasien bei der Aussaat geschieht — sie gibt aber dennoch „Direktiven“. Man behandelt die Fragen der Vorbereitung zur Erntekampagne, der Versorgung der Maschinen- und Traktorenstationen mit Brennstoff, der normalen Finanzierung der MTS usw. usf., das heißt, man sucht das Volkskommissariat zu dublieren und seine Funktion zu übernehmen. Etwas Gescheites kommt dabei nicht heraus.

Die Parteiorganisation des Volkskommissariats für Sowjetwirtschaften behandelte die Fragen des Verlaufs der Heueinbringung in den Sowjetwirtschaften des Ostens. (*Heiterkeit.*) Was kann sie zu dieser Frage sagen? Sie versucht ebenfalls, „Direktiven“ zu geben.

Anstatt den Kampf für die Wahrung der Partei- und Staatsdisziplin, für eine richtige Kontrolle der Durchführung der Regierungsdirektiven, für ein gutes Funktionieren des Apparates, für die sachliche und politische Qualifikation seiner Mitarbeiter zu organisieren und Mängel in der Arbeit des Apparates des Volkskommissariats zu signalisieren — statt dessen suchen die Leute die Führung des Volkskommissariats zu ersetzen und die unteren Organe zu leiten.

Wir haben es hier mit einer fehlerhaften Praxis zu tun, die nicht gefördert werden darf. Das ist ein kleines Beispiel, wie die elementaren Begriffe von den Aufgaben der Parteizellen in den Sowjetorganen durcheinandergebracht werden. Das ist eine Parodie auf eine Leitung, der Versuch, ein Volkskommissariat im Volkskommissariat zu schaffen.

Spezifisch für die Tätigkeit der Parteizellen der Sowjetorgane ist, daß sie der Sachlage nach die Funktion der Kontrolle über die Arbeit der Sowjetinstitution nicht auf sich nehmen können, — dafür gibt es höherstehende Partei- und Sowjetinstanzen.

Das bedeutet aber nicht, daß die primären Parteiorganisationen der Sowjetinstitutionen nicht die Möglichkeit haben sollen, den Gang der Arbeit zu beeinflussen. Im Gegenteil, die Rolle der Parteiorganisationen der Sowjetorgane ist außerordentlich groß. Bemerkt die Parteiorganisation einer Institution rechtzeitig Mißstände in der Arbeit der Institution — z. B. bei der Erledigung der Beschwerden und Eingaben von Werktätigen, bei dem Empfang von Besuchern (diese Fragen aber sind für die Arbeit der Sowjetinstitutionen von sehr ernster Bedeutung), auf dem Gebiete der Arbeitsdisziplin, in der Arbeit des Apparates usw. —, signalisiert die Parteizelle eines Sowjetorgans diese Mängel dem ZK der KPdSU (B) und der Leitung des Volkskommissariats, so leistet sie damit eine äußerst wichtige Arbeit zur Verbesserung des Staatsapparates.

11. Es wird vorgeschlagen, den primären Parteiorganisationen und den Parteiorganisationen der Betriebsabteilungen mit 7 bis 10 Mitgliedern zu gestatten, ein Büro zu bilden.

7 Mann wählen ein Büro von 3 Mann! Das würde bedeuten, die allgemeine Versammlung der Parteiorganisation durch die Versammlung des Büros zu ersetzen, was unrichtig wäre.

Das sind die sich direkt auf das Statut beziehenden Vorschläge und Ergänzungen, die aber meiner Meinung nach unannehmbar sind.

Ich gehe zu den Vorschlägen über, die meiner Meinung nach annehmbar sind.

1. Eine Reihe von Genossen weist auf die Notwendigkeit hin, die Einleitung zum Statut der KPdSU(B) entsprechend den veränderten Verhältnissen im Lande umzuarbeiten.

Ich glaube, daß dieser Vorschlag richtig ist und angenommen werden sollte.

2. Ein sehr lebhafter Meinungsaustausch erfolgte in der Diskussion über die Frage der Sympathisierendengruppen. Nach der am weitesten verbreiteten Meinung zu urteilen, ist es notwendig, die Sympathisierendengruppen abzuschaffen.

Die Genossen weisen darauf hin, daß die Sympathisierendengruppen heute, wo wir eine gewaltige Zunahme des parteilosen Aktivs um die Partei zu verzeichnen haben, wo die Aufnahme in die Partei wieder freigegeben wurde, nicht mehr die Rolle spielen wie früher. Die Aufnahme in die Partei erfolgt im wesentlichen nicht aus den Sympathisierendengruppen. Davon zeugt z. B. die Tatsache, daß von den während der letzten zwei Jahre neu aufgenommenen Kandidaten nur 21 Prozent auf die Sympathisierenden entfallen.

Sind wir verpflichtet, diesen Erfahrungen der Praxis Rechnung zu tragen? Ich glaube, wir sind dazu verpflichtet.

Die Partei ist von einer großen Anzahl von Organisationen umgeben, die sie mit den Massen verbinden. Ich denke an Organisationen wie die Gewerkschaften, deren Aufgabe es ist, durch ihre Erziehungsarbeit das Niveau der Gewerkschaftsmitglieder auf ein Niveau zu heben, wo sie die Aufgaben der kommunistischen Avantgarde verstehen, d. h. auf das Niveau



der Partei, und die Besten ihrer Mitglieder für den Eintritt in die Partei vorzubereiten.

Leider stellen sich unsere Gewerkschaften diese Aufgabe nicht in genügendem Maße, während es doch die direkte Aufgabe der in den Gewerkschaften tätigen Kommunisten ist, die Erziehungsarbeit in ihnen so durchzuführen, daß die oberste Schicht, das Gewerkschaftsaktiv, im Gefolge dieser Arbeit das Niveau der Partei erreicht.

Wir haben ein weitverzweigtes System verschiedenartiger gesellschaftlicher Organisationen — Sowjets, Komsomol, Genossenschaften, Ossoaviachim (Organisation für Luft- und Gasschutz. — *D. Übers.*) usw. —, die über ein breites parteiloses Aktiv verfügen, aus dem wir die Besten für die Aufnahme in die Partei auswählen können.

Unter diesem Gesichtspunkt engen die Sympathisierendengruppen die Möglichkeiten ein, die Besten der Arbeiterklasse, der Kollektivbauernschaft und der Intelligenz zum Eintritt in die Partei vorzubereiten.

Ich bin der Meinung, daß es besser wäre, die gut vorbereiteten, die besten, die fortgeschrittensten Menschen nicht in die Sympathisierendengruppen, sondern direkt als Kandidaten in die Partei aufzunehmen. (*Beifall, Zurufe: „Sehr richtig!“*)

3. Es wird vorgeschlagen, die Beschlüsse über die Wiederaufnahme der zu Unrecht aus der Partei Ausgeschlossenen in der Presse zu veröffentlichen.

Diese Ergänzung ist richtig und kann angenommen werden.

4. Es wird vorgeschlagen, aus dem Statut den Punkt über die Kommission für Sowjetkontrolle zu streichen, da der Vorschlag, daß der Charakter der Arbeit der Kommission für Parteikontrolle geändert werden soll, auch eine Änderung im Charakter der Tätigkeit der Kommission für Sowjetkontrolle nach sich ziehen muß und somit die Bestimmungen über die Kommission für Sowjetkontrolle nunmehr von den Sowjetorganen bestätigt werden müssen.

Ich glaube, daß dieser Vorschlag richtig ist, da die verfassungsmäßigen Änderungen in der Struktur der gesetzgebenden und vollziehenden Organe der Sowjetmacht unzweifelhaft entsprechende Änderungen in bezug auf die Kommission für Sowjetkontrolle erfordern.

5. Ferner gibt es noch eine Ergänzung zum Statut, die angenommen werden sollte: Es wird vorgeschlagen, im Statut festzulegen, daß Genossen in die Partei vom 18. Lebensjahr an aufgenommen werden können. (*Beifall.*)

6. Es wurden sehr wesentliche Ergänzungsvorschläge eingebracht, denen zufolge es als notwendig erachtet wird, im Statut einer Reihe von Fragen, die den Komsomol betreffen, eine genauere Fassung zu geben. In unserem Statut kommen die Fragen des Komsomol ungenügend zum Ausdruck. Im Statut gibt es drei Punkte über den Komsomol. Der erste bestimmt, daß Jugendliche bis zu 20 Jahren nur vom Komsomol aus in die Partei aufgenommen werden. Der zweite Punkt besagt, daß die Empfehlung des Rayonkomitees des Komsomol einer Empfehlung von zwei Parteimitgliedern gleichkommt, und der dritte Punkt betrifft die Schaffung von Gruppen aus Partei- und Komsomolmitgliedern dort, wo es keine primären Parteiorganisationen gibt.

Diese statutenmäßigen Bestimmungen, die die Beziehungen zwischen Partei und Komsomol regeln, sind heute bereits unzureichend. Mir scheint, daß es notwendig ist, dem Parteitag folgende zwei Bestimmungen zur Erörterung vorzulegen.

Erstens sind Komsomolzen, die in die Partei eingetreten sind und nicht zum „Kommandobestand“ des Komsomol gehören — ich meine die einfachen Komsomolzen —, nicht verpflichtet, zwei Organisationen, der Partei und dem Komsomol, anzugehören. Es wird richtiger sein, wenn diese Komsomolzen, sofern sie nicht im Auftrage der Partei verantwortliche Arbeit in den leitenden Organen des Komsomol leisten, nur der Parteiorganisation angehören werden. (*Beifall.*)

Es besteht die Praxis (und zwar eine nicht ganz richtige Praxis), daß man bei uns Genossen erst mit 25 bis 26 Jahren, d. h. hauptsächlich die „Überalterten“, aus dem Komsomol in die Partei zu überführen beginnt. Auch jetzt sagt man im Komsomol: Zuerst werden wir die Auslese der „Überalterten“ für die Partei vornehmen und dann erst an die jüngeren Kader herangehen. Die Ergänzung im Statut, daß junge Leute vom 18. Lebensjahr an in die Partei aufgenommen werden können, wird für die Verstärkung der Erziehungsarbeit im Komsomol von großer Bedeutung sein. Die „Zwanziger“ (*Heiterkeit*) befinden sich bei uns in einer schwierigen Lage, da sie im Komsomol „zurückgehalten“ werden und man sich nicht beeilt, sie an die Partei zu übergeben. Indessen sind dies Menschen in der Blüte ihrer Kraft und Gesundheit, und sie genießen alle Bürgerrechte. Ich bin der Meinung, das es unzweckmäßig wäre, diese Leute noch fünf, sechs Jahre im Komsomol festzuhalten und ihnen die Aufnahme in die Partei zu erschweren.

Den Komsomolzen, die keine leitende Arbeit im Komsomol leisten und in die Partei eingetreten sind, muß man gestatten, nur einer einzigen Organisation, und zwar der Parteiorganisation anzugehören. Dann werden sie die ganze Schule sowohl der Erziehungs- als auch der Organisationsarbeit in der Partei durchmachen. Warum sollen sie zwei Rayonkomitees, zwei primären Organisationen unterstehen? Warum sollen sie sich den Kopf darüber zerbrechen, in welchen Zirkel sie gehen sollen, in den Komsomol- oder in den Parteizirkel? Ich glaube, daß man die Lage der Komsomolzen, die der Partei angehören, klar bestimmen muß. Du bist im Komsomol durch die Vorschule der Erziehung gegangen, du bist jetzt würdig, der Partei anzugehören, und man hat dich in ihre Reihen aufgenommen. Also wirst du auch in ihrer Organisation arbeiten. Ich glaube, daß dadurch die Lage der Kommunisten im Komsomolalter geklärt wird und daß dies gleichzeitig der gesamten Arbeit des Komsomol zur Erziehung, zur Vorbereitung der Besten für die Partei einen Anstoß geben wird. (*Beifall.*)

Zweitens. Ich glaube, daß auch die Zeit gekommen ist, die Rolle des Komsomol in unserem Staats- und Wirtschaftsaufbau zu verstärken und dies im Parteistatut zum Ausdruck zu bringen.

Genossen, bei all der gewaltigen Bedeutung des Komsomol, bei all der riesigen Hilfe, die er der Partei erweist, leidet er an einem Mangel, auf den man die Aufmerksamkeit sowohl des Komsomol als auch unserer Parteiorganisationen lenken muß – das ist die ungenügende Teilnahme des Komsomol am staatlichen Leben, die Tatsache, daß der Komsomol von seinen inneren Komsomolfragen allzusehr in Anspruch genommen ist.

Wir müssen die Sache jetzt von einer anderen Seite betrachten: spricht man von der Agitations- und Propagandaarbeit des Komsomol, so wird im Lichte des letzten Beschlusses des ZK der KPdSU (B) völlig offenkundig, daß diese Arbeit in bedeutendem Maße von der Partei geleistet werden wird. Wir müssen dem Komsomol in dieser Hinsicht sowohl mit Kadern wie mit Erfahrungen in jeder Weise beistehen. Anders wäre es auch nicht denkbar.

Die innere Arbeit des Komsomol ist eine sehr wichtige Sache. Welchem Zweck soll sie aber dienen? Sie kann ja nicht Selbstzweck sein. Ich glaube, daß in der gesamten Arbeit des Komsomol eine scharfe Wendung auf die Vorbereitung der Komsomolzen für die aktive Staats- und Parteiarbeit vorgenommen werden muß, auf die Verwirklichung jener überaus wichtigen Aufgabe des Komsomol, die mit seiner Rolle als *Helper* der Partei zusammenhängt.

Was aber bedeutet das in der Praxis? Praktisch bedeutet das, daß zum Beispiel dort, wo es keine primären Parteiorganisationen, aber eine primäre Komsomolorganisation gibt, diese die Aufgabe auf sich nehmen muß, die Parteidirektiven aktiv durchzuführen. Warum soll sie nicht an der Erörterung und Entscheidung wirtschaftlicher Fragen teilnehmen? Nehmen wir an, in der Verwaltung der Kollektivwirtschaft herrscht Unordnung, es steht schlecht um die

Aussaat, um die Arbeitsdisziplin — warum soll die Komsomolorganisation diese Fragen nicht erörtern? Warum soll die Komsomolorganisation nicht die Frage der schlechten Arbeit der Verwaltung der Kollektivwirtschaft erörtern und nicht darauf hinwirken, daß die schlechte Verwaltung durch eine gute ersetzt wird? Warum soll die Komsomolorganisation nicht die Mißstände im Dorfsowjet erörtern? Warum soll sie nicht im Auftrage des Rayonkomitees der Partei die Durchführung von Parteiaufträgen und -direktiven übernehmen, die jetzt von niemand durchgeführt werden können, nur weil es an Ort und Stelle keine primäre Parteiorganisation gibt? Ich glaube, die Komsomolorganisation kann und muß das tun. Die Komsomolorganisationen müssen das Recht haben, die Initiative zu ergreifen, um vor den Parteiorganisationen große und kleine Fragen der staatlichen und wirtschaftlichen Arbeit zu stellen — Fragen der Verbesserung der wirtschaftlichen Arbeit im Betrieb oder in der Kollektivwirtschaft, Fragen der Stachanowbewegung, Fragen, die den Zustand der Badeanstalt, der Waschanstalt, die schlechte Regelung des Straßenverkehrs, Erscheinungen des Rowdytums in der Schule betreffen usw. —, ich will nicht alle großen und kleinen Fragen unseres Sowjet- und Wirtschaftsaufbaus aufzählen. Beschäftigen sich jetzt unsere Komsomolorganisationen viel mit diesen Fragen? Ich behaupte, daß sie sich wenig damit beschäftigen. Wenn sich aber die Komsomolorganisationen solcher Fragen annehmen und nicht nur Fragen der inneren Arbeit des Komsomol erörtern, wenn sie nicht im eigenen Fett schmoren werden, so werden sie damit den breiten Weg einer aktiveren Teilnahme an unserem gesamten sozialistischen Aufbau beschreiten. Das Wachstum der Kader künftiger Partei- und Staatsfunktionäre wird bedeutend beschleunigt werden. Die Komsomolzen werden durch eine wirkliche Schule der Erziehung gehen. (*Beifall.*)

Ausgehend davon bin ich der Meinung, daß die Vorschläge über die Abschaffung der Gruppen von Partei- und Komsomolmitgliedern nicht angenommen werden sollen, Vorschläge, die

damit begründet werden, daß diese Gruppen angeblich nicht lebensfähig seien. Sie sind jetzt deshalb nicht lebensfähig, weil sie nicht wissen, womit sie sich beschäftigen sollen. Wenn wir aber der Arbeit der Gruppen von Partei- und Komsomolmitgliedern einen neuen Inhalt geben, wenn zum Beispiel die Kommunisten des Dorfes — dort, wo ihrer zu wenig sind, um eine Parteiorganisation zu bilden — mit den Komsomolzen zusammenkommen und die Frage erörtern, wie die Arbeit in der Kollektivwirtschaft zu verbessern ist, wie die kulturelle und politische Arbeit zu verbessern ist, wenn sie sich über eine gemeinsame Linie des Vorgehens in den wichtigsten Fragen der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Arbeit im Dorfe einig werden, — dann gilt es, diese Gruppen von Partei- und Komsomolmitgliedern unbedingt zu erhalten und sie keineswegs abzuschaffen. (*Beifallssturm.*)

7. Der nächste Vorschlag besteht darin, daß dem aus der Partei Ausgeschlossenen das Parteibuch vor der Bestätigung des Ausschlusses durch das Gebietskomitee nicht abgenommen werden soll. Dieser Vorschlag ist richtig und sollte angenommen werden.

8. Es wurde der Vorschlag gemacht, daß die Plenarsitzungen der Stadtkomitees und Rayonkomitees mindestens einmal in anderthalb Monaten einberufen werden sollen. Es wäre zweckmäßig, auch diesen Vorschlag anzunehmen.

9. Es wurde vorgeschlagen, in Abänderung des entsprechenden Paragraphen des Statuts, die Organisation von Parteigruppen auch in denjenigen Parteiorganisationen zu gestatten, wo es weniger als 100 Kommunisten gibt. Wie ihr wißt, werden gemäß dem Statut Parteigruppen nur dort organisiert, wo es 100 und mehr Kommunisten gibt. Ich glaube, daß dieser Vorschlag ebenfalls annehmbar ist.

10. Es wurde noch eine Abänderung am Statut vorgeschlagen: bei der Parteiaufnahme von dem Eintretenden keine Charakteristik seitens der gesellschaftlichen Organisationen zu for-

dern. Mir scheint, daß dieser Vorschlag zweckmäßig ist. Für die Aufnahme in die Partei genügen durchaus die Empfehlungen von Parteigenossen.

Das sind die Abänderungs- und Ergänzungsvorschläge zum Statut, deren Annahme zweckmäßig ist.

\*

Genossen! Die Diskussion über die Fragen des Statuts hat der Partei großen Nutzen gebracht. Sie hat gezeigt, wie das Verantwortungsgefühl der Parteimitglieder für das Schicksal der Partei, wie die Sorge jedes Parteimitgliedes für die Partei, seine Mutter, gewachsen sind. Die Diskussion hat gezeigt, wie gewaltig die ideologische Geschlossenheit der Mitglieder unserer Partei gewachsen ist.

Ihren Ausmaßen nach war die Diskussion eine Erscheinung, wie sie im Leben unserer Partei ihresgleichen nicht kennt. Sie hat gezeigt, daß die Partei mit Volldampf an die volle Aktivierung ihrer Reihen geht, die einen ungeahnten Aufschwung der Parteitätigkeit bedeutet.

Die Sowjetunion ist in eine neue Entwicklungsetappe eingetreten, in die Etappe der Vollendung des Aufbaus des Sozialismus und des allmählichen Übergangs vom Sozialismus zum Kommunismus.

In dieser neuen Etappe unseres welthistorischen Werkes werden die Rolle und Bedeutung unserer Partei noch größer.

Vor der Partei eröffnen sich neue grandiose und hinreißende Perspektiven, erstehen neue, gewaltige und schwierige Aufgaben. Um diesen Aufgaben gerecht zu werden und die Rolle des Vorkämpfers für die Errichtung der kommunistischen Gesellschaft zu erfüllen, muß unsere Partei ihre organisatorische Waffe unentwegt schärfen. Das von unserem Parteitag angenommene Parteistatut wird das Statut der Partei des siegreichen Sozialismus sein, ein Statut, das die Parteimitglieder

für die erfolgreiche Erfüllung der Aufgabe des allmählichen Überganges zum Kommunismus wappnet. (*Stürmischer Beifall.*)

Mit der fortgeschrittensten Theorie, mit der fortgeschrittensten Politik, Organisation und Ideologie der fortgeschrittensten Klasse ausgerüstet, geht unsere Partei, um die sich das große, viele Millionen zählende Sowjetvolk zusammengeschlossen hat, in den Kampf für den allmählichen Übergang zum Kommunismus. (*Stürmischer Beifall.*)

Mehr als einmal versuchten die Kräfte des verwesenden Kapitalismus, unseren Siegeszug aufzuhalten, und sie werden es auch in Zukunft versuchen.

Wir wissen, daß noch Schwierigkeiten vor uns liegen. Wir wissen, wie kompliziert die neuen Aufgaben sind, vor denen wir stehen. Wir kennen aber auch die Mittel und Vorbedingungen für unseren endgültigen Sieg.

Genosse Stalin sagte schon auf dem XVI. Parteitag, daß unsere Partei unbesiegbar ist, wenn sie Schwierigkeiten nicht fürchtet und weiß, wohin sie die Sache zu lenken hat. Unsere große bolschewistische Partei ist eine unbesiegbare Partei. (*Stürmischer Beifall im ganzen Saal, alle erheben sich von den Plätzen.*)

Genossen, wir Kämpfer der Armee der großen proletarischen Strategen Lenin und Stalin, zusammengeschlossen um das Lenin-Stalinsche Zentralkomitee, um unseren Lehrer und Führer, Genossen Stalin, werden unser ruhmvolles bolschewistisches Banner zum vollen Siege des Kommunismus vorantreiben. (*Stürmischer Beifall im ganzen Saal.*)

Es lebe unsere große Partei!

Es lebe der Genius, das Hirn und Herz der bolschewistischen Partei, des ganzen Sowjetvolkes, der gesamten progressiven, fortgeschrittenen Menschheit — unser Stalin! (*Stürmischer, lange nicht endenwollender Beifall, der in eine Ovation übergeht. Alle erheben sich von den Plätzen, „Hurra“-Rufe.*)



## Vorbereitung der Parteiorganisationen zu den Wahlen zum Obersten Sowjet der UdSSR nach dem neuen Wahlsystem und die entsprechende Umstellung der Partei- und politischen Arbeit

*Referat des Genossen A. A. Shdanow auf dem Plenum des ZK der KPdSU (B) am 26. Februar 1937*

### Die Wendung im politischen Leben des Landes und unsere Aufgaben

Genossen! Im Zusammenhang mit der Annahme der neuen Verfassung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken stehen die Wahlen zum Obersten Sowjet der UdSSR und zu den Sowjets der Deputierten der Werktätigen von oben bis unten nach dem neuen Wahlsystem bevor. Unsere Partei steht vor der Aufgabe, sich für die Wahlen vorzubereiten.

Der Charakter dieser Vorbereitung, ihr Umfang, ihr Maßstab und die damit verbundene Umstellung der Parteiarbeit werden durch die Tiefe jener Umgestaltungen bestimmt, die sich aus der neuen Verfassung für das politische Leben unseres Landes ergeben.

Die Einführung der neuen Verfassung bedeutet eine Wendung im politischen Leben des Landes. Das Wesen dieser Wendung besteht in der weiteren Demokratisierung des Wahlsystems durch Ersetzung der nicht vollkommen gleichen Wahlen zu den Sowjets durch gleiche, der indirekten durch direkte, der offenen durch geheime.

Die Einführung der neuen Verfassung hebt jegliche Beschränkungen auf, die bisher für die sogenannten «Lischny» (Nichtwahlberechtigten) bestanden haben.

Waren die Wahlen zu den Sowjets früher, vor der Einführung der neuen Verfassung, keine gleichen Wahlen, so ist jetzt die Notwendigkeit, die Wahlgleichheit einzuschränken, fortgefallen, und alle Bürger haben das Recht, an den Wahlen auf gleicher Grundlage teilzunehmen.

Waren früher die Wahlen der mittleren und höchsten Organe der Sowjetmacht mehrstufig, so werden jetzt, nach der neuen Verfassung, die Wahlen zu allen Sowjets von allen Bürgern unmittelbar auf dem Wege direkter Wahlen erfolgen.

Wurden die Wahlen früher, nach der alten Verfassung, in offener Abstimmung und nach Wahllisten durchgeführt, so wird jetzt, nach der neuen

Verfassung, die Abstimmung bei den Wahlen geheim sein und nach einzelnen Kandidaturen erfolgen, die nach Wahlkreisen aufgestellt werden.

Schließlich wird durch die Verfassung die allgemeine Volksbefragung, das sogenannte Referendum, eingeführt.

Was bedeuten diese Änderungen im Wahlsystem?

Sie bedeuten eine Verstärkung der Kontrolle der Massen über die Sowjetorgane und eine Erhöhung der Verantwortlichkeit der Sowjetorgane gegenüber den Massen. Das neue Wahlsystem wird die Verbindung der vom Volk Gewählten mit den Wählermassen festigen. Das neue Wahlsystem wird ein mächtiger Antrieb zur Verbesserung der Arbeit der Sowjetorgane, zur Behebung der bürokratischen Mängel und Entstellungen in der Tätigkeit unserer Sowjetorganisationen sein, und diese Mängel sind, wie ihr wißt, sehr wesentlich.

Die Folge der Einführung des allgemeinen, direkten und gleichen Wahlrechts bei geheimer Abstimmung wird eine weitere Verstärkung der politischen Aktivität der Massen, die Heranziehung neuer Schichten der Werktätigen zur Verwaltung des Staates sein.

Damit wird die Diktatur des Proletariats zu einem geschmeidigeren und folglich machtvolleren System der staatlichen Führung der Gesellschaft durch die Arbeiterklasse, die Basis der Diktatur des Proletariats erweitert sich, ihre Grundlage wird fester.

Der Leninismus lehrt:

«Die Diktatur des Proletariats hat ihre Perioden, ihre besonderen Formen, ihre verschiedenartigen Arbeitsmethoden. In der Periode des Bürgerkrieges ist das Moment der Gewalt in der Diktatur besonders augenfällig... In der Periode des Aufbaus des Sozialismus ist umgekehrt die friedliche, organisatorische, kulturelle Arbeit der Diktatur, die revolutionäre Gesetzmäßigkeit usw. besonders augenfällig. Aber daraus folgt wiederum keineswegs, daß das Moment der Gewalt in der Diktatur während der Periode des Aufbaus wegfällt oder wegfallen kann. Die Repressionsorgane, die Armee und andere Organisationen sind jetzt, in der Zeit des Aufbaus, nicht minder nötig als in der Periode des Bürgerkriegs. Ohne das Vorhandensein dieser Organe ist keine einigermaßen gesicherte Aufbauarbeit der Diktatur möglich. Man darf nicht vergessen, daß die Revolution vorläufig nur in einem einzigen Lande gesiegt hat. Man darf nicht vergessen, daß, solange es eine kapitalistische Umkreisung gibt, auch die Gefahr der Intervention mit allen sich aus dieser Gefahr ergebenden Folgen bestehen wird.» (Stalin, «Zu den Fragen des Leninismus».)

Daß neben den friedlichen, organisatorischen, kulturellen Seiten unserer Diktatur die Notwendigkeit der Gewaltanwendung nicht weggefallen ist, zeigt anschaulich die soeben von uns behandelte Angelegenheit Bucharin-Rykow. Die Diktatur der Arbeiterklasse wird auch in Zukunft mit schonungsloser Hand den Widerstand der Ueberreste der feindlichen kapitalistischen Klassen und der Agenten der faschistischen Bourgeoisie, der Trotzlisten, der Sinowjewleute, der Rechten und der anderen Volksfeinde zu überwinden haben.

Genosse Stalin hat uns gelehrt, daß wir eine starke und mächtige Diktatur der Arbeiterklasse brauchen, um die letzten Ueberreste der sterbenden Klassen auszurotten und ihre diebischen Machenschaften zu durchkreuzen.

Die Durchführung demokratischer Wahlen ist eine sehr ernste Sache. Sie ist ein sehr ernstes Examen für unsere Partei im Sinne der Prüfung ihrer Verbindung mit den Massen, der Arbeitsfähigkeit und Autorität unserer Parteiorganisationen unter den Massen. Die Durchführung der Wahlen wird eine gewaltige Anspannung aller Kräfte unserer Partei erfordern.

Um für diese Wendung im politischen Leben unseres Landes allseitig gewappnet zu sein, muß unsere Partei an die Spitze dieser Wendung treten und ihre führende Rolle bei der Wahl der obersten Organe des Landes sicherstellen.

Was heißt es, bei der Wahl der obersten Organe an die Spitze zu treten und die führende Rolle der Partei sicherzustellen? Welche Aufgaben wird die Partei lösen müssen?

Vor allem muß man im Auge haben, daß die Lage für unsere Parteiarbeiter von einer gewissen Neuheit sein wird. Wir führen zum erstenmal Wahlen nach dem neuen Wahlsystem durch. Wir haben keine Übung in Wahlen nach einzelnen Kandidaturen, nach dem Prinzip der geheimen Abstimmung usw. Das bereitet unseren Parteiorganisationen gewisse Schwierigkeiten.

Zweitens, an die Spitze der Wendung im politischen Leben unseres Landes treten und die Wahlen leiten, heißt die restlose Einhaltung des neuen von der Verfassung festgelegten Wahlsystems sichern, das heißt die Prinzipien des allgemeinen, direkten, gleichen Wahlrechts bei geheimer Abstimmung streng zu wahren. Das heißt, daß unsere Parteiorganisation unser neues Wahlgesetz vor allen Verletzungen wie ihren Augapfel hüten muß.

Drittens, unsere Parteiorganisationen müssen zum Wahlkampf bereit sein. Bei den Wahlen werden wir es mit feindlicher Agitation und mit feindlichen Kandidaturen zu tun haben. Daß diese Möglichkeit real ist, ist daraus ersichtlich, daß schon jetzt eine gewisse Belebung der sowjetfeindlichen Elemente vor sich geht, und zwar gerade im Zusammenhang mit den bevorstehenden Wahlen. Unsere Parteiorganisationen müssen den Versuchen der feindlichen Elemente, die legalen Möglichkeiten auszunutzen, die die neue Verfassung gewährt, allseitig gewappnet entgegentreten.

Während unsere Leute untätig sind und sich erst aufraffen, handeln die Feinde bereits und bereiten sich eifrig zu den Wahlen vor.

Viertens, die geheime und personelle Abstimmung wird zum Unterschied von der offenen Abstimmung nach Wahllisten eine Erhöhung der Verantwortlichkeit der Partei für jede aufgestellte Kandidatur bedeuten. Um gewählt zu werden, müssen unsere Kandidaten den Wählern des Kreises, wo sie aufgestellt werden, gut bekannt sein, die Wähler müssen mit ihrer Tätigkeit gut bekannt sein.

Die Prüfung durch die geheime Abstimmung wird die gründlichste Prüfung unserer Parteiarbeiter sein, denn die geheime Abstimmung bietet viel größere Möglichkeiten für die Ablehnung der vom Standpunkt der Massen unerwünschten und untauglichen Kandidaturen, als dies bisher der Fall war. Davon muß man sich eine klare Vorstellung machen.

Fünftens muß die schädliche Denkart überwunden werden, wie sie bei manchen unserer Partei- und Sowjetarbeiter vorhanden ist, die annehmen, daß

man das Vertrauen des Volkes umsonst erhalten könne und daß man ruhig schlafen und warten könne, bis einem die Deputiertenmandate unter donnerndem Beifall, dank früherer Verdienste, ins Haus gebracht werden. Das Vertrauen umsonst zu erhalten, das wird bei der geheimen Abstimmung nicht gehen.

Bei uns gibt es in den Partei- und Sowjetorganisationen eine ziemlich bedeutende Schicht von Funktionären, die der Ansicht sind, daß ihre Aufgabe eigentlich beendet sei, wenn sie in den Sowjet gewählt sind. Davon zeugt die große Zahl verantwortlicher Funktionäre, die die Plenums der Sowjets, der Deputiertengruppen und der Sektionen unserer Sowjets nicht besuchen, die sich der Ausübung der elementarsten Obliegenheiten eines Deputierten entziehen.

Solche Ueberbleibsel in der Denkart unserer Funktionäre müssen unbedingt ausgemerzt werden, unsere Funktionäre müssen zum Bewußtsein der Verantwortung gegenüber den Wählern erzogen werden, wobei man im Auge haben muß, daß jeder Gewählte von den Massen selbst gründlich und allseitig gemustert und geprüft werden wird.

Es wäre ein grober Fehler, die Bekämpfung dieser Ueberreste bis zum Zeitpunkt der Wahlen zu verschieben. Wir müssen ohne Verzug die unentwegte Verbesserung der Tätigkeit unserer Sowjetorganisationen, ihre Verbindung mit den Massen in Angriff nehmen, die Verantwortlichkeit unserer Sowjetfunktionäre gegenüber den Massen erhöhen.

Sechstens muß man bei den Funktionären schon jetzt das Bewußtsein erziehen, daß das neue Wahlsystem eine viel größere Publizität der Tätigkeit der Sowjetorganisationen bedeutet und daß sich ihre Tätigkeit vor den Augen der Massen abspielen wird, daß ihre Verantwortlichkeit vor den Massen umfassender sein wird. Viele Sowjetdeputierte, Mitglieder unserer Partei, sind gewohnt, sich nur vor ihrer Parteiorganisation zu verantworten. Viele unserer Sowjetfunktionäre, die zum Bürokratismus neigen und in deren Arbeit es große Mängel gibt, sind eher bereit, über ihre Arbeit zehnmal vor dem Büro des Parteikomitees, im engen Familienkreis Bericht zu erstatten, als vor das Plenum der Sowjets zu treten, sich zu kritisieren und die Kritik der Massen anzuhören. Mit dieser Praxis der Verantwortungslosigkeit muß Schluß gemacht werden.

Siebtens. Die Wendung im politischen Leben des Landes zu führen und demokratische Wahlen sicherzustellen, das heißt, daß unsere Parteiorganisationen nicht warten dürfen, bis ihnen die Massen von unten hinsichtlich der Kritik und der Ablehnung unserer Kandidaturen den Anstoß geben, sondern daß sie selbst an der Spitze der Kritik und der Ablehnung ungeeigneter Kandidaturen stehen müssen, ohne abzuwarten, bis sie in geheimer Abstimmung durchfallen. Dabei müssen unsere Parteiorganisationen lernen, freundschaftliche Kritik von feindlicher zu unterscheiden. Oftmals kommt es bei uns vor, daß die Unzufriedenheit der Werktätigen mit einzelnen Mängeln und Entstellungen in der Tätigkeit unserer Sowjetorgane als feindliche Kritik gewertet und betrachtet wird. Die Kunst, freundschaftliche Kritik, die mitunter sehr

scharf ist, von der Kritik des Feindes zu unterscheiden, erfordert von unseren Parteiorganisationen ein hohes Niveau der Partei- und politischen Erziehung und große Feinfühligkeit.

Bei den neuen Wahlen sind Versuche der Agitation gegen unsere Kandidaten seitens feindlicher Elemente möglich. Unsere Funktionäre haben nicht wenig schwierige Kampagnen auf verschiedenen Abschnitten der Beschaffungsarbeit, des Aufbaus usw. zu führen, und bei solchen Kampagnen geht es nicht ohne einen gewissen Druck ab. Das gehört zum Begriff der Diktatur der Arbeiterklasse. Wir verzichten auch in Zukunft nicht auf diesen Druck, und es wäre lächerlich, darauf zu verzichten. Es wird auf dieser Linie offenkundig eine demagogische Übertreibung von allerlei Mängeln unserer Funktionäre geben. Es handelt sich um die Kader unserer Funktionäre in den Dorfsowjets, in den Rayon-Exekutivkomitees usw. Die Parteiorganisationen müssen es verstehen, diese Leute in Schutz zu nehmen. Das darf man nicht außer acht lassen.

Achtens, was die Parteilosen betrifft, wäre es sehr schädlich und gefährlich, wenn bei den neuen Wahlen die Fehler wiederholt würden, die bei der alten Wahlpraxis vorkamen und die darin bestanden, daß man den Kandidaturen Parteiloser keine Aufmerksamkeit schenkte, daß man, um den Einfluß der Partei in den Sowjets zu sichern, den Kandidaturen Parteiloser nicht die notwendige Aufmerksamkeit und Unterstützung zuteil werden ließ, wie es die Grundlagen der bolschewistischen Auffassung von der Führung und von der Verbindung mit den Massen gebieten. Bedenkt, daß es in unserem Lande zwei Millionen Kommunisten, aber «etwas» mehr Parteilose gibt. Wenn wir also bei den Wahlen die Führung haben wollen, müssen wir unseren Einfluß und die Verbindung mit den Parteilosen stärken und die Parteilosenkandidaturen, die das Vertrauen der Massen genießen, unterstützen, nicht aber zurückdrängen.

Das sind einige Fragen, die die Führung und Organisierung der Vorbereitung zu den Wahlen betreffen. Sie kamen nicht als ferne Perspektive auf die Tagesordnung, sondern als ganz unaufschiebbare und dringende Kampfaufgabe.

### **Die Verletzung der Wählbarkeit der Parteiorgane ist mit den Organisationsprinzipien des Bolschewismus unvereinbar**

Was wird von unserer Partei verlangt, damit sie an die Spitze der neuen, restlos demokratischen Wahlen treten kann? Welches sind die wichtigsten Vorbedingungen, die die Führung der Wendung im politischen Leben des Landes durch die Partei gewährleisten?

Dazu ist erforderlich, daß die Partei selbst eine konsequente demokratische Praxis durchführt, daß sie die Grundsätze des demokratischen Zentralismus restlos im innerparteilichen Leben durchführt, wie dies das Statut unserer Partei erfordert, daß die Partei selbst über die notwendigen Vorbedingungen verfügt, denen zufolge alle Organe der Partei wählbar sind, daß Kritik und Selbstkritik innerhalb der Partei sich in vollem Maße entfalten, daß die

Verantwortlichkeit der Parteiorgane vor den Parteimassen eine vollständige sei und daß die Parteimassen selbst vollkommen aktiviert werden.

Der Leninismus lehrt, daß der Aufschwung der Aktivität der Arbeiterklasse, den wir im Zusammenhang mit der restlosen Durchführung des Sowjetdemokratismus erstreben, eine ernsthafte und große Sache ist. Um die Aktivität der Arbeiterklasse zu heben, muß man vor allem die Partei selbst aktivieren. Die Partei selbst muß fest und entschlossen den Weg der innerparteilichen Demokratie beschreiten, unsere Organisationen müssen zur Behandlung der Fragen unseres Aufbaus die breiten Parteimassen heranziehen, die das Schicksal unserer Partei lenken. Sonst kann von einer Aktivierung der Arbeiterklasse nicht die Rede sein. Das lehrt uns Genosse Stalin.

Kann man sagen, daß alle unsere Parteiorganisationen auf die Erfüllung dieser Bedingungen schon vorbereitet sind und daß sie sich schon auf demokratische Art umgestellt haben?

Leider kann man das nicht mit voller Ueberzeugung sagen.

Welche Tatsachen zeugen davon, daß man das nicht mit voller Ueberzeugung sagen kann?

Davon spricht die in einigen Organisationen vorhandene Praxis der Verletzung des Parteistatuts und der Grundlagen des innerparteilichen Demokratismus.

Welches sind diese Verletzungen?

Das Parteistatut schreibt bekanntlich vor, daß die Wahlen der Komitees der primären Organisationen einmal im Jahr, die der Stadt- und Rayonkomitees einmal im Jahr, die der Gebiets- und Gaukomitees und der Zentralkomitees der nationalen Kommunistischen Parteien einmal in anderthalb Jahren vorzunehmen sind. So lautet das Statut.

Wenn man sich der Praxis zuwendet, so zeugen die Tatsachen davon, daß diese Forderung des Statuts bei uns in einer ganzen Reihe von Organisationen verletzt wurde. In den letzten zwei bis drei Jahren wurden die Wahlen der Gebiets- und Gaukomitees und der Zentralkomitees der nationalen Kommunistischen Parteien nur in jenen Organisationen vorgenommen, die neu gebildet wurden, im Zusammenhang mit der Schaffung neuer Gebiete (der Organisationen von Kalinin, Krassnojarsk, Omsk, Orenburg und Jaroslawl). Unsere Gebiets- und Gaukomitees und die Zentralkomitees der nationalen Kommunistischen Parteien, die Stadtkomitees, die Rayonkomitees und die primären Parteikomitees bestehen in ihrer Mehrzahl seit der Zeit des XVII. Parteitags, das heißt seit der Zeit, als eine allgemeine Kampagne der Wahlen der Parteiorgane durchgeführt wurde. Eine Ausnahme davon bilden, wie ich bereits gesagt habe, die neuen Gaue und Gebiete sowie einzelne Rayon- und Stadtorganisationen, hauptsächlich im Zusammenhang mit Mißständen in der Parteiarbeit.

Das heißt, daß die Gesetze unserer Partei über den Haufen geworfen wurden, obwohl wir auf das Statut schwören, es in Zirkeln auswendig lernen und bei der Prüfung und dem Umtausch der Parteidokumente von den Parteimitgliedern gefordert haben, daß sie das Statut kennen. Und nun zeigt sich, daß

wir uns selbst unseren eigenen Parteigesetzen gegenüber unzulässig liberal verhalten.

Das Statut unserer Partei schreibt ferner die Wählbarkeit aller führenden Organe der Partei von oben bis unten vor. Das fordert das Grundprinzip des organisatorischen Aufbaus unserer Partei, das Prinzip des demokratischen Zentralismus.

Paragraph 18 des Parteistatuts lautet:

«Das leitende Prinzip des organisatorischen Aufbaus der Partei ist der demokratische Zentralismus, der bedeutet:

- a) Wählbarkeit aller leitenden Organe der Partei von oben bis unten;
- b) periodische Rechenschaftslegung der Parteiorgane vor ihren Parteiorganisationen;
- c) strenge Parteidisziplin und Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit;
- d) unbedingte Pflicht der unteren Organe und aller Mitglieder der Partei, die Beschlüsse der höheren Parteiorgane durchzuführen.»

Dieses grundlegende Organisationsprinzip unserer Partei wurde in einer Reihe von Organisationen verletzt. Den Mitgliedern des Plenums ist wahrscheinlich bereits bekannt, zu welchen für die Sache unserer Partei schädlichen Folgen die Praxis der Verletzung des Parteistatuts in der Kiewer, Asow-Schwarzmeer- und anderen Organisationen geführt hat, wo das Vergessen des Statuts im Sinne einer Abkehr vom Wahlprinzip eine schreiende Vernachlässigung der Parteiarbeit nach sich zog und das Eindringen feindlicher Elemente in führende Parteiorgane begünstigte.

Eine solche äußerst ernsthafte Verletzung des Statuts unserer Partei bezüglich des Wahlprinzips ist die durch nichts zu rechtfertigende Verbreitung der Kooptierung verschiedener führender Funktionäre in die Plenums der Parteikomitees, der Rayonkomitees, der Stadtkomitees, der Gebietskomitees, der Gaukomitees und der Zentralkomitees der nationalen Kommunistischen Parteien.

Die dem ZK der KPdSU(B) vorliegenden Angaben zeugen davon, daß die schädliche Praxis der Kooptierung sich weitgehend eingewurzelt hat. Die Praxis der Kooptierung verletzt das den Parteimitgliedern zustehende Recht, an den Wahlen ihrer führenden Organe teilzunehmen. Werden doch die Parteimitglieder bei der Kooptierung der Möglichkeit beraubt, an den Wahlen teilzunehmen, der Möglichkeit, untaugliche Kandidaten abzulehnen, sie werden überhaupt nicht nach ihrer Meinung befragt, weil die Kooptierung auf dem Plenum erfolgt.

Die Kooptierung ist sehr weit verbreitet. Sie ist ein Laster, an dem eine ganze Reihe von Organisationen krankt.

In den Gebiets- und Gaukomitees und in den Zentralkomitees der nationalen Kommunistischen Parteien gibt es 11,6 Prozent kooptierte Mitglieder der Plenums. Das ist die Durchschnittsziffer. In den einzelnen Organisationen erreicht der Prozentsatz der Kooptierten 22,8 Prozent (Kiew) und sogar 26,2 Prozent (Weißrußland), das heißt, mehr als ein Viertel des Plenums besteht aus Kooptierten.

In den Rayon- und Stadtkomitees beträgt der Prozentsatz der Kooptierten: in der Moskauer Organisation 17 Prozent, in der Leningrader 17,2 Prozent, im Asow-Schwarzmeergau 17,5 Prozent, in Dnjepropetrowsk 26,7 Prozent, in Weißrußland 28,9 Prozent, in Woronesh 29,8 Prozent, in Armenien 30 Prozent, das heißt fast ein Drittel der Mitglieder sind kooptiert.

In den *Büros* der Rayon- und Stadtkomitees schwankt der Prozentsatz der Kooptierten in den Gebietsorganisationen im Durchschnitt zwischen 14 und 59 Prozent der Zahl der Gewählten. Im Westgebiet, in Armenien, in der Iwanowoer und in der karelischen Organisation sind mehr als die Hälfte der Mitglieder der *Büros* der Rayon- und Stadtkomitees kooptiert. Hier kennt man sich schon nicht mehr aus, was vom rechtmäßigen Bestand geblieben ist, der aus den Wahlen hervorgegangen ist.

Der Umfang der Kooptierung geht soweit, daß zum Beispiel auf dem Plenum des Kiewer Gebietskomitees am 19. Oktober 1934 auf einmal 14 Personen ins Plenum kooptiert wurden, darunter Aschrafjan, Dsenis, Sentschenko, Toder und andere mehr, die heute als Parteifeinde entlarvt sind.

Im Stadtkomitee der Partei in Charkow sind von den 158 Mitgliedern des Stadtkomitees und den 34 Kandidaten, die auf der IV. Stadtparteikonferenz gewählt wurden, nur 59 geblieben. Dieser Bestand kann nicht als rechtmäßig betrachtet werden, da nur ein Drittel der Gewählten übrig geblieben ist. Seit der letzten Parteikonferenz wurden aber ins Stadtkomitee 61 Personen kooptiert, wobei das Büro des Stadtkomitees mit Ausnahme eines Genossen restlos aus Kooptierten besteht.

Es ist euch bekannt, zu welchem Zustand in der Parteiorganisation diese Lage in Charkow geführt hat.

Wenn man sich den einzelnen Rayonkomitees der Partei zuwendet, so verfügt ihr offenbar selbst über genügend umfangreiches Material über die Kooptierung. Ich glaube, daß es bei uns mehr als ein Dutzend Rayonkomitees gibt, in denen die *Mehrheit* der Mitglieder des Rayonkomitees nicht gewählt, sondern kooptiert wurden. Zum Beispiel im Malo-Archangelsker Rayon (Kursker Gebiet) sind von 23 Mitgliedern 18 kooptiert, im Mzensker Rayon (Kursker Gebiet) von 26 Mitgliedern 22 kooptiert, im Gomeler Stadtkomitee (Weißrußland) sind von 52 Mitgliedern 40 kooptiert, im Oranienbaumer Rayon (Leningrader Gebiet) sind von 22 Mitgliedern 15 kooptiert, im Ustjurer Rayon (desseßen Gebiets) sind von zwölf Mitgliedern elf kooptiert usw.

In den *Büros* der einzelnen Stadtkomitees und Rayonkomitees wird die Kooptierung ebenfalls weitgehend praktiziert. Von den zwölf Büromitgliedern des Uljanowsker Stadtkomitees sind elf kooptiert. Im Schtschutschaner Rayonkomitee (Tscheljabinsker Gebiet) sind alle Büromitglieder kooptiert. Im Semipalatinsker Rayonkomitee (Gebiet Ostkasachstan) sind alle Büromitglieder kooptiert. Im Asbestowoer Stadtkomitee (Swerdlowsker Gebiet) sind alle Büromitglieder kooptiert usw.

Die Methoden der Kooptierung sind soweit gediehen, daß mitunter eine Minderheit kooptiert oder aus dem Plenum ausschließt, das heißt, von dem er-



forderlichen Quorum (Beschlussfähigkeit) kann hier keine Rede sein. Das zeigt, daß der Begriff des Quorums sich vielerorts verwischt hat, verloren gegangen ist. So tritt zum Beispiel am 4. April 1936 im Lenin-Rayon der Stadt Charkow das Plenum des Rayonkomitees mit dem Aktiv zusammen, und auf diesem Plenum wurde der Ausschluß eines ganzen Haufens von Leuten aus dem Rayonkomitee beantragt. Obwohl schon ziemlich viel Zeit vergangen ist, seitdem das ZK den bekannten Beschluß gefaßt hat, daß das Aktiv gesondert vom Plenum zusammentreten soll, wird das Plenum des Rayonkomitees zusammen mit dem Aktiv einberufen. Weshalb war das notwendig? Deshalb, weil im Plenum «Mangel» an gewählten Mitgliedern herrschte. Von den Mitglieder des Rayonkomitees waren zehn oder elf Personen anwesend, das Plenum aber schloß aus seinem Bestand zwölf Personen aus. Zehn Mann haben zwölf Mann aufgefressen! (Heiterkeit.)

Die Genossen haben offensichtlich vergessen, daß die Kooptierung sogar in der Periode des illegalen Bestehens der Partei, als die Kooptierung eine Notwendigkeit war, an eine ganze Reihe einschränkender Bedingungen gebunden war.

Aber nicht nur, daß Plenartagungen kooptieren, es gibt Organisationen, die noch weiter gehen. So hat zum Beispiel das Plenum des Tushinsker Rayonkomitees im Kirower Gebiet einen Beschluß gefaßt, wonach das neue Büro beauftragt wurde, Mitglieder in das Rayonkomitee zu kooptieren. Auf Grund dieses Plenumsbeschlusses kooptierte das Büro des Rayonkomitees sieben Mitglieder und ließ die Kooptierungen erst nach fünf Monaten vom Plenum bestätigen, und bei der Bestätigung dieser sieben Mitglieder des Rayonkomitees waren nur sechs rechtmäßig gewählte Mitglieder des Plenums des Rayonkomitees anwesend.

Die Praxis der Verletzung des Wahlprinzips und seiner Ersetzung durch Kooptierungen ist in zahlreiche führende Organisationen eingedrungen, und durch ihre Fahrlässigkeit haben auch die primären Parteiorganisationen diesen Weg eingeschlagen. So wurde bei uns in Leningrad zum Beispiel das Parteikomitee der Kanonerski-Werke vor dem XVII. Parteitag gewählt, und in drei Jahren wurden bei einem Parteikomitee von sieben Mitgliedern 22 Mitglieder kooptiert, das heißt das Parteikomitee hat ohne normale Wahlen seinen Bestand dreimal gewechselt.

In den Kirow-Werken sind von den gewählten Mitgliedern drei übrig geblieben, alle übrigen wurden kooptiert.

Im Parteikomitee der Shdanow-Werke wurden zu verschiedener Zeit 31 Personen kooptiert.

Angesichts dessen, daß die Verletzung der Wahltermine und die Kooptierung bei uns zu einer weit verbreiteten Erscheinung wurden, hat man in einer Reihe von Organisationen vergessen, wen man gewählt hat. Gerade auf dieser Grundlage konnten Tatsachen entstehen, wie ihr sie gestern in der «Prawda» gelesen habt, daß man nämlich in Odessa das Mitglied des Gebietskomitees der Partei, Genossen Olejnikow, verloren und sich seiner nach zwei Jahren erin-

ner hat, als er, beunruhigt darüber, daß man ihn in Ruhe läßt und nicht ruft, selbst im Gebietskomitee erschien.

Im Leningrader Gebiet, in der Parteiorganisation der Werke «Krasny Keramik» in Borowitschi, wurde am 4. Januar 1934 die Frage der Ergänzungswahlen zum Parteikomitee behandelt. Ich lese aus dem Protokoll vor:

«Der Sekretär des Parteikomitees, Genosse Rodionow, informiert die Versammlung, wie er den Auftrag der Parteiversammlung bezüglich der ‚dokumentarischen Präzisierung‘ der Zusammensetzung des Parteikomitees ausgeführt hat. Er teilte mit, daß nach den im Parteikomitee vorliegenden Dokumenten Swiderski, Kusnezowa, Danilow und Rodionow Mitglieder des Parteikomitees sind. In der Liste des Parteikomitees sind Gromowa, Sokolow und Kalinin aufgeführt, für sie liegen aber keine Dokumente vor. Beschlossen: Ueber die Zusammensetzung des Parteikomitees Klarheit zu schaffen und arbeitsfähige Genossen hinzuzuwählen.»

Im übrigen haben auf der Versammlung selbst zwei Mitglieder des Parteikomitees, die als rechtmäßig gewählt galten, dies kategorisch bestritten, und man hat eifrig versucht, sie zu überzeugen. Der Sekretär des Parteikomitees schilderte dann die Schwierigkeiten bei der Ausführung des ihm erteilten Auftrages, die Mitglieder des Parteikomitees «ausfindig zu machen».

«Ich habe die Mitglieder des Parteikomitees gesucht und gesucht, und habe sie mit Mühe und Not gefunden.»

So steht es mit der groben Verletzung der Gesetze unserer Partei über die Wählbarkeit der Parteiorgane und mit der Ersetzung des Wahlprinzips durch die Praxis der Kooptierung, die mit dem Geist und den Traditionen unserer Partei unvereinbar ist.

## Die innerparteiliche Demokratie — ein unumstößliches Gesetz des Parteilebens

Nun über die Praxis der Wahlen selbst. Der Wahlvorgang ist bei uns häufig so eingerichtet, daß die Parteimitglieder nicht die Möglichkeit haben, sich frei über die Kandidaturen zu äußern, sich des Rechts der Ablehnung und der Kritik an unannehmbaren Kandidaten zu bedienen. Die Wahlen sind nicht so organisiert, daß die wirkliche Möglichkeit zur Prüfung jeder Kandidatur durch die Masse der Parteimitglieder gewährleistet wird, sondern so, daß die Wahlen möglichst schnell und einfach durchgeführt werden, und daß man von lästiger Kritik der Parteimassen an dieser oder jener Kandidatur erlöst wird. Bei uns geht die Sache gewöhnlich so vor sich: der Sekretär des Parteikomitees stellt einige Tage vor der Konferenz auf irgendeinem Blatt seines Notizbuches eine vorläufige Kandidatenliste auf. Dann wird eine Beratung der Sekretäre einberufen, wo die Liste festgelegt wird. Dann wird die Erörterung der Kandidaten im «sinij konwert» («blauen Kuvert»), wie man bei uns den Seniorenkonvent nennt, und in einer Beratung der Delegationen vorgenommen. Die Erörterung der Kandidaturen wird somit in verschiedenen geschlossenen Vorberatungen «im Familienkreise» erledigt, ohne besondere «Scherereien». Haben die Beratungen der Sekretäre und der Delegationen die Frage bereits entschieden, so

ist es ganz klar, daß es äußerst schwer ist, in der allgemeinen Versammlung oder in der Konferenz irgendeine Kandidatur abzulehnen. Auf den Konferenzen selbst wird über die Kandidaturen in der Regel keine Debatte eröffnet, die Abstimmung erfolgt nach der Liste und nicht personell, und damit verwandelt sich die Wahlhandlung in eine einfache Formalität. Auf den Konferenzen ist man auf Schnelligkeit bedacht. Als Vorsitzender wird ein Mann hingesetzt, der die Wahlen mit aufgekrepelten Ärmeln nach der Liste in 20 Minuten «erledigt». Hier ergibt sich auch nach außen hin volle Einmütigkeit, und für Einwände gibt es eigentlich keine Möglichkeit. Anstatt den Leuten auf der Konferenz selbst die Möglichkeit zu bieten, an der Erörterung teilzunehmen, eine umfassende Kritik zu eröffnen und die Ablehnung der aufgestellten Kandidaten zu ermöglichen, läuft die ganze Sache auf eine beschränkte organisatorische «Technik» hinaus, die das eine Ziel verfolgt, sich von der Kritik durch die Parteimassen abzugrenzen.

Eine solche Praxis ist mit dem Geist und den Traditionen unserer Partei und mit den Aufgaben, vor denen wir gegenwärtig stehen, unvereinbar. Sie stellt eine verschleierte Verletzung der dem Parteimitglied zustehenden Rechte dar, eine Verletzung der Parteidemokratie.

Ueber die Kooptierung möchte ich noch eine Bemerkung machen. Ich will mich auf die Erfahrung des Zentralkomitees unserer Partei berufen. Wenn die örtlichen Parteiarbeiter besser vom Zentralkomitee lernten, so hätten wir der Kooptierung nicht jenen freien Lauf gelassen, wie das in einer Reihe von Organisationen der Fall war. Hat doch das Zentralkomitee während seines Bestehens kein einziges Mitglied und keinen Kandidaten des ZK kooptiert. Im Zentralkomitee gibt es eine solche Praxis nicht.

Ein weiterer ernster Mangel bei der Wahrung der Grundlagen des innerparteilichen Demokratismus ist das weitverbreitete System der Ernennungen von Parteileitern, von Sekretären der Parteikomitees. Diese Praxis muß in dem Sinne abgeändert werden, daß ein Parteikomitee, wenn es an der Zusammensetzung der Parteileitung einer untergeordneten Organisation eine Aenderung vornehmen will, verpflichtet ist, die Kandidatur vor ihrer Unterbreitung zur Bestätigung durch die übergeordnete Parteiinstanz jener Organisation zur Erörterung vorzulegen, der der Sekretär empfohlen wird, und erst dann kann sich das Parteikomitee an die übergeordnete Organisation um Sanktion wenden.

Bei uns gibt es zahlreiche Sekretäre von Parteikomitees, die ins Parteikomitee nicht gewählt wurden. Ich könnte hier einige Dutzend Personen nennen, die Sekretäre von Parteikomitees sind und ins Parteikomitee nicht gewählt wurden. Sie wurden ernannt, erhielten eine Anweisung, trafen ein und gingen sofort an die Arbeit, der alte Sekretär aber erstattet in der Regel keinen Rechenschaftsbericht. «Selbstberichte» einzelner Parteimitglieder sind bei uns sehr verbreitet, die Berichterstattung des Parteikomitees vor den Parteimassen aber ist offenkundig nicht genügend entwickelt.

Ueber die Selbstberichte. In der Form, wie die Selbstberichte von Kommunisten bei uns üblich sind, sind sie eine bürokratische Verhöhnung von Parteimitgliedern. Zum größten Teil sind die Selbstberichte mit dem Herumwühlen

im Privatleben, im Familienleben des Kommunisten verbunden, aber durchaus nicht mit der Prüfung seiner führenden Rolle und seiner Arbeit unter den Massen. Worauf laufen die Selbstberichte hinaus? Manche Tatsachen sprechen davon. Die Parteiorganisation der Kollektivwirtschaft «Dzierzynski», Rayon Matwejewka, Orenburger Gebiet, nimmt den Selbstbericht des Kommunisten Sidorow entgegen:

«Zeitungen liest er nicht und abonniert sie nicht. Mit seiner Frau lebt er gut, mit den Kindern auch... Es wird festgestellt, daß Sidorow seine Familie nicht genügend erzieht.»

Das ist ein typischer Selbstbericht.

Dieselbe Organisation stellt zum Selbstbericht des Parteimitgliedes Masin, der seine Frau geschlagen hat, fest:

«Dummheiten in der Familie dürfen nicht mehr vorkommen. Die Familienverhältnisse sind schnellstens in Ordnung zu bringen.» (*Allgemeine Heiterkeit.*)

In der Sowjetwirtschaft «Amossow» in Kasachstan wird der Selbstbericht des Kommunisten Salirow entgegengenommen. Der Beschluß lautet kurz und bündig:

«Behandelt: Selbstbericht Salirows. Beschlossen: Salirow ist zu verhaften.» (*Allgemeine Heiterkeit.*)

*Stimmen:* Weshalb?

*Schdanow:* Hier entsteht eine andere Frage: hat eine Parteiorganisation das Recht, ihre Mitglieder zu verhaften? Der Mann hat zu seinem Verderb Rechenschaft abgelegt!

In vielen Parteiorganisationen wurde die Rolle der Plenartagungen als Organe der kollektiven Führung gemindert. Die Plenartagungen treten selten zusammen, mehr zur Behandlung von Parade- oder allgemeinen Fragen, Fragen der örtlichen Arbeit werden selten auf die Tagesordnung gestellt. Die Fragen der Wahlen und andere Fragen werden, wie ich bereits gesagt habe, ohne das erforderliche Quorum behandelt und entschieden.

Das Rayonkomitee vom Watsch, Gorki-Gebiet, hat im Verlauf des Jahres 1936 kein einziges Plenum einberufen. Im Rayon Wesselowo, Gebiet Dnjepropetrowsk, wurde im Verlaufe von zehn Monaten kein einziges Plenum einberufen. Im Rayon Tschelninsk in Tatarien und in einigen anderen Rayonkomitees Tatarsiens trat im Jahre 1936 sieben bis acht Monate hindurch kein einziges Plenum zusammen. Wo bleibt hier die kollektive Führung?

Ebensolche Mängel, eine ebensolche Minderung der Rolle unserer wählbaren Organe kommt auch in den primären Parteiorganisationen vor.

Im Resolutionsentwurf wird darauf hingewiesen, daß wir eine Situation herbeiführen müssen, bei der in den primären Parteiorganisationen die strenge Einhaltung der Bestimmungen über die Wahl der Parteikomitees auf den allgemeinen Fabrikversammlungen gewährleistet wird, ohne daß eine Ersetzung der letzteren durch Konferenzen zugelassen wird. Ebenda wird darauf hingewiesen, daß die in einer Reihe von primären Parteiorganisationen übliche Praxis der faktischen Abschaffung der allgemeinen Versammlungen und der Ersetzung

der allgemeinen Versammlung durch Abteilungsversammlungen und Konferenzen beseitigt werden muß.

Stellt euch die Lage in einem Großbetrieb vor, wo es tausend bis andert-halbtausend Parteimitglieder gibt. Anstatt zur Wahl des Parteikomitees eine allgemeine Versammlung der Parteimitglieder der Fabrik einzuberufen, wird nach der Norm «ein Delegierter auf drei Parteimitglieder» eine Betriebskonferenz einberufen, wodurch die allgemeine Versammlung der Parteimitglieder der Fabrik durch eine Konferenz ersetzt wird, und hier werden die Wahlen vorgenommen, das heißt im Grunde genommen wird zwei Mitgliedern von dreien die Möglichkeit genommen, an der Wahl teilzunehmen. Ist das zulässig? Es ist klar, daß dies keinesfalls zulässig ist.

Die Rolle der allgemeinen Versammlungen ist herabgesetzt. In einer Reihe von Organisationen treten allgemeine Versammlungen der Parteimitglieder selten zusammen, man befaßt sich wenig mit Fragen des örtlichen Parteilebens.

Die Verletzungen der Grundlagen des innerparteilichen Demokratismus wirken sich auch auf die Vorbereitung der Parteiversammlungen aus, indem die Parteimitglieder nicht rechtzeitig wissen, welche Fragen behandelt werden sollen.

Ueber die Vorbereitung der Resolutionen der Parteiversammlungen. Oft wird in den Parteiversammlungen eine Resolution zu dieser oder jener Frage vorher eingebracht oder von Meistern dieser Sache während der Versammlung selbst zusammengezimmert ohne Berücksichtigung dessen, was in der Debatte gesprochen wird. Bei uns ist die Formel in Mode: «Auf Grund des Meinungs-austausches» einen Resolutionsentwurf auszuarbeiten, tatsächlich aber wird gerade dieser «Meinungsaustausch» nicht berücksichtigt.

Das ist ein Ausdruck der größten Mißachtung der den Parteimitgliedern zustehenden Rechte.

Unordentlich, gewissenlos und nachlässig behandelt man bei uns Parteidokumente und Parteibeschlüsse. Wir alle müssen vom Zentralkomitee lernen, wie man mit Parteidokumenten umgeht. Haben wir jetzt die Bedeutung des Parteibuches und die Achtung vor dem Parteibuch gesteigert, so kann man das von anderen, sehr vielen unserer Parteidokumente nicht behaupten. Wie werden sie verfaßt, ausgeführt, aufbewahrt? Nachlässig. Wir müssen vom ZK außerordentliche Exaktheit, Sorgfalt und Aufmerksamkeit gegenüber jedem Parteidokument lernen. In dieser Beziehung herrscht bei uns in organisatorischer Hinsicht große Schlamperei und Nachlässigkeit.

Durchaus nicht unwichtig ist zum Beispiel die Frage: haben die Büromitglieder eines Parteikomitees die Materialien für die Beratungen in einer Sitzung erhalten oder nicht, haben sie sie einen Tag früher erhalten oder werden sie erst in der Sitzung ausgeteilt? Das ist auch eine Frage der Sicherstellung der innerparteilichen Demokratie.

Diese Fragen erscheinen kleinlich, im Endergebnis aber schaden sie uns, weil sie das Aktiv in seiner Entwicklung behindern und ihm die Möglichkeit erschweren, am Parteileben aktiv und selbsttätig teilzunehmen. In diesem Zu-

sammenhang entwickelt sich auch das Herumkommandieren und allerlei anderes.

Ich möchte noch ein Beispiel der Verletzung der Prinzipien der kollektiven Leitung anführen. Es handelt sich um die sogenannten «Dreiecke». In der Gestalt des «Dreiecks» — bestehend aus dem Sekretär des Parteikomitees, dem Leiter des Betriebes oder der Institution und dem Vorsitzenden der Gewerkschaftsorganisation des Betriebes — gibt es bei uns in einer Reihe von Organisationen, abseits der normalen gewählten Organe (Parteikomitee und Betriebsrat), eine eigenartige, offiziell und regulär tätige, in keinen Partei- und Sowjetgesetzen vorgesehene Organisation. Sie tritt zusammen, faßt Beschlüsse, erteilt Direktiven zur Ausführung usw. Vom Standpunkt der kollektiven Führung, vom Standpunkt richtiger Beziehungen zwischen der Partei-, der Wirtschafts- und der Gewerkschaftsorganisation stellt das Dreieck eine durchaus unzulässige Form dar. Das ist Vetternwirtschaft, das ist ein Uebereinkommen, um das Kritisieren zu erschweren. Und wenn mal diese drei einig geworden sind, dann versuche einer, sie zu kritisieren! Die Gewerkschafts- und die Parteiorganisationen verlieren dadurch ihre Eigenart, sie werden im Kampfe gegen die Mängel der wirtschaftlichen Führung entwaffnet, und andererseits wird der Wirtschaftler selbst entwaffnet, weil das Dreieck gewissermaßen ein kollegiales Verwaltungsorgan bildet, während unsere Wirtschaftsführung ganz anders aufgebaut ist.

Die Dreiecke stellen eine Parodie, eine Karikatur, das Surrogat einer kollektiven Führung dar. Wozu führt das? Da hat man bei uns in Leningrad in den Kalinin-Werken einen Kommunisten wegen Kritik an der unrichtigen Führung der Stachanowbewegung seitens der Betriebsverwaltung aus der Partei ausgeschlossen, weil er auf Mängel in der Leitung hingewiesen hatte. Man hat ihn als Stänker bezeichnet. Wir haben den Ausschluß rückgängig gemacht und jene bestraft, die ihm gegenüber in der ungesetzlichsten und größten Weise gehandelt haben. Dieser Vorfall an und für sich aber wurde durch das Bestehen des Dreiecks möglich, das früher ein Uebereinkommen getroffen hatte. Der Direktor kam hin und sagte: Das ist empörend, man beschimpft die Direktion. Der Sekretär und der Vorsitzende des Betriebsrates sagten ja. So entsteht die Unterdrückung der Selbstkritik, und dann ist es in einer solchen Fabrik für die Arbeiter schon schwer, die Wahrheit durchzusetzen.

Meiner Ansicht nach ist es Zeit, die Frage der Liquidierung der Dreiecke zu stellen.

Worin besteht die Schädlichkeit aller oben erwähnten Verletzungen der Grundlagen des demokratischen Zentralismus? Sie besteht darin, daß das Wachstum der Aktivität und der Initiative der Parteimitglieder durch eine solche Praxis gehemmt wird, daß bei den Parteimitgliedern das Gefühl geschmälert wird, daß sie es sind, die entscheiden, daß die ideologische und politische Entwicklung der Parteimitglieder gehemmt wird, die Parteimitglieder der ihnen zustehenden Kontrollrechte auch über die Tätigkeit der Parteiorgane beraubt und damit die richtigen Wechselbeziehungen zwischen den Leitern und

der Masse der Parteimitglieder gestört werden und die Partei angesichts der Aufgaben, vor denen sie steht, geschwächt wird.

### Alles beseitigen, was das Wachstum des Parteiaktivs hemmt

Jedermann ist sich klar darüber, über welche riesige Kader wir verfügen müssen, um erfolgreich die Aufgaben zu lösen, die durch die Entwicklung des sozialistischen Aufbaus auf allen Gebieten, durch die Einführung der neuen Verfassung, in unserem weiteren Kampf für den Kommunismus gestellt werden, wie vieler ergebener und selbstloser Genossen, sowohl in der Partei als auch außerhalb der Partei, unter den Parteilosen, wir bedürfen!

Wir müssen alles aus unserer Parteipraxis beseitigen, was das Wachstum des Aktivs, die Entfaltung seiner Selbsttätigkeit und die Steigerung seiner Rolle in der Leitung des Parteilebens, in der Erörterung aller Fragen der Parteipolitik, wie dies den Grundlagen der innerparteilichen Demokratie entspricht, hemmt und hindert.

Genosse Stalin lehrt uns ständig, daß das Parteiaktiv eine besondere politische Bedeutung im Leben unserer Partei habe. Das Parteiaktiv ist es, das die Beschlüsse unserer Partei in die Tat umsetzt. Ist ein Parteibeschuß gefaßt, so befindet sich sein Schicksal in den Händen des Aktivs. Das Parteiaktiv ist das Sprachrohr der öffentlichen Meinung der Partei.

Gerade weil unsere Partei es verstanden hat, breite Schichten des Aktivs im Geiste Lenins-Stalins zu schmieden und zu erziehen, haben wir erfolgreich die Grundaufgaben des sozialistischen Aufbaus gelöst, haben wir solche gigantischen, märchenhaften Siege aufzuweisen.

Gerade in diesem Zusammenhang wurde auf Initiative des Genossen Stalin der bekannte Beschluß des ZK über die Versammlungen des Parteiaktivs zur Erörterung von Beschlüssen des ZK der KPdSU(B) gefaßt.

Gerade darum müssen wir alles aus dem Wege schaffen, was die Erweiterung der Kader unseres Aktivs, sein ideologisches und politisches Wachstum, seine bolschewistische Stählung, seine organisatorische Festigung hindert. Die Aufgaben, die wir sowohl auf dem Gebiete des sozialistischen Aufbaus als auch im Zusammenhang mit den bevorstehenden neuen demokratischen Wahlen zu lösen haben, stellen die außerordentlich wichtige Frage der Aktivierung jedes Kommunisten auf die Tagesordnung.

Unsere gesamte, zwei Millionen starke Parteimasse muß vollständig aktiviert werden, jeder Kommunist muß aktiver Organisator, Agitator und Propagandist für die Sache der Partei sein. Unter diesem Gesichtspunkt muß unsere Organisations-, Agitations- und Propagandaarbeit umgestellt werden.

Eine Bemerkung zur Propagandaarbeit. Der Hauptmangel unserer Propagandaarbeit, auf den das ZK mehrfach hinwies, besteht darin, daß sie häufig scholastisch, losgelöst von den aktuellen und wichtigsten Kampfaufgaben der Partei geführt wird. Unsere Propaganda muß so organisiert sein, daß die Aufgabe jedes Propagandazirkels, jeder Schule eine solche Erziehung der Kommunisten sei, bei der die Bereicherung der Kenntnisse und die Fortbildung der

Parteimitglieder in der Wissenschaft des Marxismus-Leninismus nicht Selbstzweck ist, sondern ein Mittel zur Erziehung aktiver Propagandisten für die Sache der Partei. Das muß man bei unserer Propagandaarbeit im Auge behalten, als einer ihrer wichtigsten Grundsätze.

Ohne die Behebung der bedeutenden Mängel, die in unserer innerparteilichen Praxis und in erster Linie in bezug auf die Verletzung der innerparteilichen Demokratie und des Wahlprinzips vorhanden sind, können die neuen Aufgaben der Partei, die mit den demokratischen Wahlen zusammenhängen, nicht gelöst werden, und die Parteiorganisationen können sich als unfähig erweisen, diesen Aufgaben gerecht zu werden. Und wenn wir die Wahlen nach dem neuen Wahlsystem so durchführen wollen, so wie es die Partei fordert, so wie es die Verfassung fordert, wenn wir bei unseren Sowjet- und Parteiarbeitern Achtung vor unseren Gesetzen und bei den Massen Achtung vor der Sowjetverfassung erzielen wollen, so müssen wir die Umstellung der Parteiarbeit auf der Grundlage der unbedingten und vollständigen Durchführung der Prinzipien der innerparteilichen Demokratie, wie sie im Statut unserer Partei vorgesehen sind, sicherstellen.

\*

Davon ausgehend, müssen wir folgende Maßnahmen durchführen:

Erstens unter allen Umständen die Praxis der Kooptierung liquidieren und in Uebereinstimmung mit dem Statut die Wählbarkeit der leitenden Organe der Parteiorganisationen wiederherstellen.

Zweitens bei den Wahlen der Parteiorgane die Abstimmung nach Listen verbieten und von der offenen Abstimmung zur geheimen und personellen Abstimmung übergehen. Dabei muß das unbeschränkte Recht der Ablehnung der aufgestellten Kandidaturen durch die Parteimitglieder und das unbeschränkte Recht der Kritik dieser Kandidaturen gewährleistet werden.

Im Zusammenhang damit ist es notwendig, angesichts der ernstlichen Verletzungen des Wahlprinzips in unseren Parteiorganisationen, die Wahlen der Parteiorgane durchzuführen, von den Parteikomitees der primären Organisationen bis zu den Gau- und Gebietskomitees und den ZK der nationalen kommunistischen Parteien, wobei die Wahlen im Laufe der nächsten zwei Monate durchgeführt und bis Ende Mai abgeschlossen werden müssen. Es ist notwendig, in Zukunft die Fristen der Wahlen der Parteiorgane in Uebereinstimmung mit dem Statut streng einzuhalten: in den primären Organisationen einmal im Jahre, in den Rayon- und Stadtorganisationen einmal im Jahre, in den Gau-, Gebiets- und Republikorganisationen einmal in anderthalb Jahren.

Was die Parteiversammlungen betrifft, ist es notwendig, die Praxis der Ersetzung der allgemeinen Parteiversammlungen durch Abteilungsversammlungen oder Konferenzen kategorisch zu verurteilen und zu verbieten und keine doppelstufigen Wahlen in den Parteiorganisationen zuzulassen, sondern die Praxis der Wahl der unteren Parteiorgane unmittelbar in den allgemeinen Versammlungen einzuführen.

Das sind die Vorschläge, die ich hier zu formulieren hatte.



## Schlußwort des Genossen Shdanow auf dem Plenum des ZK der KPdSU(B) am 27. Februar 1937

Genossen! In der Debatte wurde die Frage der Umstellung der Arbeit anderer Organisationen, hauptsächlich der Sowjetorganisationen, berührt und diskutiert. Man sprach hier sowohl von den Gewerkschaften als auch vom Kommunistischen Jugendverband und von anderen Massenorganisationen. Dies ist eine sehr wichtige Angelegenheit und wir werden natürlich diese Organisationen vor den Wahlen im Geiste jener Arbeit umstellen müssen, die wir in der Parteiorganisation durchführen müssen.

Die Vorbedingung der Umstellung sowohl in den Sowjet- als auch in den Gewerkschafts- und KJV-Organisationen ist vor allen Dingen die Umstellung der Parteiorganisation selbst, als der führenden Hauptkraft, als des führenden Hauptkerns aller unserer Organisationen, wie dies in unserer Verfassung niedergelegt ist. Ich bin nicht der Ansicht, daß wir darauf verzichten sollten, schon jetzt eine Arbeit zur entschiedenen Verbesserung der Tätigkeit der Massenorganisationen, Gewerkschaften, Sowjets, des KJV usw. zu leisten, aber die eigentliche Umstellung in ihrer Arbeit wird natürlich damit verbunden sein, in welchem Maße es den Parteiorganisationen gelingen wird, sich umzustellen — darin liegt die Wurzel aller Dinge.

Jetzt über die Verletzungen des Wahlprinzips in den Parteiorganisationen, die Verbreitung der Kooptierung und über andere Verletzungen der innerparteilichen Demokratie und der Grundlagen des demokratischen Zentralismus. Aus der Debatte ersieht man, daß die Sache sehr weit gegangen ist, daß die Gewohnheiten und Ueberbleibsel der vergangenen Periode noch fest in den Köpfen unserer Funktionäre sitzen, die von unseren großen Erfolgen berauscht sind. Diese Gewohnheiten und Ueberbleibsel hängen zweifellos mit gewissen nicht-marxistischen Anschauungen zusammen, die Genosse Stalin bereits auf der XIII. Parteikonferenz 1924 geißelte und die von absolut nichtmarxistischen Vorstellungen ausgehen, als sei unsere Partei «kein selbsttätiger Organismus, der ein selbständiges ideologisches und praktisches Leben führt, sondern etwas in der Art eines Systems von unteren, mittleren und höheren Institutionen». Genosse Stalin wies damals darauf hin, daß der Kampf gegen solche Anschauungen die aktuelle Aufgabe der Partei sei. An diese Hinweise des Genossen Stalin muß erinnert werden im Zusammenhang mit den Fällen bürokratischer Entstellungen der Prinzipien des demokratischen Zentralismus.

Von einer gewissen Loslösung der führenden Funktionäre vom Parteileben sprach hier eine Reihe von Genossen und besonders überzeugend Genosse Chalajewitsch.

Genosse Chatajewitsch zeigte an Hand der Erfahrungen der Organisation von Dnjepropetrowsk, wie das Aufgehen in der laufenden wirtschaftlichen Arbeit zum Verlust des Geschmacks an der Parteiarbeit, zur Abschwächung der Parteiarbeit führt. Diese Sachlage ist typisch. Es muß daran erinnert werden, daß wir, wenn wir uns mit kleinlichen wirtschaftlichen Angelegenheiten zum Schaden der Parteiarbeit überbürden, vergessen, daß niemand für uns die

Parteiarbeit machen wird. Die Leitung der Parteiarbeit ist die Hauptfunktion der Parteiarbeiter, die Verantwortung für ihren Zustand ruht voll und ganz auf ihnen.

Die Rede des Genossen Kabakow zeugte davon, daß die Parteiarbeit in einer Reihe von Organisationen sehr ernst in Vergessenheit geraten ist. Genosse Kabakow sprach über alles, außer über die Parteiarbeit. Er sprach über Kinomechanik, über den materiellen Teil des Kinowesens, über Radio. Dies alles sind sehr wichtige und sehr wesentliche Dinge. Als jedoch Genosse Molotow dem Genossen Kabakow die Frage stellte, wie es im Ural mit der Kooptierung stehe, umging er diese Frage. Die Fragen der Parteiarbeit sind also für Genossen Kabakow nicht die Hauptfragen. Das zeigt, daß die Unterschätzung der Parteiarbeit nicht überwunden ist, daß der erforderliche Umschwung in dieser Hinsicht noch nicht geschaffen ist und daß man bei den Leitern beginnen muß. Die Wendung zur Parteiarbeit hängt vollständig von der Wendung der Leitung der Parteiorganisationen ab.

Einige Worte über die Wahlordnung. Hier sprachen die Genossen davon, daß man Weisungen erteilen müsse, wie die geheime Abstimmung durchzuführen sei: ob «Starkästchen» aufgestellt oder ob mit Kugeln abgestimmt wird. Das ist eine sehr wichtige Sache, aber gegenwärtig brauchen wir nicht die Instruktionen, sondern müssen wissen, ob das Prinzip selbst gebilligt wird. Gegen das Prinzip der geheimen Abstimmung hat hier niemand etwas eingewendet, im Gegenteil, die Genossen betonen die außerordentliche Wichtigkeit und große Bedeutung der geheimen Abstimmung für die Sicherstellung einer wirklichen Wahlfreiheit. Der Wahlprozeß selbst wird offensichtlich in zwei Stadien zerfallen. Das erste Stadium, bei dem die völlig offene Erörterung der Kandidaturen erfolgt. Jeder hat das Recht, eine beliebige Kandidatur für das zu wählende Parteikomitee aufzustellen und zu verteidigen. Dies ist das erste Stadium. Dann wird über die erörterten Kandidaturen in geheimer Wahl abgestimmt.

Als Muster und Beispiel kann man die Praxis der Wahl des ZK auf den Parteitag nehmen, wo die Wahl in geheimer Abstimmung erfolgt. Ich glaube, daß diese Praxis voll und ganz von den örtlichen Parteiorganisationen ausgewertet werden kann.

Jetzt über die Kooptierung. Manche Genossen weisen darauf hin, daß die erweiterte Anwendung der Kooptierung damit zusammenhängt, daß man Sekretäre und andere verantwortliche Parteiarbeiter versetzen und infolgedessen sie in dieses oder jenes Parteikomitee aufnehmen müsse. Wenn bei uns die Wahlen der Parteiorganisationen zu genau festgesetzten Zeitpunkten stattfinden werden, so werden sich keine Schwierigkeiten daraus ergeben, daß jemand zwei, drei Monate nicht gewählt sein wird. Er wird die Obliegenheiten eines Sekretärs erfüllen, wird aber nicht Mitglied des Parteikomitees sein, und kann dann auf der bevorstehenden Konferenz in das Parteikomitee gewählt werden. Bei uns kommt es jetzt vor, daß ein Parteileiter gleichzeitig mit der Ernennung auf den einen oder anderen Parteiposten Mitglied des Parteikomitees wird. Das muß nicht unbedingt so sein. Er wird bis zur Konferenz die

Ohliegenheiten eines Sekretärs erfüllen, ohne Mitglied des Parteikomitees zu sein.

Die nächste Bemerkung. Bei uns war die Kooptierung bis zu einem gewissen Maße mit der Fluktuation der Kader, mit der häufigen Versetzung der Parteiarbeiter verbunden.

Die Genossen sprachen hier von der «Armut» an Kadern, die sie angeblich zwingt, ständige Umgruppierungen und Versetzungen von Menschen vorzunehmen. Sie vergessen, daß wir über außerordentlich große Reserven verfügen. Seht nur, wie rasch bei uns Parteigenossen und Parteiose wachsen, seht euch das Wachstum der Stachanowarbeiter an, und nicht nur der Stachanowarbeiter. Nehmt die Bewegung der Frauen der Kommandeure der Roten Armee und der Industrielleiter, erinnert euch der vor kurzem abgehaltenen Unionskonferenzen. Was die Prägnanz, die Urwüchsigkeit, die Vollwertigkeit ihrer Reden in bezug auf die Wahl neuer Formen und neuer Methoden der Agitation betrifft, was den Reichtum der Themen, den Gehalt und die Form der Reden anbelangt, so stecken sie, auf mein Wort, manche unserer berufsmäßigen und verbläbten Agitatoren in den Sack. Menschen gibt es eine Menge um uns, Menschen gibt es sehr viele, solche Menschen, die schon lange darauf warten, daß man sie aufrücken läßt, wir sehen sie aber nicht, wegen des Mangels an Demokratismus bei uns, wegen eines Mangels, der uns hindert, neue Menschen zu sehen, und viele Menschen bleiben bei uns zu lange stehen, und wenn sie lange stehen und vergessen werden, so werden sie zur Reserve der Unzufriedenen innerhalb unserer Partei. Von diesem Standpunkt aus wird der Uebergang zur geheimen Abstimmung, der Uebergang zum wirklichen Wahlprinzip in unseren Parteiorganisationen uns behilflich sein, jene gewaltige Reserve der Parteikader, über die wir verfügen, zu erschließen. Schon Lenin sagte zu einer Zeit, als wir wirklich nur geringe Kader von Funktionären hatten, daß man diejenigen bestrafen müsse, die sagen, daß wir wenig Kader hätten.

Einige Worte über Agitation. Hier haben Genossen mit Recht gesagt, daß unsere Agitation hauptsächlich die fortgeschrittenen Arbeiter, einzelne Kollektivwirtschaften erfasse. Sie erfaßt in keiner Weise die riesigen Menschen-schichten, die bereit sind, uns zu helfen, zu jeder Zeit bereit sind, unserem Ruf zu folgen und unsere Freunde, parteiose Bolschewiki zu sein. Ich habe dabei die Intelligenz, die Angestellten, die Hausfrauen und nicht nur sie im Auge. Man muß offen sagen, daß wir mit unserer Agitationsarbeit nicht einmal alle Arbeiter in den Großbetrieben erfassen, und daß wir im Dorf nur in einem Teil der Kollektivwirtschaften arbeiten. Wir haben Kollektivwirtschaften, die von den Rayonfunktionären zwei- bis dreimal im Jahre aufgesucht werden, und es gibt viele Kollektivwirtschaften, größtenteils schwache — und darin liegt die Hauptgefahr — entlegene Winkel, von denen Genosse Eiche sprach, die niemand aufsucht, weil man sie — aufgegeben hat. Das ist absolut unrichtig, man muß gerade unter denjenigen Arbeitern, Kollektivbauern, Angestellten und anderen Werktätigen verstärkt arbeiten, die noch nicht genügend von unserem politischen Einfluß erfaßt sind.

Der Inhalt unserer Agitation gibt häufig keine direkte und offene Antwort auf die von den Arbeitern gestellten Fragen. Bei jeder unserer Maßnahmen erhalten wir eine Menge von Fragen und Äußerungen, in den Parteikomitees werden Listen dieser Fragen zusammengestellt, aber diese Fragen bleiben häufig unbeantwortet, man vermeidet es, schwierige Fragen zu beantworten. Das ist falsch, unsere Agitation muß wahrhaft sein, unsere Agitation muß auf alle Fragen der Arbeiter Antwort geben und darf sie nicht unbeachtet, unbeantwortet lassen, denn wenn wir nicht antworten, so wird für uns ein anderer antworten, denn — «ein heiliger Ort bleibt nicht leer».

Und zum Schluß die Frage unserer Agitationskollektive, deren Arbeit völlig ins Hintertreffen und in Vergessenheit geraten ist. Sie arbeiten ebenfalls hauptsächlich in Werken und Fabriken. Was aber die Agitatoren betrifft, die in den Wohngemeinschaften, in den Hochschulen und technischen Hochschulen, unter den Angestellten und unter der Intelligenz arbeiten würden — soweit sind unsere Parteiorganisationen noch nicht gekommen. Es ist notwendig, auch solche Menschenkader zu schaffen. Die Möglichkeiten dazu sind außerordentlich groß. Alles befindet sich in unseren Händen: das Radio, der Film und die Zeitungen, und wieviel andere Agitationsmittel noch dazu!

Nutzen wir diese Mittel aus? Vollkommen unzureichend. Es handelt sich darum, diese Arbeit ins Geleise zu bringen, und das ist eine sehr ernste Sache.

\*

## Resolution des Plenums des ZK der KPdSU(B) zum Bericht des Genossen Shdanow

Angenommen am 27. Februar 1937

Die Einführung der neuen Verfassung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken bedeutet eine Wendung im politischen Leben des Landes. Das Wesen dieser Wendung besteht in der Durchführung der weiteren Demokratisierung des Wahlsystems im Sinne der Ersetzung der nicht vollkommen gleichen Wahlen zu den Sowjets durch gleiche, der indirekten durch direkte, der offenen durch geheime.

Bestanden vor der Einführung der neuen Verfassung für Geistliche, ehemalige Weißgardisten, «ehemalige Leute» und Personen, die sich nicht mit gemeinnütziger Arbeit beschäftigen, Einschränkungen des Wahlrechts, so hebt die neue Verfassung jegliche Beschränkungen des Wahlrechts für diese Kategorien von Bürgern auf und macht die Deputiertenwahlen zu allgemeinen Wahlen.

Waren die Deputiertenwahlen früher keine gleichen, da für die Stadt- und die Landbevölkerung verschiedene Wahlnormen bestanden, so fiel jetzt die Notwendigkeit fort, die Wahlgleichheit einzuschränken, und alle Bürger haben das Recht, an den Wahlen auf gleicher Grundlage teilzunehmen.

Waren früher die Wahlen zu den mittleren und höheren Organen der Sowjetmacht indirekt, so werden jetzt gemäß der neuen Verfassung die Wahlen zu allen Sowjets, von den Dorf- und Stadtsowjets bis zum Obersten Sowjet, von den Bürgern unmittelbar auf dem Wege direkter Wahlen vorgenommen.

Wurden früher die Wahlen der Deputierten zu den Sowjets durch offene Abstimmung und nach Wahllisten vorgenommen, so wird jetzt die Abstimmung bei den Deputiertenwahlen geheim und nicht nach Wahllisten, sondern nach einzelnen Kandidaturen erfolgen, die nach Wahlkreisen aufgestellt werden.

Schließlich wird durch die Verfassung die allgemeine Volksbefragung (Referendum) eingeführt.

Diese Änderungen im Wahlsystem bedeuten eine Verstärkung der Kontrolle der Massen gegenüber den Sowjetorganen und die Erhöhung der Verantwortlichkeit der Sowjetorgane gegenüber den Massen.

Die Folge der Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts bei geheimer Abstimmung wird die weitere Verstärkung der politischen Aktivität der Massen, die Heranziehung neuer Schichten der Werktätigen zur Verwaltung des Staates sein. Damit wird die Diktatur des Proletariats zu einem elastischeren und folglich machtvolleren System der staatlichen Führung der Gesellschaft durch die Arbeiterklasse, die Basis der Diktatur der Arbeiterklasse erweitert sich, ihre Grundlage wird fester.

Um für diese Wendung allseitig gewappnet zu sein, muß die Partei an die Spitze dieser Wendung treten und ihre führende Rolle bei den bevorstehenden Wahlen zu den obersten Organen des Landes restlos sichern.

Sind die Parteiorganisationen zu einer solchen Führung vorbereitet?

Was wird von der Partei gefordert, damit sie an die Spitze dieser Wendung, an die Spitze der neuen, restlos demokratischen Wahlen treten kann?

Dazu ist erforderlich, daß die Partei selbst eine konsequente demokratische Praxis befolgt, daß sie im innerparteilichen Leben die Grundsätze des demokratischen Zentralismus restlos durchführt, wie es das Parteistatut fordert, daß sie selbst über die notwendigen Vorbedingungen verfügt, denen zufolge alle Parteiorgane gewählte Organe sind, daß Kritik und Selbstkritik in vollem Ausmaße entwickelt werden, daß die Verantwortlichkeit der Parteiorgane gegenüber den Parteimassen eine vollständige ist, und daß die Parteimassen selbst restlos aktiviert werden.

Kann man sagen, daß alle Parteiorganisationen zur Erfüllung dieser Bedingungen schon vorbereitet sind, daß sie sich schon völlig auf demokratische Art umgestellt haben?

Leider kann man das nicht mit voller Ueberzeugung sagen.

Davon spricht die in manchen Organisationen vorhandene Praxis der Verletzung des Parteistatuts und der Grundlagen des innerparteilichen Demokratismus.

Welcher Art sind diese Verletzungen?

Die Wählbarkeit der Parteiorgane, wie sie im Parteistatut festgelegt wird, ist in einer Reihe von Organisationen verletzt worden. Die im Parteistatut festgesetzten Fristen für die Wahlen der Parteiorgane werden von den Parteiorganisationen nicht eingehalten, weite Verbreitung fand die durch nichts gerechtfertigte Praxis der Kooptierung verschiedener leitender Funktionäre als Mitglieder des Plenums der Rayonkomitees, Stadtkomitees, Gaukomitees, Ge-

bietskomitees und der Zentralkomitees der nationalen Kommunistischen Parteien.

Das im Parteistatut festgelegte Verfahren zur Bestätigung der Sekretäre der Parteikomitees durch die übergeordneten Parteiorgane wurde in einer Reihe von Parteiorganisationen faktisch in ein System von Ernennungen umgewandelt. Die Bestätigung der Sekretäre der Parteikomitees erfolgt nicht selten vor ihrer Wahl in den örtlichen Parteiorganisationen, und das führt in der Praxis dazu, daß die örtlichen Parteiorganisationen nicht die Möglichkeit haben, die Kandidatur des empfohlenen Funktionärs zu erörtern.

Die Bestätigung von Funktionären auf wählbaren Posten und die Enthebung von der Arbeit erfolgt oft durch Beschlüsse der Parteiorgane auf Grund einer Umfrage und ohne die neuen Funktionäre dem Plenum des Parteikomitees zu empfehlen sowie ohne den Parteiorganisationen die Motive der Enthebung dieses oder jenes Parteileiters klar zu machen.

Was die Wahl der Parteiorgane betrifft, so besteht immer noch die Praxis, derzufolge die Erörterung der Kandidatenlisten nur in Vorberatungen, in Ältestenräten, in Delegationsversammlungen erfolgt, wobei in der Regel auf den Plenums und Konferenzen selbst keine Diskussionen über die Kandidaturen eröffnet werden, die Abstimmung nach der Liste und nicht personell erfolgt und die Wahlhandlung somit in eine einfache Formalität verwandelt wird.

Alle diese Tatsachen der Verletzung der Grundlagen des demokratischen Zentralismus schädigen die Partei, da sie das Wachstum der Aktivität der Parteimitglieder hemmen, dem Aktiv, das im Leben unserer Partei besondere politische Bedeutung hat, die Möglichkeit nehmen, sich an der leitenden Arbeit zu beteiligen, den Parteimitgliedern ihre ihnen zustehenden Rechte auf Kontrolle der Tätigkeit der Parteiorgane nehmen und damit die richtigen Wechselbeziehungen zwischen den Leitern und den Parteimassen verletzen.

Krasse Beispiele einer solchen Praxis sind die vom ZK der KPdSU (B) in der letzten Zeit aufgedeckten Tatsachen grösster Vernachlässigung der Partei- und politischen Arbeit im Asow-Schwarzmeer-Gaukomitee, im Kiewer Gebietskomitee und im ZK der KP (B) der Ukraine und in anderen Parteiorganisationen, die sich in groben Verletzungen des Parteistatuts und der Prinzipien des demokratischen Zentralismus im Sinne der Abkehr von der Wählbarkeit der Parteiorgane und im Sinne der Einführung der unduldbaren Praxis der Koop- tierung ausdrücken.

Das Plenum des ZK der KPdSU (B) hebt hervor, daß die Beispiele unrichtiger Führung, die im Kiewer Gebietskomitee und im Asow-Schwarzmeer-Gau aufgedeckt wurden, keine Einzelercheinungen sind, sondern in diesem oder jenem Grade allen Gau- und Gebiets-Parteiorganisationen eigen sind.

Das Plenum des ZK der KPdSU (B) ist der Ansicht, daß die Beseitigung dieser und ähnlicher Mängel jene notwendige Vorbedingung ist, ohne welche die neuen Aufgaben der Partei nicht erfüllt werden können, die in Verbindung mit der Wendung im politischen Leben des Landes, mit der Annahme der neuen Verfassung und mit den bevorstehenden Wahlen zu den obersten Or-

ganen des Landes auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts bei geheimer Stimmabgabe entstanden sind.

Deshalb ist es notwendig, die Parteiarbeit auf der Grundlage der unbedingten und vollständigen Durchführung der Grundsätze des durch das Parteistatut vorgeschriebenen innerparteilichen Demokratismus umzustellen.

Das Plenum des ZK der KPdSU (B) erachtet es für notwendig, die folgenden Maßnahmen zu verwirklichen und verpflichtet alle Parteiorganisationen, sie durchzuführen:

1. Abschaffung der Praxis der Kooptierung von Mitgliedern in die Parteikomitees und Wiederherstellung, gemäß dem Parteistatut, der Wählbarkeit der führenden Organe der Parteiorganisationen.

2. Verbot der Abstimmung nach Listen bei der Wahl der Parteiorgane. Die Abstimmung hat nach einzelnen Kandidaturen zu erfolgen, wobei allen Parteimitgliedern das unbeschränkte Recht sicherzustellen ist, Kandidaten abzulehnen und sie zu kritisieren.

3. Einführung der geschlossenen (geheimen) Abstimmung über die Kandidaten bei der Wahl der Parteiorgane.

4. Durchführung von Wahlen der Parteiorgane in allen Parteiorganisationen, von den Parteikomitees der primären Parteiorganisationen bis zu den Gau- und Gebietskomitees und den Zentralkomitees der nationalen kommunistischen Parteien, wobei die Wahlen spätestens bis zum 20. Mai abzuschließen sind.

5. Alle Parteiorganisationen werden verpflichtet, die Fristen der Wahlen der Parteiorgane gemäß dem Parteistatut streng einzuhalten: in den primären Parteiorganisationen einmal im Jahre, in den Rayon- und Stadtorganisationen einmal im Jahre, in den Gebiets- und Gauorganisationen und in den Organisationen der Republiken einmal in anderthalb Jahren.

6. Sicherstellung der strengen Einhaltung der Wahl der Parteikomitees in den primären Parteiorganisationen auf den allgemeinen Betriebsversammlungen, — ohne daß eine Ersetzung der letzteren durch Konferenzen zugelassen wird.

7. Beseitigung der in einer Reihe von primären Parteiorganisationen vorhandenen Praxis der faktischen Abschaffung der allgemeinen Versammlungen und der Ersetzung der allgemeinen Versammlungen durch Abteilungsversammlungen und Konferenzen.

\*





Beschluß des ZK's der KPdSU(B) vom Januar 1938  
(Veröffentlicht in der "Kommunistischen Internationale" 1938, S. 368 - 374)

## **Über die Fehler der Parteiorganisationen beim Ausschluss von Kommunisten aus der Partei,**

über das formalistisch-bürokratische Verhalten zu den Berufungen von aus der KPdSU(B) Ausgeschlossenen, und über die Massnahmen zur Beseitigung dieser Mängel

### **Beschluss des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (B)**

Das Plenum des Zentralkomitees der KPdSU(B) hält es für notwendig, das Augenmerk der Parteiorganisationen und ihrer Leiter darauf zu lenken, dass sie, während sie bei der Reinigung ihrer Reihen von trotzkistisch-rechten Agenten des Faschismus eine grosse Arbeit leisten, im Verlauf dieser Arbeit ernste Fehler und Entstellungen zulassen, die der Sache der Säuberung der Partei von Doppelzünglern, Spionen und Schädlingen hinderlich sind. Trotz der wiederholten Hinweise und Warnungen des Zentralkomitees der KPdSU(B) verhalten sich die Parteiorganisationen in vielen Fällen beim Ausschluss von Kommunisten aus der Partei vollkommen unrichtig und verbrecherisch leichtsinnig.

Schon wiederholt forderte das Zentralkomitee der KPdSU(B) von den Parteiorganisationen und deren Leitern, dass sie aufmerksam und individuell an die Parteimitglieder bei der Entscheidung der Fragen des Ausschlusses aus der Partei oder bei der Wiedereinsetzung von zu Unrecht aus der KPdSU(B) Ausgeschlossenen in die Rechte von Parteimitgliedern herangehen.

Das Plenum des Zentralkomitees der KPdSU(B) erklärte am 5. März 1937 in seinem Beschluss zum Referat des Genossen Stalin „Ueber die Mängel der Parteiarbeit und die Massnahmen zur Liquidierung der trotzkistischen und anderer Doppelzüngler“:

„Manche unserer führenden Parteifunktionäre kranken daran, dass sie es den Menschen, den Parteimitgliedern, den Mitarbeitern gegenüber an Aufmerksamkeit fehlen lassen. Mehr noch, sie studieren die Parteimitglieder nicht, wissen nicht, was für Art Leute es sind, und wie sie sich entwickeln, kennen die Mitarbeiter überhaupt nicht. Darum fehlt es ihnen an der individuellen Art des Herantretens an die Parteimitglieder, an die Parteifunktionäre. Und gerade deshalb, weil es ihnen an der individuellen Art des Herantretens bei der Beurtei-

lung der Parteimitglieder und Parteifunktionäre fehlt, gehen sie gewöhnlich aufs Geratewohl vor: sie loben sie entweder in Bausch und Bogen, ohne Mass, oder prügeln sie ebenso in Bausch und Bogen, ohne Mass, schliessen sie zu Tausenden und Zehntausenden aus der Partei aus. Solche Führer sind überhaupt bestrebt, in Zehntausenden zu denken und sich nicht um „Einzelheiten“, um einzelne Parteimitglieder, um deren Schicksal zu kümmern. Tausende und Zehntausende aus der Partei auszuschliessen, halten sie für eine Lappalie und trösten sich damit, dass unsere Partei 2 Millionen Mitglieder hat und Zehntausende Ausgeschlossener nichts am Stand der Partei zu ändern vermögen. So aber können an Parteimitglieder nur Leute herantreten, die im Grunde genommen tief parteiwidrig eingestellt sind.

Infolge einer solchen herzlosen Haltung gegenüber den Menschen, gegenüber den Parteimitgliedern und den Parteifunktionären wird künstlich Unzufriedenheit und Erbitterung in einem Teil der Partei hervorgerufen, die trotzkistische Doppelzüngler aber machen sich schlau an solche erbitterte Genossen heran und zerren sie geschickt mit sich in den Sumpf des trotzkistischen Schädlingwesens.“

In demselben Beschluss des Plenums des Zentralkomitees der KPdSU(B) heisst es:

„Die Praxis des formellen und seelenlos-bürokratischen Verhaltens zur Frage des Schicksals einzelner Parteimitglieder, zum Ausschluss von Parteimitgliedern aus der Partei oder zur Wiedereinsetzung von Ausgeschlossenen in die Rechte von Parteimitgliedern wird verurteilt.

Die Parteiorganisationen werden verpflichtet, bei der Entscheidung der Frage des Ausschlusses aus der Partei oder der Wiedereinsetzung von Ausgeschlossenen in die Rechte von Parteimitgliedern, ein Maximum von Vorsicht und kameradschaftlicher Fürsorge an den Tag zu legen.“

In dem Brief vom 24. Juni 1936 „Ueber die Fehler bei der Behandlung von Berufungen der während der Uebetprüfung und des Umtausches der Parteidokumente aus der Partei Ausgeschlossenen“ weist das Zentralkomitee der KPdSU(B) auf das unernste, und in einer Reihe von Fällen seelenlos-beamtenhafte Verhalten von Parteiorganen gegenüber der Prüfung der Berufungen von aus der Partei Ausgeschlossenen hin:

„Trotz der Weisungen des Zentralkomitees — heisst es in diesem Brief — werden die Berufungen von Ausgeschlossenen äusserst langsam behandelt. Viele Ausgeschlossene bemühen sich monatelang um die Prüfung der von ihnen eingereichten Berufung. Eine grosse Zahl von Berufungen wurde in Abwesenheit der Beteiligten behandelt, ohne die geringste Ueberprüfung der Gesuche der Berufenden, ohne dass den Berufenden die Möglichkeit gewährt wurde, zu den Ursachen ihres Ausschlusses aus der Partei genaue Erklärungen zu geben.

In einer Reihe von Ravon-Parteiorganisationen liess man gegenüber den aus der Partei Ausgeschlossenen völlig unzulässige Willkür zu. Personen, die wegen Verheimlichung ihrer sozialen Herkunft und wegen Passivität, aber nicht aus Gründen feindlicher Tätigkeit gegenüber der Partei und der Sowjetmacht aus der Partei ausgeschlossen worden waren, wurden automatisch von der Arbeit enthoben, aus der Wohnung ausgesiedelt usw.

Auf diese Weise spielten die Leiter dieser Parteiorganisationen den Feinden der Partei in die Hände, weil sie sich die Weisungen der Partei über die bolschewistische Wachsamkeit nicht zu eigen machten, wie es notwendig ist, und sich zur Ueberprüfung der Berufungen der bei der Ueberprüfung der Parteidokumente Ausgeschlossenen formell-bürokratisch verhielten.“

Wie man sieht, lagen warnende Hinweise an die örtlichen Parteiorganisationen vor.

Und trotzdem fahren viele Parteiorganisationen und ihre Leiter ungeachtet dessen in ihrem formellen und seelenlos-bürokratischen Verhalten gegenüber dem Schicksal der einzelnen Parteimitglieder fort.

Es sind nicht wenige Tatsachen bekannt, wo Parteiorganisationen ohne jegliche Ueberprüfung, und folglich nicht begründet, Kommunisten aus der Partei ausschliessen, ihnen die Arbeit nehmen, nicht selten sogar, ohne jeden Grund dazu, sie zu Volksfeinden erklären und ungesetzliche Handlungen und Willkür gegen Parteimitglieder begehen.

So z. B.: Das *Zentralkomitee der KP(B) Aserbaidshans* bestätigte am 5. November 1937 in einer Sitzung mechanisch den Ausschluss von 279 Personen aus der Partei; das *Stalingrader Gebietskomitee* bestätigte am 26. November den Ausschluss von 69 Personen; das *Nowosibirsker Gebietskomitee* bestätigte am 28. November mechanisch die Beschlüsse von Rayonkomitees der KPdSU(B) über den Ausschluss von 72 Personen aus der Partei; in der Parteiorganisation des *Ordshonikidse-Gaus* hob das Parteikollegium der Partei-Kontrollkommission beim Zentralkomitee der KPdSU(B) als unrichtig und vollständig unbegründet bei 101 Kommunisten — von 160 Personen, die Berufung eingelegt hatten — den Beschluss auf Ausschluss aus der Partei wieder auf; in der *Nowosibirsker* Parteiorganisation mussten auf die gleiche Weise 51 Beschlüsse von 80 aufgehoben werden; in der *Rostower* Parteiorganisation wurden 43 Beschlüsse von 66 aufgehoben; in der *Stalingrader* Parteiorganisation 58 von 103; in der *Sarotower* 80 von 134; in der *Kursker* Parteiorganisation 56 von 92; in der *Winnizaer* Parteiorganisation 164 von 337 usw.

In vielen Rayons des Charkower Gebiets ereignen sich unter dem Deckmantel der „Wachsamkeit“ zahlreiche Tatsachen, dass aus der Partei ausgeschlossene und parteilose Funktionäre ungesetzlich aus der Arbeit entlassen werden oder ihnen die Anstellung verweigert wird. Im Rayon Smijew wurden im Oktober und November 1937 36 Lehrer unbegründet von der Arbeit entfernt und weitere 42 zur Entlassung vorgemerkt. Das Ergebnis war, dass in den Schulen der Dörfer Taranowka, Samostashnoje, Skrypajewka u. a. Geschichte, Verfassung der UdSSR, russische, ukrainische und ausländische Sprachen nicht unterrichtet werden.

In der Stadt Smijew unterrichtete in der Mittelschule die Lehrerin Shurko Biologie; sie ist im Jahre 1904 geboren, Tochter eines Kollektivbauern, hat als Lehrerin acht Dienstjahre hinter sich, ist Studentin des vierten Kursus des Pädagogischen Instituts im Fernunterricht. In der lokalen Zeitung erschien eine Notiz über ihren Bruder, der in der Stadt Isjum als Lehrer tätig ist, dass er Nationalist sei. Dies genügte, um Shurko von der Arbeit zu entlassen. Im Zusammenhang mit der Entlassung der Genossin Shurko wurde ihrem Mann das politische Misstrauen ausgesprochen und auch die Frage seiner Entlassung gestellt. Bei der Ueberprüfung ergab sich jedoch, dass die Notiz über den Bruder Shurkos eine Verleumdung war und er von der Arbeit nicht entfernt wurde.

In der Stadt Charkow wurde die Funktionärin Einhorn des Betriebskomitees der Fabrik „Tinjakow“ in Sachen einer verhafteten Trotzkinin, Gorskaja, von den Organen des Volkskommissariats für Innere Angelegenheiten als Zeugin vernommen. Sie machte von ihrer Vorladung zum Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten dem Leiter der Spezialabteilung Semenkow, Mitteilung, welcher unverzüglich danach im Parteikomitee des Betriebes die Frage über die Beziehungen Einhorns zu der Trotzkinin Gorskaja stellte. Das Ergebnis war, dass Einhorn von der Arbeit im Betriebskomitee entfernt und entlassen wurde. Der Mann der Schwester Einhorns, der in der Redaktion einer lokalen Zeitung ar-

beitete, wurde entlassen, weil er „über die Beziehungen der Schwester seiner Frau zu Trotzisten keine Mitteilung gemacht hatte.“

Das Kursker Gebietskomitee der KPdSU(B) schloss ohne jegliche Ueberprüfung und in ihrer Abwesenheit das Parteimitglied Iwantschenkowa, Vorsitzende des Betriebskomitees der Dmitro-Taranowsker Zuckerfabrik, aus der Partei aus und veranlasste ihre Verhaftung, weil es ihr die bewusst konterrevolutionäre Vorbereitung einer Rede des parteilosen Arbeiters Kulinittschenko auf der Wahlversammlung für die Wahl des Obersten Sowjets der UdSSR zuschrieb. Bei der Ueberprüfung wurde festgestellt, dass die ganze „Schuld“ Iwantschenkowas darin bestand, dass der parteilose Arbeiter Kulinittschenko in der Wahlversammlung, nachdem er über sein Leben erzählt hatte, den Faden verlor und vergass, den Namen des Deputierten-Kandidaten für den Obersten Sowjet zu nennen.

In vielen Rayons des Kujbyschew-Gebiets wurde eine grosse Anzahl von Kommunisten aus der Partei ausgeschlossen mit der Begründung, dass sie Feinde des Volkes seien. Dabei finden aber die Organe des Volkskommissariats für Innere Angelegenheiten keine Gründe zur Verhaftung dieser aus der Partei Ausgeschlossenen. So z. B. schloss das Rayon-Parteikomitee des Rayons Bolschaja Tschernigowka von einer Gesamtzahl von 210 Kommunisten, die der Rayon-Parteioorganisation angehörten, 50 aus und erklärte sie zu Volksfeinden, während die Organe des Volkskommissariats für Innere Angelegenheiten hinsichtlich 43 dieser Ausgeschlossenen keinerlei Gründe zur Verhaftung fanden. Im Parteikollegium der Partei-Kontrollkommission des Zentralkomitees der KPdSU(B) für das Kujbyschew-Gebiet erscheinen zahlreiche als Volksfeinde von den Rayonkomitees der KPdSU(B) Ausgeschlossene und fordern, dass man sie entweder verhafte, oder das Schandmal von ihnen nehme.

Das ZK der KPdSU(B) verfügt über Angaben darüber, dass derartige Tatsachen auch in anderen Parteiorganisationen zu verzeichnen sind.

Das Plenum des ZK der KPdSU(B) ist der Auffassung, dass alle diese und ähnliche Tatsachen vor allem deshalb in den Parteiorganisationen Verbreitung finden können, weil es unter den Kommunisten *einzelne* noch nicht aufgedeckte und noch nicht entlarvte *Karrieristen-Kommunisten gibt, die bemüht sind, mit Hilfe von Parteiausschlüssen, mit Hilfe von Repressalien gegen Parteimitglieder sich auszuzeichnen und aufzurücken. Karrieristen-Kommunisten die bemüht sind, sich durch Anwendung von summarischen Repressalien gegen Parteimitglieder den Rücken zu decken und sich vor etwaigen Beschuldigungen des Mangels an Wachsamkeit zu sichern.*

Ein solcher Karrierist-Kommunist meint, dass, wenn nun einmal eine gegen ein Parteimitglied gerichtete — sei es auch eine unrichtige oder sogar provokatorische — Erklärung eingereicht wurde, dieses Parteimitglied für die Organisation gefährlich sei und man sich seiner möglichst schnell entledigen müsse, um sich durch bewiesene Wachsamkeit den Rücken zu decken. Deshalb erachtet er es als überflüssig, die gegen den Kommunisten erhobenen Anschuldigungen objektiv zu prüfen, und gelangt im voraus zu der Entscheidung, dass es notwendig sei, ihn aus der Partei auszuschliessen.

Ein solcher Karrierist-Kommunist der danach lechzt, durch Kriecherei emporzusteigen, löst ohne jegliche Untersuchung der Sachlage Panikstimmung wegen Volksfeinden aus und schreit auf Parteiversammlungen mit Leichtigkeit Zeter und Mordio über die Notwendigkeit des Ausschlusses von Parteimitgliedern aus der Partei aus irgendwelchen formellen Gründen oder gar ohne jegliche Gründe. Die Parteiorganisationen jedoch lassen sich nicht selten von solchen Schrei-hälsen-Karrieristen ins Schlepptau nehmen.

Einem solchen Karrieristen-Kommunisten ist das Schicksal der Parteimitglieder gleichgültig; er ist bereit, für Dutzende von Kommunisten den wissent-

lich unbegründeten Ausschluss aus der Partei auszusprechen, um sich selbst den Anschein des Wachsamens zu geben. Er ist bereit, Parteimitglieder auf Grund geringfügiger Vergehen aus der Partei auszuschliessen, um sich „Verdienste“ auf dem Gebiet der Entlarvung von Feinden zuzuschreiben; wenn jedoch übergeordnete Parteiorgane die aus der Partei unberechtigterweise Ausgeschlossenen wieder in die Partei aufnehmen, so wird er keineswegs verlegen und nimmt die Haltung eines Menschen ein, der zufrieden ist, dass er sich auf jeden Fall hinsichtlich der „Wachsamkeit“ den Rücken gedeckt hat.

Anstatt solchen „Kommunisten“ die Maske der Pseudowachsamkeit vom Gesicht zu reissen und sie ans Tageslicht zu fördern, schaffen ihnen die Parteiorganisationen und deren Leiter selbst nicht selten eine Aureole wachsender Kämpfer für die Reinheit der Parteilinien.

*Es ist an der Zeit, solche, mit Verlaub zu sagen, Kommunisten, zu entlarven und sie als Karrieristen zu brandmarken, die danach trachten, sich auf Kosten der aus der Partei Ausgeschlossenen durch Kriecherei emporzuarbeiten, die danach trachten, sich mit Hilfe von Repressalien gegen Parteimitglieder rückzusichern.*

Es sind ferner nicht wenige Tatsachen bekannt, wo die maskierten Volksfeinde, die Schädlinge und Doppelzüngler zu provokatorischen Zwecken die Einreichung von verleumderischen Erklärungen gegen Parteimitglieder organisieren und unter dem Scheine „der Entfaltung der Wachsamkeit“ den Ausschluss von ehrlichen und ergebenen Kommunisten aus den Reihen der KPdSU(B) anstreben, dadurch von sich selbst den Schlag ablenken und sich selbst in den Reihen der Partei halten.

Der entlarvte Volksfeind, der ehemalige Leiter der Abteilung für leitende Parteiorgane des Rostower Gebietskomitees der KPdSU(B), Schazki, und seine Helfershelfer, die die politische Kurzsichtigkeit der Leiter des Rostower Gebietskomitees der KPdSU(B) ausnutzten, haben aus der Partei ehrliche Kommunisten ausgeschlossen, haben bewusst unrichtige Parteistrafen gegen Mitarbeiter verhängt, haben die Kommunisten auf jede Weise verbittert, gleichzeitig alles Mögliche getan, um ihre konterrevolutionären Kader in der Partei zu halten.

Im gleichen Rostow hat der ehemalige Leiter der Schulabteilung des Rostower Gebietskomitees der KPdSU(B), der Volksfeind Schestow, im Auftrag einer konterrevolutionären Organisation in der Parteiorganisation des Rostower Pädagogischen Instituts den Ausschluss von ungefähr 30 ehrlichen Kommunisten aus der Partei durchgeführt.

Der ehemalige Sekretär des Kiewer Gebietskomitees der KP(B) der Ukraine, der Volksfeind Kudrjawzew, wandte sich in den Parteiversammlungen ständig an die Kommunisten, die sich zum Worte meldeten, mit der provokatorischen Frage: „Und haben Sie wenigstens gegen irgend jemand eine Erklärung geschrieben?“ Im Ergebnis dieser Provokation wurden in Kiew politisch kompromittierende Erklärungen fast gegen die Hälfte der Mitglieder der Stadt-Parteiorganisation eingereicht, wobei die Mehrheit der Erklärungen sich offensichtlich als unrichtig und sogar als provokatorisch herausgestellt hatte.

Die nun entlarvte feindliche Leitung des Barrikaden-Rayonkomitees der KPdSU(B) der Stadt Stalingrad hat in provokatorischer Weise Mochnatkin, Parteimitglied seit 1917, ehemaliger Roter Partisan, Leiter einer der grössten Abteilungen des Werkes „Barrikady“, wegen „sowjetfeindlicher Gespräche“ aus der Partei ausgeschlossen und seine Verhaftung durchgesetzt. Wie es sich bei der Nachprüfung herausstellte, haben diese „sowjetfeindlichen Gespräche“ darin bestanden, dass Genosse Mochnatkin in einem Gespräch mit Genossen seine Unzufriedenheit über das herzlose Verhalten des Dorfsowjets gegenüber den Kindern des während der Jahre des Bürgerkrieges im Kampf gegen die Weissen gefallenen

Kommandeurs der Partisanenabteilung, in der Mochnatkin Stellvertreter des Kommandeurs war, geäußert hatte. Genosse Mochnatkin wurde erst nach der Einmischung der Kommission für Parteikontrolle beim Zentralkomitee der KPdSU(B) wieder in die Rechte eines Parteimitgliedes eingesetzt.

Solche Tatsachen provokatorischer Arbeit der Feinde der Partei, die sich in den Parteiapparat eingeschlichen hatten, sind auch in den Parteiorganisationen von Woronesh, Krassnodar, Tscheljabinsk und anderen vorgekommen.

Alle diese Tatsachen zeigen, dass viele unserer Parteiorganisationen und ihre Leiter es bisher nicht verstanden haben, den *kunstgerecht maskierten Feind zu durchschauen und zu entlarven; der bestrebt ist, durch Geschrei über die Wachsamkeit seine Feindseligkeit zu maskieren und sich in den Reihen der Partei zu halten — dies erstens —, und zweitens darnach trachtet, durch Durchführung von Repressivmassnahmen unsere bolschewistischen Kader zu zerschlagen, Unsicherheit und übermässige Verdächtigungen in unsere Reihen zu säen.*

Ein solcher maskierter Feind — ein solcher Erzverräter — schreit gewöhnlich lauter als alle von Wachsamkeit, beeilt sich, möglichst viel zu „entlarven“ und dies geschieht alles zu dem Zwecke, seine eigenen Verbrechen vor der Partei zu verheimlichen und die Aufmerksamkeit der Parteiorganisation von der Entlarvung der wirklichen Volksfeinde abzulenken.

Ein solch maskierter Feind — ein solch gemeiner Doppelzüngler — ist auf jede Weise bestrebt, in den Parteiorganisationen ein Milieu übermässiger Verdächtigungen zu schaffen, in welchem jedes Parteimitglied, das einen anderen, von irgend jemandem verleumdeten Kommunisten verteidigt, sofort des Mangels an Wachsamkeit und der Verbindung mit den Volksfeinden bezichtigt wird.

Ein solch maskierter Feind — ein solch gemeiner Provokateur — schafft in den Fällen, wo die Parteiorganisation mit der Prüfung der gegen einen Kommunisten eingereichten Erklärung beginnt, auf jede Weise ein provokatorisches Milieu für diese Prüfung, schafft um diesen Kommunisten eine Atmosphäre des politischen Misstrauens und organisiert damit anstatt einer objektiven Untersuchung, eine Flut von neuen Erklärungen gegen ihn.

Die Parteiorganisationen und ihre Leiter gehen, anstatt die provokatorische Tätigkeit eines solchen maskierten Feindes aufzudecken und zu entlarven, nicht selten an seinem Gängelband, schaffen ihm eine Lage der Straflosigkeit für die Verleumdung von ehrlichen Kommunisten und beschreiten selbst den Weg von unbegründeten Massenausschlüssen aus der Partei, der Verhängung von Parteistrafen usw. Noch mehr, sogar nach der Entlarvung der Feinde, die sich in den Parteiapparat eingeschlichen hatten und ehrliche Kommunisten verleumdete, treffen unsere Parteileiter oft keine Massnahmen zur Liquidierung der Folgen der Schädlingstätigkeit in den Parteiorganisationen, die sich aus den unrichtigen Ausschlüssen von Kommunisten aus der Partei ergeben.

Es ist Zeit, dass alle Parteiorganisationen und ihre Leiter den maskierten Feind entlarven und endgültig ausrotten, der sich in unsere Reihen eingeschlichen hat und bestrebt ist, durch falsches Geschrei über die Wachsamkeit seine Feindschaft zu verbergen und sich in der Partei zu halten, um in ihr seine schändliche Verrätertätigkeit fortzusetzen.

Wodurch ist es zu erklären, dass unsere Parteiorganisationen bisher nicht nur die Karrieristen-Kommunisten, die bestrebt sind, sich auszuzeichnen und die auf Kosten der aus der Partei Ausgeschlossenen hochkommen wollen, sondern auch die maskierten Feinde innerhalb der Partei nicht entlarvten und nicht brandmarkten, die bestrebt sind, durch Geschrei von der Wachsamkeit ihre Feindschaft zu verheimlichen und sich in der Partei zu halten, die danach trachten, durch Durchführung von Repressivmassnahmen unsere bolschewistischen Kader zu zerschlagen und unnötige Verdächtigungen in unsere Reihen zu säen?

*Dies erklärt sich durch das verbrecherisch leichtsinnige Verhalten gegenüber dem Schicksal der Parteimitglieder.*

Es ist allen bekannt, dass sich viele unserer Parteileiter als politisch kurz-sichtige Geschäftsmenschen erwiesen haben, den Volksfeinden und Karrieristen erlaubt haben, sie zu übergehen, und leichtsinnig zweitrangigen Funktionären die Entscheidung von Fragen in Pacht gegeben haben, die das Schicksal von Parteimitgliedern betreffen, indem sie sich verbrecherisch von der Leitung dieser Sache fernhielten.

Die Gebietskomitees, die Gaukomitees, die Zentralkomitees der nationalen kommunistischen Parteien und ihre Leiter verbessern nicht nur nicht die parteifeindliche, dem Bolschewismus fremde Praxis beim Ausschluss von Kommunisten aus der Partei, sondern züchten oft selbst durch ihre unrichtige Leitung ein formelles und seelenlos-bürokratisches Verhalten gegenüber den Parteimitgliedern und schaffen dadurch für die Karrieristen-Kommunisten und für die maskierten Feinde der Partei eine günstige Situation.

Es ist kein einziger Fall vorgekommen, dass die Gebietskomitees, die Gaukomitees, die Zentralkomitees der nationalen kommunistischen Parteien, die die Sache untersuchten, die Praxis der summarischen, allgemeinen Behandlung von Parteimitgliedern verurteilt hätten, Leiter der lokalen Parteiorganisationen wegen unbegründeten und unrichtigen Ausschlusses von Kommunisten aus der Partei zur Verantwortung gezogen hätten.

Die Leiter der Parteiorganisationen sind naiverweise der Ansicht, dass die Berichtigung von Fehlern hinsichtlich unrichtig Ausgeschlossener die Autorität der Partei untergraben und die Sache der Entlarvung der Volksfeinde schädigen kann, wobei sie nicht begreifen, dass jeder Fall eines unrichtigen Ausschlusses aus der Partei den Feinden der Partei zugutekommt.

In vielen Gebiets- und Gauorganisationen liegt eine grosse Anzahl von nicht untersuchten und nicht erledigten Berufungen. Im Rostower Gebiet wurden über 2500 Berufungen nicht behandelt, im Krassnodarer Gau 2 000, im Smolensker Gebiet 2 300, im Woronesher Gebiet 1 200, im Saratower Gebiet 500 usw.

Indem die Gebietskomitees, Gaukomitees, Zentralkomitees der nationalen kommunistischen Parteien die Untersuchung der Berufungen der Ausgeschlossenen nicht vornahmen, haben sie dem Parteistatut zuwider, die Beschlüsse des Rayonkomitees und der Stadtkomitees der KPdSU(B) in dieser Frage in nicht anfechtbare und endgültige Entscheidungen verwandelt.

Alles dies bedeutet, dass sich die Gebietskomitees, die Gaukomitees, die Zentralkomitees der nationalen kommunistischen Parteien im wesentlichen von der Leitung der Tätigkeit der lokalen Parteiorganisationen in der wichtigsten und brennendsten Frage, in der Frage des Schicksals der Parteimitglieder ferngehalten, die Entscheidung dieser Frage sich selbst und oft der Willkür überlassen haben.

Die Gebietskomitees, Gaukomitees, Zentralkomitees der nationalen kommunistischen Parteien fördern selbst die Praxis der summarischen Massenausschlüsse aus der Partei dadurch, dass sie jene Parteileiter, die gegenüber Kommunisten Willkür zuliessen, unbestraft lassen.

Es ist Zeit, mit dem den Bolschewiki fremden formellen und seelenlos-bürokratischen Verhalten gegenüber Menschen, gegenüber Parteimitgliedern Schluss zu machen.

Es ist Zeit, zu begreifen, dass

„die Partei für das Parteimitglied eine sehr grosse und ernste Angelegenheit geworden ist und die Zugehörigkeit zur Partei oder der Ausschluss

aus der Partei eine gewaltige Wendung im Leben eines Menschen darstellen".

Es ist Zeit zu begreifen, dass

„für die einfachen Parteimitglieder das Verbleiben in der Partei oder der Ausschluss aus der Partei eine Frage von Leben und Tod ist.“ (Stalin.)

Es ist Zeit, zu begreifen, dass das Wesen der bolschewistischen Wachsamkeit darin besteht, zu verstehen, den Feind zu entlarven, wie schlaue und gewandt er auch sein möge, was für eine Toga er sich auch anlegen möge, nicht aber darin, ohne Auswahl, oder „auf alle Fälle“ zu Dutzenden und Hunderten alle aus der Partei auszuschliessen, die einem unter die Finger kommen.

Es ist Zeit, zu begreifen, dass die bolschewistische Wachsamkeit nicht nur nicht ausschliesst, sondern im Gegenteil das Verständnis voraussetzt, ein Maximum an Vorsicht und kameradschaftlicher Sorge bei der Entscheidung der Fragen über den Ausschluss aus der Partei oder über die Wiedereinsetzung von Ausgeschlossenen in die Rechte von Parteimitgliedern an den Tag zu legen.

Das Plenum des ZK der KPdSU(B) fordert von allen Parteiorganisationen und ihren Leitern eine allseitige Erhöhung der bolschewistischen Wachsamkeit der Parteimassen, die restlose Entlarvung und Ausrodung aller bewussten und unbewussten Feinde der Partei.

Das Plenum der ZK der KPdSU(B) betrachtet als die wichtigste Voraussetzung der erfolgreichen Lösung dieser Aufgabe die restlose Liquidierung der parteifeindlichen Praxis der summarischen, nicht individuellen, verallgemeinerten Behandlung von Menschen, von Parteimitgliedern.

*Das Plenum des ZK der KPdSU(B) beschliesst:*

1. Die Gebietskomitees, die Gaukomitees, die ZK der nationalen kommunistischen Parteien und alle Parteiorganisationen zu verpflichten, mit den summarischen Massenausschlüssen aus der Partei entschieden Schluss zu machen und wirklich individuell, differenziert die Entscheidung der Fragen über den Ausschluss aus der Partei oder über die Wiedereinsetzung von Ausgeschlossenen in die Rechte von Parteimitgliedern zu treffen.

2. Die Gebietskomitees, die Gaukomitees, die ZK der nationalen kommunistischen Parteien zu verpflichten, jene Parteileiter, die die Direktiven des ZK der KPdSU(B) nicht durchführen, Mitglieder und Kandidaten der KPdSU(B) ohne sorgfältige Prüfung aller Materialien aus der Partei ausschliessen und Willkür gegenüber Parteimitgliedern zulassen, ihrer Parteiposten zu entheben und zur Parteiverantwortung zu ziehen.

3. Alle Gebietskomitees, Gaukomitees, ZK der nationalen kommunistischen Parteien und Parteikollegien der PKK beim ZK der KPdSU(B) anzuweisen, die Behandlung der Berufungen aller aus der Partei Ausgeschlossenen in dreimonatiger Frist zu beenden.

4. Alle Parteikomitees zu verpflichten, in ihren Beschlüssen über den Ausschluss von Kommunisten aus der Partei die Motive, die dem Ausschluss zu Grunde lagen, klar und genau darzulegen, damit die höherstehenden Parteiorgane die Möglichkeit haben, die Richtigkeit dieser Beschlüsse zu überprüfen; jeder solche Beschluss eines Rayonkomitees, eines Stadtkomitees, eines Gebietskomitees oder des ZK einer nationalen kommunistischen Partei muss unbedingt in der Presse veröffentlicht werden.

5. Festzulegen, dass Parteiorgane, wenn sie die von lokalen Parteiorganisationen unrichtig Ausgeschlossenen in die Rechte von Parteimitgliedern wiedereinsetzen, verpflichtet sind, in ihren Beschlüssen genau anzugeben, welches Rayon-



komitee, welches Stadtkomitee der KPdSU(B) dem in die Partei Wiederaufgenommenen die Parteidokumente auszuhändigen hat.

6. Die Rayonkomitees, die Stadtkomitees der Partei zu verpflichten, den in die Partei Wiedereingesetzten die Parteidokumente unverzüglich auszuhändigen, sie zur Teilnahme an der Parteiarbeit heranzuziehen und allen Mitgliedern der primären Parteiorganisationen zu erläutern, dass sie für die bolschewistische Erziehung der in die Reihen der KPdSU(B) Wiedereingesetzten verantwortlich sind.

7. Die Parteiorganisationen zu verpflichten, Personen, die sich der Verleumdung von Parteimitgliedern schuldig gemacht haben, zur Parteiverantwortung zu ziehen, diese Parteimitglieder vollständig zu rehabilitieren und ihre Beschlüsse in der Presse zu veröffentlichen, falls die das Parteimitglied diskreditierenden Materialien vorher in der Presse veröffentlicht worden waren.

8. Den Parteiorganisationen zu verbieten, in die Registraturkarte eines Kommunisten die Tatsache seines Ausschlusses aus der Partei einzutragen, bevor die Berufungsbeschwerde erledigt und ein endgültiger Beschluss über den Ausschluss gefasst wurde.

9. Die unrichtige, schädliche Praxis zu verbieten, dass aus der KPdSU(B) Ausgeschlossene unverzüglich von ihren Posten entfernt werden.

Festzustellen, dass in allen Fällen, in denen es sich als notwendig erweist, einen Mitarbeiter in Verbindung mit seinem Ausschluss aus der KPdSU(B) seines Postens zu entheben, diese Enthebung nur vollzogen werden kann, nachdem ihm eine andere Arbeit zugewiesen wurde.

10. Die Gebietskomitees, die Gaukomitees, die ZK der nationalen kommunistischen Parteien zu verpflichten, spätestens bis zum 15. Februar 1938 durch die entsprechenden Sowjet- und Wirtschaftsorgane den Arbeitsantritt der aus der KPdSU(B) Ausgeschlossenen zu sichern und in der Zukunft keine solche Lage zuzulassen, dass aus der KPdSU(B) Ausgeschlossene ohne Arbeit bleiben.



## Statut der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki)

### Sektion der Kommunistischen Internationale

(Einstimmig angenommen auf dem XVIII. Parteitag der KPdSU(B) )

Die Kommunistische Partei der Sowjetunion (Bolschewiki), Sektion der Kommunistischen Internationale, ist der organisierte Vortrupp der Arbeiterklasse der Sowjetunion, die höchste Form ihrer Klassenorganisation. Die Partei läßt sich in ihrer Arbeit von der Theorie des Marxismus-Leninismus leiten.

Die Partei verwirklicht die Führung der Arbeiterklasse, der Bauernschaft, der Intelligenz, des gesamten Sowjetvolkes im Kampfe für die Festigung der Diktatur der Arbeiterklasse, für die Festigung und Entwicklung der sozialistischen Gesellschaftsordnung, für den Sieg des Kommunismus.

Die Partei ist der führende Kern aller Organisationen der Werktätigen, der gesellschaftlichen sowohl wie der staatlichen Organisationen, und sichert den erfolgreichen Aufbau der kommunistischen Gesellschaft.

Die Partei ist eine einheitliche Kampforganisation, zusammengeschlossen durch bewußte, für alle Parteimitglieder in gleichem Maße verbindliche Disziplin. Die Partei ist stark durch ihre Geschlossenheit, durch die Einheit des Willens und die Einheit des Handelns, die unvereinbar sind mit Abweichungen vom Programm und vom Statut, mit Verletzung der Parteidisziplin, mit fraktionellen Gruppierungen, mit Doppelzüngerei. Die Partei säubert ihre Reihen von Personen, die das Parteiprogramm, das Parteistatut, die Parteidisziplin verletzen.

Die Partei fordert von ihren Mitgliedern aktive und opfernde Arbeit zur Verwirklichung des Programms und des Statuts der Partei, zur Durchführung aller Beschlüsse der Partei und ihrer Organe, zur Sicherung der Einheit der Parteilinien und zur Festigung der brüderlichen internationalen Beziehungen sowohl zwischen den Werktätigen der Nationalitäten der Sowjetunion als auch mit den Proletariern aller Länder der Welt.

## I

### Die Parteimitglieder, ihre Pflichten und Rechte

1. Als Parteimitglied gilt, wer das Programm der Partei anerkennt, in einer ihrer Organisationen arbeitet, sich den Beschlüssen der Partei unterordnet und Mitgliedsbeiträge entrichtet.

2. Das Parteimitglied ist verpflichtet:

a) unablässig an der Hebung seiner Bewußtheit, an der Aneignung der Grundlagen des Marxismus-Leninismus zu arbeiten;

b) die Parteidisziplin strengstens zu wahren, am politischen Leben der Partei und des Landes aktiv teilzunehmen, die Politik der Partei und die Beschlüsse der Parteiorgane in der Praxis durchzuführen;

c) ein Vorbild der Wahrung der Arbeits- und Staatsdisziplin zu sein, die Technik seines Arbeitsgebietes zu meistern und ununterbrochen seine fachliche Arbeitsqualifikation zu heben;

d) tagtäglich die Verbindung mit den Massen zu stärken, rechtzeitig auf die Anforderungen und Bedürfnisse der Werktätigen zu reagieren, den parteilosen Massen den Sinn der Politik und der Beschlüsse der Partei zu erklären.

3. Das Parteimitglied hat das Recht:

a) an der freien und sachlichen Erörterung der praktischen Fragen der Parteipolitik in den Parteiversammlungen und in der Parteipresse teilzunehmen;

b) in den Parteiversammlungen jeden beliebigen Parteifunktionär zu kritisieren;

c) in die Parteiorgane zu wählen und in sie gewählt zu werden;

d) in allen Fällen, wo ein Beschluß über seine Tätigkeit oder über sein Verhalten gefaßt werden soll, persönliche Teilnahme zu fordern;

e) sich mit jeder beliebigen Frage und Erklärung an jede beliebige Parteiinstanz bis zum ZK der KPdSU(B) zu wenden.

4. Die Aufnahme als Parteimitglied erfolgt ausschließlich auf individuellem Wege. Neue Mitglieder werden aus den Reihen der Kandidaten aufgenommen, die die festgesetzte Kandidatenzeit durchgemacht haben. Als Parteimitglieder werden klassenbewußte, aktive und der Sache des Kommunismus ergebene Arbeiter, Bauern und Intellektuelle aufgenommen.

In die Partei aufgenommen werden können Personen, die das 18. Lebensjahr vollendet haben.

Für die Aufnahme von Kandidaten als Parteimitglieder gelten folgende Bestimmungen:

a) Die als Mitglieder in die Partei Eintretenden legen Empfehlungen von drei Parteimitgliedern vor, die mindestens drei Jahre der Partei angehören und die Empfohlenen mindestens ein Jahr auf Grund gemeinsamer Arbeit kennen.

Anmerkung 1: Bei der Aufnahme von Mitgliedern des Kommunistischen Jugendverbandes als Parteimitglieder wird die Empfehlung des Rayonkomitees des Leninschen Kommunistischen Jugendverbandes der Sowjetunion der Empfehlung eines Parteimitglieds gleichgestellt.

Anmerkung 2: Mitglieder und Kandidaten des ZK der KPdSU(B) enthalten sich der Erteilung von Empfehlungen.

b) Die Frage der Aufnahme in die Partei wird von der allgemeinen Versammlung der Grundorganisation behandelt und entschieden; ihr Beschluß tritt nach der Bestätigung durch das Rayonkomitee und in Städten ohne Rayoneinteilung durch das Stadtkomitee der Partei in Kraft.

Bei der Behandlung der Frage der Parteiaufnahme ist die Anwesenheit der Bürger nicht obligatorisch.

c) Jugendliche bis zu 20 Jahren einschließlich treten nur vom Komsomol aus in die Partei ein.

d) Ehemalige Mitglieder anderer Parteien werden in Ausnahmefällen in die Partei aufgenommen, und zwar auf Empfehlung.

von fünf Parteimitgliedern, von denen drei zehn Jahre der Partei angehören und zwei bereits vor der Revolution der Partei angehört haben müssen. Die Aufnahme erfolgt nicht anders als durch eine Grundorganisation und unterliegt unbedingt der Bestätigung durch das ZK der KPdSU(B).

5. Die Bürgen tragen die Verantwortung für die Vollwertigkeit ihrer Empfehlungen.

6. Die Parteizugehörigkeit der aus den Reihen der Kandidaten als Parteimitglieder Aufgenommenen zählt vom Tage der Beschlußfassung der allgemeinen Versammlung der entsprechenden Grundorganisation über die Bestätigung des betreffenden Genossen als Parteimitglied.

7. Jedes Mitglied einer Organisation wird bei der Übersiedlung in den Tätigkeitsbereich einer anderen Organisation von dieser in ihren Mitgliederbestand aufgenommen.

Anmerkung. Der Übergang von Parteimitgliedern aus einer Organisation in eine andere erfolgt gemäß den vom ZK der KPdSU(B) festgesetzten Regeln.

8. Parteimitglieder und Kandidaten, die drei Monate hindurch ohne triftige Gründe die Mitgliedsbeiträge nicht entrichtet haben, gelten als aus der Partei ausgeschieden, worüber die Grundorganisation einen entsprechenden Beschluß faßt, der vom Rayon- oder Stadtkomitee der Partei bestätigt wird.

9. Die Frage des Ausschlusses aus der Partei wird durch die allgemeine Versammlung der Grundorganisation entschieden, deren Mitglied der Auszuschließende ist, und vom Rayon- oder Stadtkomitee der Partei bestätigt. Der Beschluß des Rayon- oder Stadtkomitees über den Ausschluß aus der Partei tritt nur dann in Kraft, wenn er von dem Gebiets-, Regional- (Krai-) Komitee der Partei oder dem ZK der Kommunistischen Partei der Unionsrepublik bestätigt wird.

10. Bis zur Bestätigung des Beschlusses über den Parteiausschluß durch das Gebiets-, Regional- (Krai-)Komitee oder das ZK der Kommunistischen Partei der Unionsrepublik behält das Parteimitglied sein Parteibuch und hat das Recht, geschlossene Parteiversammlungen zu besuchen.

Das Gebiets-, Regional- (Krai-)Komitee, ZK der Kommunisti-

schen Partei der Unionsrepublik gibt in der örtlichen Parteipresse den Ausschluß von Parteimitgliedern unter Angabe der Gründe des Ausschlusses bekannt, desgleichen gibt es die Wiedereinsetzung zu Unrecht Ausgeschlossener in die Rechte von Parteimitgliedern bekannt.

11. Bei der Entscheidung der Frage des Parteiausschlusses oder der Wiedereinsetzung eines Ausgeschlossenen in die Rechte von Parteimitgliedern muß ein Höchstmaß an Vorsicht und kameradschaftlicher Fürsorge an den Tag gelegt und eine sorgfältige Prüfung der Stichhaltigkeit der Beschuldigungen sichergestellt werden, die gegen das Parteimitglied erhoben werden.

Bei kleinen Vergehen (Nichterscheinen in Versammlungen, Nichtentrichtung von Mitgliedsbeiträgen in der festgelegten Frist u. a.) sind die im Statut vorgesehenen Maßnahmen zur Parteierziehung und -einwirkung anzuwenden, nicht aber der Parteiausschluß, der die höchste Parteistrafe ist.

12. Die Berufungen der aus der Partei Ausgeschlossenen müssen von den entsprechenden Parteiorganen spätestens zwei Wochen nach ihrem Einlaufen erledigt werden.

## II

### Die Parteikandidaten

13. Alle, die in die Partei einzutreten wünschen, müssen eine Kandidatenzeit durchmachen, die notwendig ist, damit sich der Kandidat mit dem Programm, dem Statut, der Taktik der Partei bekannt mache und damit die Parteiorganisation die persönlichen Eigenschaften des Kandidaten prüfen könne.

14. Für die Aufnahme als Kandidat gelten genau dieselben Bestimmungen wie für die Aufnahme als Parteimitglied (individuelle Aufnahme, Vorlegung von Empfehlungen und ihre Prüfung, Beschluß der Grundorganisation über die Aufnahme und dessen Bestätigung).

15. Die Kandidatenzeit wird auf ein Jahr festgesetzt.

16. Die Parteikandidaten nehmen an den Versammlungen der Organisation, der sie angehören, mit beratender Stimme teil.

17. Die Parteikandidaten entrichten den üblichen Mitgliedsbeitrag an die Kasse des entsprechenden Parteikomitees.

### III

#### Parteiaufbau, innerparteiliche Demokratie

18. Das leitende Prinzip des organisatorischen Aufbaus der Partei ist der demokratische Zentralismus; dieser bedeutet:

a) Wählbarkeit aller leitenden Organe der Partei von unten bis oben;

b) periodische Rechenschaftsablegung der Parteiorgane vor ihren Parteiorganisationen;

c) straffe Parteidisziplin und Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit;

d) unbedingte Verbindlichkeit der Beschlüsse der höheren Organe für die unteren Organe.

19. Die Partei ist nach dem Territorial- und Produktionsprinzip aufgebaut: die Parteiorganisation, die einen Rayon umfaßt, gilt als höhere gegenüber allen Parteiorganisationen, die Teile des betreffenden Rayons umfassen, oder die Parteiorganisation, die einen ganzen Arbeitszweig umfaßt, gilt als höhere gegenüber allen Parteiorganisationen, die Teile des betreffenden Arbeitszweiges umfassen.

20. Alle Parteiorganisationen sind in der Entscheidung örtlicher Fragen autonom, sofern diese Entscheidungen nicht im Widerspruch zu den Parteibeschlüssen stehen.

21. Das höchste leitende Organ jeder Parteiorganisation ist die allgemeine Versammlung (für die Grundorganisation), die Konferenz (zum Beispiel für die Rayon- und Gebietsorganisationen), der Parteitag (für die Kommunistischen Parteien der Unionsrepubliken, für die KPdSU(B) ).

22. Die allgemeine Versammlung, die Konferenz oder der Parteitag wählen ein Büro oder ein Komitee, die ihr Vollzugsorgan sind und die gesamte laufende Arbeit der Organisation leiten.

23. Bei den Wahlen der Parteiorgane ist die Abstimmung nach Listen verboten. Die Abstimmung muß nach den einzelnen Kandidaturen erfolgen, wobei allen Parteimitgliedern das unbeschränkte Recht gewährleistet wird, Kandidaten abzulehnen und an ihnen Kritik zu üben. Die Wahlen erfolgen durch geschlossene (geheime) Abstimmung über die Kandidaten.



24. In allen Republik-, Regional- (Krai-) und Gebietszentren sowie in allen bedeutenderen Industriezentren werden zur Erörterung der wichtigsten Beschlüsse der Partei und der Regierung Versammlungen des Aktivs der Stadt-Parteiorganisationen einberufen; diese Aktivversammlungen sollen nicht zu Paradezwecken und nicht zu einer formalen feierlichen Billigung dieser Beschlüsse einberufen werden, sondern zu ihrer tatsächlichen Erörterung.

In großen Zentren werden Versammlungen nicht nur des Stadt-, sondern auch des Rayon-Parteiaktivs einberufen.

25. Die freie und sachliche Erörterung der Fragen der Parteipolitik in den einzelnen Organisationen oder in der Partei in ihrer Gesamtheit ist das unantastbare Recht jedes Parteimitglieds, das sich aus der innerparteilichen Demokratie ergibt. Nur auf der Grundlage der innerparteilichen Demokratie kann die bolschewistische Selbstkritik entfaltet und die Parteidisziplin gefestigt werden, die eine bewußte und keine mechanische Disziplin sein muß. Eine breite Diskussion, besonders eine Diskussion im Unionsmaßstab über die Fragen der Parteipolitik, muß jedoch so organisiert sein, daß sie nicht zu Versuchen seitens einer unbedeutenden Minderheit führen kann, ihren Willen der überwältigenden Mehrheit der Partei aufzuzwingen, oder zu Versuchen zur Bildung von fraktionellen Gruppierungen, die die Einheit der Partei zerstören, zu Spaltungsversuchen, die die Macht und die Festigkeit der Diktatur der Arbeiterklasse erschüttern könnten. Daher kann eine breite Diskussion im Unionsmaßstabe nur dann als notwendig betrachtet werden, wenn: a) diese Notwendigkeit zumindest von mehreren örtlichen Parteiorganisationen von Gebiets- oder Republikausmaß anerkannt wird; b) wenn innerhalb des ZK der KPdSU(B) in den wichtigsten Fragen der Parteipolitik keine genügend feste Mehrheit vorhanden ist; c) wenn das ZK der KPdSU(B), ungeachtet des Vorhandenseins einer festen Mehrheit im ZK der KPdSU(B), die einen bestimmten Standpunkt vertritt, es dennoch als notwendig erachtet, die Richtigkeit seiner Politik durch eine Diskussion in der Partei zu prüfen. Nur die Einhaltung dieser Bedingungen gibt der Partei eine Gewähr gegen den Mißbrauch der innerparteilichen Demokratie seitens parteifeindlicher Elemente,

nur unter diesen Bedingungen ist darauf zu rechnen, daß die innerparteiliche Demokratie der Sache der Partei zum Nutzen gereichen und nicht zum Schaden der Partei und der Arbeiterklasse ausgenutzt werden wird.

26. Das Organisationsschema der Partei ist folgendes:

a) für die Partei als Ganzes - der Unionsparteitag, das ZK der KPdSU(B), die Unionskonferenz;

b) für die Gebiete, Regionen (Krai), Unionsrepubliken - die Gebiets-, Regional- (Krai-)Konferenzen, Parteitage der Kommunistischen Parteien der Unionsrepubliken, die Gebiets-, Regional- (Krai-)Komitees, ZK der Kommunistischen Parteien der Unionsrepubliken;

c) für die Bezirke (Okruga) - die Bezirks- (Okrug-)Konferenzen, die Bezirks- (Okrug-)Komitees;

d) für die Städte, Rayons - die Stadt-, Rayonkonferenzen, die Stadt-, Rayonkomitees;

e) für die Betriebe, die Ortschaften, die Kollektivwirtschaften, die Maschinen- und Traktorenstationen, die Truppenteile der Roten Armee und der Kriegsmarine, die Institutionen - die allgemeinen Versammlungen, die Konferenzen der Grundorganisationen, die Büros der Grundorganisationen.

27. Für die praktische Arbeit zur Durchführung der Parteibeschlüsse bestehen im ZK der KPdSU(B) folgende Verwaltungen und Abteilungen: a) die Kaderabteilung, b) die Abteilung für Propaganda und Agitation, c) die Organisations- und Instrukteurabteilung, d) die Landwirtschaftliche Abteilung, e) die Abteilung für Schulwesen; in den Bezirks- (Okrug-), Gebiets-, Regional- (Krai-)Komitees und ZK der Kommunistischen Parteien der Unionsrepubliken: a) die Kaderabteilung, b) die Abteilung für Propaganda und Agitation, c) die Organisations- und Instrukteurabteilung, d) die Landwirtschaftliche Abteilung, e) die Militärabteilung; in den Stadt- und Rayonkomitees der Partei: a) die Kaderabteilung, b) die Abteilung für Propaganda und Agitation, c) die Organisations- und Instrukteurabteilung, d) die Militärabteilung.

Die Militärabteilung hat zur Aufgabe, den Militärorganen bei der Organisation der Registrierung der Militärdienstpflichtigen, bei der Organisation der Einberufung, der

Mobilmachung im Kriegsfall, bei der Organisation des Luftschutzes usw. Hilfe zu erweisen.

Die Leitung der Abteilungen für Propaganda und Agitation und der Kaderabteilungen in den Gebiets-, Regional- (Krai-) Komitees und den ZK der Kommunistischen Parteien der Unionsrepubliken muß besonderen Sekretären übertragen werden.

28. Jede Parteiorganisation hat nach ihrer endgültigen Bestätigung das Recht, sich einen eigenen Stempel anzuschaffen, jedoch nur mit Genehmigung der entsprechenden höheren Parteiorganisation.

#### IV

##### Die höchsten Parteiorgane

29. Das oberste Organ der KPdSU(B) ist der Parteitag der KPdSU(B). Ordentliche Parteitage werden mindestens einmal in drei Jahren einberufen. Außerordentliche Parteitage werden vom Zentralkomitee der KPdSU(B) auf eigene Initiative oder auf Verlangen von nicht weniger als einem Drittel der Gesamtzahl der Mitglieder einberufen, die auf dem letzten Parteitag vertreten waren. Die Einberufung des Parteitags und die Tagesordnung werden nicht später als anderthalb Monate vor dem Parteitag bekanntgegeben. Außerordentliche Parteitage werden in zweimonatiger Frist einberufen.

Der Parteitag gilt als beschlußfähig, wenn auf ihm nicht weniger als die Hälfte aller Parteimitglieder vertreten ist, die auf dem letzten ordentlichen Parteitag vertreten waren.

Die Vertretungsquoten für den Parteitag werden vom Zentralkomitee der KPdSU(B) festgesetzt.

30. Im Falle der Nichteinberufung des außerordentlichen Parteitags durch das Zentralkomitee der KPdSU(B) innerhalb der im Punkt 29 angeführten Frist haben die Organisationen, die die Einberufung des außerordentlichen Parteitags verlangt haben, das Recht, ein Organisationskomitee zu bilden, dem die Rechte des Zentralkomitees der KPdSU(B) zur Einberufung des außerordentlichen Parteitags zustehen.

31. Der Parteitag:

a) nimmt die Berichte des Zentralkomitees der KPdSU(B),

der Zentralen Revisionskommission und der übrigen zentralen Organisationen entgegen und bestätigt sie;

b) revidiert und ändert das Programm und das Statut der Partei;

c) bestimmt die taktische Linie der Partei in den Grundfragen der laufenden Politik;

d) wählt das Zentralkomitee der KPdSU(B) und die Zentrale Revisionskommission.

32. Das Zentralkomitee der KPdSU(B) und die Zentrale Revisionskommission werden in dem vom Parteitag festgesetzten Mitgliederbestand gewählt. Im Falle des Ausscheidens von Mitgliedern des Zentralkomitees der KPdSU(B) wird sein Bestand aus der Zahl der vom Parteitag gewählten Kandidaten ergänzt.

33. Das Zentralkomitee der KPdSU(B) hält mindestens einmal in vier Monaten eine Plenarsitzung ab. Die Kandidaten des ZK der KPdSU(B) nehmen an den Plenarsitzungen des ZK der KPdSU(B) mit beratender Stimme teil.

34. Das Zentralkomitee der KPdSU(B) organisiert: für die politische Arbeit das Politische Büro, für die allgemeine Leitung der Organisationsarbeit das Organisationsbüro, für die laufende Arbeit organisatorischen und ausführenden Charakters das Sekretariat, für die Kontrolle der Durchführung der Beschlüsse der Partei und des ZK der KPdSU(B) die Kommission für Parteikontrolle.

35. Die Kommission für Parteikontrolle:

a) kontrolliert, wie die Beschlüsse der Partei und des ZK der KPdSU(B) durch die Parteiorganisationen und die Sowjet- und Wirtschaftsorgane durchgeführt werden;

b) überprüft die Arbeit der örtlichen Parteiorganisationen;

c) zieht diejenigen, die sich der Verletzung des Parteiprogramms, des Statuts der KPdSU(B), der Parteidisziplin schuldig machen, zur Verantwortung.

36. Das Zentralkomitee der KPdSU(B) leitet in der Zeit zwischen den Parteitagen die gesamte Arbeit der Partei, vertritt die Partei im Verkehr mit anderen Parteien, Organisationen und Institutionen, organisiert verschiedene Parteistrukturen und leitet ihre Tätigkeit, bestimmt die Redaktionen der Zentralorgane, die unter seiner Kontrolle arbeiten, und bestätigt

die Redaktionen der Parteiorgane größerer örtlicher Organisationen, organisiert und leitet Unternehmen von öffentlicher Bedeutung, verteilt die Kräfte und Mittel der Partei, verwaltet die Zentralkasse.

Das Zentralkomitee der KPdSU(B) lenkt die Arbeit der zentralen Sowjet- und gesellschaftlichen Organisationen durch die in ihnen bestehenden Parteigruppen.

37. In der Zeit zwischen den Parteitagungen beruft das Zentralkomitee der KPdSU(B) mindestens einmal im Jahr die Unionsparteikonferenz aus Vertretern der örtlichen Parteiorganisationen ein zur Beratung der dringenden Fragen der Parteipolitik.

Die Delegierten der Unionskonferenz werden in Plenarsitzungen der Gebiets-, Regional- (Krai-)Komitees, ZK der Kommunistischen Parteien der Unionsrepubliken gewählt.

Die Wahlordnung und die Vertretungsquoten für die Unionskonferenz werden vom ZK der KPdSU(B) bestimmt.

Die Mitglieder des ZK der KPdSU(B) nehmen, sofern sie nicht bevollmächtigte Delegierte örtlicher Organisationen sind, an der Arbeit der Unionskonferenz mit beratender Stimme teil.

38. Die Unionskonferenz hat das Recht, einen Teil der Mitglieder des ZK der KPdSU(B) durch andere zu ersetzen, d. h. das Recht, einzelne Mitglieder des ZK der KPdSU(B), die ihren Pflichten als Mitglieder des ZK der KPdSU(B) nicht nachkommen, aus dem Bestande des ZK der KPdSU(B) zu entfernen und sie durch andere zu ersetzen; diese Ersetzung darf sich jedoch höchstens auf ein Fünftel des vom Parteitag gewählten Bestandes des ZK der KPdSU(B) erstrecken.

Die Unionskonferenz ergänzt den Mitgliederbestand des ZK der KPdSU(B) aus den Reihen der vom Parteitag gewählten Kandidaten und wählt an ihrer Stelle die entsprechende Anzahl neuer Kandidaten des ZK der KPdSU(B).

39. Die Beschlüsse der Unionskonferenz unterliegen der Bestätigung durch das ZK der KPdSU(B), mit Ausnahme der Beschlüsse über die Ersetzung von Mitgliedern des ZK der KPdSU(B) und die Wahl neuer Kandidaten des ZK der KPdSU(B), die der Bestätigung durch das ZK der KPdSU(B) nicht bedürfen.

Die vom ZK der KPdSU(B) bestätigten Beschlüsse der Unionskonferenz sind für alle Parteiorganisationen verbindlich.

40. Zur Verstärkung der bolschewistischen Leitung und der politischen Arbeit hat das Zentralkomitee der KPdSU(B) das Recht, auf den zurückbleibenden Abschnitten des sozialistischen Aufbaus, die für die Volkswirtschaft und für das Land als Ganzes besondere Bedeutung erlangen, Politische Abteilungen zu schaffen und für sie Parteiorganisatoren des ZK der KPdSU(B) zu bestimmen, ferner die Politischen Abteilungen, sobald sie ihre dringenden Aufgaben erfüllt haben, in gewöhnliche Parteiorgane umzuwandeln, die nach dem Produktions- und Territorialprinzip aufgebaut sind.

Die Politischen Abteilungen üben ihre Tätigkeit auf Grund besonderer Instruktionen aus, die vom ZK der KPdSU(B) bestätigt werden.

41. Das Zentralkomitee der KPdSU(B) informiert die Parteiorganisationen regelmäßig über seine Arbeit.

42. Die Zentrale Revisionskommission revidiert: a) die Schnelligkeit und Richtigkeit der Erledigung von Angelegenheiten in den zentralen Parteiorganen und das Funktionieren des Apparates des Sekretariats des ZK der KPdSU(B); b) die Kasse und die Unternehmen des ZK der KPdSU(B).

## V

### Die Gebiets-, Regional- (Krai-) und Republikorganisationen der Partei

43. Das höchste Organ der Parteiorganisation im Gebiet, in der Region (Krai), in der Republik ist die Gebiets-, die Regional- (Krai-)Parteikonferenz bzw. der Parteitag der Kommunistischen Partei der Unionsrepublik und in der Zeit zwischen diesen das Gebiets-, Regional- (Krai-)Komitee, ZK der Kommunistischen Partei der Unionsrepublik. In ihrer Tätigkeit lassen sie sich von den Beschlüssen der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki) und ihrer führenden Organe leiten.

44. Die ordentliche Gebiets-, Regional- (Krai-)Konferenz bzw. der Parteitag der Kommunistischen Partei der Unions-

republik wird durch das Gebiets-, Regional- (Krai-)Komitee, ZK der Kommunistischen Partei der Unionsrepublik einmal in anderthalb Jahren einberufen, die außerordentliche Konferenz bzw. der außerordentliche Parteitag auf Beschluß des Gebietskomitees, Regional- (Krai-)Komitees, ZK der Kommunistischen Partei der Unionsrepublik oder auf Verlangen von einem Drittel der Gesamtzahl der Mitglieder der Organisationen, die der Gebiets-, Regional- (Krai-), Republik-Parteiorganisation angehören.

Die Vertretungsquoten für die Gebiets-, Regional- (Krai-) Konferenz, den Parteitag der Kommunistischen Partei der Unionsrepublik werden von dem Gebiets-, Regional- (Krai-)Komitee, ZK der Kommunistischen Partei der Unionsrepublik festgesetzt.

Die Gebiets-, Regional- (Krai-)Konferenz, der Parteitag der Kommunistischen Partei der Unionsrepublik nimmt die Berichte des Gebiets-, Regional- (Krai-)Komitees, des ZK der Kommunistischen Partei der Unionsrepublik, der Revisionskommission und anderer Organisationen des Gebiets, der Region (Krai), der Republik entgegen und bestätigt sie, erörtert die Fragen der Partei-, Sowjet-, Wirtschafts- und Gewerkschaftsarbeit im Gebiet, in der Region (Krai), in der Republik und wählt das Gebiets-, Regional- (Krai-)Komitee, ZK der Kommunistischen Partei der Unionsrepublik, die Revisionskommission und die Delegierten zum Unionsparteitag.

45. Das Gebiets-, Regional- (Krai-)Komitee, ZK der Kommunistischen Partei der Unionsrepublik bildet für die laufende Arbeit entsprechende Vollzugsorgane mit nicht mehr als 11 Mitgliedern und 4 bis 5 Sekretären, darunter ein erster Sekretär, ein zweiter Sekretär, ein Sekretär für Kaderfragen und ein Sekretär für Propaganda, die vom ZK der KPdSU(B) bestätigt werden. Für die Sekretäre ist eine Parteizugehörigkeit von mindestens fünf Jahren obligatorisch.

46. Das Gebiets-, Regional- (Krai-)Komitee, ZK der Kommunistischen Partei der Unionsrepublik organisiert verschiedene Parteiinstitutionen im Bereiche des Gebietes, der Region (Krai), der Republik, leitet ihre Tätigkeit, bestimmt die Redaktion des Gebiets-, Regional- (Krai-), Republik-Parteiorgans, das unter seiner Kontrolle arbeitet, leitet die Parteigruppen in

den außerparteilichen Organisationen, organisiert und leitet seine Unternehmen, die für das Gebiet, die Region (Krai), die Republik von allgemeiner Bedeutung sind, verteilt im Bereiche seiner Organisation die Kräfte und Mittel der Partei und verwaltet die Parteikasse des Gebietes, der Region (Krai), der Republik.

47. Das Plenum des Gebiets-, Regional- (Krai-)Komitees, ZK der Kommunistischen Partei der Unionsrepublik wird mindestens einmal in drei Monaten einberufen.

48. Die Parteiorganisationen der autonomen Republiken sowie der nationalen und anderen Gebiete, die zu Regionen (Krai) und Unionsrepubliken gehören, arbeiten unter der Leitung der Regional- (Krai-)Komitees, der ZK der Kommunistischen Parteien der Unionsrepubliken und lassen sich in ihrem inneren Leben von den Grundsätzen leiten, die im Parteistatut im Kapitel V dargelegt sind, das von den Gebiets-, Regional- (Krai-) und Republikorganisationen handelt.

## VI

### Die Bezirks- (Okrug-)Organisationen der Partei

49. In den Gebieten, Regionen (Krai) und Republiken, zu denen Bezirke (Okrug) gehören, werden in den letzteren Bezirks- (Okrug-)Parteiorganisationen geschaffen.

Das höchste Organ der Bezirks- (Okrug-)Parteiorganisation ist die Bezirks- (Okrug-)Parteikonferenz, die vom Bezirks- (Okrug-)Komitee mindestens einmal in anderthalb Jahren einberufen wird; die außerordentliche Bezirks- (Okrug-)Parteikonferenz wird auf Beschluß des Bezirks- (Okrug-)Komitees oder auf Verlangen eines Drittels der Gesamtzahl der Mitglieder der Organisationen einberufen, die der Bezirks- (Okrug-)Organisation angehören.

Die Bezirks- (Okrug-)Konferenz nimmt die Berichte des Bezirks- (Okrug-)Komitees, der Revisionskommission und anderer Parteiorganisationen des Bezirkes (Okrug) entgegen und bestätigt sie, wählt das Bezirks- (Okrug-)Parteikomitee, die Revisionskommission und die Delegierten zur Gebiets-, Regional- (Krai-)Konferenz bzw. zum Parteitag der Kommunistischen Partei der Unionsrepublik.



50. Das Bezirks-(Okrug-)Komitee wählt ein Büro mit nicht mehr als 9 Mitgliedern und 4 Sekretären des Bezirks-(Okrug-)Komitees, darunter ein erster Sekretär, ein zweiter Sekretär, ein Sekretär für Kaderfragen und ein Sekretär für Propaganda. Für die Sekretäre ist eine Parteizugehörigkeit von drei Jahren obligatorisch. Die Sekretäre des Bezirks- (Okrug-)Komitees werden vom Gebiets-, Regional- (Krai-)Komitee, ZK der Kommunistischen Partei der Unionsrepublik bestätigt.

51. Das Bezirks- (Okrug-)Komitee organisiert verschiedene Parteiinstitutionen im Bereiche des Bezirks (Okrug) und leitet ihre Tätigkeit, bestimmt die Redaktion des Bezirks- (Okrug-) Parteiorgans, das unter seiner Leitung und Kontrolle arbeitet, leitet die Parteigruppen in außerparteilichen Organisationen, organisiert seine Unternehmen, die für den Bezirk (Okrug) von Bedeutung sind, verteilt im Bereiche des Bezirks (Okrug) die Kräfte und Mittel der Partei und verwaltet die Parteikasse des Bezirks (Okrug).

## VII

### Die Stadt- und die (ländlichen und städtischen) Rayonorganisationen der Partei

52. Die Stadt-, Rayon-Parteikonferenz wird vom Stadt-, Rayonkomitee mindestens einmal im Jahre einberufen, die außerordentliche Konferenz auf Beschluß des Stadt-, Rayonkomitees oder auf Verlangen eines Drittels der Gesamtzahl der Mitglieder der Organisationen, die der Stadt-, Rayonorganisation angehören.

Die Stadt-, Rayonkonferenz nimmt die Berichte des Stadt-, Rayonkomitees, der Revisionskommission und anderer Stadt-, Rayonorganisationen entgegen und bestätigt sie, wählt das Stadt-, Rayonkomitee, die Revisionskommission und die Delegierten zur Gebiets-, Regional- (Krai-)Konferenz bzw. zum Parteitag der Kommunistischen Partei der Unionsrepublik.

53. Das Stadt-, Rayonkomitee wählt ein Büro mit 7 bis 9 Mitgliedern und drei Sekretären des Stadt-, Rayon-Parteikomitees. Für die Sekretäre des Stadt-, Rayonkomitees ist eine Parteizugehörigkeit von mindestens drei Jahren obligatorisch.

Die Sekretäre des Stadt-, Rayonkomitees werden vom Gebiets-, Regional- (Krai-)Komitee, ZK der Kommunistischen Partei der Unionsrepublik bestätigt.

54. Das Stadt-, Rayonkomitee organisiert und bestätigt die Grundorganisationen in den Betrieben, Sowjetwirtschaften, Maschinen- und Traktorenstationen, Kollektivwirtschaften und Institutionen, führt eine Registratur der Kommunisten, organisiert verschiedene Parteinstitutionen im Bereiche der Stadt, des Rayons und leitet ihre Tätigkeit, bestimmt die Redaktion des Stadt-, Rayon-Parteiorgans, das unter seiner Leitung und Kontrolle arbeitet, leitet die Parteigruppen in den außerparteilichen Organisationen, organisiert seine Unternehmen, die für die Stadt, den Rayon von Bedeutung sind, verteilt im Bereiche der Stadt, des Rayons die Mittel und Kräfte der Partei und verwaltet die Parteikasse der Stadt, des Rayons. Das Stadt-, Rayonkomitee erstattet dem Gebiets-, Regional- (Krai-)Komitee, ZK der Kommunistischen Partei der Unionsrepublik Bericht über seine Tätigkeit in der vom ZK der KPdSU(B) festgesetzten Frist und Form.

55. Das Plenum des Stadt-, Rayonkomitees wird mindestens einmal in anderthalb Monaten einberufen.

56. In großen Städten werden mit Genehmigung des ZK der KPdSU(B) Rayonorganisationen geschaffen, die dem Stadtkomitee unterstehen.

## VIII

### Die Grundorganisationen

57. Die Grundlage der Partei bilden die Grundorganisationen.

Grundorganisationen werden in den Fabriken, Werken, Sowjetwirtschaften, Maschinen- und Traktorenstationen und sonstigen Wirtschaftsbetrieben, in Kollektivwirtschaften, Truppteilen der Roten Armee und der Kriegsmarine, in Dörfern, Institutionen, Lehranstalten usw. geschaffen, wenn mindestens drei Parteimitglieder vorhanden sind.

In den Betrieben, Kollektivwirtschaften, Institutionen usw., in denen weniger als drei Parteimitglieder vorhanden

sind, werden Kandidatengruppen oder Gruppen von Partei- und Komsomolmitgliedern geschaffen mit einem Parteiorganisator an der Spitze, der vom Rayon-, Stadt-Parteikomitee oder von der Politischen Abteilung bestimmt wird.

Die Grundorganisationen werden von den Rayon-, Stadtkomitees oder den entsprechenden Politischen Abteilungen bestätigt.

58. In Betrieben, Institutionen, Kollektivwirtschaften usw. mit über 100 Parteimitgliedern und Kandidaten können innerhalb der allgemeinen Grundorganisation, die den gesamten Betrieb, die gesamte Institution usw. umfaßt, Parteiorganisationen der Betriebsabteilungen, Arbeitsabschnitte, Unterabteilungen usw. gebildet werden, wobei in jedem einzelnen Fall die Bestätigung des Rayon-, Stadtkomitees oder der entsprechenden Politischen Abteilung erforderlich ist.

Innerhalb der Organisationen der Betriebsabteilungen, Arbeitsabschnitte usw. sowie innerhalb der Grundorganisationen, die weniger als 100 Mitglieder und Kandidaten zählen, können Parteigruppen der Brigaden, der Betriebsaggregate gebildet werden.

59. In großen Betrieben und Institutionen, die über 500 Parteimitglieder und Kandidaten zählen, können - in jedem einzelnen Fall nur mit Genehmigung des ZK der KPdSU(B) - Betriebs-Parteikomitees gebildet werden, wobei den Parteiorganisationen der Betriebsabteilungen in diesen Betrieben die Rechte von Grundorganisationen eingeräumt werden.

60. Die Grundorganisation verbindet die Massen der Arbeiter, Bauern und der Intelligenz mit den leitenden Parteiorganen. Zu ihren Aufgaben gehört:

a) die Agitations- und Organisationsarbeit unter den Massen zur Durchführung der Losungen und Beschlüsse der Partei, die Sicherstellung der Leitung der Betriebspresse;

b) die Gewinnung neuer Mitglieder für die Partei und ihre politische Erziehung;

c) die Unterstützung des Rayon-, Stadtkomitees bzw. der Politischen Abteilung in ihrer gesamten praktischen Arbeit;

d) die Mobilisierung der Massen in den Betrieben, Sowjetwirtschaften, Kollektivwirtschaften usw. zur Erfüllung des

Produktionsplans, zur Festigung der Arbeitsdisziplin und Entfaltung des sozialistischen Wettbewerbs und der Stoßarbeiterbewegung;

e) der Kampf gegen Schlamperei und Mißwirtschaft in den Betrieben, Sowjet- und Kollektivwirtschaften und die tagtägliche Sorge für die Verbesserung der kulturellen und materiellen Lebensverhältnisse der Arbeiter, Angestellten und Kollektivbauern;

f) die aktive Teilnahme am wirtschaftlichen und politischen Leben des Landes.

61. Zur Erhöhung der Rolle der Grundorganisationen der Produktionsbetriebe, darunter der Sowjetwirtschaften, Kollektivwirtschaften und Maschinen- und Traktorenstationen, sowie ihrer Verantwortlichkeit für den Zustand der Arbeit der Betriebe wird diesen Organisationen das Recht der Kontrolle über die Tätigkeit der Betriebsverwaltung eingeräumt.

Die Parteiorganisationen der Volkskommissariate, die infolge der besonderen Arbeitsbedingungen der Sowjetinstitutionen die Kontrollfunktionen nicht ausüben können, sind verpflichtet, Unzulänglichkeiten in der Arbeit der Institution zu signalisieren, die Mängel in der Arbeit des Volkskommissariats und seiner einzelnen Mitarbeiter festzustellen und ihre Materialien und Erwägungen dem ZK der KPdSU(B) und den Leitern des Volkskommissariats zu übermitteln.

Die Sekretäre der primären Parteiorganisationen der Volkskommissariate werden vom ZK der KPdSU(B) bestätigt.

Alle Kommunisten, die im zentralen Apparat eines Volkskommissariats arbeiten, gehören der das gesamte Volkskommissariat umfassenden Parteiorganisation an.

62. Zur Erledigung der laufenden Arbeit wählt die Grundorganisation ein Büro aus nicht mehr als 11 Mitgliedern für die Dauer eines Jahres.

Das Büro der Grundorganisation wird in den Parteiorganisationen gebildet, die nicht weniger als 15 Parteimitglieder zählen.

In Parteiorganisationen mit weniger als 15 Parteimitgliedern wird kein Büro gebildet, sondern ein Sekretär der Grundorganisation gewählt.

Zur raschen Heranbildung der Parteimitglieder und zu ihrer Erziehung im Geiste der kollektiven Leitung wird den Parteiorganisationen der Betriebsabteilungen mit nicht weniger als 15 und nicht mehr als 100 Parteimitgliedern das Recht eingeräumt, ein Büro der Parteiorganisation der Betriebsabteilung mit 3 bis 5 Mitgliedern und den Parteiorganisationen der Betriebsabteilungen, die über 100 Parteimitglieder zählen, mit 5 bis 7 Mitgliedern zu wählen.

In den Grundorganisationen mit nicht mehr als 100 Parteimitgliedern wird die Parteiarbeit in der Regel von Funktionären geleistet, die von der Produktionsarbeit nicht freigestellt sind.

In den Grundorganisationen, die bis zu 1000 Parteimitglieder zählen, arbeiten 2 bis 3 besoldete Funktionäre, und in den Parteiorganisationen, die bis zu 3000 und mehr Parteimitglieder zählen, arbeiten 4 bis 5 von der Produktionsarbeit freigestellte Genossen.

Für die Sekretäre der Grundorganisationen und der Parteiorganisationen der Betriebsabteilungen ist eine Parteizugehörigkeit von mindestens einem Jahr obligatorisch.

## IX

### Partei und Komsomol

63. Der Leninsche Kommunistische Jugendverband der Sowjetunion arbeitet unter der Leitung der KPdSU(B). Das ZK des LKJvdsu als leitendes Organ des Komsomol untersteht dem ZK der KPdSU(B). Die Arbeit der örtlichen Organisationen des LKJvdsu wird von den entsprechenden Parteiorganisationen der Republik, der Region (Krai), des Gebietes, der Stadt, des Rayons gelenkt und kontrolliert.

64. Mitglieder des LKJvdsu scheidern, sobald sie als Mitglieder oder Kandidaten in die Partei eingetreten sind, aus dem Komsomol aus, sofern sie nicht in den Komsomolorganisationen leitende Funktionen ausüben.

65. Der LKJvdsu ist aktiver Helfer der Partei im gesamten Staats- und Wirtschaftsaufbau. Die Komsomolorganisationen müssen die Parteidirektiven auf allen Gebieten des sozialistischen

Aufbaus aktiv durchführen, besonders dort, wo keine Grundorganisationen bestehen.

66. Die Komsomolorganisationen haben das Recht der weitgehenden Initiative, alle Fragen der Arbeit des Betriebes, der Kollektivwirtschaft, der Sowjetwirtschaft, der Institution - Fragen, die mit der Aufgabe zusammenhängen, die Mängel in deren Tätigkeit zu beheben und ihnen die nötige Hilfe zu erweisen, um die Arbeit zu verbessern, den sozialistischen Wettbewerb und die Stoßarbeiterbewegung zu organisieren, Massenkampagnen durchzuführen usw. - zu erörtern und vor den entsprechenden Parteiorganisationen zu stellen.

## X

### Die Parteiorganisationen in der Roten Armee, in der Kriegsmarine und im Verkehrswesen

67. Die Leitung der Parteiarbeit in der Roten Arbeiter- und Bauernarmee erfolgt durch die Politische Verwaltung der Roten Arbeiter- und Bauernarmee, der die Rechte einer Militärabteilung des ZK der KPdSU(B) zustehen, und in der Arbeiter- und Bauern-Kriegsmarine ebenso wie im Verkehrswesen durch die Politische Verwaltung der Kriegsmarine bzw. durch die Politische Verwaltung des Verkehrswesens, denen die Rechte einer Abteilung für Kriegsmarine bzw. einer Abteilung für Verkehrswesen des ZK der KPdSU(B) zustehen.

Die Politische Verwaltung der Roten Arbeiter- und Bauernarmee, die Politische Verwaltung der Kriegsmarine und die Politische Verwaltung des Verkehrswesens verwirklichen ihre Leitung durch die von ihnen eingesetzten Politischen Abteilungen, Militärkommissare, Parteiorganisatoren und durch die in den entsprechenden Konferenzen der Armee, der Flotte und der Eisenbahn gewählten Parteikommissionen.

Die Parteiorganisationen in der Roten Armee, in der Kriegsmarine und im Verkehrswesen arbeiten auf der Grundlage besonderer vom ZK der KPdSU(B) bestätigter Instruktionen.

68. Für die Leiter der Politischen Verwaltungen der Militärkreise, Flotten und Armeen und die Leiter der Politischen Abteilungen der Eisenbahnen ist eine Parteizugehörigkeit von fünf

Jahren, für die Leiter der Politischen Abteilungen der Divisionen und Brigaden eine Parteizugehörigkeit von drei Jahren obligatorisch.

69. Die politischen Organe sind verpflichtet, eine enge Verbindung mit den örtlichen Parteikomitees zu unterhalten durch ständige Teilnahme der Leiter der politischen Organe und der Militärkommissare an der Arbeit der örtlichen Parteikomitees sowie durch systematische Entgegennahme von Berichten der Leiter der politischen Organe und der Militärkommissare über die politische Arbeit in den Truppenteilen und von Berichten der Politischen Abteilungen im Verkehrswesen in Sitzungen der Parteikomitees.

## XI

### Die Parteigruppen in den außerparteilichen Organisationen

70. Auf allen Kongressen, Beratungen und in den wählbaren Organen der Sowjet-, Gewerkschafts-, Genossenschafts- und anderen Massenorganisationen mit mindestens drei Parteimitgliedern werden Parteigruppen organisiert, deren Aufgabe es ist, den Einfluß der Partei allseitig zu stärken und ihre Politik unter den Parteilosen durchzuführen, die Partei- und Staatsdisziplin zu festigen, den Kampf gegen Bürokratismus zu führen, die Durchführung der Partei- und Sowjetdirektiven zu kontrollieren.

Für die laufende Arbeit wählt die Gruppe einen Sekretär.

71. Die Parteigruppen unterstehen den entsprechenden Parteiorganisationen (ZK der KPdSU(B), ZK der Kommunistischen Partei der Unionsrepublik, Regional- (Krai-), Gebiets-, Bezirks- (Okrug), Stadt-, Rayonkomitee).

Die Gruppen sind verpflichtet, sich in allen Fragen streng und konsequent von den Beschlüssen der führenden Parteiorgane leiten zu lassen.

## XII

### Strafmaßnahmen bei Verstößen gegen die Parteidisziplin

72. Die Erhaltung der Einheit der Partei, der rücksichtslose Kampf gegen die geringsten Versuche der Doppelzüngerei,

des Fraktionskampfes und der Spaltung, die Wahrung der Partei- und Staatsdisziplin sind die erste Pflicht aller Parteimitglieder und aller Parteiorganisationen.

73. Die Beschlüsse der zentralen Partei- und Sowjetorgane müssen schnell und genau durchgeführt werden. Die Nichtdurchführung der Beschlüsse der höheren Organisationen und andere Vergehen, die von der öffentlichen Meinung der Partei als verurteilenswert betrachtet werden, ziehen nach sich: für Organisationen - einen Tadel und allgemeine Umregistrierung (Auflösung der Organisation); für einzelne Parteimitglieder - diesen oder jenen Tadel (Verweis, Rüge usw.), öffentlichen Verweis, zeitweilige Entfernung von verantwortlicher Partei- und Sowjetarbeit, Ausschluß aus der Partei, Ausschluß aus der Partei und Benachrichtigung der Verwaltungs- und Gerichtsbehörden über das Vergehen.

74. In den Fällen, wo Mitglieder des ZK der KPdSU(B) die Partei- und Staatsdisziplin verletzen, sich der Doppelzünglerei und Fraktionsmacherei schuldig machen oder rückfällig werden, hat das ZK der KPdSU(B) das Recht, sie aus dem ZK der KPdSU(B) auszuschließen, und als äußerste Maßnahme, sie aus der Partei auszuschließen.

Die Anwendung dieser äußersten Maßnahme gegen Mitglieder des ZK der KPdSU(B) und gegen Kandidaten des ZK der KPdSU(B) kann nur unter der Bedingung erfolgen, daß ein Plenum des ZK der KPdSU(B) einberufen wird, zu dem alle Kandidaten des ZK der KPdSU(B) geladen werden. Wenn diese allgemeine Versammlung der verantwortlichsten Leiter der Partei mit Zweidrittelmehrheit den Ausschluß eines Mitglieds des ZK der KPdSU(B) aus dem ZK der KPdSU(B) oder aus der Partei für notwendig erachtet, so muß diese Maßnahme sofort durchgeführt werden.

### XIII

#### Die Geldmittel der Partei

75. Die Geldmittel der Partei und ihrer Organisationen setzen sich aus den Mitgliedsbeiträgen, den Erträgen der Parteiunternehmen und anderen Eingängen zusammen.



76. Die monatlichen Mitgliedsbeiträge der Parteimitglieder und Kandidaten werden wie folgt festgesetzt:

Bei einem Lohn	bis 100 Rbl.	20 Kop.
" " " von 101	" 150 "	60 "
" " " " 151	" 200 "	1.00 Rbl.
" " " " 201	" 250 "	1.50 "
" " " " 251	" 300 "	2.00 "
" " " " 301	" 500 "	2 Prozent des Lohnes
" " " " mehr als 500	" 3 "	" " "

Die Höhe der Mitgliedsbeiträge für Parteimitglieder und Kandidaten, die keinen festen Lohn erhalten, wird vom ZK der KPdSU(B) bestimmt.

77. Der Eintrittsbeitrag wird bei der Aufnahme in die Partei als Kandidat in Höhe von 2 Prozent des Lohnes erhoben.

"XVIII. Parteitag der KPdSU(B)  
Stenographischer Bericht". 1939



# Inhaltsverzeichnis

Zur Edition

Vorwort des Verlages	7
Teil I: Zu Stalins Schrift „Über die Mängel der Parteiarbeit und die Maßnahmen zur Liquidierung der trotzkistischen und sonstigen Doppelzüngler“ (1937)	7
Teil II: Zum Referat von A. A. Shdanow auf dem XVIII. Parteitag der KPdSU(B) 1939, der Bedeutung von Statutenänderungen und zu den Massenreinigungen in der KPdSU(B) in den Jahren 1933–1937	14
Teil III: Die bolschewistische Partei stärkt sich, indem sie ihre Reihen systematisch überprüft und reinigt Zu den Massenreinigungen in der KPdSU(B) – 1933 bis 1937	39
Dokumente	47
<b>J. W. Stalin: Über die Mängel der Parteiarbeit und die Maßnahmen zur Liquidierung der trotzkistischen und sonstigen Doppelzüngler</b> Referat und Schlusswort auf dem Plenum des ZK der KPdSU(B) am 3. und 5. März 1937	49
<b>A. A. Shdanow: Abänderungen am Statut der KPdSU(B)</b> Bericht auf dem XVIII. Parteitag der KPdSU(B) am 18. März 1939	93
<b>A. A. Shdanow: Vorbereitung der Parteiorganisationen zu den Wahlen zum Obersten Sowjet der UdSSR nach dem neuen Wahlsystem und die entsprechende Umstellung der Partei- und politischen Arbeit</b> Referat und Schlusswort auf dem Plenum des ZK der KPdSU(B) am 26. und 27. Februar 1937	177
<b>Resolution des Plenums des ZK der KPdSU(B) zum Bericht des Genossen Shdanow</b> angenommen am 27. Februar 1937	196
<b>Über die Fehler der Parteiorganisationen beim Ausschluss von Kommunisten aus der Partei, über das formalistisch bürokratische Verhalten zu den Berufungen von aus der KPdSU(B) Ausgeschlossenen, und über die Maßnahmen zur Beseitigung dieser Mängel</b> Beschluss des ZK der KPdSU(B) vom Januar 1938	201
<b>Statut der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki)</b> verabschiedet auf dem XVIII. Parteitag der KPdSU(B)	211



## Verlag Olga Benario und Herbert Baum

Der **Verlag Olga Benario und Herbert Baum** wurde gegründet, um eine Lücke zu schließen, die in den letzten Jahren immer deutlicher wurde.

Es geht darum, einen Verlag zu schaffen, der parteiisch ist, sich **bewußt auf die Seite der Verdammten dieser Erde** stellt und deshalb sein **Verlagsprogramm internationalistisch** gestaltet, als einen ersten Schritt für die **solidarische** Auswertung und die **Propagierung** der Erfahrungen der internationalen revolutionären Kämpfe.

Es geht darum, durch die Gestaltung des **Verlagsprogramms ganz bewußt und solidarisch an die wirklichen kommunistischen Traditionen anzuknüpfen**, an die **wirklich revolutionäre internationale kommunistische Bewegung** zur Zeit von Marx und Engels, Lenin und Stalin, an die **positiven Erfahrungen** der antirevisionistischen Kämpfe gegen den **Chruschtschow- und Breschnew-Revisionismus**.

Es geht darum, gegen die **bürgerliche Wissenschaft die Tradition des wissenschaftlichen Kommunismus zu propagieren**. Deshalb ist der **Nachdruck** der **grundlegenden Schriften** des **wissenschaftlichen Kommunismus** in **verschiedenen Sprachen** ein **Schwerpunkt** des **Verlages**.

Mit der **Gründung** und der **Arbeit** des **Verlags Olga Benario und Herbert Baum** soll ein **Beitrag** geleistet werden, um im **Kampf** gegen den **Imperialismus** überhaupt und den **deutschen Imperialismus** insbesondere der **Verwirklichung** des **Mottos** von **Rosa Luxemburg** und **Karl Liebknecht** näher zu kommen: **„Nichts vergessen, alles lernen!“**

★ ★ ★

**Olga Benario**, geboren am 12.2.1908, kämpfte als **Mitglied** des **Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands (KJVD)**, der **Jugendorganisation** der **KPD**, in der **Weimarer Republik** gegen den **aufkommenden Nazismus** und gegen die **regierende reaktionäre Sozialdemokratie**, gegen den **deutschen Imperialismus**. Im **April 1928** war sie **führend** an einer **erfolgreichen bewaffneten Aktion** zur **Befreiung** eines bis zu seiner **Verhaftung** **illegal lebenden KPD-Genossen** aus dem **Berliner Polizeipräsidium** beteiligt.

**Olga Benario** **flüchtete** vor dem **deutschen Polizeiapparat** in die **Sowjetunion**, wo sie zu einer **wichtigen Mitarbeiterin** der **Kommunistischen Internationale** wurde. In deren **Auftrag** ging sie **1935 nach Brasilien**, um den **Aufbau** der **KP Brasiliens** zu **unterstützen**.

**1936** wurde **Olga Benario** in **Brasilien** **verhaftet**, an die **Nazis** ausgeliefert und ins **KZ Ravensbrück** **verschleppt**, wo sie den **„gelben Stern“** **tragen** mußte. **Trotz Folter** und **Kerkerhaft** hat sie

keinerlei **Aussagen** gemacht – weder bei der **Polizei** des **reaktionären brasilianischen Regimes** noch bei der **Gestapo**. **Olga Benario** kämpfte als **„Blockälteste“** im **KZ Ravensbrück** für die **Verbesserung** der **Überlebenschancen** der **Häftlinge** und gegen die **Demoralisierung**. Im **April 1942** wurde **Olga Benario** in der **Gaskammer** von **Bernburg** von den **Nazis** **ermordet**.

Der **Name Olga Benario** **steht**

- ★ für den **militanten** und **bewaffneten Kampf** der **kommunistischen Kräfte**, für den **Kampf** um die **proletarische Revolution**;
- ★ für den **praktizierten proletarischen Internationalismus**;
- ★ für den **konsequenten antinazistischen Kampf**, der auch unter den **schlimmsten Bedingungen**, selbst in einem **Nazi-KZ** **möglich** ist.

**Herbert Baum**, geboren am 10.2.1912, war **Mitglied** des **KJVD** und **gründete** 1936 mit anderen **Antinazisten** eine **Widerstandsgruppe**, die **später** als **Herbert-Baum-Gruppe** **bekannt** geworden ist. Die **Herbert-Baum-Gruppe** **nahm** mit **jüdischen Widerstandsgruppen** und **Gruppen** von **Zwangsarbeiterinnen** und **-arbeitern** aus **anderen Ländern** **Kontakt** auf und **führte** mit ihnen **gemeinsam** einen **illegalen Kampf** gegen die **Nazis**.

Die **Herbert-Baum-Gruppe** **organisierte** **Maßnahmen**, um **jüdische Menschen** vor der **Deportation** und **Ermordung** in **Nazi-Vernichtungslagern** zu **retten**.

Die **militante Aktion** der **Herbert-Baum-Gruppe** gegen die **antinazistische Nazi-Ausstellung** „**Das Sowjetparadies**“ am **13. Mai 1942** in **Berlin**, bei der ein **Teil** der **Ausstellung** durch **Brandsätze** **zerstört** wurde,  **fand weltweit** **Beachtung**.

**Einige Wochen** später wurde **Herbert Baum** und **fast alle** **anderen Mitglieder** der **Widerstandsgruppe** **aufgrund** **Verrats** **verhaftet**. **Herbert Baum** wurde am **11. Juni 1942** von den **Nazis** durch **bestialische Folter** **ermordet**,  **ohne etwas** an die **Gestapo** **preisgegeben** zu haben.

Der **Name Herbert Baum** **steht**

- ★ für die **Organisierung** einer **internationalistischen antinazistischen Front** in **Deutschland**;
- ★ für den **Kampf** gegen den **nazistischen Antisemitismus** und gegen den **industriellen Völkermord** der **Nazis** an **6 Millionen Juden** und **Jüdinnen**;
- ★ für den **Kampf** gegen den **Antikommunismus** und für die **Solidarität** mit der **sozialistischen Sowjetunion** zur **Zeit** **Stalins**.

Die **Namen Olga Benario** und **Herbert Baum** **stehen** für die **Tradition** des **antifaschistischen** und **revolutionären Kampfes** der **wirklich kommunistischen Kräfte**.

## Grundschriften des wissenschaftlichen Kommunismus



**Band 1:**  
Karl Marx/Friedrich Engels  
**Manifest der  
Kommunistischen Partei** (1848)  
Anhang:  
Statuten des Bundes der Kommunisten  
92 Seiten, Offenbach 1997, 4 €  
ISBN 978-3-932636-00-4

**Band 2:**  
Karl Marx  
**Kritik des  
Gothaer Programms** (1875)  
96 Seiten, Offenbach 1997, 4 €  
ISBN 978-3-932636-01-1

**Band 3:**  
W. I. Lenin  
**Staat und Revolution** (1917)  
159 Seiten, Offenbach 1997, 8 €  
ISBN 978-3-932636-02-8

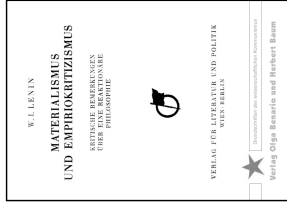
**Band 4:**  
J. W. Stalin  
**Über die Grundlagen  
des Leninismus** (1924)  
137 Seiten, Offenbach 1997, 8 €  
ISBN 978-3-932636-03-5

**Band 5:**  
W. I. Lenin  
**Was tun?** (1902)  
276 Seiten, Offenbach 1997, 10 €  
ISBN 978-3-932636-04-2

**Band 6:**  
J. W. Stalin  
**Über dialektischen und  
historischen Materialismus** (1938)  
45 Seiten, Offenbach 1997, 2 €  
ISBN 978-3-932636-05-9

**Band 7:**  
W. I. Lenin  
**Der Imperialismus als höchstes  
Stadium des Kapitalismus** (1916)  
W. I. Lenin  
**Der Imperialismus und  
die Spaltung des Sozialismus** (1916)  
185 Seiten, Offenbach 1999, 8 €  
ISBN 978-3-932636-36-3

## Grundschriften des wissenschaftlichen Kommunismus

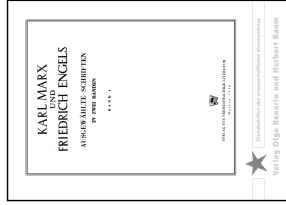


**Band 8:**  
W. I. Lenin  
**Ein Schritt vorwärts,  
zwei Schritte zurück** (1904)  
242 Seiten, Offenbach 2006, 10 €  
ISBN 978-3-86589-042-9

**Band 9:**  
W. I. Lenin  
**Zwei Taktiken der Sozialdemokratie  
in der demokratischen Revolution**  
(1905)  
192 Seiten, Offenbach 2006, 8 €  
ISBN 978-3-86589-043-6

**Band 10:**  
W. I. Lenin  
**Materialismus und  
Empirio-kritizismus** (1908)  
410 Seiten, Offenbach 2006, 15 €  
ISBN 978-3-86589-050-4

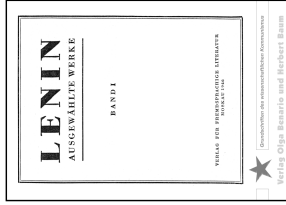
Karl Marx/ Friedrich Engels  
**Ausgewählte Werke in zwei Bänden**  
Diese Ausgabe entspricht in ihrer  
Zusammenstellung der 1950  
erschienenen Ausgabe des Moskauer  
Verlags für fremdsprachige Literatur.



**Band I: 1848–1874**  
650 Seiten, Offenbach 2004, 25 €  
ISBN 978-3-86589-001-6

**Band II: 1875–1894**  
504 Seiten, Offenbach 2004, 25 €  
ISBN 978-3-86589-002-3

W. I. Lenin  
**Ausgewählte Werke in zwei Bänden**  
Diese Ausgabe entspricht in ihrer  
Zusammenstellung der 1946/47  
erschienenen Ausgabe des Moskauer  
Verlags für fremdsprachige Literatur.



**Band I: 1884–1917**  
916 Seiten, Offenbach 2004, 30 €  
ISBN 978-3-932636-93-6

**Band II: 1917–1923**  
1037 Seiten, Offenbach 2004, 30 €  
ISBN 978-3-932636-94-3

## Grundschriften des wissenschaftlichen Kommunismus in anderen Sprachen

Karl Marx/Friedrich Engels  
**Manifest der Kommunistischen Partei** (1848)

**Türkisch:**  
Karl Marx/ Friedrich Engels  
**Komünist Partisi Manifestosu**  
82 Seiten, Offenbach 1997, 4 €, ISBN 978-3-932636-06-6

**Englisch:**  
Karl Marx/ Frederick Engels  
**Manifesto of the Communist Party**  
83 Seiten, Offenbach 1997, 4 €, ISBN 978-3-932636-07-3

**Französisch:**  
Karl Marx/ Friedrich Engels  
**Manifeste du Parti Communiste**  
82 Seiten, Offenbach 1997, 4 €, ISBN 978-3-932636-08-0

**Spanisch:**  
Carlos Marx/ Federico Engels  
**Manifiesto del Partido Comunista**  
87 Seiten, Offenbach 1997, 4 €, ISBN 978-3-932636-09-7

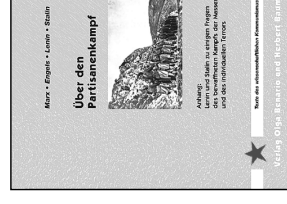
**Farsi:**  
**کارل مارکس  
مانیفست حزب کمونیست**  
97 Seiten, Offenbach 1999, 4 €, ISBN 978-3-932636-10-3

**Russisch:**  
**К. Маркс и Ф. Энгельс  
Манифест Коммунистической Партии**  
80 Seiten, Offenbach 2004, 4 €, ISBN 978-3-932636-91-2

**Russisch / Deutsch:**  
150 Seiten, Offenbach 2004, 8 €, ISBN 978-3-932636-95-0

**Serbokroatisch:**  
Karl Marx/ Friedrich Engels  
**Manifest Komunističke Partije**  
168 Seiten, Offenbach 2004, 8 €, ISBN 978-3-86589-000-9

## Schriften des wissenschaftlichen Kommunismus



Marx, Engels, Lenin, Stalin  
**Über den Partisanenkampf**  
Anhang: Lenin und Stalin zu einigen  
Fragen des bewaffneten Kampfs der  
Massen und des individuellen Terrors

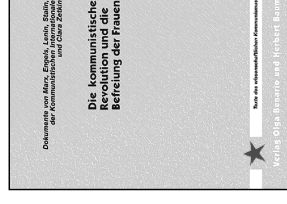
Die Textauszüge sind 1944 in der Sowjet-  
union zusammengestellt worden und  
behandeln die Grundlagen und Grund-  
fragen des Partisanenkampfs, sie sind  
Ausgangspunkt für eine umfassende  
Analyse der Partisanenkämpfe gegen  
den Nazifaschismus sowie eine Waffe  
im Kampf gegen den revisionistischen  
„friedlichen Weg zum Sozialismus“.

188 Seiten, Offenbach 1997, 8 €  
ISBN 978-3-932636-11-0

**Programm der  
Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki) – 1919  
Programm der Kommunistischen Internationale – 1928**  
Anhang: Statut der KI, Lenin über das Programm der KPR(B) und  
Stalin über das Programm der KI

Das Programm der KPR(B) von 1919 war das Programm der ersten  
siegreichen proletarischen Revolution; das 1928 verabschiedete Pro-  
gramm der Kommunistischen Internationale (KI) bildete die program-  
matische Grundlage der international in allen Erdteilen anwachsenden  
kommunistischen Weltbewegung – die programmatische Arbeit der  
kommunistischen Kräfte international und in Deutschland wird immer  
wieder auf die gründliche Diskussion dieser beiden Dokumente zurück-  
kommen müssen.

241 Seiten, Offenbach 2002, 10 €, ISBN 978-3-932636-19-6

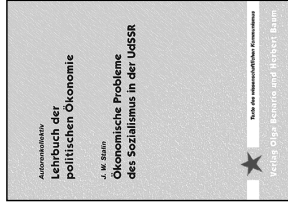


Dokumente von  
Marx, Engels, Lenin, Stalin,  
der Kommunistischen Internationale  
und Clara Zetkin  
**Die kommunistische Revolution und  
die Befreiung der Frauen**

Im Mittelpunkt dieser Zusammenstellung  
steht die Frauenfrage als Frage der pro-  
letarischen Revolution, als Frage des  
Kampfes für den Sozialismus und Kom-  
munismus. Es finden sich u.a. Texte über  
die Ursprünge der Unterdrückung der  
Frau, die Perspektive ihrer Befreiung so-  
wie über Probleme und Fragen der kom-  
munistischen Arbeit unter den werktätig-  
en Frauen.

164 Seiten, Offenbach 1997, 8 €  
ISBN 978-3-932636-18-9

## Schriften des wissenschaftlichen Kommunismus



Autorenkollektiv  
**Lehrbuch der politischen Ökonomie** (1954)  
 J. W. Stalin  
**Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR** (1952)

Im Kampf gegen die bürgerliche politische Ökonomie wird eine kurze Einführung in die kommunistische politische Ökonomie gegeben, der Wissenschaft, die die objektiven Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise herausarbeitet und damit den unversöhnlichen Klassengegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat enthüllt.

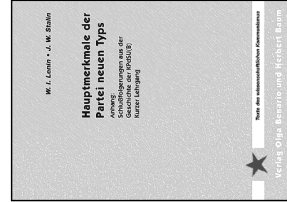
515 Seiten, Offenbach 1997, 20 €  
 ISBN 978-3-932636-21-9

Autorenkollektiv  
**W. I. Lenin**

Ein kurzer Abriss seines Lebens und Wirkens (1947)

Diese Lenin-Biographie überzeugt, weil sie auf der Verbindung einer Reihe von Merkmalen beruht, die in spannender und hoch informativer Form dargelegt werden: Sie macht vertraut mit den wichtigsten biographischen Daten über das Leben Lenins. Sie gibt einen ausgezeichneten Überblick über die wichtigsten Schriften Lenins und einen Einblick in seinen Arbeitstil. Sie stellt die entscheidenden Entwicklungen der kommunistischen Partei Rußlands sowie auch der internationalen kommunistischen Bewegung (II. und III. Internationale) dar und informiert über die revolutionäre Bewegung in Rußland und international zu Lebzeiten Lenins.

415 Seiten, Offenbach 1999, 15 €, ISBN 978-3-932636-35-6



W. I. Lenin / J. W. Stalin  
**Hauptmerkmale der Partei neuen Typs**

In dieser Textzusammenstellung werden grundlegende Merkmale der kommunistischen Partei gedrängt und sehr allgemein dargelegt. Es geht auch sehr detailliert vor allem um die so wichtige Frage, wie innerparteiliche Demokratie unter den Bedingungen der Illegalität, des strengen Zentrismus in der kommunistischen Partei maximal entwickelt und ausgedehnt werden kann.

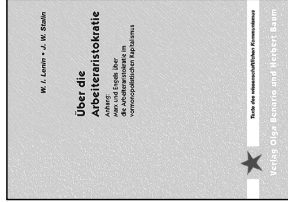
143 Seiten, Offenbach 2000, 5 €  
 ISBN 978-3-932636-22-6

## Schriften des wissenschaftlichen Kommunismus

W. I. Lenin / J. W. Stalin  
**Über die Arbeiteraristokratie**  
 Anhang: Marx und Engels über die Arbeiteraristokratie im vormonopolistischen Kapitalismus

Eine besondere Schicht der Arbeiterklasse – die Arbeiteraristokratie – wird mittels der Extraprofite, die die Imperialisten aus den Werkstätten anderer Länder herauspressen, bestochen. Die Texte behandeln u.a. die ökonomischen Wurzeln und die Rolle der Arbeiteraristokratie als soziale Basis des Opportunismus in der Arbeiterbewegung, als Schrittmacher von Reformismus, Rassismus und Chauvinismus.

115 Seiten, Offenbach 2001, 5 €  
 ISBN 978-3-932636-23-3



Marx, Engels, Lenin, Stalins  
**Grundlegende Merkmale der kommunistischen Gesellschaft**

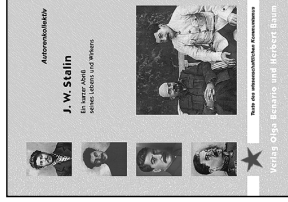
Im ersten Teil des Buches werden anti-kommunistische Verleumdungen zurückgewiesen, die das Ziel des Kommunismus als bloße Utopie verleugnen, die nie zu erreichen ist. Es wird erklärt, daß Kommunismus für die Ausgebeuteten und Unterdrückten leicht zu begreifen, logisch und vernünftig ist, daß Zielklarheit über die kommunistische Gesellschaft heute unerschütterlicher denn je ist, weil sie die nötige Kraft und Ausdauer für den Kampf gegen den Klassenfeind gibt. Denn der Feind ist noch stark und muss erst besiegt und niedergeworfen werden, denn der Kommunismus ist „das Einfache, das schwer zu machen ist“.

Der zweite Teil besteht aus kommentierten Auszügen aus den Werken von Marx, Engels, Lenin und Stalin über grundlegende Merkmale der kommunistischen Gesellschaft. Das Studium des wissenschaftlichen Kommunismus im Kampf für den Kommunismus, im Kampf für den Aufbau der kommunistischen Partei anzuzuregen und zu unterstützen – das ist ein Ziel dieses Buches.

96 Seiten, Offenbach 2004, 8 €  
 ISBN 978-3-932636-67-7



## Schriften und Texte des wissenschaftlichen Kommunismus



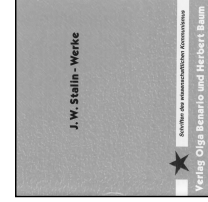
Autorenkollektiv  
**J. W. Stalin**  
 Ein kurzer Abriss seines Lebens und Wirkens

Unbestreitbar trug die sozialistische Sowjetunion unter der Anleitung Stalins den Hauptteil dazu bei, dass das nazifaschistische Deutschland besiegt wurde. Stalin hat, bildlich gesprochen, Hitler das Genick gebrochen! Allein aus diesem Grund müssten alle demokratischen Kräfte, die den Nazifaschismus hassen, sich ernsthaft mit dem Leben und Werk Stalins beschäftigen.

Vor allem ist unbestreitbar, dass Stalin fast 30 Jahre an der Spitze der sozialistischen Sowjetunion und der kommunistischen Weltbewegung gestanden und gewirkt hat. Gleichzeitig hat Stalin als Theoretiker eine Reihe grundlegender Werke und Schriften verfasst, die gerade angesichts enormer Rückschläge der kommunistischen Weltbewegung eine starke Waffe im Kampf für die Revolution sind und sein können.

Das Buch soll ein Beitrag sein, um mit den bürgerlichen und antikommunistischen Vorurteilen und Verleumdungen aufzuräumen und inhaltliche Kenntnisse zu vermitteln, um ein vertiefendes Studium der Originalschriften Stalins zu erleichtern.

409 Seiten, Offenbach 2003, 15 €  
 ISBN 978-3-932636-65-3



**Stalin Werke Band 1 bis 13**  
 sowie die vorhandenen Schriften 1934 – 1952, inklusive der "Geschichte der KPdSU(B), Kurzer Lehrgang"

**CD-ROM**, Offenbach 2003, 10 €  
 ISBN 978-3-932636-72-1

**Buch inklusive CD**: 22 €  
 ISBN 978-3-932636-73-8

## Texte des wissenschaftlichen Kommunismus



M. Glasser/ A. Primakowski/ B. Jakowlew  
**Studieren - Propagieren - Organisieren**  
 Drei Texte zu den Arbeitsmethoden von Marx, Engels, Lenin und Stalin aus den Jahren 1948 und 1951

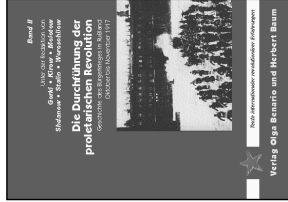
Kernpunkte der kommunistischen Arbeitsmethoden werden vor allem anhand ihrer Umsetzung in der Praxis des revolutionären Kampfes der Bolschewiki erläutert. Es wird eine sehr genaue Anleitung der kommunistischen Studienmethode gegeben, mit dem Ziel, daß die theoretische Arbeit wirklich der Praxis dient.  
 170 Seiten, Offenbach 2001, 8 €  
 ISBN 978-3-932636-20-2



Béla Fogarasi  
**Dialektische Logik**  
 In der Darstellung erkenntnistheoretischer Grundbegriffe (1953)

Béla Fogarasi arbeitet die wesentlichen objektiven Gesetzmäßigkeiten des wissenschaftlichen, richtigen Denkens heraus, entlang gleichzeitig die Betrügereien der Reaktion auf logischem Gebiet, die damit die Ausbeutung verschleiern und rechtfertigen, und schafft somit ein Instrument für die Unterdrückten im Kampf gegen Imperialismus und Ausbeutung.  
 430 Seiten, Offenbach 1997, 15 €  
 ISBN 978-3-932636-12-7

## Texte internationaler revolutionärer Erfahrungen

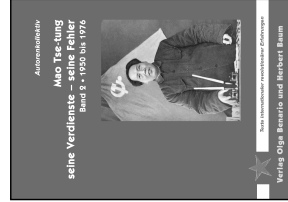


Unter der Redaktion von Gorki, Kirow, Molotow, Shdanow, Stalin, Woroschilow  
**Geschichte des Bürgerkrieges in Rußland**

Die Vorbereitung und Durchführung des bewaffneten Oktoberaufstandes in den wichtigsten städtischen Zentren, Petrograd und Moskau, der Verlauf der Revolution an der Front und die Organisation und Sicherung der Revolution nach dem siegreichen bewaffneten Oktoberaufstand 1917 – all das wird auf kommunistischer Grundlage analysiert und in lebendiger, detaillierter Art und Weise geschildert.

**Band 1: Die Vorbereitung der proletarischen Revolution (1937)**  
 Vom Beginn des Krieges 1914 bis Anfang Oktober 1917  
 540 Seiten, Offenbach 1999, 20 €, ISBN 978-3-932636-15-8

**Band 2: Die Durchführung der proletarischen Revolution (1949)**  
 Oktober 1917 bis November 1917  
 750 Seiten, Offenbach 1999, 25 €, ISBN 978-3-932636-16-5



Autorenkollektiv  
**Mao Tse-tung seine Verdienste - seine Fehler**

Bei diesem zweibändigen Werk handelt es sich um eine Einschätzung der Lehren Mao Tse-tungs anhand seiner Werke.

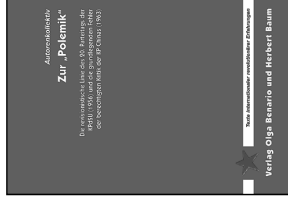
Im ersten Band wird die Zeitspanne von 1926 bis zum Sieg der antimperialistisch-demokratischen Revolution in China 1949 behandelt. Es geht um Mao Tse-tungs Positionen zur antimperialistisch-demokratischen Revolution, zum Volkskrieg in China und um seine Ansichten zur sozialistischen Revolution.

Im zweiten Band stehen die Einschätzung der Lehren Mao Tse-tungs in der Zeitspanne vom Sieg der antimperialistisch-demokratischen Revolution in China 1949 bis zu seinem Tod 1976 im Mittelpunkt, vor allem seine Ansichten zur sozialistischen Revolution und zur Diktatur des Proletariats. Dabei wird auch auf Fragen der proletarische Kulturrevolution eingegangen.

In beiden Bänden werden die Ansichten Mao Tse-tungs sowohl gegen die revisionistischen Fälscher als auch gegen seine falschen Freunde kritisch ausgewertet.

**Band 1: 1926 - 1949**  
 400 Seiten, Offenbach 1997, 18 €, ISBN 978-3-932636-14-1  
**Band 2: 1950 - 1976**  
 240 Seiten, Offenbach 2005, 13 €, ISBN 978-3-86589-036-8

## Texte internationaler revolutionärer Erfahrungen



Autorenkollektiv  
**Zur „Polemik“**  
 Die revisionistische Linie des XX. Parteitags der KPdSU (1956) und die grundlegenden Fehler der berechtigten Kritik der KP Chinas (1963)

Der „Vorschlag zur Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung“, den die KP Chinas 1963 im Kampf gegen die revisionistische Linie des XX. Parteitags der KPdSU (1956) veröffentlichte, hat die wesentlichen, grundlegenden Fragen der programmatischen, strategischen und auch taktischen Arbeit der kommunistischen Bewegung in vielen Fällen treffend und glänzend behandelt. Aber diese Dokumente haben auch gravierende Mängel und Fehler. Die aufgeworfenen Fragen und der inhaltlichen Bestimmung des Kommunismus, der Diktatur des Proletariats und der sozialistischen Demokratie, Fragen der Zurückweisung der Verleumdungen der Stalins, Fragen der Ablehnung der Theorie eines „friedlichen Weges“, Fragen des Kampfes gegen den europäischen Chauvinismus sind heute ebenso aktuell wie damals. Es geht darum, all den revisionistischen Verfälschungen klare programmatische Grundlagen, wirklich kommunistische Fundamente entgegenzustellen.

630 Seiten, Offenbach 2003, 30 €  
 ISBN 978-3-932636-70-7



Zu diesem Titel sind ergänzende Materialien-Bände erschienen:  
**Dokumente zum des Kampfes der Kommunistischen Partei Chinas gegen den modernen Revisionismus 1956 - 1966**

**Teil I: Dokumente aus den Jahren 1956 - 1963**  
 346 Seiten, Offenbach 2002, 28 €, ISBN 978-3-932636-44-8  
 Hardcover: Offenbach 2002, 53 €, ISBN 978-3-932636-62-2

**Teil II: Die Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung (1963)**  
 320 Seiten, Offenbach 2002, 25 €, ISBN 978-3-932636-46-2  
 Hardcover: Offenbach 2002, 50 €, ISBN 978-3-932636-64-6

**Teil III: Dokumente aus den Jahren 1963 - 1966**  
 320 Seiten, Offenbach 2002, 25 €, ISBN 978-3-932636-46-2  
 Hardcover: Offenbach 2002, 50 €, ISBN 978-3-932636-64-6



## Texte internationaler revolutionärer Erfahrungen

**Die Selbstkritik der KP Indonesiens im Kampf gegen den „friedlichen Weg“ der modernen Revisionisten**

Fünf wichtige Dokumente des Politbüros des ZK der PKI von 1966/67

Die KP Indonesiens erlitt 1965 eine katastrophale Niederlage. Das im Oktober 1965 an die Macht gelangte faschistische Suharto-Regime schlichtete im Auftrag des Imperialismus und der einheimischen Ausbeuterklassen Hunderttausende Kommunistinnen und Kommunisten und andere fortschrittliche, antimperialistische Menschen hin. Inmitten der blutigen Konterrevolution 1965/66 unterzog die PKI daraufhin ihre Linie einer tiefgehenden selbstkritischen Analyse. Die Linie der Vorbereitung auf angeblich mögliche „zwei Wege der Revolution“, auf den angeblich „friedlichen Weg“ und den nichtfriedlichen Weg, wurde dabei als Keim der Fehler der KP Indonesiens in den revolutionären Kämpfen von 1945 bis 1965 erkannt.

Die 1966 vom Politbüro des ZK der PKI vorgelegte Selbstkritik ist ein bis heute herausragendes Dokument des Kampfes gegen den modernen Revisionismus. Denn es ist das historische Verdienst dieser Selbstkritik, den „friedlichen Weg“ der modernen Revisionisten und das Konzept der „zwei Wege“ von Grund auf verworfen und die gewaltsame Revolution als allgemeingültige Gesetzmäßigkeit verteidigt zu haben. Zugleich war die Selbstkritik der PKI eine nötige Kritik, wenn auch nicht namentlich, an grundlegenden Fehlern der berechtigten „Polemik“ der KP Chinas (1963) gegen die revisionistische Linie des XX. Parteitags der KPdSU (1956). Im Zentrum der Selbstkritik der PKI steht die prinzipielle Haltung zur gewaltsamen Revolution und zum Staatsapparat der herrschenden Klassen. Darüber hinaus geht es um grundlegende Fragen der antimperialistisch-demokratischen Revolution in Indonesien wie die Frage des Volkskriegs, die Notwendigkeit einer tiefergehenden Agrarrevolution und die besondere Haltung zur „nationalen Bourgeoisie“.

148 Seiten, Offenbach 2005, 8 €, ISBN 978-3-86589-037-5

Autorenkollektiv

### Kritik des Buches von Enver Hoxha „Imperialismus und Revolution“

Enver Hoxhas 1979 veröffentlichtes Buch „Imperialismus und Revolution“ ist das zentrale Werk, das die Abkehr der Partei der Arbeit Albanien vom wissenschaftlichen Kommunismus zeigt. Das Kernstück der vorliegenden Kritik ist der genaue Beweis, daß Hoxha bei seinen Angriffen auf Mao Tse-tungs Linie in der chinesischen volksdemokratischen Revolution die Linie Lenins und Stalins angreift und gleichzeitig oft wörtlich nur wiederholt, was korrupte revisionistische Professoren in der Sowjetunion Breschnew gegen Mao an Lügen und Verfälschungen fabriziert haben. Vor allem aber ist diese Arbeit ein Teil der unbedingt nötigen Auseinandersetzung mit der Geschichte der kommunistischen Weltbewegung in der Zeitspanne vor 1989, vor Gorbatschow. Anhand von vier Themenkomplexen zeigt die Analyse von Hoxhas Buch, daß im Grunde der moderne Revisionismus, der nach vor die Hauptgefahr für eine sich neu formierende wirklich kommunistische Weltbewegung ist, der eigentliche Adressat der Kritik ist: Ein grundlegend falscher Standpunkt zu den Problemen der demokratischen Etappe der chinesischen Revolution • Revisionistische Positionen zu Grundfragen der Entwicklung des Sozialismus und Kommunismus • Eine grundlegend falsche Linie im Kampf gegen den Imperialismus • Ein grundlegend falsches Herangehen an die Einschätzung Mao Tse-tungs, der KP Chinas und der chinesischen Revolution.

264 Seiten, Offenbach 2005, 15 €, ISBN 978-3-86589-012-2

## Texte internationaler revolutionärer Erfahrungen in anderen Sprachen

Autorenkollektiv

### Der XX. Parteitag der KPdSU 1956

Ein revisionistisches und konterrevolutionäres Programm (Materialien und Diskussionsbeiträge) und „Programmatische Erklärung der Revolutionären Kommunisten der Sowjetunion (Bolschewiki)“ von 1966 (Auszug)

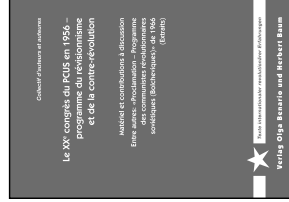


in russischer Sprache:

### 20-й съезд КПСС – программа ревизионизма и контрреволюции

материалы и дискуссионные статьи в том числе с выдержками „Программное заявление революционных коммунистов Советского Союза (большевиков)“ 1966 года

106 Seiten, Offenbach 2002, 6 €, ISBN 978-3-932636-47-9



in französischer Sprache:

### Le XXe congrès du PCUS en 1956

Programme du révisionnisme et de la contre-révolution (matériel et contributions à discussion) et „Proclamation – Programme des Communistes Révolutionnaires Soviétiques (Bolscheviques)“ de 1966 (extraits)

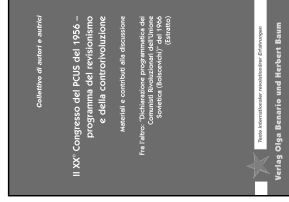
176 Seiten, Offenbach 2005, 8 € ISBN 978-3-86589-005-4

in türkischer Sprache:

### SBKP 1956'deki 20. Parti Kongresi

Sovyetler Birliğinde Kapitalizmin Restorasyonu İçin Halkın Birlikli Programatik Talepleri ve 1966'daki 20. Parti Programatik Sektörünün

120 Seiten, Offenbach 2004, 8 €, ISBN 3-932636-75-2



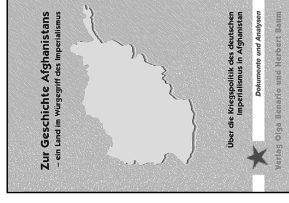
in italienischer Sprache:

### Il XX Congresso del PCUS del 1956

Programma del revisionismo e della contro-rivoluzione (materiali e contributi alla discussione) e „Dichiarazione programmatica dei Comunisti Rivoluzionari dell'Unione Sovietica (Bolscevichi)“ del 1966 (estratto)

108 Seiten, Offenbach 2006, 8 € ISBN 978-3-86589-004-7

## Dokumente und Analysen

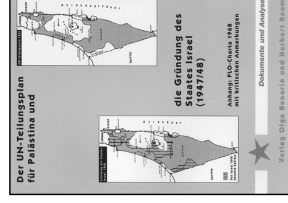


**Zur Geschichte Afghanistans**  
Ein Land im Würgegriff des Imperialismus  
Über die Kriegspolitik des deutschen Imperialismus in Afghanistan

Dieser Sammelband enthält Texte, die die Rolle Afghanistans im Expansionsstreben des Kolonialismus und Imperialismus beleuchten. Da sich der deutsche Imperialismus seit dem Oktober 2001 am imperialistischen Aggressionskrieg gegen Afghanistan beteiligt, ist dieses Land für alle, die sich in Deutschland dieser imperialistischen Kriegspolitik entgegenstellen wollen, besonders wichtig geworden.

Autorenkollektiv: „Über die Kriegspolitik des deutschen Imperialismus gegenüber Afghanistan“ (2001) • Friedrich Engels: „Afghanistan“ (1857) • Großen Sowjet-Enzyklopädie „Afghanistan“ (1950) • KP Afghanistans/ML (Aufbauorganisation): „Der Sozialfaschismus ist der Feind unseres Volkes“ (1978) • Generalunion afghanischer Studenten im Ausland (GUAS): „Afghanistan – die Unterwerfung der Nation“ (1981)

289 Seiten, Offenbach 2002, 15 €, ISBN 978-3-932636-48-6



**Der UN-Teilungsplan für Palästina und die Gründung des Staates Israel** (1947/48)

Anhang: PLO-Charta von 1968 mit kritischen Anmerkungen

Eine wirkliche politische Einschätzung der Situation im Krieg zwischen Israel und den palästinensischen Autonomiegebieten ist ohne geschichtlichen Hintergrund unmöglich. Hierbei ist der entscheidende Knotenpunkt die Debatte über den 1947 unter Federführung der damals sozialistischen Sowjetunion vorgeschlagenen Plan zur Gründung zweier Staaten. Der Plan wurde angesehen, nachdem eine gemeinsame Staatsgründung als gescheitert angesehen werden mußte. Wesentliche Basis dieser Vorschläge waren vor allem die Erfahrungen des Befreiungskrieges gegen Nazideutschland und auch grundsätzliche Überlegungen über die Geschichte der jüdischen und der palästinensischen Bevölkerung.

Enthält u.a. die Resolution der UNO-Generalversammlung vom 29.11.1947 über den UN-Teilungsplan für Palästina, die Rede des Delegierten der UdSSR vor der UNO am 14.5. und 26.11.1947 und die Große Sowjet-Enzyklopädie: „Israel“ (1952).

120 Seiten, Offenbach 2002, 8 €, ISBN 978-3-932636-52-3

Zu diesem Titel ist ein ergänzender Materialien-Band erschienen:

**Dokumente zum Studium der Palästina-Frage (1922 – 1948)**

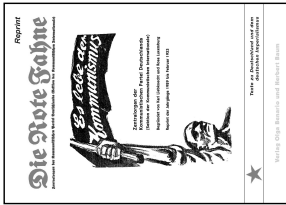
180 Seiten, Offenbach 1997, 10 €, ISBN 978-3-932636-32-5

Hardcover: Offenbach 1997, 35 €, ISBN 978-3-932636-59-2

## Texte zu Deutschland und dem deutschen Imperialismus

# Die Rote Fahne

Zeitschrift der Kommunistischen Partei Deutschlands (Zeitschrift der Kommunistischen Partei Deutschlands)



### Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Begründet von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Reprint 1929 – Februar 1933

Hardcover-Bände im Format DIN A3

Eine wichtige Lehre aus dem Kampf der KPD in der Zeit von 1929 bis 1933 ist ohne Zweifel, daß in einem Land wie Deutschland neben dem vorrangigen Kampf um die Gewinnung der Mehrheit

der Arbeiterinnen und Arbeiter für die proletarische Revolution und den Kommunismus auch mit großem Kräfteaufwand der demokratische Kampf gegen die Nazi-Ideologie und den Chauvinismus geführt werden muß mit dem Ziel, die kleinbürgerlichen Massen wenn schon nicht zu gewinnen, so doch wenigstens zu neutralisieren. Im Bewußtsein dieser schwierigen Probleme muß man die Linie der KPD von 1929 bis 1933 genau analysieren, ihre Fehler auch im Sinne einer Selbstkritik wissenschaftlich-rücksichtslos im richtigen Rahmen aufdecken und gleichzeitig mit den Genossinnen und Genossen „unserer KPD“, mit ihrem praktischen Kampf und Einsatz, solidarisch sein.

1/1929, 1.080 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-018-4

2/1929, 534 Seiten, Offenbach 2005, 70 €, ISBN 978-3-86589-019-1

3/1929, 1054 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-020-7

4/1929, 1054 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-021-4

1/1930, 1206 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-022-1

2/1930, 1140 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-023-8

3/1930, 1144 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-024-5

4/1930, 990 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-025-2

1/1931, 1064 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-026-9

2/1931, 886 Seiten, Offenbach 2005, 90 €, ISBN 978-3-86589-027-6

3/1931, 604 Seiten, Offenbach 2005, 70 €, ISBN 978-3-86589-028-3

4/1931, 888 Seiten, Offenbach 2005, 90 €, ISBN 978-3-86589-029-0

1/1932, 970 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-030-6

2/1932, 1128 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-031-3

3/1932, 580 Seiten, Offenbach 2005, 70 €, ISBN 978-3-86589-032-0

4/1932, 598 Seiten, Offenbach 2005, 70 €, ISBN 978-3-86589-033-7

1/1933, 452 Seiten, Offenbach 2005, 70 €, ISBN 978-3-86589-034-4

**Gesamtausgabe (17 Bände)**, zusammen ca. 15.300 Seiten,

Offenbach 2005, 1.480 €, ISBN 978-3-86589-048-1

## Texte zu Deutschland und dem deutschen Imperialismus

Autorenkollektiv

### Die Verbrechen des deutschen Imperialismus im Ersten Weltkrieg

In diesem Buch werden die Verbrechen des deutschen Imperialismus im imperialistischen Weltkrieg 1914 – 1918 zusammengestellt. Der Verlauf des Ersten Weltkrieges und seiner Vorgeschichte – einschließlich der antimilitaristischen Bewegung in Deutschland – wird im Zusammenhang mit der internationalen Lage und der Situation aller imperialistischen Großmächte dargestellt. Ausführlich werden auch Parallelen mit der heutigen sich zuspitzenden internationalen Lage thematisiert.

150 Seiten, Offenbach 2004, 8 €, ISBN 978-3-932636-92-9

Autorenkollektiv

### Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und das revolutionäre Programm der KPD (1918)

Mit dem Originalprogramm der KPD von 1918

Sich mit dem kommunistischen Werk Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts auseinandersetzen, das ist für uns keine Stubengelehrtheit, sondern die Verpflichtung, den von ihnen gewiesenen Weg des Kampfes gegen den deutschen Imperialismus unter den heutigen Bedingungen fortzuführen: Für den revolutionären Bürgerkrieg zum Sturz der deutschen Bourgeoisie, für die revolutionäre Diktatur des Proletariats und den Sozialismus, für die wahrhaft revolutionäre Kommunistische Partei des Proletariats, für einen unversöhnlichen Kampf gegen den Opportunismus und Reformismus, für den Kampf gegen den verfluchten deutschen Chauvinismus.

200 Seiten, Offenbach 2004, 10 €

ISBN 978-3-932636-74-5

Georgi Dimitroff

### Gegen den Nazifaschismus

Die Herausarbeitung des Klassencharakters des Faschismus wird in den Reden von Dimitroff vor dem VII. Weltkongress der KI verknüpft mit einer Analyse von Besonderheiten des Nazifaschismus: es geht um die Aufgaben der antifaschistischen Einheits- und Volksfront, die Dimitroff im Zusammenhang mit einer Kritik an taktischen Fehlern der KPD im Kampf gegen die Nazis erläutert.

371 Seiten, Offenbach 2002, 20 €, ISBN 978-3-932636-25-7

## Texte zu Deutschland und dem deutschen Imperialismus

Autorenkollektiv

### 1418 Tage

Der Krieg des deutschen Nazifaschismus gegen die Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion (22. Juni 1941 – 8. Mai 1945) Im Mittelpunkt dieses Buchs steht der Befreiungskrieg der sozialistischen UdSSR, ihrer Roten Armee, der sowjetischen Partisanen und der Völker der UdSSR gegen den deutschen Imperialismus und seine Nazi-Truppen mit ihren Verbündeten. Das Buch soll ein Beitrag sein, die gewaltigen Erfahrungen des Kampfes der sozialistischen Sowjetunion unter Führung Stalins, ihre politischen, ideologischen, militärischen und auch ökonomischen Erfahrungen umfassend auszuwerten und zu verteidigen.

220 Seiten, Offenbach 2006, 13 €, ISBN 978-3-86589-035-1

Autorenkollektiv

### Marx und Engels über das reaktionäre Preußentum (1943)

Alfred Klahr

### Gegen den deutschen Chauvinismus (1944)

In der ersten Schrift liegt der Schwerpunkt auf einem gedrängten Überblick über Besonderheiten der deutschen Geschichte, über die verbreiterische Geschichte des reaktionären preußischen Staates und des deutschen Imperialismus. In der theoretischen Arbeit von Alfred Klahr, die er 1944 im KZ Auschwitz verfaßt hat, steht die Mitschuld des deutschen Volkes an den Verbrechen des Nazifaschismus im Mittelpunkt, dessen Verpflichtung zur Wiedergutmachung sowie die solidarische Kritik am Kampf der KPD gegen den deutschen Chauvinismus.

130 Seiten, Offenbach 1997, 5 €, ISBN 978-3-932636-13-4

Autorenkollektiv

### Über den Widerstand in den KZs und Vernichtungslagern des Nazifaschismus

Die vorliegende Untersuchung gibt einen Überblick über den Widerstand in den KZs und Vernichtungslagern des Nazifaschismus und tritt dabei antikommunistischen Verleumdungen entgegen. Klargestellt wird, daß trotz aller wichtiger Unterschiede zwischen der damaligen und der heutigen Situation jeder revolutionäre Widerstand, jeder revolutionäre Kampf vom Widerstand in den KZs und Vernichtungslagern des Nazi-Regimes lernen kann und muß.

204 Seiten, Offenbach 1998, 13 €, ISBN 978-3-932636-34-9

Gudrun Fischer

### „Unser Land spie uns aus“

Jüdische Frauen auf der Flucht vor dem Naziterror nach Brasilien Jüdische Frauen in Brasilien erzählen über ihre Flucht aus Nazi-Deutschland. Ihre Erinnerungen sind bedrückend und schmerzlich, ermutigend und informativ. Jede verarbeitet die Flucht anders, und das zeigt sich in ihren Berichten: sie sind ironisch oder trocken, mal kurz, mal ausführlich. Daß Brasilien ihr „Wunschfluchtland“ gewesen ist, behauptet keine der in diesem Buch interviewten Frauen. Aber es war ihre einzige Chance.

220 Seiten, Offenbach 1998, 13 €, ISBN 3-932636-33-2

## Texte zu Deutschland und dem deutschen Imperialismus



**Freies Deutschland**  
 Illustrierte Zeitschrift der antifaschistischen Emigration  
 erschienen in Mexiko von  
 November 1941 bis Juni 1946

Der Reprint umfaßt sämtliche erschienene Ausgaben der Zeitschrift. Die Neuausgabe soll bei der gründlichen Diskussion der dort aufgeworfenen Fragen helfen. Auf über 1700 Seiten werden unter anderem von führenden Schriftstellerinnen und Schriftstellern der deutschsprachigen Emigration eigene politische und literarische Artikel, Vorabdrucke und Buchbesprechungen sowie Beiträge anderer Antifaschisten, die ins Deutsche übersetzt wurden, veröffentlicht.

Für die an der deutschen Exil-Literatur interessierten Leserinnen und Leser ist die faksimilierte Neuherausgabe eine große Fundgrube an hochinteressanten Texten. Von noch größerem Gewicht ist jedoch, dass diese Zeitschrift von führenden Kadern der KPD, vor allem ab 1942 von Paul Merker, aber auch von Alexander Abusch geleitet wurde. Beide waren Teilnehmer der „Berliner Konferenz“ 1939, des 14. Parteitags der KPD. Diese Zeitung bildet ein Zentrum der Westemigranten der KPD, die aus Europa weiter vor der Nazi-Expansion in Europa nach Nord- und Südamerika geflohen waren. Die Führung der KPD war in Moskau. Eine Reihe von mehr oder minder starken Gruppen der KPD operierte innerhalb Nazi-Deutschlands, viele davon in den KZs.

Herausragend für die Zeitschrift „Freies Deutschland“ sind die Fülle von Artikeln über die Nazi-Massaker in den besetzten Ländern und die große und eigentlich sehr klare Betonung der großen Schuld der Mehrheit der deutschen Bevölkerung und auch der Mitschuld der deutschen Arbeiterklasse an den Verbrechen der Nazi-Massennörder, an den Verbrechen des deutschen Imperialismus.

Dabei spielt die Anklage gegen den nazifaschistischen Völkermord an den europäischen Juden eine hervorragende Rolle. Der Kampf gegen die Ideologie des Antisemitismus, für Entschädigungen an die Verfolgten des Nazi-Regimes, gerade auch an die jüdischen Verfolgten, führte auch zu Diskussionen, in denen insbesondere das Mitglied des ZK der KPD Paul Merker sehr offensiv und im Kern richtig für materielle Entschädigungen eintrat. Auch in dieser Hinsicht bieten die Seiten des „Freies Deutschland“ (Mexiko) viel an Diskussionsstoff. Manche bösen Entwicklungen in der SED wirken vor der entfalteten Argumentationskette Paul Merkers noch über, die fehlende Gegenwehr kommunistischer Kader gegen nationalistische und antisemitische Töne in der Führung der SED der fünfziger Jahre schmerzt um so mehr.

**Band 1: 1941 / 1942**, 440 Seiten, 30 €, ISBN 978-3-932636-96-7  
**Band 2: 1942 / 1943**, 460 Seiten, 30 €, ISBN 978-3-932636-97-4  
**Band 3: 1943 / 1944**, 480 Seiten, 30 €, ISBN 978-3-932636-98-1  
**Band 4: 1944 – 1946**, 660 Seiten, 35 €, ISBN 978-3-932636-99-8

## Texte zu Deutschland und dem deutschen Imperialismus



**Internationale Hefte der Widerstandsbewegung**  
 Analysen und Dokumente über den internationalen Widerstand gegen den Nazifaschismus

Diese vollständige Sammlung der von der FIR (Föderation Internationale des Résistants) herausgegebenen Zeitschrift „Internationale Hefte der Widerstandsbewegung“ (Nr. 1 – 10, November 1959 bis März 1963) mit knapp über 1000 Seiten hat hohen dokumentarischen Wert. Zudem enthält die am Schluss einiger Hefte veröffentlichte Bibliographie wertvolle Studienhinweise.

**Heft 1 und 2** eröffnen die Hefreihe mit Artikeln zur Fragestellung, ersten Überblicken und (in Heft 2) den Dokumenten einer Konferenz über die Rolle des antinazistischen Widerstandskampfes für die Erziehung der jungen Generation. Als Ziele der „Hefte“ wird angegeben, zu informieren und eine Diskussion zu eröffnen.

**Heft 3 und 4** haben den Widerstandskampf in den KZs und Vernichtungszentren sowie die internationalistische Beteiligung von Ausländern am nationalen Befreiungskampf in den einzelnen Ländern zum Schwerpunkt.

**Heft 5** analysiert die großen bewaffneten Aufstände in den Großstädten Europas, insbesondere in Prag, Paris, Neapel und auch in Warschau.

**Heft 6 und 7** beschäftigen sich mit den programmatischen Dokumenten der verschiedenen Organisationen in verschiedenen Ländern – mit dem Schwerpunkt auf Positionen der KPs und der von den KPs geführten Frontorganisationen.

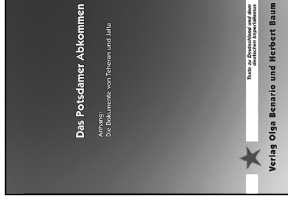
**Heft 8 – 10** gibt als Dreifachnummer einen konzentrierten Überblick über die Widerstandskämpfe in den verschiedenen Ländern, wobei auch die besondere Problematik des jüdischen Widerstandskampfes durch Beiträge von Vertretern und Vertreterinnen des Widerstandes, die nun in Israel leben, verdeutlicht wird.

Die faktenreichen Artikel zum bewaffneten Kampf als Instrument des Klassenkampfes der Arbeiterklasse und der vom deutschen Imperialismus national unterdrückten breiten Massen der Bevölkerung der besetzten Länder, die Hervorhebung auch der völkermörderischen Verbrechen gegenüber der jüdischen Bevölkerung Europas, die Benennung der Positionen der KPs vieler Länder – all dies enthält wertvolle Materialien. Zu Recht wird mehrfach darauf hingewiesen, daß innerhalb des zweiten Weltkrieges, nicht einfach Staaten gegeneinander kämpfen, sondern es sich um die allergrößte Teilnahme der Bevölkerung der verschiedensten Länder am Krieg handelt.

**Band 1: Heft 1 – 4 (1959 – 1960)**, 560 Seiten, Offenbach 2002, 35 €  
 ISBN 978-3-932636-49-3  
**Band 2: Heft 5 – 10 (1961 – 1963)**, 528 Seiten, Offenbach 2002, 35 €  
 ISBN 978-3-932636-50-9

**Band 1 und 2 in einem Band (Hardcover):**  
 Heft 1 – 10 (1959 – 1963), 1084 Seiten, Offenbach 2002, 80 €  
 ISBN 978-3-932636-51-6

## Texte zu Deutschland und dem deutschen Imperialismus



**Das Potsdamer Abkommenn (1945)**  
 Anhang: Die Dokumente von Teheran und Jalta

Das Potsdamer Abkommenn vom August 1945 ist nach wie vor eine wesentliche Waffe im Kampf um die geschichtliche Wahrheit und unterstreicht die Aufgaben, die sich heute im Kampf gegen den deutschen Imperialismus ergeben (z. B. die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, die Anerkennung von Entschädigungen und Reparationen, die Anerkennung der Umsiedelungen nazifaschistisch orientierter deutscher Bevölkerungsteile aus Polen, der CSSR und der Sowjetunion als gerechte Maßnahmen).

83 Seiten, Offenbach 2001, 5 €  
 ISBN 978-3-932636-24-0

### Bericht des internationalen Lagerkomitees des KZ Buchenwald (1949)

Die furchtbaren Nazi-Verbrechen, der internationalistische Widerstand der Häftlinge gegen die Nazi-Mörder, organisiert und geleitet durch das internationale Lagerkomitee, die Befreiung des KZ Buchenwald durch die US-Truppen mit Unterstützung durch bewaffnete Häftlingsgruppen – all das wird in beeindruckender Weise, basierend auf den Berichten der überlebenden Häftlinge, in diesem Dokument von 1949 genau-stens geschildert; es ist damit eine Waffe gegen sämtliche reaktionäre Lügen über das KZ Buchenwald.

237 Seiten, 2. Auflage, Offenbach 2004, 10 €, ISBN 3-932636-26-4



Autorenkollektiv

### Die Gründung der SED und ihre Vorgeschichte (1945 – 1946)

Die Analyse der Vorgeschichte und Gründung der SED nimmt als Ausgangspunkt die Verbrechen des Nazifaschismus und ihrer Bedeutung für die Linie der SED. Der Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945 wird kritisch eingeschätzt und die Aufgabe der Entnazifizierung als Hauptkennzeichen der Politik der Kommunisten und Kommunisten in Deutschland nach 1945 herausgearbeitet. Im abschließenden Kapitel wird nachgewiesen, daß bei der Gründung der SED auf wesentliche Kernpunkte des wissenschaftlichen Kommunismus verzichtet wurde.

702 Seiten, Offenbach 2000, 33 €  
 ISBN 978-3-932636-38-7

Zu diesem Titel sind ergänzende Materialien-Bände erschienen (Materialien zur Gründung der SED, Band 1 – 5), ausführliche Angaben zu den Bänden befinden sich im hinteren Teil des vorliegenden Programms.

## Texte zu Deutschland und dem deutschen Imperialismus



10 Jahre „Deutsche Einheit“:  
**Nazi-Terror**  
 von **Hoyerswerda bis Düsseldorf**  
 Nazis, Staat und Medien – ein Braunschweig

Unter der Losung der „Wiedervereinigung der deutschen Nation“ wurde von den deutschen Imperialisten eine in den letzten Jahrzehnten noch nicht dagewesene nationalistisch-chauvinistische Programmschicht, die in Hoyerswerda und Rostock, Mölin und Solingen, Magdeburg, Lübeck und Düsseldorf gipfelte. Die chauvinistische und rassistische Hetze, die Überfälle und Morde an Menschen, die die Nazis als „undeutsch“ bezeichnen, haben sich seitdem massiv verstärkt und sind schon alltäglich geworden. Von einer entscheidenden Bedeutung ist dabei, den Vormarsch der nazistischen Bewegung im inneren Zusammenhang mit der Politik und Propaganda des Staates und der Politiker des deutschen Imperialismus insgesamt einzuschätzen, der nach zehn Jahren „Einheit Deutschlands“ seine Rolle als imperialistische Großmacht vor allem durch die imperialistische Aggression gegen Jugoslawien auch militärisch wieder manifestiert hat. Die deutschen Imperialisten haben auch durch die Art und Weise, wie die Einverleibung der DDR durchgesetzt wurde, demonstriert, welches Potential des deutschen Nationalismus und Chauvinismus sie in relativ kurzer Zeit zu mobilisieren in der Lage sind, bis hinein in angeblich „linksfortschrittliche“ Kreise. Das Aufdecken des Zusammenhangs von staatlichem Abschiebeterror, Nazi-Terror, Inschutznahme der Nazis durch Polizei und Justiz, Politiker- und Medienhetze gegen Flüchtlinge, Roma usw. ist wichtig, um gegen die Gewöhnung an diese verfluchten deutschen Zustände in unverbrüchlicher Solidarität mit allen Opfern des Nazi-Terrors und der staatlichen Repression zu kämpfen.

Aus dem Inhalt:

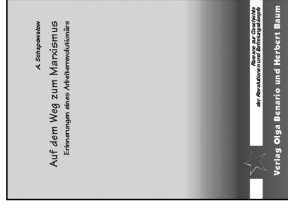
I. Tatsachen – Chronologie der rassistischen Überfälle, Pogrome und Morde: Hoyerswerda: gegen vietnamesische und mosambikanische Arbeiterinnen und Arbeiter (September 1991), Mannheim-Schönau: gegen Asylsuchende (Mai / Juni 1992), Rostock: gegen Roma und Vietnamesinnen und Vietnamesen (August 1992), Mölin und Solingen: gegen Migranten und Migranten aus der Türkei (November 1992 und Mai 1993), Magdeburg: gegen afrikanische Flüchtlinge (Mai 1994), Lübeck: gegen afrikanische Flüchtlinge (Januar 1996), Lübeck und Düsseldorf: gegen die jüdische Bevölkerung (März 1994, Mai 1995 und Juli 2000).

II. Nazis, Staat und Medien – von subtiler Hetze bis offenem Terror: Verständnis für Pogrome, Hetze gegen den antifaschistischen Widerstand. Die Opfer werden zu Tätern gemacht. Antisemitismus.

III. Aktionen gegen die Nazis – Widerstand der Opfer, Solidarität und Entlarvung.

222 Seiten, Offenbach 2000, 13 €, ISBN 978-3-932636-37-0

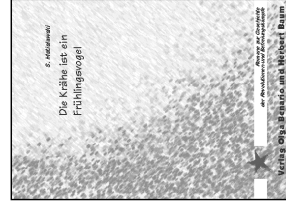
## Romane zur Geschichte der Revolutionen und Befreiungskämpfe



A. Schapowalow  
**Auf dem Weg zum Marxismus**  
 Erinnerungen eines Arbeiterrevolutionärs

A. S. Schapowalow (1871 – 1942) war einer der ersten Arbeiterrevolutionäre, die den Weg zum wissenschaftlichen Kommunismus fanden. Schapowalow schildert in diesem autobiographischen Roman seine Erfahrungen des revolutionären Kampfs im zaristischen Rußland, wie er über den Bruch mit der Religion und seiner vorübergehenden Sympathie für die „Volkstümmler“, die die Taktik des individuellen Terrors eingeschlagen hatten, sich schließlich im Kampf gegen den aufkommenden Opportunismus der „Ökonomen“ 1901 den Bolschewiki unter Lenins Führung anschloß.

337 Seiten, Offenbach 1997, 15 €  
 ISBN 978-3-932636-29-5



S. Mstislawski  
**Die Krähe ist ein Frühlingsvogel**  
 Nikolai Baumann mit Decknamen Krähe, ein enger Mitkämpfer Lenins, reist 1902 illegal nach Rußland. Anhand der Schilderung seiner Parteilarbeit bekommt man ein Bild der damals anstehenden Aufgaben der kommunistischen Kräfte Rußlands sowie des ideologischen Kampfs der Bolschewiki gegen die Menschewiki bis zum Beginn der Revolution von 1905.

404 Seiten, Offenbach 1997, 15 €  
 ISBN 978-3-932636-17-2



I. Popow  
**Als die Nacht verging**  
 Nach der Niederlage der Revolution von 1905 herrscht in Rußland tiefste Reaktion. Der Roman handelt vom Kampf der Bolschewiki für die Reorganisation der kommunistischen Partei und um die Erneuerung der Verbindungen zur Arbeiterklasse, vom Kampf gegen Resignation und Defätismus, gegen die Menschewiki und Liquidatoren der kommunistischen Partei.  
 593 Seiten, Offenbach 1997, 20 €  
 ISBN 978-3-932636-30-1

## Materialien

(Spiralbindung, DIN A4)

**Leninismus – Lesehefte für Schulungen und Selbstunterricht**  
 Zusammenge stellt aus den Werken von Marx, Engels, Lenin, Stalin, der KPdSU(B) und der Kommunistischen Internationale (1935)

Was ist Leninismus? • Die Theorie der proletarischen Revolution • Die Diktatur des Proletariats • Der Kampf um den Sieg des sozialistischen Aufbaus • Die Agrar- und Bauernfrage • Die nationale und koloniale Frage • Strategie und Taktik der proletarischen Revolution  
 500 Seiten, Offenbach 2004, 30 €, ISBN 978-3-932636-90-5

**Die Kommunistische Internationale in Resolutionen und Beschlüssen**  
 Die Resolutionen und Beschlüsse der Kommunistischen Internationale lassen ein beeindruckendes Bild vom ideologischen, politischen und bewaffneten Kampf der Kommunistischen Internationale und ihrer Sektoren entstehen.

**Band 1: 1919 – 1924**  
 416 Seiten, Offenbach 1998  
 30 €, ISBN 978-3-932636-27-1  
 Hardcover: Offenbach 1998  
 55 €, ISBN 978-3-932636-60-8



**Band 2: 1925 – 1943**  
 452 Seiten, Offenbach 1998  
 35 €, ISBN 978-3-932636-28-8  
 Hardcover: Offenbach 1998  
 60 €, ISBN 978-3-932636-61-5

**Die Kommunistische Partei der Sowjetunion in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Konferenzen und Plenen des ZK**

**Teil 1: 1898 – 1917**  
 282 Seiten, Offenbach 2004, 22 €, ISBN 978-3-932636-76-9  
 Hardcover: Offenbach 2004, 47 €, ISBN 978-3-932636-77-6

**Teil 2: 1917 – 1924**  
 290 Seiten, Offenbach 2004, 22 €, ISBN 978-3-932636-82-0  
 Hardcover: Offenbach 2004, 47 €, ISBN 978-3-932636-83-7

**Teil 3: 1924 – 1927**  
 300 Seiten, Offenbach 2004, 22 €, ISBN 978-3-932636-84-4  
 Hardcover: Offenbach 2004, 47 €, ISBN 978-3-932636-85-1

**Teil 4: 1927 – 1932**  
 300 Seiten, Offenbach 2004, 22 €, ISBN 978-3-932636-86-8  
 Hardcover: Offenbach 2004, 47 €, ISBN 978-3-932636-87-5

**Teil 5: 1932 – 1953**  
 340 Seiten, Offenbach 2004, 22 €, ISBN 978-3-932636-88-2  
 Hardcover: Offenbach 2004, 47 €, ISBN 978-3-932636-89-9

## Materialien

(Spiralbindung, DIN A4)

### Zur internationalen Lage 1919 – 1952

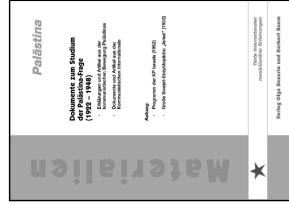
Dokumente der kommunistischen Weltbewegung  
Lenin - Stalin - Komintern - Kominform - KPdSU(B)

359 Seiten, Offenbach 2003, 25 €, ISBN 978-3-932636-71-4  
Hardcover: Offenbach 2003, 50 €, ISBN 978-3-932636-78-3

### Dokumente der Internationalen Roten Hilfe (IRH) und der Roten Hilfe Deutschlands (RHD)

„5. Jahre Internationale Rote Hilfe“ (1928) • „10 Jahre Internationale Rote Hilfe“ (1932) • „15 Jahre weißer Terror“ (1935) • „1. Reichskongreß der Roten Hilfe Deutschlands“ (1925) • „2. Reichskongreß der Roten Hilfe Deutschlands“ (1927)

593 Seiten, Offenbach 2003, 35 €, ISBN 978-3-932636-66-0  
Hardcover: Offenbach 2003, 60 €, ISBN 978-3-932636-81-3



### Dokumente zum Studium der Palästina-Frage (1922 – 1946)

Erklärungen und Artikel der kommunistischen Bewegung Palästinas • Dokumente und Artikel der Kommunistischen Internationale

Anhang:

Programm der KP Israels (1952) • Große Sowjet-Enzyklopädie: „Israel“ (1952)

180 Seiten, Offenbach 1997, 10 €

ISBN 978-3-932636-32-5

Hardcover: Offenbach 1997, 35 €

ISBN 978-3-932636-59-2

### Dokumente zum Studium des Spanischen Bürgerkriegs (1936 – 1939)

Resolutionen und Aufrufe des ZK der KP Spaniens • Artikel von José Diaz, Vorsitzender der KP Spaniens • Dokumente der Kommunistischen Internationale • Große Sowjet-Enzyklopädie: „Geschichte Spaniens“, Berlin 1955 • ZK der KP Spaniens (Hrsg.): „Der Weg zum Sieg“, Madrid 1937 • MINKLOS (Internationales Agrarinstitut Moskau): „Spaniens Bauern im Kampf um Boden und Freiheit“, Moskau 1937

680 Seiten, Offenbach 1997, 30 €, ISBN 978-3-932636-31-8

Hardcover: Offenbach 1997, 55 €, ISBN 978-3-932636-58-5

### Indien und die Revolution in Indien

Materialien und Dokumente der kommunistischen Weltbewegung vom Beginn der Kolonialisierung bis 1935:

Marx - Engels - Lenin - Stalin - Komintern

288 Seiten, Offenbach 2005, 20 €, ISBN 978-3-86589-039-9

Hardcover: Offenbach 2005, 45 €, ISBN 978-3-86589-040-5

## Materialien

(Spiralbindung, DIN A4)

### Dokumente des Kampfes der Kommunistischen Partei Chinas gegen den modernen Revisionismus 1956 – 1966

#### Teil I: 1956 – 1963

346 Seiten, Offenbach 2002, 28 €, ISBN 978-3-932636-44-8

Hardcover: Offenbach 2002, 53 €, ISBN 978-3-932636-62-2

#### Teil II:

#### Die Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung (1963)

330 Seiten, Offenbach 2002, 28 €, ISBN 978-3-932636-45-5

Hardcover: Offenbach 2002, 53 €, ISBN 978-3-932636-63-9

#### Teil III: 1963 – 1966

320 Seiten, Offenbach 2002, 25 €, ISBN 978-3-932636-46-2

Hardcover: Offenbach 2002, 50 €, ISBN 978-3-932636-64-6

### Dokumente des Kampfes der Partei der Arbeit Albanien gegen den modernen Revisionismus 1955 – 1966

#### Teil I: 1955 – 1962

418 Seiten, Offenbach 2003, 30 €, ISBN 978-3-932636-68-4

Hardcover: Offenbach 2003, 55 €, ISBN 978-3-932636-79-0

#### Teil II: 1963 – 1966

422 Seiten, Offenbach 2003, 30 €, ISBN 978-3-932636-69-1

Hardcover: Offenbach 2003, 55 €, ISBN 978-3-932636-80-6



### Dokumente des ZK der KPD 1933 – 1945

505 Seiten, Offenbach 2001, 35 €, ISBN 978-3-932636-41-7

Hardcover: Offenbach 2001, 50 €, ISBN 978-3-932636-57-8

### Materialien zur Gründung der SED (1945/46):

#### Band 1: Berichte und Protokolle

Der 15. Parteitag der KPD am 19. und 20. April 1946

Der 40. Parteitag der SPD am 19. und 20. April 1946

Der Vereinigungsparteitag am 21. und 22. April 1946

Anhang: Der Aufruf des ZK der KPD vom 11.6.1945

319 Seiten, Offenbach 2001, 25 €, ISBN 978-3-932636-40-0

Hardcover: Offenbach 2001, 50 €, ISBN 978-3-932636-53-0

#### Band 2: Vortragsdispositionen (1945 – 1946)

Materialien für politische Schulungstage,

herausgegeben vom ZK der KPD

250 Seiten, Offenbach 2001, 20 €, ISBN 978-3-932636-39-4

Hardcover: Offenbach 2001, 45 €, ISBN 978-3-932636-54-7

## Materialien

(Spiralbindung, DIN A4)

### Band 3: Einheit (1946)

Einheit – Monatsschrift zur Vorbereitung der sozialistischen Einheitspartei (Februar – April 1946) • Einheit – Theoretische Monatsschrift für Sozialismus (April – Dezember 1946) • Anhang: Entwurf einer Verfassung für die Deutsche Demokratische Republik (1946)

380 Seiten, Offenbach 2002, 28 €, ISBN 978-3-932636-42-4

Hardcover: Offenbach 2002, 53 €, ISBN 978-3-932636-55-4

### Band 4:

Alexander Abusch: **Der Irrweg einer Nation** (1946)

Georg Rehberg: **Hitler und die NSDAP in Wort und Tat** (1946)

Walter Ulbricht: **Die Legende vom „deutschen Sozialismus“** (1945)

Paul Merker: **Das dritte Reich und sein Ende** (1945)

540 Seiten, Offenbach 2002, 35 €, ISBN 978-3-932636-43-1

Hardcover: Offenbach 2002, 60 €, ISBN 978-3-932636-56-1

### Band 5: Parteikonferenz der KPD am 2. und 3. März 1946

Entwurf der Resolution für die Parteikonferenz: „Die nächsten Aufgaben der KPD beim Neuaufbau Deutschlands“ • Reaktionen aus der Öffentlichkeit auf den Resolutionsentwurf • Referat: „Die nächsten Aufgaben der KPD in der antifaschistisch-demokratischen Einheitsfront“ • Anhang: Zunehmende Kompromisse mit den sogenannten „kleinen“ Nazis – Auszug aus: „Die Gründung der SED und ihre Vorgeschichte (1945 – 1946)“

160 Seiten, Offenbach 2004, 10 €, ISBN 978-3-86589-003-0

Hardcover: Offenbach 2004, 35 €, ISBN 978-3-86589-008-5

### Band 6: Wichtige Artikel aus der „Täglichen Rundschau“ und der „Deutschen Volkszeitung“ (1945/46)

ca. 40 Seiten, Offenbach 2006, ca. 5 €, ISBN 978-3-86589-054-2



**Rote Hefte** – zu historischen und aktuellen Fragen der kommunistischen Weltbewegung

20 – 52 Seiten pro Heft, ISBN 978-3-86589-038-2,

Mindestbestellmenge: 10 Hefte – 10 €

